Sozialberichterstattung Schweiz Auf dem Weg zur Gleichstellung?

Frauen und Männer in der Schweiz

Dritter statistischer Bericht

Bearbeitung Katja Branger, BFS

Pascale Gazareth, BFS

Jacqueline Schön-Bühlmann, BFS

Herausgeber Bundesamt für Statistik (BFS)

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)

Auskunft: Katja Branger, BFS, Tel. 032 713 63 03

Jacqueline Schön-Bühlmann, BFS, Tel. 032 713 64 18

Autorinnen und Autoren:

Anna Borkowsky, Katja Branger, Pascale Gazareth, Caterina Modetta, Elisabeth Pastor Cardinet, Paul Röthlisberger, Beat Schmid,

Jacqueline Schön-Bühlmann, Werner Seitz / BFS Monica Budowski / Schweizer Haushalt-Panel, Robin Tillmann / Schweizer Haushalt-Panel und BFS

Realisierung: Claude Maier, BFS

Vertrieb: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel

Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch

Bestellnummer: 084-0300

Preis: Fr. 27.–

Reihe:Statistik der Schweiz / Sozialberichterstattung SchweizFachbereich:20 Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung

Originaltext: Deutsch und Französisch Übersetzung: Sprachdienste BFS Titelgrafik: Roland Hirter, Bern

Grafik/Layout: BFS

Copyright: BFS, Neuchâtel 2003

Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –

unter Angabe der Quelle gestattet

ISBN: 3-303-16067-8

Inhaltsverzeichnis

Das	vvicntigste in Kurze		5	Materielle Ressourcen und Erwerbseinkommer	וכו
Einle	eitung	11	5.1	Einkommenssituation	52
Desk	riptiver Teil	15	5.2	Individuelle Beiträge zum Haushalts- einkommen	54
1	Demografie	17	5.3	Erwerbseinkommen	56
1.1	Altersstruktur und Geburten	18	5.4	Niedriglöhne	58
1.2	Zusammensetzung der ausländischen		6	Soziale Sicherheit	61
	Wohnbevölkerung	20	6.1	Einkommen und Ausgaben	62
2	Bildung	23	6.2	Bezügerinnen und Bezüger	64
2.1	Bildungsniveau	24	6.3	Wahrnehmung	66
2.2	Beteiligung an Bildung	26	6.4	Freiwillige Versicherungen	68
2.3	Schulischer Verlauf und Leistungen	28	7	Haushalt und Familie	71
3	Wissenschaft und Technologie	31	7.1	Lebensformen und Zufriedenheit	72
3.1	Forschung und Entwicklung	32	7.2	Konflikte im privaten Bereich	74
3.2	Internetnutzung	34	7.3	Verantwortung für Haus- und Familienarbeit	76
4	Erwerbsleben	37	7.4	Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit	78
4.1	Erwerbsbeteiligung	38	7.5	Externe Entlastung für Hausarbeit und Kinderbetreuung	80
4.2	Berufliche Segregation	40			
4.3	Ungeschützte Arbeitsverhältnisse	42			
4.4	Subjektive Bewertung	44			
4.5	Berufliche Integration	46			
4.6	Erwerbslosigkeit	48			

8	Gesundheit	83	Analytischer Teil		129
8.1	Gesundheitszustand	84	14	Rollenteilung im Haushalt	131
8.2	Gesundheitsverhalten	86			
8.3	Inanspruchnahme der Gesundheitsdienste	88	15	Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben	151
9	Freizeit	91	16	Mehrfachbenachteiligung	163
9.1	Freizeitverhalten	92	17	Armut und Gender	191
9.2	Subjektive Bewertung der Freizeit	94	Anha	ing: Datenquellen	209
10	Politik	97			
10.1	Entwicklung	98			
10.2	Nationalrat und kantonale Parlamente	100			
10.3	Ständerat und kantonale Regierungen	102			
11	Soziale Partizipation	105			
11.1	Soziale Kontakte	106			
11.2	Mitgliedschaften	108			
11.3	Freiwilligenarbeit	110			
12	Persönliche Sicherheit und Kriminalität	113			
12.1	Verurteilungen	114			
12.2	Opfererfahrungen	116			
12.3	Sicherheitsgefühl und Gewaltbefürchtung	118			
12.4	Opferhilfe	120			
13	Stand der Gleichstellung	123			
13.1	Einstellungen zu Gleichstellungsfragen	124			
13.2	Internationale Vergleiche	126			

Das Wichtigste in Kürze

Demografie

Frauen leben im Durchschnitt knapp sechs Jahre länger als Männer. Die Lebenserwartung bei Geburt steigt für beide Geschlechter stetig an, seit 1990 jedoch schneller bei den Männern. Noch sind die Frauen aber in den Altersklassen ab 50 Jahren deutlich zahlreicher.

Die ausländische Bevölkerung in der Schweiz ist eher männlich geprägt. Im Jahre 2000 kommen in dieser auf 100 Frauen 115 Männer, gegenüber 92 Männern in der schweizerischen Wohnbevölkerung. Seit 1990 ist jedoch ein leicht zunehmender Frauenanteil in der ausländischen Bevölkerung zu beobachten, der teilweise auf den vermehrten Zuzug von Familien zurückzuführen ist.

Bildung

Frauen verfügen häufiger als Männer über keine nachobligatorische Bildung. Höhere Abschlüsse werden mehrheitlich von Männern erworben. Die Bildungsunterschiede haben im Laufe der Zeit abgenommen. Vor allem auf der Tertiärstufe bestehen sie aber auch bei den jungen Erwachsenen nach wie vor. Die Unterschiede in der Berufs- und Fächerwahl bleiben weiterhin bestehen.

Mädchen haben in der obligatorischen Schule etwas mehr Erfolg als Knaben. In der neunten Klasse sind die jungen Frauen stärker im Lesen, während die jungen Männer die Nase in Mathematik und Naturwissenschaften vorne haben.

Forschung und Technologie

Die Wissenschaft ist in der Schweiz noch immer eine Hochburg der Männer, insbesondere im Bereich von Forschung und Entwicklung (F+E), wo die Frauen nur gerade einen Viertel des Gesamtpersonals ausmachen und vor allem Hilfs- und Dienstleistungsfunktionen erbringen. Der Frauenanteil bei den Forschenden hingegen ist noch gering.

Die sogenannte digitale Spaltung zeigt sich auch aus der Geschlechterperspektive: Der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien ist für Frauen erschwert, einerseits weil sie seltener einen Computer besitzen, andererseits weil sie weniger häufig im Arbeitsmarkt integriert sind und der Arbeitsplatz als Nutzungsort von Computer und Internet eine sehr wichtige Rolle spielt.

Erwerbsleben

Seit den sechziger und noch deutlicher seit Anfang der neunziger Jahre ist die Erwerbsquote der Frauen gestiegen. Vor allem Mütter mit Kindern unter 15 Jahren sind heute viel häufiger erwerbstätig als noch vor 10 Jahren; es handelt sich dabei vorwiegend um Teilzeit arbeitende Frauen. Die berufliche Stellung der Frauen ist schlechter als diejenige der Männer: 7 von 10 Frauen sind Angestellte ohne Führungsfunktion; bei Männern sind es 5 von 10. Auch in den Branchen mit relativ hohem Frauenanteil sind sie nicht entsprechend oft mit Führungsaufgaben betraut.

Obschon ungeschützte Arbeitsverhältnisse (kurze Vertragsdauer, Minimalarbeit, Arbeit in Privathaushalt oder Heimarbeit) eher die Ausnahme sind, müssen sich Frauen öfter damit auseinander setzen als Männer. Die grössten Unterschiede liegen bei den Beschäftigungsformen mit geringem Arbeitsvolumen.

Frauen wie Männer bewerten ihre berufliche Tätigkeit positiv. Beide scheinen beruflich ähnlich gut integriert zu sein.

Frauen sind absolut und relativ stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als Männer. Auffallende Unterschiede zeigen sich bezüglich Meldeverhalten der erwerbslosen Personen: Nur knapp ein Drittel der erwerbslosen Frauen ist bei einem Arbeitsamt eingeschrieben und erhebt entsprechend Anspruch auf die Zahlung von Arbeitslosengeld; bei Männern ist es gut die Hälfte.

Materielle Ressourcen und Erwerbseinkommen

Im Verhältnis zu den Männern materiell benachteiligt sind insbesondere Frauen, die ihren Lebensunterhalt allein bestreiten – allen voran allein erziehende Mütter und allein lebende Rentnerinnen.

Die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit hat eine weitgehende Abhängigkeit der Familienfrauen vom Einkommen ihrer Partner zur Folge. In Paarhaushalten mit Kind(ern) leistet die Partnerin je nach Anzahl Kinder einen Beitrag von 12% bis 19% des Haushaltseinkommens.

Die Löhne der Frauen sind im Durchschnitt deutlich niedriger als diejenigen der Männer. Die Lohndifferenz beträgt für die Privatwirtschaft 21%, für die Bundesverwaltung 10%. Auch bei gleicher Ausbildung, gleicher beruflicher Stellung, gleichem Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes und gleich langer Betriebszugehörigkeit bleiben deutliche Unterschiede zu Ungunsten der Frauen bestehen.

In den meisten sogenannten «Tieflohnbranchen» machen Frauen 50% oder mehr der Beschäftigten aus. Neben der Tatsache, dass viel mehr Frauen Teilzeit arbeiten, ist das mit ein Grund, weshalb der Anteil Frauen bei den Niedriglohnbezügern viel höher ist als derjenige der Männer: 15% der Vollzeit erwerbstätigen Frauen, aber nur 2,7% der Männer haben einen Lohn bis maximal 3000 Franken netto im Monat.

Soziale Sicherheit

Frauen beziehen häufiger Leistungen des Sozialschutzsystems, vor allem wegen ihrer längeren Lebenserwartung, die sie besonders anfällig macht für die Risiken Alter und Krankheit. Ihr Einkommen (umgerechnet in monatliche Beträge) aus diesem System ist jedoch niedriger als dasjenige der Männer. Dies ist eine Folge der unterschiedlichen Integration in die Arbeitswelt, welche für die Berechnung der meisten Leistungen massgeblich ist.

Frauen sind vor allem in der 3. Säule unterdotiert; sie vermögen ihre Benachteiligung in den beiden anderen Säulen nicht auf diesem Weg auszugleichen.

Haushalt und Familie

Frauen leben öfter alleine als Männer, insbesondere die Älteren. Alleinerziehende sind zum grössten Teil Frauen. Die meisten Personen sind mit ihrer Lebensform recht zufrieden. Nur die Alleinlebenden – Männer wie Frauen – fallen hier ab.

Weniger als 10% der Befragten geben Meinungsverschiedenheiten oder Konflikte innerhalb der Familie und der Partnerschaft an. Probleme mit der Kindererziehung nennen Frauen häufiger als Männer. Mit der Anzahl Kinder nehmen diese offensichtlich zu. Gut jede dritte Alleinerziehende gibt an, in den letzten 12 Monaten vor der Befragung Probleme mit der Kindererziehung gehabt zu haben.

Frauen übernehmen mit durchschnittlich 31 Stunden pro Woche den weitaus grösseren Teil der Haus- und Familienarbeit als Männer mit durchschnittlich 17 Stunden pro Woche. Je nach Lebenssituation ändert sich dieser Aufwand beträchtlich. Am höchsten ist er erwartungsgemäss in Haushalten mit Kindern. Eine wesentliche zeitliche Entlastung erhalten Familienfrauen auch dann nicht, wenn sie daneben berufstätig sind. Trotz einseitiger Aufgabenverteilung arbeiten Männer und Frauen in vergleichbaren Lebenssituationen unter dem Strich (bezahlt und unbezahlt) etwa gleich viel.

11% der Familienhaushalte und 17% der Einelternhaushalte nehmen externe Kinderbetreuung in Anspruch. Diese Aufgaben werden mehrheitlich von der Familie oder Verwandtschaft übernommen (56%). Betreuungsformen wie Tagesmutter, Kinderhort usw. machen nicht einmal einen Drittel aus (28%).

Gesundheit

Männer schätzen ihre Gesundheit häufiger als gut oder sehr gut ein als Frauen. Mit zunehmendem Alter nimmt dieser Anteil bei beiden Geschlechtern etwa im selben Mass ab.

Die Einstellungen und das Verhalten von Frauen sind im Allgemeinen stärker gesundheitsorientiert. Im Vergleich zu Männern achten sie in ihrem Leben eher auf die Erhaltung ihrer Gesundheit und machen sich Gedanken über ihre Ernährung.

Frauen gehen bedeutend häufiger zum Arzt oder Zahnarzt. Psychologische Behandlungen und SPITEX-Dienste nehmen Frauen ebenfalls häufiger in Anspruch als Männer. Spital- oder Klinikaufenthalte kommen bei Frauen und Männern etwa gleich häufig vor. Der geschlechtsabhängige Bedarf an Leistungen des Gesundheitssystems, wie z.B. bei Schwangerschaft und Geburt, erklärt die Geschlechterunterschiede nicht gänzlich.

Freizeit

Im Freizeitbereich sind vereinzelt geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen. Die Rangordnung der Freizeitaktivitäten bleibt bei Frau und Mann bis auf wenige Ausnahmen gleich, wenn die Intensität ihrer Ausübung auch leicht unterschiedlich ist. Beim Besuch von Sportanlässen, Disco- oder Dancingbesuchen und Frequentieren von Bars, Beizen oder Restaurants sind Männer aktiver als Frauen.

Ein Drittel der Frauen und Männer haben das Gefühl, zu wenig Freizeit zu haben. Allgemein sind die Zufriedenheitsquoten jedoch hoch.

Politik

Die Frauen machen mit 53% zwar die Mehrheit unter den Wahlberechtigten aus, in den Parlamenten und Regierungen sind sie jedoch sowohl auf eidgenössischer wie kantonaler Ebene im Durchschnitt mit weniger als 25% vertreten. Gegenwärtig beträgt der Frauenanteil im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten 24%, in den kantonalen Regierungen 21,5% und im Ständerat 20% (Stand 1. Juli 2003). Im siebenköpfigen Bundesrat haben seit 1999 zwei Frauen Einsitz (29%).

Was die Parteien betrifft, so sind Frauen – wie schon seit den achtziger Jahren – im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten am stärksten in der SPS und bei den Grünen vertreten, wo sie die 40%-Grenze erreicht oder bereits überschritten haben.

Soziale Partizipation

Frauen erwarten bei Bedarf mehr emotionelle und praktische Unterstützung durch Verwandte, Nachbarn, Freunde oder Freundinnen und Kollegen oder Kolleginnen als Männer. Diese verlassen sich umgekehrt leicht stärker auf die Unterstützung durch ihre Partnerinnen. Generell schätzen Frauen wie Männer die mögliche Unterstützung durch den Partner oder die Partnerin jedoch als sehr hoch ein.

Frauen weisen tiefere Teilnahmequoten in Vereinen und Clubs auf. Dies gilt insbesondere für Organisationen, in denen bestimmte (Freizeit-)Aktivitäten wie Sport oder kulturelle Tätigkeit im Zentrum stehen. In Interessegruppen und beim Umwelt- oder sozialen Engagement stehen sie den Männern dagegen kaum nach.

Beteiligen sich Männer deutlich häufiger an der institutionalisierten Freiwilligenarbeit, so sind Frauen im informellen Bereich engagierter. Während Männer sich in Bereichen engagieren, die tendenziell im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit stehen und auch eher die Übernahme prestigeträchtiger Aufgaben ermöglichen, scheinen die sozial-karitativen und kirchlichen Institutionen vorwiegend weibliche Domänen zu sein.

Persönliche Sicherheit und Kriminalität

Männer werden bedeutend häufiger verurteilt als Frauen. Das Strassenverkehrsgesetz spielt bei den Verurteilungen von Männern eine gewichtige Rolle. Bei Frauen hat der Anteil dieser Straftatbestimmungen an allen Verurteilungen allerdings so stark zugenommen, dass sie im Jahr 2000 den Hauptanteil der Verurteilungen ausmachen.

Obwohl Frauen im allgemeinen seltener Opfer von ausserhäuslicher Gewalt werden, belastet sie das Ereignis eher als männliche Opfer. Der höchste Anteil Gewaltopfer ist bei jüngeren Menschen, vor allem bei Männern zwischen 14 und 39 Jahren zu verzeichnen.

Die Angst, Opfer krimineller Ereignisse zu werden, und das Unsicherheitsgefühl in der Wohnung und in der Wohnumgebung sind bei allen Frauen deutlich höher als bei Männern. Opfer einer Gewalthandlung zu werden befürchten Frauen, die selber schon ein solches Ereignis erlebt haben, und Frauen zwischen 14 und 39 Jahren am häufigsten.

Gemäss Opferhilfestatistik, welche unter anderem einen Teil der Gewalt im sozialen Nahraum erfasst, sind vor allem Frauen und insbesondere Ausländerinnen davon betroffen.

Stand der Gleichstellung

Sowohl die Wahrnehmung von Benachteiligung als auch der Wunsch nach Förderungsmassnahmen im Gleichstellungsbereich scheinen in der Schweizer Bevölkerung nicht sehr ausgeprägt. Persönlich betroffen durch Benachteiligungen im Alltag fühlen sich nur Wenige. Erhöhte Werte finden sich aber bei denjenigen Frauen, die bereits bei den objektiven Indikatoren als benachteiligt erkannt wurden: Familienfrauen, Alleinerziehende, erwerbslose Frauen und Ausländerinnen.

Der Stand der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern in der Schweiz ist verglichen mit den 15 EU-Staaten nicht sehr weit fortgeschritten. Die politische Vertretung und die Beschäftigungsquote der Frauen bewegen sich

im Mittelfeld. Die Lohnunterschiede müssen gar als relativ hoch bezeichnet werden. Im Bildungsbereich haben Frauen zwar deutlich aufgeholt; auf der Tertiärstufe zeigt aber ein Vergleich der Frauenanteile bei Studierenden für die Schweiz deutlich tiefere Werte als für die EU-Staaten.

Rollenteilung im Haushalt

Die differenzierte Darstellung der Verteilung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, die in einer Paarbeziehung leben, sowie die Analyse der Einflussfaktoren ergeben keine direkten Hinweise auf die «neuen Männer», die durch Teilzeitarbeit versuchen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Das Vorhandensein von Kindern im Haushalt führt eindeutig zu vermehrter Vollzeiterwerbstätigkeit der Väter. Andererseits bestätigen die Analysen, dass Frauen nach wie vor ihre Erwerbstätigkeit stark den familiären Gegebenheiten anpassen, wobei jüngere Frauen unter denselben Bedingungen deutlich öfter erwerbstätig sind als ältere. Eine externe Hilfe bei Hausarbeit oder Kinderbetreuung scheint die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu unterstützen. Bei den Merkmalen der Partner ist vor allem der positive Zusammenhang der (Mit-)Verantwortung für Hausarbeiten mit der Erwerbsbeteiligung der Frauen hervor zu heben.

Die Analysen der Faktoren, die zu einem relativ höheren Zeitaufwand für Hausarbeiten führen, ergeben interessante Resultate: Männer erhöhen ihr Engagement bei der Hausarbeit nur signifikant, wenn das jüngste Kind im Vorschulalter ist oder wenn die Partnerin eine relativ hohe zeitliche Erwerbsbelastung hat.

Demgegenüber führt das Vorhandensein von Kindern jeden Alters und die wachsende Anzahl der Kinder zu einem überdurchschnittlichen Aufwand für Frauen. Eher unterdurchschnittlich viel Zeit für Hausarbeit wenden Frauen – unter sonst gleichen Bedingungen – mit tertiärem Bildungsabschluss, einer relativ hohen Erwerbsbelastung und solche, die nicht in einem einkommensschwachen Haushalt leben, auf.

Die Ergebnisse zum AHa (Index zur Aufteilung der Hausarbeit) dokumentieren die breite Verankerung der traditionellen Rollenteilung. Diese entspricht einem Verhaltensmuster, das durch äussere Umstände und situative Faktoren nur sehr unvollständig erklärt werden kann. Als zentrale Determinante für eine gleichmässigere Aufteilung der Hausarbeit hat sich vor allem die Erwerbsbeteiligung der Frauen erwiesen. Je stärker diese ist, desto ausgeglichener ist die Hausarbeit zwischen den Geschlechtern aufgeteilt.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben denken viele zur Hauptsache an eine einfachere Verbindung der beruflichen Tätigkeit mit der Betreuung von Kleinkindern oder anderen Aktivitäten wie Freizeit oder Freiwilligenarbeit. Über die Familie hinaus kann die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben aber auch in einem weiteren Rahmen betrachtet werden.

Für diese Analysen haben wir eine Methode verwendet, die ungünstige Situationen und benachteiligte Gruppen im Bereich der Vereinbarkeit herausarbeitet. Dabei werden zunächst Merkmale ausgewählt, von denen anzunehmen ist, dass sie einen negativen Einfluss auf die Vereinbarkeit haben. Diese Elemente stammen sowohl aus der beruflichen als auch aus der familiären Sphäre.

Auf beruflicher Ebene sind die Frauen im Vergleich zu den Männern bezüglich gewisser Aspekte wie geringe (Teilzeitarbeit) oder atypische Arbeitszeiten (Arbeit in der Nacht) eher im «Vorteil», und bezüglich anderer Aspekte wie Flexibilität ihrer Arbeitszeiten benachteiligt. Auf familiärer Ebene übernehmen die Frauen weiterhin die Hauptlast der Tätigkeiten für Erziehung und Haushalt; dadurch sind sie stark benachteiligt. Die Teilzeitarbeit erscheint demnach nicht als Vorteil, sondern als Antwort der Frauen, um trotz allem eine Berufstätigkeit mit dieser häuslichen Belastung zu vereinbaren. Die Teilzeitarbeit bleibt jedoch nicht ohne Folgen für das Einkommen, für die Aufstiegschancen, usw. und trägt dazu bei, die traditionelle Rollenteilung zwischen Ehepaaren zu verstärken. Solange sich deshalb das Gleichgewicht im häuslichen Bereich nicht verbessert, wird die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben für die Frauen und insbesondere für die Mütter immer eine schwierigere und komplexere Aufgabe bleiben als für die Männer und selbst für Väter.

Mehrfachbenachteiligung

Die Lebensbedingungen, deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung sowie das Zusammenspiel der beiden aus der Perspektive der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern und von Untergruppen werden im Hinblick auf Mehrfachbenachteiligungen eingehender untersucht. In einigen Gruppen treten schlechtere Lebensbedingungen gehäuft auf, was mitunter zu Problemlagen führt, die schwer zu bewältigen sind. Schlechtere Lebensbedingungen gehen zudem oft mit einem beeinträchtigten Wohlbefinden einher. Damit lassen sich die Anteile doppelt deprivierter Personen erklären.

Die Problemgruppe mit den am stärksten ausgeprägten Defiziten sind eindeutig die Alleinerziehenden, bei denen es sich fast ausschliesslich um Frauen handelt. In etwas geringerem Ausmass, aber immer noch deutlich mehrfach benachteiligt sind Väter und Mütter in Familienhaushalten mit Kindern. Wie sich aber sowohl bei den Problemmerkmalen als auch bei den Kumulationen zeigt, sind bei dieser Gruppe schlechtere Lebensbedingungen ausschlaggebend. Auf der Seite der Zufriedenheit mit den verschiedenen Lebensbereichen weisen sie keine auffallende Defizitsituation auf. Durch eine schwierige und problematische Lebenssituation fallen zudem Frauen auf Arbeitssuche, Männer ohne nachobligatorische Ausbildung, solche aus der italienischen Schweiz und ausländische Staatsangehörige beider Geschlechter auf.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit geht mit den Deprivationslagen einher: «Doppelt» Deprivierte sind deutlich unzufriedener als Personen, die nicht von einer Kumulation von Problemlagen betroffen sind. Das Wohlbefinden hat auf die Lebenszufriedenheit jedoch einen weit grösseren Einfluss als die Lebensbedingungen, was darauf hinweist, dass schlechtere Lebensbedingungen sich nicht zwingend in einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Leben niederschlagen.

Armut und Geschlecht

Mit Blick auf das Geschlecht der Person, die den Hauptteil zum Einkommen ihres Haushalts beisteuert, wird das Phänomen der geschlechtsspezifischen Armut und speziell der Armutsdynamik untersucht. Somit wird definitionsgemäss nur eine Seite der geschlechtsspezifischen Armut beleuchtet; davon ausgeschlossen ist die Armut von Frauen, welche in nicht armen Haushalten leben und nicht den Hauptteil zum Haushaltseinkommen beisteuern. Nach dieser Einschränkung kann der Schluss gezogen werden, dass unabhängig von der Wahl der Definition oder des Blickwinkels (finanzielle Armut, ungünstige Lebensbedingungen, konsistente Armut, dauerhafte oder gelegentliche Armut, Fluktuation) die hier betrachteten Frauen in jedem Fall häufiger von Armut betroffen sind als die Männer. Andererseits zeigt eine Evaluation der Interpretationsmodelle (soziale Schicht, Mehrfachbenachteiligung und Individualisierung) für die geschlechtsspezifische Wahrscheinlichkeit, der Gruppe der dauerhaft Armen anzugehören, dass keines dieser Modelle für sich in Anspruch nehmen kann, sämtlichen Beobachtungen gerecht zu werden. Die Entfernung vom Arbeitsmarkt scheint in jedem Fall zu den Faktoren zu gehören, welche das Risiko erhöhen, in (konsistenter) Armut zu leben. Darüber hinaus erweist sich das Modell der sozialen Schichten als besser auf die Situation der Männer zugeschnitten, während das Modell der Individualisierung eher der Situation der Frauen gerecht werden dürfte.

Einleitung

Gleichstellung von Frau und Mann ist sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene nach wie vor ein wichtiges Thema. Die rechtliche Gleichstellung ist in der Schweiz weitgehend realisiert. Es zeigt sich aber dennoch in einigen Bereichen eine eklatante, faktische Ungleichheit zwischen Frauen und Männern, insbesondere bei der Rollenteilung innerhalb der Haushalte und bei den finanziellen Ressourcen. Diese Ungleichheit lässt sich zwar nicht einfach als direkte Diskriminierung der Frauen interpretieren, dennoch sollte sie genauer untersucht werden, damit weitergehende Informationen über mögliche Zusammenhänge und Hintergründe es in Zukunft erlauben, die Gleichstellung gezielt voran zu treiben.

Grundsätzlich soll die statistische Berichterstattung aber auch längerfristige Entwicklungen – seien es Fortschritte, Stillstand oder gar Rückschritte – in der Schweiz aufzeigen und Vergleiche mit dem Ausland ermöglichen.

Gesetzliche und politische Grundlagen

Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann bedingt die Anpassung der rechtlichen Grundlagen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist diesbezüglich Wichtiges erreicht worden. Zu nennen sind insbesondere die Einführung des eidgenössischen Stimmund Wahlrechtes von 1971, der Verfassungsartikel «Gleiche Rechte für Mann und Frau» von 1981 und das neue Eherecht von 1988. Das Gleichstellungsgesetz aus dem Jahr 1996 stellt einen markanten Punkt in der Gleichstellungspolitik dar, ermöglicht es doch einzelnen Frauen, aber auch Organisationen gegen Diskriminierungen im Berufsleben rechtlich vorzugehen. Gleichzeitig erhielt das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) innerhalb des Departements des Innern den Status eines selbständigen Amtes. Aufgabe des EBG ist einerseits die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen und andererseits die Beseitigung jeglicher Form direkter oder indirekter Diskriminierung. Als weitere rechtliche Schritte sind zu nennen: Das neue Bürgerrechtsgesetz (1992), die 10. AHV-

Revision (1997) und das neue Scheidungsrecht (2000). Obwohl die formelle Gleichstellung von Frau und Mann in der Schweiz zum grössten Teil erreicht ist, bestehen Lücken und Mängel, welche zu Diskriminierungen führen können. Als Beispiel seien hier vor allem die fehlende Mutter- und Vaterschaftsversicherung, die lückenhafte berufliche Vorsorge – insbesondere bei niedrigen Einkommen und der ungenügende Schutz von Opfern häuslicher Gewalt und Frauenhandel erwähnt. Mit dem «Aktionsplan der Schweiz: Gleichstellung von Frau und Mann» werden für diese und weitere Bereiche vom EBG konkrete Massnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung gefordert.¹

Der CEDAW-Bericht – eine Bilanz

Mit der Ratifizierung der UNO-Konvention gegen jegliche Form der Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft im Jahr 1997 hat die Schweiz einen weiteren wichtigen Schritt zur Verwirklichung der Gleichstellung gemacht. Der 1. und 2. Bericht über die Umsetzung des Übereinkommens wurde dem zuständigen UNO-Ausschuss im Januar dieses Jahres in New York vorgelegt. Die Schweizer Delegation unter der Leitung des EBG nahm viel Lob für das Erreichte, aber auch einige kritische Anregungen entgegen.² Grundsätzlich wurde die Problematik des für die Schweiz spezifischen föderalistischen Verwaltungssystems angesprochen, das zu einer unterschiedlichen Umsetzung der Konvention auf den verschiedenen Stufen führen kann. In diesem Sinn sollten die Bemühungen um ein koordiniertes Vorgehen auf allen politischen Ebenen (Gemeinden, Kantone, Bund) verstärkt werden.

Der Aktionsplan wurde anlässlich der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz in Peking von 1995 ausgearbeitet. Ein Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen wurde kürzlich dem Bundesrat vorgelegt (vgl. dazu unter dem Stichwort «International»: www.equality-office.ch).

Der Bericht ist einzusehen unter folgender Internet-Adresse: www.eda.admin.ch/sub_dipl/g/home/arti/report/rapun/wom.html

Als besonders wichtig wurden Massnahmen zum Abbau von Rollenstereotypen bei der Berufswahl und bei den Erziehungsaufgaben empfohlen. Das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung in der Schweiz wurde als bedenklich eingestuft. Ebenso die rechtlichen Lücken und Mängel zum Schutz ausländischer Frauen und für Opfer häuslicher Gewalt. Der UNO-Ausschuss ersucht die Schweiz unter anderem, «(...) in ihrem dritten Bericht umfassende, nach Geschlecht aufgeschlüsselte Statistiken auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden zu erstellen und entsprechende Daten in den nächsten Bericht aufzunehmen.»

10 Jahre Berichterstattung im BFS

Grundlage für die Arbeiten des Bundesamtes für Statistik zum Thema Gleichstellung von Frau und Mann bildet das Bundesstatistikgesetz, welches die systematische Bereitstellung statistischer Daten nach Geschlecht sowie eine regelmässige Berichterstattung zur Gleichstellung von Frau und Mann vorsieht. Entsprechend wird das Projekt regelmässig im statistischen Mehrjahresprogramm des Bundes aufgeführt.

Bundesstatistikgesetz (BStG) von 1992

Art. 3 Aufgaben der Bundesstatistik

1 Die Bundesstatistik ermittelt in fachlich unabhängiger Weise repräsentative Ergebnisse über den Zustand und die Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Raum und Umwelt in der Schweiz.

2 Sie dient:

- a. der Vorbereitung, Durchführung und Überprüfung von Bundesaufgaben;
- b. der Beurteilung von Sachgebieten, in denen die Aufgaben von Bund und Kantonen eng ineinandergreifen, zum Beispiel von Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kultur, Sport, Rechtswesen, Tourismus, öffentlichen Finanzen, Raumnutzung, Bau- und Wohnungswesen, Verkehr, Energie oder Gesundheits- und Sozialwesen;
- c. der Unterstützung von Forschungsvorhaben von nationaler Bedeutung;
- d. der Beurteilung der Erfüllung des Verfassungsauftrages zur Gleichstellung von Mann und Frau.

3 Im Rahmen dieser Aufgaben wird mit den Kantonen, den Gemeinden, der Wissenschaft, der Privatwirtschaft und den Sozialpartnern sowie den ausländischen und internationalen Organisationen zusammengearbeitet und nach Möglichkeit ihren Informationsbedürfnissen Rechnung getragen.

Die Publikationsreihe *Auf dem Weg zur Gleichstellung?* wurde 1993 vom BFS initiiert.³ Eine Auswahl von rund 50 Indikatoren zu den wichtigsten Lebensbereichen ermöglichte eine erste Übersicht zum Stand der Gleichstellung in der Schweiz sowie einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Das Projekt wurde von Experten und Expertinnen der Bundesverwaltung begleitet. Ein zweiter, erweiterter Bericht erschien 1996 unter demselben Titel.⁴ Seither werden regelmässig die wichtigsten Indikatoren auf Internet aktualisiert.

In einzelnen Fachgebieten werden Gleichstellungsfragen zudem speziell aufgearbeitet. So existiert im Bereich Politik eine regelmässige Berichterstattung zu den Frauenanteilen bei Wahlen auf verschiedenen Ebenen (national, kantonal und kommunal).⁵ Im Bereich Bildung wird diesen Fragen ebenfalls seit Jahren ein besonderes Gewicht beigemessen. So werden regelmässig Indikatoren publiziert, welche speziell die Frauenanteile bei den Studierenden, beim Lehrpersonal usw. ausweisen.⁶ Im Bereich Erwerbsleben werden unregelmässig spezifische Analysen publiziert, welche einzelne frauenspezifische Aspekte der Erwerbstätigkeit beleuchten. In Zusammenarbeit mit dem EBG wurde eine spezielle Untersuchung zu den diskriminierenden Faktoren im Lohnbereich durchgeführt.

Im Rahmen der Vorarbeiten wurde bereits 1988 eine erste Übersicht zum Thema publiziert: Die Benachteiligung der Frau in ausgewählten Lebensbereichen. BFS, Bern 1988.

Die Indikatoren wurden von der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (UN-ECE) 1992 empfohlen. Ein parlamentarischer Vorstoss, der vom Bundesrat gut geheissen wurde, fordert die regelmässige Aktualisierung der Berichte zur Gleichstellung. Vgl. Postulat von Felten vom 17. März 1994: Aktualisierung des BFS-Berichtes Auf dem Weg zur Gleichstellung? 1997 wurden die wichtigsten Tabellen aktualisiert. 1998 wurde in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) ein Faltblatt zum Thema herausgegeben. Seither konnten nur noch die wichtigsten Indikatoren auf Internet aktualisiert werden: www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber20/thema/dtfr16.htm

Vgl. «Die Repräsentation der Frauen in den politischen Institutionen» auf Internet, vierteljährlich (www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber17/ dber17.htm). Zudem wurde im Vorfeld der Nationalratswahlen 2003 in Zusammenarbeit mit dem EBG ein Faltblatt publiziert.

Vgl. Bildungsindikatoren auf Internet: www.statistik.admin.ch/stat_ch/ ber15/dber15.htm. In Zusammenarbeit mit dem EBG ist dieses Jahr ebenfalls ein Faltblatt zu Gleichstellungsfragen im Bildungsbereich erschienen.

Zudem werden die Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) und der Lohnstrukturerhebung (LSE) systematisch nach Geschlecht erhoben und publiziert.7 Im Bereich der Rechtsstatistik stehen mit der neuen Opferhilfestatistik erste Daten zu Gewalt im sozialen Nahbereich zur Verfügung. Die Statistik der Delikte und Verurteilungen wird systematisch nach Geschlecht erfasst. Im Bereich Zeitverwendung, Freizeit und unbezahlte Arbeit konnten 1997 zum ersten Mal Daten zum Thema Haus- und Familienarbeit und Freiwilligenarbeit erhoben werden. Dadurch steht ein beschränktes Set der wichtigsten Eckdaten zur unbezahlten Arbeit zur Verfügung.⁸ Die Daten der Volkszählung (VZ) 2000 dienen als Grundlage für verschiedene Publikationen und Untersuchungen zum Thema Gleichstellung. Neben einer speziellen Übersichtspublikation zum Thema, ist die Aktualisierung des Gleichstellungsatlas für die Schweiz geplant.9 Die Gleichstellungsperspektive wird ebenfalls in den 10 thematischen Übersichtspublikationen zur VZ 2000 berücksichtigt, soweit dies Sinn macht.

Das BFS erhebt grundsätzlich alle Personendaten nach Geschlecht. Sie werden aber z.B. im Statistischen Jahrbuch der Schweiz nicht systematisch ausgewiesen. Je nach Thema wird einer anderen Fragestellung mehr Gewicht beigemessen. Mit dem Projekt der UN-ECE zur Etablierung einer Gender-Website wird das BFS jedoch, bis in einem Jahr die von der UN vorgeschlagenen Tabellen auf Internet bereit stellen. Somit wird ein Set von rund 100 international vergleichbaren Indikatoren zur Verfügung stehen.

Die gesamte Berichterstattung des BFS zum Thema Gleichstellung von Frau und Mann ist in einen Prozess eingebunden, welcher sich in den letzten Jahren ständig weiter entwickelt hat. Für die ersten beiden grösseren Berichte «Auf dem Weg zur Gleichstellung?» von 1993 und 1996 wurde jeweils eine Begleitgruppe aus Fachfrauen und -männern beigezogen. Eine kritische Evaluation des ersten Berichtes führte bereits zu gewissen Anpassungen und Erweiterungen im zweiten. In der Vorbereitungsphase des aktuellen Berichtes wurde eine Bedarfsabklärung bei den Gleichstellungsbüros auf allen Ebenen, den Bundesämtern und Expertinnen in der Genderforschung durchgeführt. Die Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen ist gewährleistet. Internationale Vorgaben und aktuelle Entwicklungen wurden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aufbau und Inhalt des dritten Berichtes

Die Berichte zur Gleichstellung von Frau und Mann sind eingebettet in die Reihe «Sozialberichterstattung Schweiz» des BFS. Basierend auf dem Konzept der Sozialindikatoren werden möglichst alle wichtigen Lebensbereiche beleuchtet. Der erste deskriptive Teil gibt deshalb eine nach Geschlecht differenzierte Übersicht zu den Eckdaten in den 12 Bereichen Demografie, Bildung, Wissenschaft und Technologie, Erwerbsleben, materielle Ressourcen und Erwerbseinkommen, soziale Sicherheit, Haushalt und Familie, Gesundheit, Freizeit, Politik, soziale Partizipation, persönliche Sicherheit und Kriminalität. Einige Indikatoren im internationalen Vergleich und Resultate zu Einstellungsfragen bezüglich Gleichstellung von Frau und Mann respektive Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft schliessen den ersten Teil ab. Die Indikatoren des ersten, deskriptiven Teils basieren auf unterschiedlichen Datenquellen. Soweit vorhanden, werden Standardindikatoren mit den entsprechenden (meist international vergleichbaren) Datenquellen verwendet. Für weniger standardisierte Indikatoren wird wenn möglich das Schweizer Haushalt-Panel als Quelle gewählt. Dies vor allem im Hinblick auf die Mehrheit der multivariaten Analysen im zweiten Teil der Publikation.

Vier Themen werden im zweiten Teil dieser Publikation vertieft behandelt. Im Kapitel 14 wird die Rollenteilung zwischen Partnerin und Partner im Haushalt untersucht. Dabei soll die Verbreitung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung in Paarhaushalten und die Einflussfaktoren, welche eine solche begünstigen, analysiert werden. Zuerst wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in Paarbeziehungen untersucht. In einem

Flückiger Yves, Ramirez José: Auf dem Weg zur Lohngleichheit? Vergleich der Frauen- und Männerlöhne anhand der Lohnstrukturerhebung (LSE) von 1994 und 1996. Kurzfassung EBG und BFS, Neuchâtel 2000. Vgl. auch die Reihe SAKE-NEWS des BFS.

Es handelt sich dabei um ein Modul, das alle drei Jahre an die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) angehängt wird. Ein Satellitenkonto Haushaltsproduktion für die Schweiz ist in Arbeit. Gewisse Einschränkungen sind bei der internationalen Vergleichbarkeit zu machen. Das international gebräuchliche Instrument zur Messung der unbezahlten Arbeit sind sogenannte Zeitverwendungsstudien. Das BFS hat zum letzten Mal 1979 eine vergleichbare Befragung durchgeführt. Seither musste das Projekt einer Zeitverwendungsstudie im statistischen Mehrjahresprogramm aus Budgetgründen gestrichen werden. In der Volkszählung 2000 wurde neu eine Frage zu Haus- und Familienarbeit und zu Freiwilligenarbeit aufgenommen. In ihrer allgemeinen Formulierung ist sie aber nicht direkt verwendbar. Methodologische Untersuchungen müssen vorgängig abklären, inwieweit diese Resultate aussagekräftig sind. Zu diesem Zweck vergibt das BFS dieses Jahr ein Forschungsmandat.

⁹ Bühler Elisabeth: Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz. Seismo, Zürich 2001.

zweiten Abschnitt werden getrennt für Frauen und Männer die Faktoren beschrieben, die zu einem überdurchschnittlichen, respektive unterdurchschnittlichen Zeitaufwand für Hausarbeit führen. Die Verteilung der Hausarbeit zwischen den Partnern und die Bestimmung der Faktoren, die eine egalitäre(re) Aufteilung der Hausarbeit begünstigen, runden das Bild zur Rollenteilung im Haushalt ab.

Im Kapitel 15 geht es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei werden Faktoren aus dem Bereich der Arbeitsbedingungen und der Haushaltssituation bestimmt, die eine solche Vereinbarkeit erschweren. Darauf aufbauend sollen Fragen beantwortet werden wie: Welche Bevölkerungsgruppen müssen vermehrt mit einer erschwerten Vereinbarkeit umgehen? Oder: Welche Faktoren beeinflussen diese erschwerte Vereinbarkeit? Der Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Schwierigkeiten respektive der Zufriedenheit bezüglich diesen Fragen schliesst das Kapitel ab.

Für die beiden ersten Themen kommen die Daten des Schweizer Haushalt-Panels aus dem Jahr 2000 zur Anwendung.

Im dritten analytischen Beitrag (Kapitel 16) wird die Mehrfachbenachteiligung von Frauen und Männern untersucht. Einzelne Bevölkerungsgruppen sind – nicht nur materiell - schlechter gestellt als andere: Sie sind häufiger von Problemlagen betroffen oder kumulieren Defizite in verschiedenen Lebensbereichen, die sich auf die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden auswirken. Sind Frauen von besonderen Problemlagen betroffen im Vergleich zu Männern? Kristallisieren sich bei Frauen bzw. Männern spezifische Problemgruppen heraus? Besteht ein Zusammenhang zwischen den Problemlagen und der Zufriedenheit in den verschiedenen Lebensbereichen? Falls ja, wirkt er sich auf die Situation von Frauen und Männern aus? Die Analysen werden mittels der Daten der Einkommens- und Verbrauchserhebung von 1998 durchgeführt.

Im letzten Beitrag (Kapitel 17) wird das Konzept der «Feminisierung von Armut» besprochen. Dabei geht es um die Armutsdynamik unter spezieller Berücksichtigung der Gender-Perspektive. Nach einer Diskussion der verschiedenen Konzepte zur Messung von Armut, werden mittels einer Längsschnittanalyse die dynamischen Aspekte von geschlechtsspezifischer Armut analysiert. Datengrundlage bilden die beiden ersten Wellen des Schweizer Haushalt-Panels von 1999 und 2000.

Detaillierte Beschreibungen der verwendeten Erhebungen finden sich im Anhang der Publikation.

Deskriptiver Teil

EINLEITUNG 1 DEMOGRAFIE

1 Demografie

In den neunziger Jahren hat sich die demografische Struktur der Schweiz stark verändert. Mit der steigenden Lebenserwartung, einem zunehmend grösseren Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung und individualisierteren Lebensformen gehen neue soziale Herausforderungen einher.

Wie verschiedene Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung 2000-2060 der Schweiz aufzeigen, werden diese Veränderungen auch in den nächsten Jahrzehnten andauern. So wird vor allem mit einer markanten Alterung der Wohnbevölkerung zwischen 2005 und 2035 und einer rückläufigen Erwerbsbevölkerung ab 2015 gerechnet.

Das folgende Einführungskapitel gibt einen allgemeinen geschlechtsdifferenzierten Überblick über die Bevölkerungsstruktur der Schweiz.

Es wird insbesondere auf die Altersstruktur der Bevölkerung sowie die Zusammensetzung der ausländischen und der schweizerischen Wohnbevölkerung eingegangen.

Die Daten stammen im Wesentlichen von den Volkszählungen und der jährlichen Bevölkerungsfortschreibung (ESPOP) des Bundesamtes für Statistik (vgl. Literaturhinweise). Letztere basiert auf den Ergebnissen jährlicher Statistiken (Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes) sowie der Wanderungsstatistik der Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Die Volkszählungen ihrerseits werden alle 10 Jahre durchgeführt – die letzte fand Ende 2000 statt.

Literaturhinweise

Eckdaten zur Bevölkerungsstruktur der Schweiz finden sich jährlich aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 1 «Bevölkerung»: www.statistik.admin.ch.

Informationen zur Volkszählung 2000 sind zudem unter der Adresse www.volkszaehlung.ch abrufbar.

BFS: Einwanderungsland Schweiz – Einwanderungskontinent Europa: eine Zwischenbilanz. Demos. Informationen aus der Demographie. Nr. 4/2002. Neuchâtel 2003.

BFS: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Monatsbilanz der ständigen Wohnbevölkerung. Oktober und November 2002. Vorläufige Ergebnisse. BFS Aktuell, Neuchâtel 2003.

BFS: Räumliche und strukturelle Bevölkerungsdynamik der Schweiz 1990-2000. Neuchâtel 2002.

BFS: Demografisches Porträt der Schweiz. Ausgabe 2002. Neuchâtel 2002.

BFS: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2000-2060. Demos. Informationen aus der Demographie. Nr. 1+2/2001. Neuchâtel 2001.

Frauen leben länger als Männer, doch die Differenz schwindet

Frauen leben im Durchschnitt knapp sechs Jahre länger als Männer. Die Lebenserwartung bei Geburt steigt für beide Geschlechter stetig an, seit ca. 1990 jedoch schneller bei den Männern. Noch sind die Frauen aber in den Altersklassen ab 50 Jahren deutlich zahlreicher. Bei den über 80-Jährigen kommt ein Mann auf zwei Frauen. Das Alter der Frauen, die ihr erstes Kind gebären, ist seit 1970 um knapp zweieinhalb Jahre angestiegen. Der Anteil unter 21-Jährige an den Erstgebärenden ist in der gleichen Zeit von fast 40% auf 10% gesunken.

Die Entwicklung demographischer Masse spiegelt wesentliche gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die den Hintergrund der aktuellen Situation bilden. Daher wird hier etwas mehr auf die Entwicklung der einzelnen Indikatoren eingegangen. Weitere Informationen zu Haushalt und Familie sind im Kapitel 7 zu finden.

Der Altersaufbau der ständigen Wohnbevölkerung hat sich im Lauf der letzten Jahrzehnte verändert. Die Basis der Jungen ist schmaler geworden, die Maxima der stärksten Jahrgänge um 1960 verschieben sich nach oben und die Spitze verbreitert sich. Bei der Unterscheidung nach Geschlecht fällt insbesondere der grössere Anteil der Frauen mit zunehmendem Alter auf. Zwar werden nach wie vor mehr Knaben als Mädchen geboren, die höhere Sterblichkeit der Männer führt jedoch bereits im frühen Erwachsenenalter zum Ausgleich. Ab ca. 60 Jahren wird der Frauenanteil zunehmend grösser. Unter den 65-79-Jährigen sind 2001 56% Frauen und in der Klasse von 80 Jahren und darüber stellen sie 67%. Die geringere Sterblichkeit der Frauen führt zu einer höheren Lebenserwartung. Diese beträgt 2001 82,8 Jahre für Frauen und 77,2 Jahre für Männer. Seit 1970 ist diese für beide Geschlechter um 7 Jahre gestiegen. Die Differenz zwischen der Lebenserwartung bei Geburt der Frauen und der der Männer hat sich nach 1990 erstmals seit hundert Jahren - verkleinert.

Die Lebenserwartung 60-jähriger Frauen beträgt 25,2 Jahre, diejenige gleichaltriger Männer 21,1 Jahre. Der Ausweitung der Lebensspanne entsprechend ist auch das mittlere Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes von 27,7 im Jahr 1971 auf 30,0 Jahre (2001) angestiegen. Ausländerinnen, die ihr erstes Kind gebären, sind im Mittel etwas jünger (27,1 bzw. 28,6 Jahre). Ebenfalls jünger als der Durchschnitt sind die verheirateten Mütter (25,3 bzw. 28,8 Jahre). Unter den unverheirateten Müttern sind demnach nicht die jungen Frauen mit einer ungeplanten Schwangerschaft prägend, sondern die Spätgebärenden. Dabei berücksichtigen die hier betrachteten Daten nur den Zivilstand und nicht die Lebensform: unverheiratete Erstgebärende sind nicht gleichzusetzen mit Alleinerziehenden.

Junge Mütter – verheiratet oder nicht – wurden in den vergangenen Jahrzehnten markant seltener: 1971 waren 39% der Erstgebärenden unter 21-jährig, andererseits waren 22% davon über 30. 2001 sind nur mehr 10% der erstmaligen Mütter unter 21, aber deren 44% über 30-jährig.

Die zusammengefasste Geburtenziffer, d.h. die durchschnittliche Zahl der Kinder einer Frau, sank von 1971 bis 2001 von 2,04 auf 1,41. Ausländerinnen bringen zwar mehr Kinder zur Welt, doch ihre Geburtenziffer sank in der selben Periode noch deutlicher von 2,90 auf 1,97.

Definitionen

18

Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle Personen, deren zivilrechtlicher Wohnsitz ganzjährig in der Schweiz liegt. (Vgl. BFS: «Demografisches Porträt der Schweiz». Ausgabe 2002, Neuchâtel 2002, Seite 92). Lebenserwartung bei Geburt: Durchschnittliche Anzahl Jahre, die ein lebend geborenes Kind erreichen wird, wenn man die Sterblichkeit des Beobachtungsjahres zu Grunde legt (ebd. Seite 40).

Mittleres Alter der Mütter: Gewichtetes durchschnittliches Alter der Frauen, die im Beobachtungsjahr ein Kind zur Welt brachten (ebd. Seite 36).

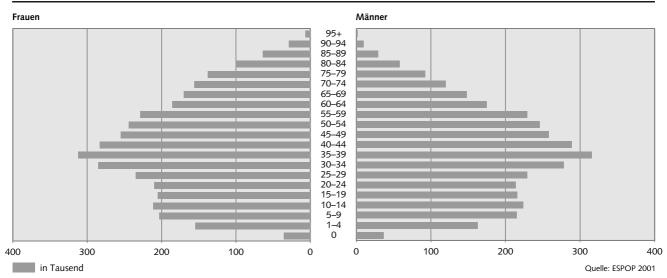
Zusammengefasste Geburtenziffer: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau, wenn im Beobachtungsjahr die Anzahl der Lebendgeborenen nach den jeweiligen Altersjahren der Frauen zugrunde gelegt wird. Dies ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern der 15-49-jährigen Frauen. (ebd.)

Quellen: ESPOP, BEVNAT

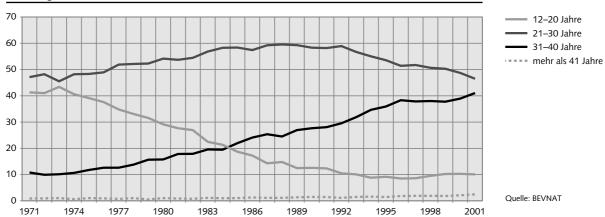
ESPOP, Jährliche Bevölkerungsfortschreibung

BEVNAT, Natürliche Bevölkerungsfortschreibung

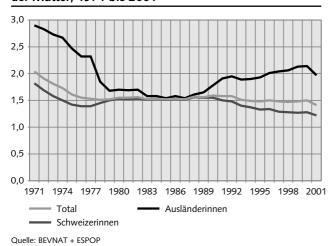
Ständige Wohnbevölkerung nach Alter



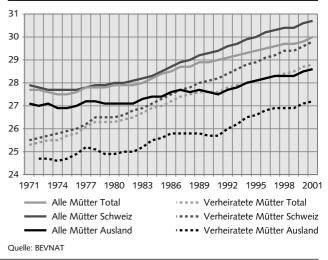
Lebendgeborene von unverheirateten Müttern nach Alter der Mutter, 1971 bis 2001



Zusammengefasste Geburtenziffer nach Herkunft der Mutter, 1971 bis 2001



Mittleres Alter der Mutter bei Geburt des 1. Kindes nach Herkunft der Mutter, 1971 bis 2001



© Bundesamt für Statistik (BFS)

Ausländische Wohnbevölkerung immer noch eher männlich geprägt

Die ausländische Bevölkerung in der Schweiz ist eher männlich geprägt. Im Jahre 2000 kommen in dieser auf 100 Frauen 115 Männer, gegenüber 92 Männern in der schweizerischen Wohnbevölkerung. Seit 1990 ist jedoch ein leicht zunehmender Frauenanteil in der ausländischen Bevölkerung zu beobachten, der teilweise auf den vermehrten Zuzug von Familien zurückzuführen ist. Bezüglich der Aufenthaltsbewilligungen sind keine grossen geschlechtsspezifischen Unterschiede festzustellen.

In der Schweiz beläuft sich im Jahre 2000 der Anteil der ausländischen Bevölkerung auf einen Fünftel der Gesamtbevölkerung (20,5%, gegenüber 18,1% im Jahre 1990). Von diesen ist die grosse Mehrheit, nämlich 87%, europäischer Nationalität. Etwa 6% der Ausländerinnen und Ausländer stammen aus asiatischen Ländern und je 3% aus Afrika und Amerika.

Im Gegensatz zur letzten Volkszählung (1990) wird die Liste der wichtigsten Herkunftsländer nicht mehr von den italienischen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen dominiert. Die gewichtigste Nationalitätengruppe stammt 2000 aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Sie macht fast einen Viertel der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz aus, gefolgt von Personen italienischer (21%) und portugiesischer Herkunft (10% der ausländischen Bevölkerung).

Die ausländische Bevölkerung in der Schweiz ist eher männlich geprägt. Insgesamt kommen im Jahre 2000 auf 100 Frauen 115 Männer bei der ausländischen Bevölkerung, gegenüber 92 Männern in der schweizerischen. Zehn Jahre zuvor war dieser Unterschied noch grösser: Der Männeranteil pro 100 Frauen betrug 90 bei der schweizerischen und gar 139 bei der ausländischen Bevölkerung.

Dabei sind auch länderspezifische Unterschiede festzustellen. Unter den amerikanischen und osteuropäischen Nationalitätengruppen in der Schweiz sind die Frauen stärker vertreten, in allen anderen sind die Männer zahlreicher als Frauen. Die Bevölkerung italienischer und afrikanischer Nationalität ist besonders stark männlich dominiert. 1990 war jedoch der Männeranteil in all diesen Nationalitätengruppen erheblich höher.

Der seither leicht steigende Frauenanteil in der ausländischen Bevölkerung kann teilweise durch den vermehrten Zuzug von Familien erklärt werden, aber auch durch die Aufhebung des automatischen Erwerbs des Bürgerrechts bei Heirat mit einem Schweizer Mann.

Bei den Frauen zwischen 20 und 45 Jahren ist der Ausländeranteil seit 1990 besonders stark angestiegen, während er bei den Männern derselben Altersgruppe in etwa konstant blieb. Im Jahre 1990 waren 20% der Frauen im Alter zwischen 24 und 32 Ausländerinnen, heute beläuft sich dieser Anteil gar auf 30%.

Bezüglich der Aufenthaltsbewilligungen sind keine grossen geschlechtsspezifischen Unterschiede festzustellen. So hatten am 8. März 2003 81% der weiblichen Wohnbevölkerung die schweizerische Nationalität (männliche Bevölkerung: 78%), 13% eine Niederlassungsbewilligung C (Männer: 16%) und 5% eine Jahresaufenthaltsbewilligung B (Männer: ebenfalls 5%).

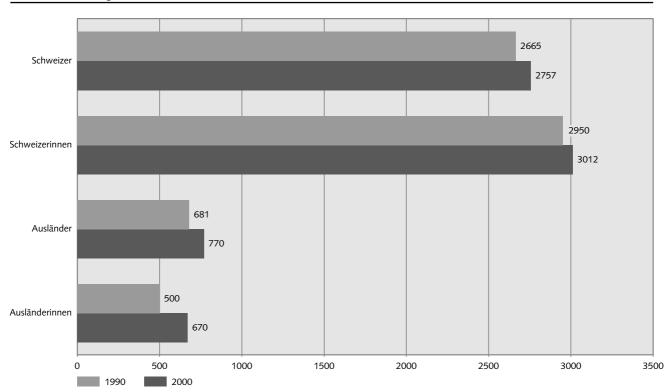
Definitionen

Wohnbevölkerung: Die Volkszählung arbeitet nach dem Aufenthaltsprinzip, d.h. alle in der Schweiz anwesenden Personen werden gezählt (ausser Grenzgänger, Touristen, etc.); die Wohnbevölkerung gemäss Volkszählung umfasst also auch Personen, die nicht zur «ständigen Wohnbevölkerung» gemäss ESPOP (vgl. vorherige Seite) gehören – wie z. B. Asylsuchende und Kurzaufenthalter.

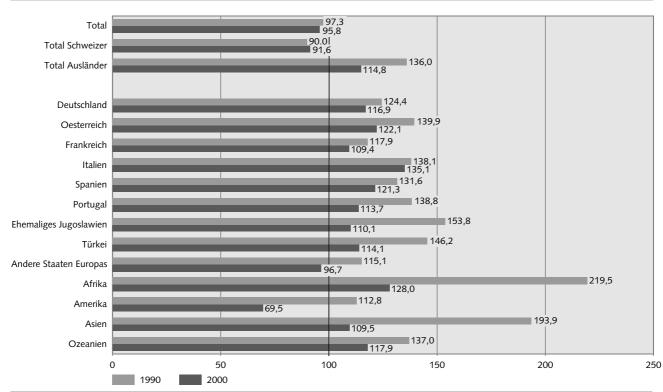
Quelle: VZ

Eidgenössische Volkszählungen 1990, 2000 (provisorische Ergebnisse 2003)

Wohnbevölkerung 1990 und 2000, in Tausend



Schweizerische Wohnbevölkerung: Anzahl Männer auf 100 Frauen nach Nationalität



Quelle: Eidg. Volkszählungen 1990, 2000 (prov. Ergebnisse 2003)

© Bundeamt für Statistik (BFS)

EINLEITUNG 2 BILDUNG

2 Bildung

Das Kapitel beschreibt das Bildungsniveau von Frauen und Männern, ihre Beteiligung an Bildung und zeigt auf, wie es Mädchen und Knaben in der obligatorischen Schule geht.

Die Forderung nach gleichen Bildungsmöglichkeiten (Chancengleichheit) gehört zu den zentralen Anliegen in der Diskussion um die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau. Die Bildung wird denn auch ausdrücklich in Artikel 8 der Bundesverfassung erwähnt. Die Verbesserung der Bildung der Bevölkerung gilt an und für sich schon als ein Massstab für positive Entwicklung. Sie ist ein entscheidender Faktor der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, welche die Gesamtheit oder Teile der Bevölkerung betreffen können. Tatsächlich besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Bildung der Frauen und den sich abzeichnenden Veränderungen in der Familie, in der Beteiligung am Erwerbsprozess, beim politischen, sozialen und kulturellen Engagement usw. Bildung kann Kompetenzen und Fähigkeiten vermitteln und so den Einzelnen bei der Orientierung in der Welt und der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben unterstützen. Bildung beeinflusst den Zugang der Individuen zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Arbeit und Informationen. Sie prägt das soziale und politische Verhalten. Wer über eine gute Bildung verfügt, hat in der Regel auch mehr Möglichkeiten, seine Arbeits- und Umwelt zu gestalten und kann besser mit neuen Herausforderungen in Familie, Beruf und Politik umgehen.

Es gibt weltweit einen Trend zu mehr Bildung. Die jüngeren Menschen in (fast) allen Ländern dieser Erde sind länger zur Schule gegangen und haben höhere Abschlüsse als ihre Eltern oder Grosseltern gemacht. Die Bildungssysteme der einzelnen Länder unterscheiden sich aber darin, in welchem Ausmass sie soziale Gruppen benachteiligen oder aber alle Kinder und Jugendlichen ungeachtet des Geschlechts, der Herkunft oder des sozialen Status fördern. Die Schweiz beispielsweise weist im Vergleich zu den übrigen Ländern Westeuropas bedeutend grössere Bildungsunterschiede zuungunsten von Frauen auf (OECD). Sie gehört zudem zu den OECD-Ländern, in denen sich die soziale Lage des Elternhauses besonders stark auf Leistungen und Bildungslaufbahn der Kinder auswirkt (BFS).

Im Schuljahr 2001/02 sind von den rund 1,4 Millionen Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden 48% Frauen. Mehr Frauen als Männer gibt es in den gymnasialen Maturitätsschulen und anderen allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II, mehr Männer als Frauen insbesondere in den Fachhochschulen und bei der Höheren Berufsbildung.

Bei den Lehrkräften gilt: Lehrerinnen für die Kleinen, Lehrer für die Grossen. Der Frauenanteil beträgt 74% bei den Lehrkräften der Primarstufe, aber 7% bei den Professuren an universitären Hochschulen.

1999 besuchten 38% der Frauen und 40% der Männer mindestens einen Weiterbildungskurs. 71% aller Männer und 58% aller Frauen wählten individuelle Weiterbildungsformen.

Der Betrieb unterstützte die Weiterbildung bei einem Viertel der erwerbstätigen Frauen, bei den Männern war es ein knappes Drittel. Insbesondere Frauen mit einer Berufsgrundbildung und Frauen, die in einfachen Berufen arbeiten, stehen gegenüber Männern mit gleichen Qualifikationen und Positionen zurück.

Literaturhinweise

Eckdaten zu Bildung finden sich jährlich aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 15 «Bildung und Wissenschaft»: www.statistik.admin.ch

BFS und EBG: Gleiche Bildung, gleiche Chancen? Neuchâtel 2002.

Lischer Rolf et al.: Weiterbildung in der Schweiz 2001. Auswertungen der schweizerischen Arbeitskräfteerhebungen 1996-2000. BFS, Neuchâtel 2001. OECD: Education at a Glance. 2002.

BFS: Spezialkapitel zum Bereich 15 in: Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Neuchâtel 2002.

BFS / EDK: Für das Leben gerüstet? Die Grundkompetenzen der Jugendlichen – Kurzfassung des nationalen Berichtes PISA 2000. Neuchâtel 2001.

2 BILDUNG 2.1 BILDUNGSNIVEAU

Die Bildungsunterschiede zuungunsten der Frauen verringern sich

Frauen verfügen häufiger als Männer über keine nachobligatorische Bildung. Höhere Abschlüsse werden mehrheitlich von Männern erworben. Die Bildungsunterschiede haben im Laufe der Zeit abgenommen. Vor allem auf der Tertiärstufe bestehen sie aber auch bei den jungen Erwachsenen nach wie vor.

Die moderne Wissensgesellschaft erwartet von ihren Mitgliedern zunehmend Fertigkeiten und Fähigkeiten, die mindestens einem Abschluss auf der Sekundarstufe II entsprechen. Eine von vier Frauen, aber nur einer von sieben Männern im Alter zwischen 25 und 64 Jahren hat 2002 keine nachobligatorische Bildung abgeschlossen. Am anderen Ende des Bildungsspektrums sind Männer übervertreten: ein Drittel der Männer, aber nur ein Sechstel der Frauen verfügt über einen Abschluss auf der Tertiärstufe.

Von der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte haben die Frauen profitiert: der Anteil derjenigen ohne nachobligatorische Bildung nimmt von drei Fünfteln unter den über 75-Jährigen auf ein Fünftel unter den 35-44-Jährigen ab. Bei den Männern liegt der Ausgangspunkt bei über 75-Jährigen mit 29 Prozent bedeutend tiefer; der Anteil bei den 35-44-Jährigen liegt bei 13 Prozent. Die Ausweitung der Bildung geht weiter auf der Tertiärstufe. Frauen und Männer der jüngeren Altersgruppen haben nach einer beruflichen oder allgemeinbildenden Grundbildung eher noch einen weiteren Abschluss auf Tertiärstufe erworben. Der Anteil der Frauen mit Tertiärbildung hat sich von weniger als 5% auf 20% vervierfacht, während sich der Anteil bei den Männern von 21% auf 36% erhöht hat.

Um die Entwicklung für die jüngste Altergruppe zu beobachten, betrachten wir die Abschlussquoten auf der Sekundarstufe II, resp. der Tertiärstufe. In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts hält sich ein hartnäckiger Unterschied von rund 10 Prozentpunkten zuungunsten der Frauen in den Abschlussquoten der mehrjährigen Bildungen auf Sekundarstufe II. 2001 sind es 8 Prozentpunkte. Der Unterschied geht ganz auf das Konto der Berufsbildung: Die gymnasiale Maturitätsquote der Frauen ist unterdessen höher als diejenige der Männer.

Typisch verläuft die Entwicklung auf der Tertiärstufe: Für beide Geschlechter nehmen die Abschlussquoten kontinuierlich zu, ohne dass sich der Abstand zwischen ihnen verringern würde. Seit 1991 bleibt dieser bei rund 16 Prozentpunkten. Die Eintritte der Frauen in die Tertiärstufe nehmen im gleichen Zeitraum überdurchschnittlich zu, sodass der Unterschied in absehbarer Zeit kleiner werden dürfte.

Definitionen

Die höchste abgeschlossene Bildung definiert das Bildungsniveau. Die höchste abgeschlossene Bildung auf Sekundarstufe II umfasst auch kurze Berufsbildungen, Diplommittelschulen und Ähnliches.

Abschlussquote auf der Sekundarstufe II

Die Abschlussquoten geben die Anzahl der Sekundarstufe-II-Abschlüsse auf 100 Personen der Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter an.

Für die Berufsabschlüsse ist die Referenzbevölkerung der Durchschnitt der 17- und 18jährigen ständigen Wohnbevölkerung. Die Maturitätsquoten können direkt berechnet werden (Anzahl erteilte Maturitätszeugnisse/19jährige ständige Wohnbevölkerung).

Einjährige Berufsbildungen und Diplommittelschulabschlüsse werden nicht berücksichtigt.

Tertiäre Abschlüsse

Die Abschlussquoten berechnen sich als Zahl der Abschlüsse dividiert durch die entsprechende Altersgruppe. Für Hochschulabschlüsse handelt es sich um die 27jährigen; für Abschlüsse der Höheren Berufsbildung um die 23-29jährigen.

Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden ausschliesslich die ersten Abschlüsse berücksichtigt, also werden Eidgenössische Diplome und ähnliche Abschlüsse nicht gezählt.

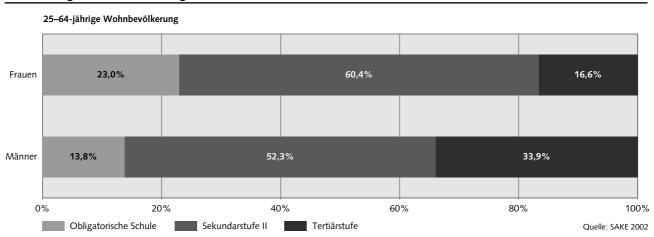
Quellen: SAKE, SHIS

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2002

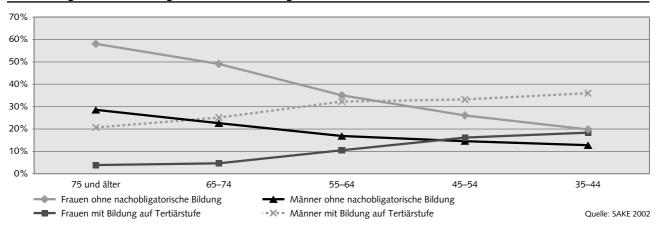
Statistik der Lernenden, Lehrenden und Abschlüsse 1991-2001

Schweizerisches Hochschulinformationssystem 1991-2001 2.1 BILDUNGSNIVEAU 2 BILDUNG

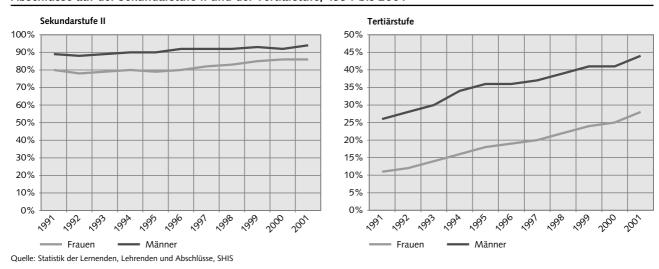
Höchste abgeschlossene Bildungsstufe



Entwicklung der höchsten abgeschlossenen Bildungsstufe



Abschlüsse auf der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe, 1991 bis 2001



© Bundesamt für Statistik (BFS)

2 BILDUNG 2.2 BETEILIGUNG AN BILDUNG

Wachsende Beteiligung der Frauen – hartnäckige geschlechtsspezifische Unterschiede

Die Beteiligung der jungen Frauen an nachobligatorischer Bildung gleicht sich derjenigen der Männer an. Hingegen bleiben die Unterschiede in der Berufs- und Fächerwahl weiterhin bestehen.

Frauen und Männer investieren heute mehr Zeit in eine nachobligatorische Bildung als noch in den Achtziger Jahren. Der Zuwachs der erwarteten (nachobligatorischen) Schulbesuchs- und Studienjahre bei den Frauen beläuft sich auf 2 Jahre, während er bei den Männern 1,2 Jahre beträgt. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern nimmt daher ab: 1980 betrug er 1,5 Jahre, im Jahr 2001 nur noch 0,8 Jahre. Wachsende Beteiligung der Frauen an der Tertiärstufe, aber auch eine Abnahme der ganz kurzen Berufsbildungen auf der Sekundarstufe II sind die Ursachen dafür.

Besonders deutliche Unterschiede bestehen aber bei der Wahl der Fachrichtung: Junge Männer entscheiden sich häufiger für Berufe des Baugewerbes, der Metall- und Maschinenindustrie oder des Holzgewerbes. Die Vorliebe der jungen Frauen liegt bei Berufen der Körperpflege und der Heilbehandlung. Eine grössere Minderheit von rund einem Viertel Frauen finden sich in den technischen Berufen, eine ähnlich grosse Minderheit von Männern im Verkauf. Bei den Büroberufen finden sich zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer. Ungefähr gleich viele Frauen wie Männer beginnen eine Berufsbildung im Gartenbau. Die ausgeprägt geschlechtsspezifische Berufswahl hat sich seit 1980 kaum verändert: Weder bei Frauen noch Männern kam es zu grösseren Verschiebungen.

An universitären Hochschulen wie an Fachhochschulen wählen Frauen sehr selten technische Fächer. Äusserst beliebt sind die Sozial- und Geisteswissenschaften.

In Sachen Gleichstellung und Bildung hat sich am Ende des 20. Jahrhunderts manches verbessert: In Maturitäts- und universitären Hochschulen sind Frauen gut vertreten. Bei der Berufsbildung holen sie den Rückstand auf die Männer auf. Selbst in der höheren Berufsbildung verringert sich der Abstand. Grosse Unterschiede bestehen weiterhin bei der Berufs- und Fächerwahl von Frauen und Männern.

Definitionen

Erwartete nachobligatorische Schulbesuchs- und Studienjahre: Bei den *erwarteten nachobligatorischen Schulbesuchs- und Studienjahren* wird der Zeitraum geschätzt, den ein heutiger Jugendlicher in seinem Leben voraussichtlich in Vollzeit- oder Teilzeitausbildung verbringen wird.

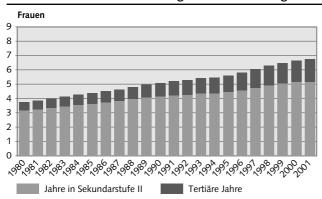
Die erwarteten Schulbesuchs- und Studienjahre entsprechen der Addition der Netto-Schulbesuchsquoten in der Sekundarstufe II und Tertiärstufe. Die Nettoschulbesuchsquote berechnet sich pro Altersjahr; sie entspricht dem Anteil der Schüler/innen und Studierenden im entsprechenden Alter an der Wohnbevölkerung. Jede/r eingeschriebene Schüler/in oder Studierende bedeutet ein im Bildungssystem absolviertes Jahr. Wenn die Nettoschulbesuchsquote der 18-Jährigen 78% ist, heisst das auch, dass die 18-Jährigen im Durchschnitt während 0,78 Jahren in Ausbildung sind.

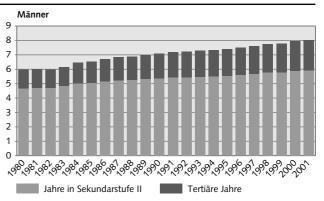
Quelle: SHIS

Statistik der Lernenden, Lehrenden und Abschlüsse 2001/02

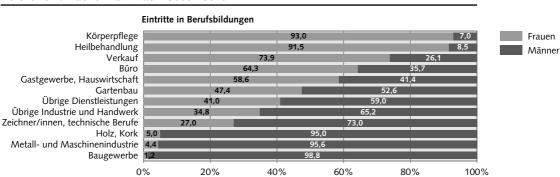
Schweizerisches Hochschulinformationssystem 2001/2002 2.2 BETEILIGUNG AN BILDUNG 2 BILDUNG

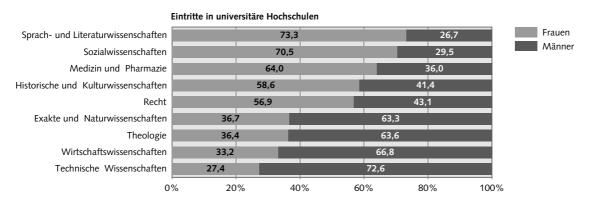
Erwartete Jahre in der nachobligatorischen Bildung nach Stufe, 1980 bis 2001

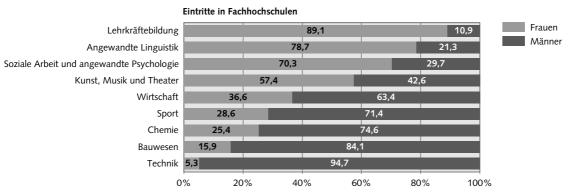




Berufs- und Fächerwahl nach Geschlecht







Quelle: Statistik der Lernenden, Lehrenden und Abschlüsse, Schweizerisches Hochschulinformationssystem, 2001/02

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Unterschiedliche schulische Leistungen am Ende der Schulzeit

Mädchen haben in der obligatorischen Schule etwas mehr Erfolg als Knaben. In der neunten Klasse sind die jungen Frauen stärker im Lesen, während die jungen Männer die Nase in Mathematik und Naturwissenschaften vorne haben.

Mädchen reüssieren in der obligatorischen Schule besser als Knaben; dies zwar nicht in sehr grossem Ausmasse, aber konsistent. Die Mehrheit der Repetierenden (55%) sind Knaben. Knaben werden doppelt so häufig wie Mädchen in Sonderklassen oder Sonderschulen eingewiesen. Im Vorteil sind die Mädchen auch bei der Selektion auf der Sekundarstufe I: sie sind in den anforderungsreicheren Schulstufen mit erweiterten Ansprüchen mit 52% leicht über-, in denjenigen mit Grundansprüchen mit 45% untervertreten. Die Geschlechterunterschiede in den Leistungen sind in der Schweiz am grössten beim Lesen (insbesondere in der Gruppe mit sehr geringen Leseleistungen (Niveaus <1 und 1) sind die jungen Männer übervertreten). In der Mathematik erreichen die jungen Männer bessere Leistungen als die jungen Frauen, hier sind sie insbesondere in der Gruppe mit den besten Leistungen übervertreten.

Ähnlich wie mit den Leistungen verhält es sich auch mit den Interessen: die jungen Frauen haben mehr Spass am Lesen, die jungen Männer hingegen interessieren sich deutlich stärker für mathematische und naturwissenschaftliche Inhalte.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass ein schulisches Umfeld, welches den Lernbedingungen und der Lernförderung vermehrt Beachtung schenkt, diese Unterschiede vermindert.

Die unterschiedlichen Stärken sind für beide Geschlechter problematisch: Wegen der mathematischnaturwissenschaftlichen Ausrichtung vieler Berufsfelder haben Mädchen schlechtere Voraussetzungen insbesondere für anspruchsvollere Berufe. Die schlechteren Lesekompetenzen der jungen Männer wirken sich nachteilig auf den Erwerb sozialer Kompetenzen aus, deren Bedeutung in einer zunehmend vernetzten Welt wächst.

Definitionen

Die präsentierten Leistungen im Lesen und in der Mathematik entsprechen den Resultaten von Tests bei Schülern und Schülerinnen der 9. Klasse in der Schweiz, die im Rahmen von PISA durchgeführt werden. Die Jugendlichen werden entsprechend ihren Resultaten in Gruppen eingeteilt.

Leistungen im Lesen – sechs Kompetenzniveaus

Niveau <1: Jugendliche, die Kompetenzniveau 1 nicht erreichen, haben ernsthafte Probleme dabei, einzelne Informationen aus einem ganz einfachen Text herauszusuchen. Sie können weder das Hauptthema eines Textes erkennen noch das Gelesene mit Aspekten aus dem Alltagswissen verknüpfen.

Niveau 1: Die Jugendlichen verfügen bestenfalls über rudimentäre Lesekompetenzen. Sie können zwar in einfachen Texten einzelne Informationen ermitteln und diese mit dem bestehenden Wissen verbinden. Es gelingt ihnen aber nur ungenügend, das Lesen für das Lernen zu nutzen.

Niveau 2: Die Jugendlichen sind fähig, einen Text für grundlegende Aufgaben zu nutzen: etwa aufgrund der Informationen aus dem Text einfache Schlüsse zu ziehen oder die Bedeutung begrenzter Textteile mit Hilfe des eigenen Wissens zu verstehen.

Niveau 3: Die Jugendlichen sind fähig, Texte mittlerer Komplexität zu verstehen, Informationen aus verschiedenen Textteilen miteinander in Verbindung zu bringen und diese zum vertrauten Alltagswissen in Beziehung zu setzen.

Niveau 4: Die Jugendlichen sind fähig, schwierige Aufgaben zu lösen wie eingeschobene Informationen zu lokalisieren, sprachliche Nuancen zu erkennen und Texte kritisch zu beurteilen.

Niveau 5: Die Jugendlichen sind in der Lage, anspruchsvolle Texte mit nicht vertrautem Inhalt bis ins letzte Detail zu verstehen. Sie sind fähig, die relevanten Informationen zu erkennen und, aufgrund dieser, Hypothesen kritisch zu testen, auch wenn es sich um fachspezifische Texte handelt.

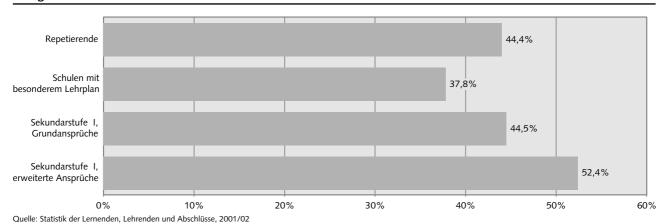
Leistungen in Mathematik – drei Gruppen nach Quartilen

Sämtliche Resultate des Leistungstests werden der Punktzahl nach aufgereiht. Der Median (Zentralwert) entspricht demjenigen Wert, welcher die ganze Verteilung der Antworten in zwei gleich grosse Gruppen aufteilt. Diese beiden Gruppen können nochmals in zwei gleich grosse Untergruppen aufgeteilt werden. Die beiden neuen Teilungswerte werden 1. (25%-Punkt) respektive 3. Quartil (75%-Punkt) genannt.

Quellen: PISA

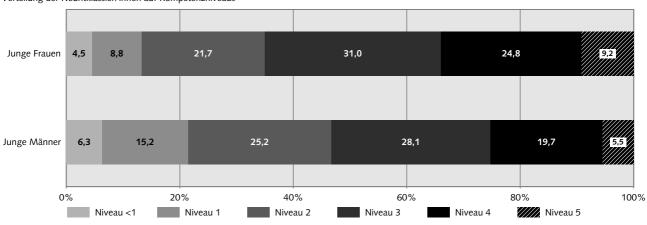
Statistik der Lernenden, Lehrenden und Abschlüsse 2001/2002 PISA 2000 (Programme for International Student Assessment)

Obligatorische Schule: Anteil Schülerinnen



Lesekompetenz am Ende der Schulzeit

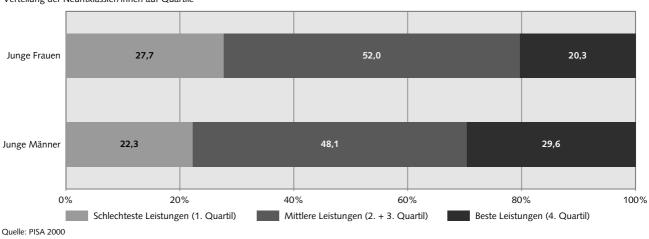
Verteilung der Neuntklässler/innen auf Kompetenzniveaus



Quelle: PISA 2000

Leistungen in Mathematik

Verteilung der Neuntklässler/innen auf Quartile



© Bundesamt für Statistik (BFS)

3 Wissenschaft und Technologie

Wissenschaft und Technologie sind heutzutage von grosser strategischer Bedeutung, nicht zuletzt weil die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auf internationaler Ebene vermehrt von der Verwendung moderner Technologien und vom adäquaten Einsatz der Humanressourcen abhängt. Deshalb wird in politischen Entscheiden vermehrt auf die Förderung des Bildungssystems, der Forschung und der Technologie gesetzt. Der immer rascher voranschreitende technologische Wandel führt dazu, dass die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F+E) einen zunehmend wichtigen Standortfaktor darstellt.

In diesem Kapitel werden zunächst die Humanressourcen im Bereich Forschung und Entwicklung in der Schweiz unter dem Geschlechteraspekt untersucht. Die Schweiz gehört mit einem F+E-Anteil von 2,7% des Bruttoinlandprodukts (2000) zu den forschungsaktivsten Staaten. 2000 wurden für F+E im Inland rund 10,7 Milliarden Franken aufgewendet. Davon entfallen 74% auf die Privatwirtschaft und weitere 23% auf die Hochschulen; die restlichen 3% verteilen sich auf Bund und diverse private Organisationen ohne Erwerbszweck. Frauen sind im Bereich Forschung und Entwicklung in der Schweiz immer noch deutlich unterrepräsentiert.

In einem zweiten Schritt wird die geschlechtsspezifische Technologienutzung analysiert, und zwar im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die in unseren modernen Gesellschaften zunehmend an wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung gewinnen.

Der zweite Indikator in diesem Kapitel befasst sich somit mit dem Thema «Frauen in der Informationsgesellschaft» am Beispiel der Internetnutzung. Die leitenden Fragestellungen sind folgende: Sind wir auf dem Weg zur Einebnung von Geschlechterunterschieden? Wie gestaltet sich der Zugang von Frauen zu Informations- und Kommunikationstechnologien?

Voraussetzung für die Nutzung von neuen Informationstechnologien ist der Zugang zu einem Computer. Einen solchen haben 63% der Schweizer Haushalte. Bemerkenswert ist, dass in Haushalten mit Kindern, unabhängig von deren Anzahl, deutlich häufiger ein PC vorhanden ist (Familie mit Kind unter 15 Jahren 83%, Einelternhaushalt 72%) als in Einpersonen- sowie Partnerhaushalten ohne Kinder (40% bzw. 59%). Man könne sich keinen leisten als Begründung, weshalb es keinen PC im Haushalt hat, wird jedoch von Familien mit Kindern häufiger genannt (29%) als von allein oder als Paar lebenden Personen (12% bzw. 7%).

Der Geschlechtergraben im Zugang zu Informationsund Kommunikationstechnologien kommt bei Betrachtung der Einpersonenhaushalte besonders deutlich zum Vorschein: 70% der allein lebenden Frauen und nur 43% der allein lebenden Männer haben keinen Computer zu Hause. In der Begründung, weshalb sie keinen besitzen, unterscheiden sich die Geschlechter jedoch nicht. Hinzu kommen grosse Unterschiede nach Altersgruppen: Jüngere Alleinlebende haben bedeutend häufiger einen Computer zu Hause als ältere.

Literaturhinweise und Quellen

Eckdaten zu Wissenschaft und Technologie, zur Informationsgesellschaft sowie zur PISA-Studie finden sich im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 15 «Bildung und Wissenschaft» für Erstere und 20 «Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung» für Letztere: www.statistik.admin.ch

Huber Maja: «Zugang von Frauen zu den Informations- und Kommunikationstechnologien. Auf dem Weg zur Einebnung von Geschlechterunterschieden?», in: Frauenfragen 2.2002, Eidg. Kommission für Frauenfragen, 19-21.

Huber Maja; Ramseier Erich: «Vertrautheit im Umgang mit dem Computer», in: BFS/EDK: Für das Leben gerüstet? Die Grundkompetenzen der Jugendlichen – Nationaler Bericht der Erhebung PISA 2000. Neuchätel 2002, S. 53ff.

Schweizer Haushalt-Panel 2000, folgende Frage wurde gestellt: Haben Sie ein Computer zuhause? Wenn nein: Ist das weil Sie es sich nicht leisten können oder aus anderen Gründen?

Wenige Frauen in der F+E

Die Wissenschaft ist in der Schweiz noch immer eine Hochburg der Männer, insbesondere im Bereich von Forschung und Entwicklung (F+E), wo die Frauen nur gerade einen Viertel des Gesamtpersonals in F+E ausmachen. In der öffentlichen Forschung (Bund und Hochschulen) gibt es mehr Frauen als in der Privatwirtschaft. Das weibliche Personal in der F+E hat vorwiegend eine kaufmännische, technische oder administrative Ausbildung. Die Frauen erbringen eher Hilfs- und Dienstleistungsfunktionen in der F+E; der Frauenanteil bei den Forschenden hingegen ist noch gering.

Entwicklung und Sektoren

1996 waren in der nationalen F+E von 100 erwerbstätigen Personen 25 Frauen. Eine Entwicklung zeichnet sich ab, dies jedoch sehr langsam: In 4 Jahren ist der Frauenanteil in F+E in der Schweiz von 25% auf 26% gestiegen.

1996 waren die Frauen in der Privatwirtschaft am schlechtesten vertreten (18%). Beim Bund betrug der Anteil 24%, während er in den Hochschulen rund ein Drittel des Personals ausmachte.

Diese Situation hat sich 2000 leicht verändert; der Frauenanteil beim Gesamtpersonal von F+E liegt in der Privatwirtschaft bei 20%, beim Bund bei 28% und an den Hochschulen bei 36%.

Ausbildung

Das weibliche Personal in der F+E hat unabhängig vom Sektor vorwiegend eine kaufmännische, technische oder administrative Ausbildung. Im Jahr 2000 sind dies 61% der Frauen in F+E, während Universitäts- oder Fachhochschulabsolventinnen weniger stark vertreten sind (39%).

Funktion

Im Jahr 2000 sind in der Schweiz nur 40% der in der F+E aktiven Frauen als Forscherinnen tätig. Bei den Männern sind es hingegen 51%.

Der Frauenanteil der insgesamt 33 160 Forschenden in der Schweiz beträgt 21%. Im Hochschulsektor sind die Frauen mit 27% am besten vertreten.

Trotz der Anstrengungen, die unternommen wurden, um in der Wissenschaft die Gleichstellung durchzusetzen, ist die Integration der Frauen in F+E in der Schweiz im Jahr 2000 noch marginal.

Definitionen und Methodik

Forschung und experimentelle Entwicklung (F+E)

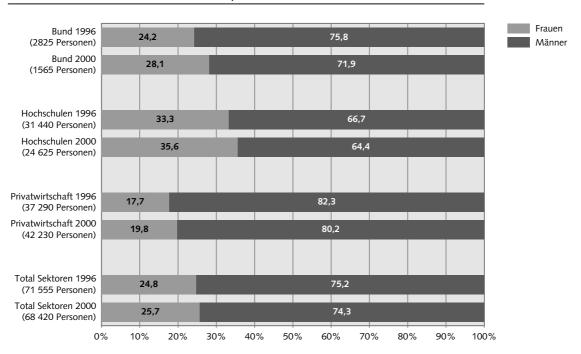
Gemäss der OECD ist «Forschung und experimentelle Entwicklung (F+E) systematische, schöpferische, wissenschaftliche Arbeit mit dem Zweck der Erweiterung des Kenntnisstandes, einschliesslich Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft, sowie deren Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.»

Frascati Manuel 2002: Proposed Standard Practice for Surveys on Research and Experimental Development. OECD, Paris, 2002, §. 63.

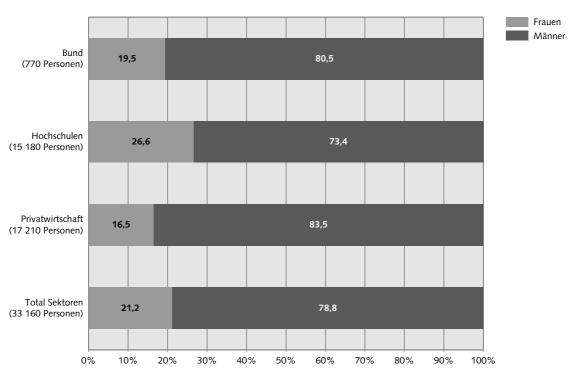
Zur Messung der F+E-Humanressourcen hat das BFS die folgenden Arbeiten durchgeführt: eine Erhebung über F+E im Sektor Privatwirtschaft, eine Erhebung über die F+E-Tätigkeiten des Bundes, eine Erhebung über die Verwendung der Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen, eine Erhebung über die F+E-Tätigkeiten der Forschungsanstalten des ETH-Bereichs.

Quelle: F+E Erhebungen F+E

F+E-Personal in der Schweiz nach Sektor, 1996 / 2000



Anteil Forscher und Forscherinnen in der Schweiz nach Sektor, 2000



Quelle: F+E Statistik © Bundesamt für Statistik (BFS)

Deutlich weniger Frauen als Männer haben Zugang zum Medium Internet

Die sogenannte digitale Spaltung zeigt sich auch aus der Geschlechterperspektive: Der Zugang zu Informationsund Kommunikationstechnologien ist für Frauen erschwert, einerseits weil sie seltener einen Computer besitzen, andererseits weil sie weniger häufig im Arbeitsmarkt integriert sind. Der Arbeitsplatz als Nutzungsort von Computer und Internet spielt eine sehr wichtige Rolle.

Der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien gilt als Hinweis der Teilnahme von Individuen am technologischen Fortschritt einer Gesellschaft. Gemessen wird er hier durch den Indikator Internetnutzung. Angaben zum Vorhandensein der dazu notwendigen Infrastruktur zu Hause, z.B. eines Personalcomputers (PC), sind in der Einleitung zu diesem Kapitel zu finden.

Wie sieht die stark von Bildungsniveau und Alter abhängige Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien aus der Geschlechterperspektive aus? Zwischen Frauen und Männern gibt es erhebliche Unterschiede im Zugang und folglich in der Nutzung von Internet: Gut die Hälfte der Männer (57%) im Vergleich zu gut einem Drittel der Frauen (37%) nutzen in der Schweiz das Internet (EU-Mitgliedstaaten 2001: Männer 56%, Frauen 40%¹). Wie erwartet verwenden es jüngere Generationen vermehrt als ältere und mit steigendem Bildungsniveau nimmt der Anteil Internetnutzende zu. Der Geschlechterunterschied gleicht sich erst in der Altersgruppe der 14- bis 24-Jährigen an und sinkt unter 15 Prozentpunkte (Frauen 68%, Männer 74%). Auch bei gleichem Bildungsstand sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern markant.

Die unterschiedlichen Nutzungsquoten ergeben sich teilweise daraus, dass Frauen in weitaus geringerem Masse am Arbeitsplatz einen Internetanschluss haben als Männer, weil sie weniger häufig erwerbstätig und weil sie vermehrt in Berufen ohne Computernutzung tätig sind (vgl. Kap. 4.5).

Erstaunlich ist der deutliche Unterschied des Internetzugangs von 14- bis 24-jährigen Frauen und Männern in der Schule bzw. Ausbildung. Eine mögliche Erklärung, die mit den vorliegenden Daten nicht überprüft werden kann, ist die vermutlich breitere Internetnutzung in den hauptsächlich von Männern absolvierten technischen Ausbildungsgängen im Vergleich zu eher frauenspezifischen Ausbildungen. Ein weiterer Grund ist das aus der PISA-Studie hervorgegangene Ergebnis eines bei Mädchen deutlich weniger ausgeprägten Interesses für den Computer (vgl. Literaturhinweis im Kasten des Kap. 3.0).

Die folgenden Angaben beziehen sich nur noch auf die Benutzerinnen und Benutzer von Internet. Es zeigt sich, dass Frauen weniger oft auf Internet zugreifen als Männer: Um gezielt Informationen zu suchen brauchen es beispielsweise nur 22% Frauen täglich im Vergleich zu 42% der Männer. Mit Ausnahme des privaten E-Mailverkehrs, an dem sich internetnutzende Frauen und Männer in gleichem Masse beteiligen, verwenden Männer für die übrigen Nutzungszwecken ebenfalls häufiger als Frauen das Internet. Durchschnittlich verbringen männliche Nutzer viereinhalb Stunden pro Woche im Internet, Nutzerinnen hingegen nur gut zweieinhalb Stunden. Dieser grosse Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht in allen Altersgruppen.

Wie diese Daten zeigen, haben Frauen und Männer in der Schweiz unterschiedliche Zugänge zu Computer und Internet und, wie Längsschnittdaten aus anderen Quellen verdeutlichen (vgl. Huber 2002), ist die Einebnung der Unterschiede mittelfristig nicht absehbar, obwohl sich die Internetnutzung auch bei Frauen ausbreitet.

Fragestellungen

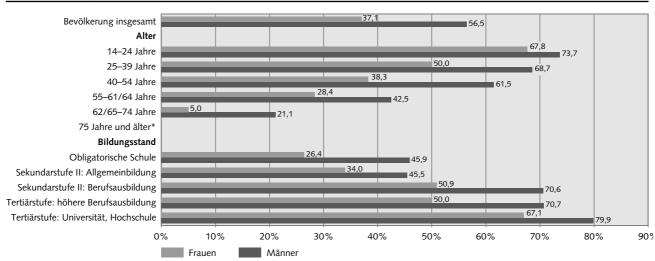
Benutzen Sie das Internet? Wenn ja: Wo haben Sie Zugriff aufs Internet? Am Arbeitsplatz; bei der Arbeit aber nicht direkt am Arbeitsplatz; in der Schule, am Ausbildungsplatz; zu Hause, an einem anderen Ort. Wie viel Zeit verbringen Sie im Durchschnitt pro Woche im Internet? Wie häufig benutzen Sie das Internet ... um ganz bestimmte Informationen zu suchen? zum Einkaufen, für Transaktionen oder um Zahlungen zu machen? um einen Artikel in Zeitungen oder in Zeitschriften zu lesen? zum Vergnügen, zur Unterhaltung? für das private E-mail? für das berufliche E-mail?

¹ Quelle: «Eurobarometer 2001», in: Das Leben von Frauen und Männern in Europa. Ein statistisches Porträt. Eurostat 2002, 89f.

Quelle: SHP

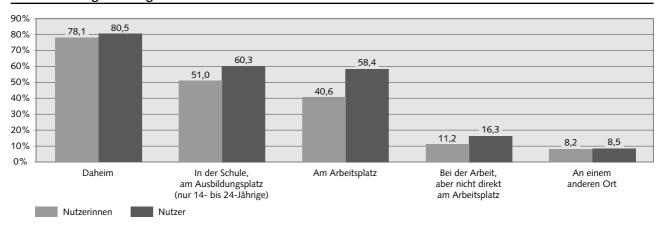
Schweizer Haushalt-Panel 2000

Internetnutzung nach Alter und Bildungsstand

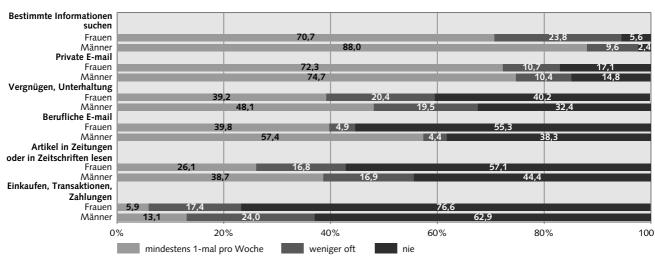


^{*}Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen (<10 Beobachtungen)

Internetnutzung nach Zugriffsort



Internetnutzung nach Zweck



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

© Bundesamt für Statistik (BFS)

EINLEITUNG 4 ERWERBSLEBEN

4 Erwerbsleben

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist eines der Hauptthemen im Kampf gegen die geschlechterbedingten sozialen Ungleichheiten. Auf Grund der traditionellen geschlechterspezifischen Rollenverteilung liegt die Erwerbsbeteiligung bei Frauen heute noch immer tiefer als bei Männern. Zudem sind auch die Arbeitsbedingungen für Frauen schlechter.

Seit einigen Jahren ist jedoch eine nachhaltige Veränderung dieser Situation zu beobachten. Einerseits steigt die Erwerbstätigenquote der Frauen seit den siebziger Jahren stetig an, auch wenn zwischen den Generationen ausgeprägte Unterschiede bestehen; die Jüngeren beteiligen sich immer mehr am Berufsleben, wodurch ihr Anteil gegenüber den Älteren zunimmt. Andererseits ist bei den traditionellen beruflichen Karrieren der Frauen ein Wandel festzustellen. Während sich die Mehrheit der Frauen in den achtziger Jahren nach der Geburt ihres ersten Kindes mehr oder weniger langfristig aus dem Arbeitsmarkt zurückzog, neigen die Mütter heute dazu, wieder schneller ins Berufsleben einzusteigen. So ist der Rückgang der Frauen über 25 Jahre auf dem Arbeitsmarkt heute deutlich schwächer als 1970. Diese zwei Elemente erklären, weshalb im Laufe der neunziger Jahre die Berufstätigkeit der Frauen trotz der Beschäftigungskrise gestiegen ist.

Die Frauen sind in der Schweiz weiterhin mehrheitlich teilzeitbeschäftigt, was z.B. punkto Karriere (Zugang zu Führungsposten) und soziale Sicherheit (Gesamtarbeitsverträge und System der Sozialen Sicherheit) Probleme aufwirft.

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich auch die Arbeitswelt während den vergangenen zehn Jahren stark verändert. Die Arbeitsmarktkrise war nicht nur von Arbeitslosigkeit geprägt, sondern wurde ausserdem von strukturellen Veränderungen bei der Arbeitsverwaltung

und -organisation begleitet. Daneben waren Tendenzen wie z.B. die zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft zu beobachten. Betroffen von diesen Entwicklungen sind insbesondere die Frauen; manchmal positiv, meistens jedoch negativ.

Die Arbeitslosenquote der Frauen ist höher als jene der Männer, und dies selbst ohne Berücksichtigung der versteckten Arbeitslosigkeit (d.h. Frauen, die sich auf Grund der schlechten Wirtschaftssituation momentan aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen und im Haushalt tätig sind) und obwohl die Frauen in den von der Krise am stärksten betroffenen Bereichen (z.B. Industrie) nur schwach vertreten sind.

Ausserdem sind Frauen und Männer von der fachlichen Flexibilisierung (Polyvalenz und Diversifizierung der Aufgaben) und der zeitlichen Flexibilisierung (Aufweichung der Arbeitszeitregelung) nicht in gleicher Weise betroffen. Insbesondere die Entwicklung hin zu atypischen und flexiblen Arbeitszeiten, die die Bedürfnisse der Arbeitgeber abdecken, erschwert die Verbindung von beruflichen und familiären Aufgaben.

Der horizontalen und vertikalen Segregation sind Frauen vermehrt ausgesetzt: Sie sind hauptsächlich in den von der gegenwärtigen Entwicklung stark betroffenen Sektoren (Gesundheitswesen, Detailhandel, Gastgewerbe) tätig und zudem oft in untergeordneten Stellungen anzutreffen, wo die Flexibilisierung in der Regel auf Kosten der Arbeitnehmenden geschieht. Dies führt dazu, dass Frauen stärker unter den negativen Auswirkungen der aktuellen Entwicklung leiden.

Mit Ausnahme des Kapitels 4.1 beziehen sich die Prozentangaben im Teil «4 Erwerbsleben» auf die erwerbstätige Bevölkerung und nicht auf die Gesamtbevölkerung.

Literaturhinweise

Eckdaten zum Erwerbsleben finden sich im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS in den Fachbereichen 3 «Arbeit und Erwerb»und 20 «Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung»: www.statistik.admin.ch

Suter Christian (Hg.): Sozialbericht 2000. Zürich, Seismo 2000, S. 52ff.

Buchmann Marlis, Kriesi Irene, Pfeifer Andrea, Sacchi Stefan: Halb drinnen – halb draussen. Analysen zur Arbeitsmarktintegration von Frauen in der Schweiz. Chur/Zürich, Verlag Rüegger 2002.

SAKE-NEWS, BFS, Neuchâtel (insbesondere: Nr. 14/2000).

4 ERWERBSLEBEN 4.1 ERWERBSBETEILIGUNG

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen hat in den letzten Jahren stark zugenommen

Seit den sechziger und noch deutlicher seit Anfang der neunziger Jahre ist die Erwerbsquote der Frauen gestiegen. Vor allem Mütter mit Kindern unter 15 Jahren sind heute viel häufiger erwerbstätig als noch vor 10 Jahren; es handelt sich dabei vorwiegend um Teilzeit arbeitende Frauen. Offensichtlich ist die Teilzeitarbeit für Frauen eine Möglichkeit, Berufs- und Familienleben zu verbinden; bei Männern scheint dies nicht der Fall zu sein: Die meisten Väter arbeiten Vollzeit. Diese Grundstruktur bestätigt sich bei der Betrachtung der verschiedenen Erwerbsmodelle von Paaren in unterschiedlicher familiärer Situation.

Die Erwerbsquote misst den Anteil Personen, die am Erwerbsleben Teil haben. Parallel zur Verbesserung der Situation der Frauen im Bildungsbereich, dürfen wir eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen erwarten.

Seit 1991 ist die Erwerbsquote der Frauen um gut 5 Prozentpunkte gestiegen; bei den Männern ist sie hingegen um 2 Prozentpunkte zurückgegangen. Am deutlichsten gestiegen ist die Erwerbsquote von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren: von rund 60% im Jahr 1991 auf 71% im Jahr 2001. Sie liegt heute nur noch 3 Prozentpunkte unter der Quote der Frauen ohne Kinder. Bei Männern hingegen scheint die Familiensituation eher einen umgekehrten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung zu haben. Bei Männern ohne Kinder ist die Erwerbsquote etwas zurückgegangen – bei Vätern liegt sie nach wie vor bei sehr hohen 98%.

Stark zugenommen hat in erster Linie die Zahl Teilzeit arbeitender Frauen. Offensichtlich versuchen insbesondere die Mütter mit einer Teilzeit Beschäftigung, Beruf und Familie zu vereinbaren. Im Jahr 2001 sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen Teilzeit beschäftigt (rund 55%). Hingegen geht nur gerade jeder zehnte Mann einer Teilzeit Arbeit nach (11%). 1991 waren es rund 8% der Männer und 49% der Frauen.

Der Anteil Frauen mit einem kleinen Teilzeitpensum (unter 50%) ist bei Müttern mit Kind(ern) unter 15 Jahren mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen ohne Kind(er) unter 15 Jahren.

Diese Strukturen bestätigen sich ebenfalls, wenn wir die verschiedenen Erwerbsmodelle von Paaren je nach Lebenssituation (mit und ohne Kinder) betrachten: Das sogenannte «Ernährermodell», wo der Partner Vollzeit erwerbstätig ist und die Partnerin nicht erwerbstätig, wird in 36% aller Paarhaushalte mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren gewählt. 33% wählen ein Modell mit Vollzeit Erwerbstätigkeit des Partners und Teilzeit Erwerbstätigkeit unter 50% der Partnerin. In 15% der Paarhaushalte mit Kind(ern) arbeitet die Partnerin zwischen 50 und 89% Teilzeit und der Partner Vollzeit. In rund 9% der Paarhaushalte mit Kind(ern) sind beide -Partner und Partnerin - Vollzeit erwerbstätig. Nur in 1,6% der Familienhaushalte arbeiten beide – Partner und Partnerin – zwischen 50 und 89%. Im Vergleich zu 1970 ist dieser Anteil zwar deutlich gestiegen (von 0,3% 1970 auf 1,4% 1990) – er macht aber immer noch einen verschwindend kleinen Anteil aus. Dagegen ist das sogenannte «Ernährermodell» deutlich zurückgegangen: von rund 73% im Jahr 1970 auf 55% im Jahr 1990 und 36% im Jahr 2000.

Definitionen

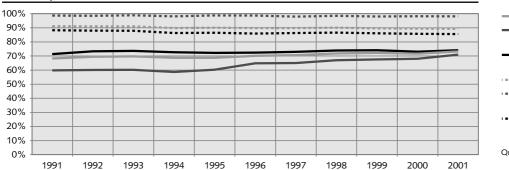
Erwerbsquote: Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren.

Erwerbsmodelle: Betrachtet werden nur Paarhaushalte (mit und ohne Kinder), in denen der Partner zwischen 25 und 64 Jahre alt und die Partnerin zwischen 25 und 61 Jahre alt ist. Dabei wird der jeweilige Beschäftigungsgrad der Partnerin und des Partners miteinander verglichen. Die Resultate aus den Volkszählungen sind nicht vollumfänglich mit denjenigen der SAKE vergleichbar, da hier nicht differenziert wird, ob die Partnerin oder der Partner Vollzeit erwerbstätig ist. Es wird nur ausgewiesen, ob in einem Paarhaushalt eine Person Vollzeit und die andere nicht erwerbstätig ist – egal welches Geschlecht sie hat. Zudem wird in der Volkszählung Teilzeitarbeit bis 80% definiert – in der SAKE bis 89%.

Quellen: SAKE, VZ

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 1991ff Volkszählungen 1970, 1980, 4.1 ERWERBSBETEILIGUNG 4 ERWERBSLEBEN

Erwerbsquoten, 1991 bis 2001



Frauen insgesamt

 Frauen mit Kind(ern) unter 15 Jahren

Frauen ohne Kind unter 15 Jahren

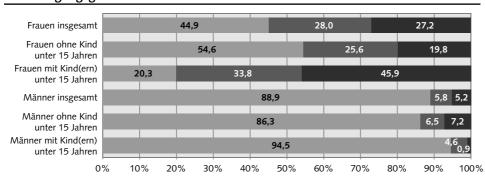
Männer insgesamt

Männer mit Kind(ern)
unter 15 Jahren

Männer ohne Kind unter 15 Jahren

Quelle: SAKE 1991-2001

Beschäftigungsgrad



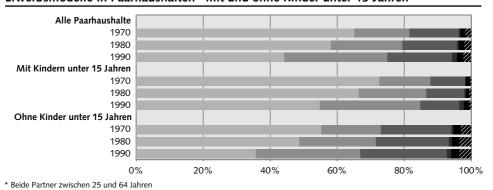
Vollzeiterwerbstätige (>= 90%)

Teilzeiterwerbstätige (50–89%)

Teilzeiterwerbstätige (< 50%)

Quelle: SAKE 2001

Erwerbsmodelle in Paarhaushalten* mit und ohne Kinder unter 15 Jahren



1 Person Vollzeit / 1 nicht erwerbstätig

1 Person Vollzeit /

1 Teilzeit erwerbstätig

Beide Vollzeit erwerbstätig

Beide Teilzeit erwerbstätig

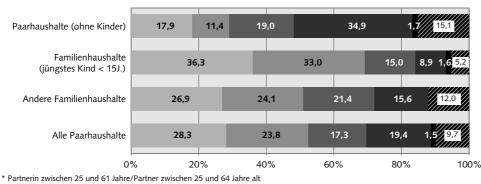
1 Person Teilzeit,

1 nicht erwerbstätig

Beide nicht erwerbstätig

Quelle: VZ 1970, 1980 und 1990

Erwerbsmodelle in Paarhaushalten* mit und ohne Kind(er) unter 15 Jahren



Partner Vollzeit/Partnerin nicht erwerbstätig

Partner Vollzeit/Partnerin Teilzeit 1–49%

Partner Vollzeit/Partnerin
Teilzeit 50–89%
Beide Partner Vollzeit

Beide Partner
Teilzeit 50–89%

///// Andere Modelle

Quelle: SAKE 2001

100%

4 ERWERBSLEBEN 4.2 BERUFLICHE SEGREGATION

Das Berufsleben ist stark geschlechtsspezifisch geprägt

Nur in der Branche Handel und Reparaturgewerbe ist das Verhältnis der angestellten Frauen und Männer nach Anzahl beinahe ausgeglichen (52%); in allen übrigen Branchen überwiegen jeweils Männer respektive Frauen deutlich. Die berufliche Stellung der Frauen ist schlechter als diejenige der Männer: Sieben von zehn Frauen sind Angestellte ohne Führungsfunktion; bei Männern sind es fünf von zehn. Auch in den Branchen mit relativ hohem Frauenanteil sind sie nicht entsprechend oft mit Führungsaufgaben betraut. Im Gastgewerbe ist dieses Verhältnis am schlechtesten.

46% der Arbeitnehmenden sind Frauen, 54% Männer. Der Frauenanteil nach verschiedenen Wirtschaftsabschnitten zeigt, dass die meisten Branchen stark nach Geschlecht segregiert sind. Nur gerade im Handel und Reparaturgewerbe ist das Verhältnis der angestellten Frauen und Männer ausgeglichen. Im Gesundheits- und Sozialwesen, im Gastgewerbe, bei sonstigen Dienstleistungen, im Unterrichtswesen sowie im Handel und Reparaturgewerbe machen Frauen die Mehrheit aus. Im Baugewerbe, der Land- und Forstwirtschaft sowie im verarbeitenden Gewerbe sind die Frauenanteile am niedrigsten. Abgesehen von leichten Verschiebungen ist diese Struktur seit 1991 gleich geblieben.

Die berufliche Stellung der Frauen ist schlechter als diejenige der Männer. Rund jeder zweite Angestellte hat Führungsfunktionen, aber nur gerade jede vierte Angestellte. Betrachten wir die Situation nach Wirtschaftsbranchen, so fällt auf, dass gerade im Gastgewerbe und im Unterrichtswesen, wo mehrheitlich Frauen tätig sind (67% der Angestellten, respektive 60%), nur rund vier von 10 Personen mit Führungsfunktion Frauen sind. Im Gesundheitswesen, wo rund drei Viertel der Beschäftigten Frauen sind, machen sie zwei Drittel der Angestellten mit Führungsfunktion aus. In der öffentlichen Verwaltung, ist dieses Verhältnis am ehesten ausgeglichen: Frauen machen 38% aller Angestellten und 29% derjenigen mit einer Führungsfunktion aus.

Die Struktur nach ausgeübten Berufen zeigt folgendes Bild: Am meisten Frauen üben einen technischen, pflegerischen oder gleichrangigen Beruf aus (24%); bei den Männern sind es handwerkliche und verwandte Berufe (24%). Danach kommen bei Frauen die Büro- oder kaufmännischen Berufe: 22% der Frauen üben einen solchen Beruf aus; bei den Männern macht diese Kategorie nur gerade 7,2% aus. Berücksichtigen wir hier, dass 1996/97 35% der jungen Frauen und 16% der jungen Männer eine kaufmännische Lehre als Grundausbildung begannen, fällt auf, dass Männer – zumindest in diesem Bereich - beruflich viel mobiler sind als Frauen und weniger auf ihrem erlernten Beruf bleiben (vgl. Kapitel 2.2). Die Extreme nach diesen Kategorien sprechen für sich: 8% der Frauen arbeiten als Hilfskräfte, aber nur 4,2% der Männer. Hingegen arbeiten 7,5% der Männer als Führungskräfte, aber nur 3,2% der Frauen.

Seit 1991 sind nur leichte Veränderungen festzustellen: Büro- und kaufmännische Berufe lagen vor 10 Jahren für Frauen an erster Stelle; technische, pflegerische und gleichrangige Berufe an zweiter. Bei beiden Geschlechtern zeigt sich eine Verbesserung: Der Anteil Hilfsarbeitskräfte ist deutlich zurückgegangen – bei Frauen etwas stärker als bei Männern, was sicherlich im Zusammenhang mit den Fortschritten der Frauen im Bildungsbereich steht.

Definitionen

Wirtschaftsabschnitte: Branchen nach Klassifikation NOGA

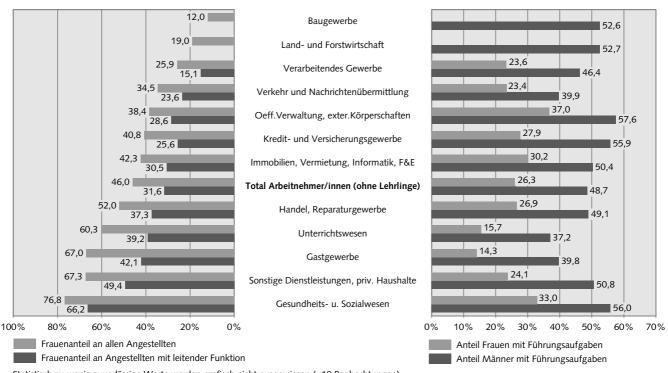
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Führungsfunktion: Anteil Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Unternehmensleitung oder mit Vorgesetztenfunktion an allen Angestellten (ohne Lehrlinge; Selbständige und mitarbeitende Familienmitglieder sind hier nicht berücksichtigt). Die berufliche Stellung nach soziologischer Klassifikation wird im Kapitel 4.3 besprochen.

Ausgeübte Berufe: Kategorien nach ISCO-88

Quelle: SAKE

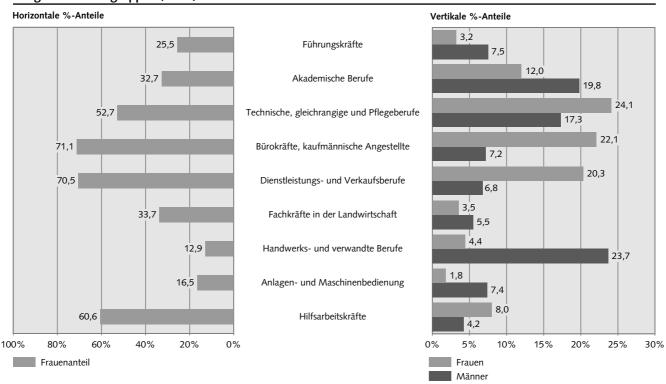
Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2001 4.2 BERUFLICHE SEGREGATION 4 ERWERBSLEBEN

Anteil Arbeitnehmer/innen nach Wirtschaftsabschnitten und Stellung*



Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen (<10 Beobachtungen)

Ausgeübte Berufsgruppen (ISCO)



Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2001

^{*}Arbeitnehmer/innen mit leitender Funktion = Arbeitnehmer/innen in Unternehmensleitung + Vorgesetztenfunktion (ohne Lehrlinge)

Frauen sind öfter mit ungeschützten Arbeitsverhältnissen konfrontiert

Obschon ungeschützte Arbeitsverhältnisse eher die Ausnahme sind, müssen Frauen sich öfter damit auseinander setzen als Männer. Die grössten Unterschiede liegen bei den Beschäftigungsformen mit geringem Arbeitsvolumen. Dabei beeinflusst die Präsenz von Kindern im Haushalt die Situation der Frauen anders als jene der Männer. Dasselbe gilt für das Einkommen, die Ausbildung und – in geringerem Ausmass – das Alter. In allen Fällen sind die Abweichungen gross und meistens signifikant.

Gewisse Arbeitsverhältnisse können als ungeschüzt qualifiziert werden, da sie ungenügende Sicherheit und Rechte gewährleisten. Sie weichen von der Norm der Vollzeit- und unbefristeten Arbeitsverhältnisse ab und stehen zum Teil für eine ungewisse Zukunft. Ausserdem gewährleisten solche Arbeitsverhältnisse nicht immer Zugang zum System der Sozialen Sicherheit, zu Gesamtarbeitsverträgen oder zu anderen Leistungen wie z.B. Fortbildungen und Beförderungen. Von diesem Mangel an Schutz mehr oder weniger stark betroffen sind befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitanstellungen, Anstellungen in Privathaushalten, Familienbetrieben oder Heimarbeit, ganz abgesehen von der Arbeit auf Abruf, auf die wir hier nicht eingehen. Obschon ungeschützte Arbeitsverhältnisse eher die Ausnahme sind, müssen Frauen sich öfter damit auseinander setzen als Männer.

Rund 90% aller Erwerbstätigen stehen in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis. Dennoch üben 6,2% der Frauen, jedoch nur 3,6% der Männer, eine Tätigkeit mit kurzer Vertragsdauer aus.

Die Teilzeitarbeit wird stark von den Frauen dominiert, insbesondere wenn der Beschäftigungsgrad unter 50% liegt (vgl. 4.1). Ausserdem sind Frauen als Arbeitnehmerinnen und als Selbständige öfter mit der Situation der Minimalarbeit konfrontiert. Die Präsenz von einem oder mehreren Kindern unter 15 Jahren im Haushalt verstärkt diese Unterschiede. Die Mütter arbeiten durchschnittlich weniger als die anderen Frauen und die Väter mehr als die anderen Männer, dies zweifelsohne zur Sicherung des Haushaltseinkommens.

Frauen sind auch öfter als Männer mit den eher schlecht geschützten Arbeitsverhältnissen in Privathaushalten oder in Familienbetrieben konfrontiert. Von den selbständigen Frauen (gesamthaft weniger als Männer) stehen nur gerade 12% in einer leitenden Funktion oder üben einen freien Beruf aus (bei den Männern sind es 22%), während 62% Selbständige ohne Mitarbeitende sind (Männer: 45%). Diese letztgenannte Kategorie ist vom Mangel an Schutz am stärksten betroffen (niedrige Einkommen; Lücken bei der Sozialen Sicherheit, die oft vernachlässigt wird, da gesetzliche Mittel und Pflichten fehlen). Als Angestellte sind Frauen öfter in untergeordneten Stellungen anzutreffen, wo die Unsicherheit insbesondere im erhöhten Risiko der Arbeitslosigkeit liegt.

Nahezu gleich oft wie Frauen sind Männer heutzutage als Angestellte zu Hause tätig (Heimarbeit). Bei den Frauen greifen hauptsächlich jene mit Kindern auf diese Arbeitsform zurück; die Ausbildung spielt hierbei nur eine untergeordnete Rolle. Im Gegensatz dazu arbeiten bei den Männern meistens jene mit höherer Ausbildung zu Hause, unabhängig von der Präsenz eines Kindes. Daraus ist zu schliessen, dass Heimarbeit für Männer eine grössere Unabhängigkeit bedeutet, während Frauen durch diese Arbeitsform Familie und Beruf vereinen können.

Auch von der Mehrfachbeschäftigung sind Frauen stärker betroffen als Männer. Diese kann positive und negative Aspekte beinhalten; einerseits kann die Unabhängigkeit einer selbständigen Tätigkeit mit den Sicherheiten eines Angestelltenverhältnisses verbunden werden, andererseits können die Nachteile eines ungenügenden Einkommens auf Grund einer Teilzeitbeschäftigung und einer durch einen niedrigen Beschäftigungsgrad beschränkten Sozialen Sicherheit zum Tragen kommen.

Definitionen und Literaturhinweise

Personen mit mindestens einer Form eines ungeschützten Arbeitsverhältnisses: kurze Vertragsdauer (0-12 Monate) und/oder Minimalarbeit (Arbeitnehmer/innen: <6 Std./Woche; Selbständige: <20 Std./Woche) und/oder Arbeit in Privathaushalt oder Familienunternehmen und/oder Heimarbeit und/oder Mehrfachbeschäftigung.

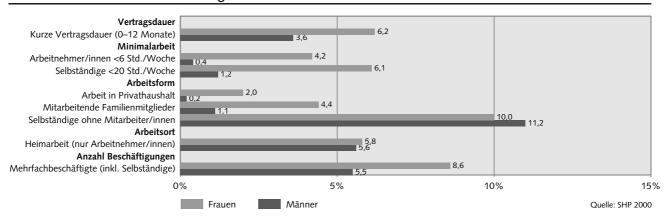
BFS: Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Neuchâtel 2001.

Birchmeier Urs: «Ökonomische Aspekte der atypischen Beschäftigungsformen am schweizerischen Arbeitsmarkt», in: Die Volkswirtschaft, 4-2002.

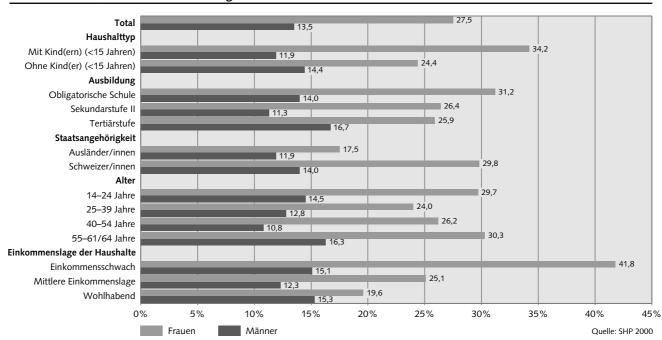
Quellen: SHP und SAKE

Schweizer Haushalt-Panel 2000 Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2001

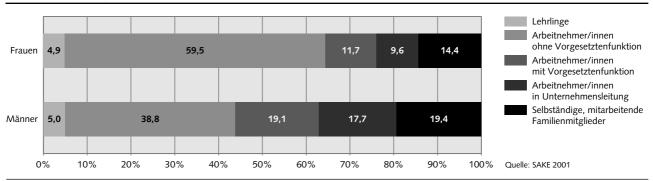
Anteil Personen mit verschiedenen ungeschützten Arbeitsverhältnissen



Anteil Personen, die mindestens ein ungeschütztes Arbeitsverhältnis kennen



Berufliche Stellung (soziologische Klassifikation)



4 ERWERBSLEBEN 4.4 SUBJEKTIVE BEWERTUNG

Auch die Frauen bewerten ihre berufliche Tätigkeit positiv

Global gesehen bewerten Frauen ihre berufliche Tätigkeit gleich wie Männer. Sie sind wie diese mit dem beruflichen Einkommen, den Arbeitsbedingungen und dem Verhältnis zu den Arbeitskollegen weitgehend zufrieden. Ausserdem sind sie bezüglich der Sicherheit ihres Arbeitsverhältnisses sehr zuversichtlich, und die grosse Mehrheit der Frauen fühlt sich für die ihnen anvertrauten Aufgaben qualifiziert.

Die Einschätzung der persönlichen beruflichen Situation hängt von verschiedenen Faktoren ab wie z.B. den eigenen Ansprüchen oder dem persönlichen Selbstbewusstsein. Aus diesem Blickwinkel kann das Wohlbefinden bei der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit und das Vertrauen in die Dauerhaftigkeit dieses Wohlbefindens ermittelt werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen trotz objektiver Unterschiede der beruflichen Situation dieselbe Zufriedenheit wie ihr männliches Gegenüber verspüren. Auf einer Skala von 0 bis 10, die die Zufriedenheit über das berufliche Einkommen misst, liegt der Durchschnittswert für beide Geschlechter bei 7,1. Bei den Arbeitsbedingungen liegt dieser Wert für Frauen bei 8,0 und für Männer bei 7,8. Was das Verhältnis zu den Arbeitskolleginnen und -kollegen betrifft, beträgt der Durchschnittswert bei den Frauen 8,6 und bei den Männern 8,5. Dabei haben nur (sehr) wenige der Befragten eine Unzufriedenheit zu diesen drei Aspekten der beruflichen Tätigkeit ausgedrückt (Werte unter oder gleich 5). Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind hierbei nicht signifikant, und auch eine detaillierte Analyse lässt keine markanten Abweichungen zwischen den beiden Geschlechtern erkennen. Obschon die Zufriedenheit über das Einkommen zwischen den sozio-professionnellen Kategorien stark variiert, bleibt sie zwischen Frauen und Männern derselben Kategorie gleich. Zudem zeigen sich die Frauen mit einem oder mehreren Kindern nicht unzufriedener über ihre Arbeitsbedingungen als die Männer in derselben Situation.

Auch bezüglich der Stabilität ihrer gegenwärtigen Arbeitsstelle drücken beide Geschlechter ein ähnliches Vertrauen aus (ohne signifikante Abweichungen). Nur 10% der Frauen und 8,3% der Männer erachten ihr Arbeitsverhältnis als (leicht oder vollkommen) unsicher. So sind beide Geschlechter der Meinung, dass das Risiko, in den nächsten 12 Monaten arbeitslos zu werden, sehr gering ist. Auf einer Skala, bei der 0 «kein Risiko» und 10 «sicher ein Risiko» bedeutet, wurde dieses Risiko sowohl von Frauen als auch von Männern durchschnittlich mit 1,4 bewertet. Dieses grosse Vertrauen lässt sich durch die gute Wirtschaftslage im Jahr 2000, als die Interviews durchgeführt wurden, erklären.

Schliesslich wurde auch die Entsprechung von Qualifikationen und auszuführenden Aufgaben positiv und ohne signifikante geschlechterbezogene Unterschiede bewertet. Die Mehrheit der Frauen und Männer (79% und 80%) geben an, dass die beiden Aspekte gut übereinstimmen. Obwohl die Anzahl der über- oder unterqualifizierten Personen sich zwischen den beiden Geschlechtern ebenfalls die Waage hält und diese Anzahl nur sehr klein ist, stimmen bei Frauen signifikant häufiger die Qualifikationen mit den auszuführenden Aufgaben nicht überein. Dies ist verstärkt der Fall bei Frauen, die weniger als 50% und bei Männern die weniger als 90% arbeiten, was vielleicht auf eine untergeordnete Rolle des Berufslebens im Vergleich zu anderen Tätigkeiten zurückzuführen ist. Dies wird bestätigt durch die Tatsache, dass insbesondere Frauen mit Kindern unter 15 Jahren betroffen sind: Bei 10% stimmen Qualifikationen und Aufgaben nicht überein.

Fragestellungen

Können Sie mir für alle Punkte, die ich Ihnen jetzt dann vorlese, angeben, wie Sie damit zufrieden sind? 0 bedeutet «gar nicht zufrieden» und 10 «ganz zufrieden»: mit dem Einkommen aus Ihrer Arbeit, mit Ihren Arbeitsbedingungen, mit dem Verhältnis zu den Arbeitskollegen?

Was meinen Sie, ist Ihre Stelle sehr sicher, ziemlich sicher, ein wenig unsicher, sehr unsicher oder temporär? Wie beurteilen Sie das Risiko, dass Sie persönlich in den nächsten 12 Monaten arbeitslos werden? O bedeutet «kein Risiko» und 10 «sicher ein Risiko».

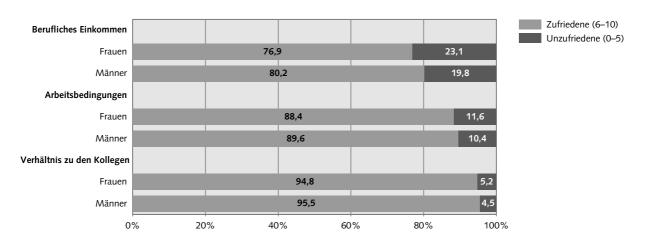
Was meinen Sie, wie sind Sie für Ihre jetzige Arbeit qualifiziert? 1: Ihre Qualifikation reicht nicht für Ihre Arbeit, 2: Ihre Qualifikationen entsprechen den Anforderungen der Arbeit, 3: Sie sind überqualifiziert, 4: Ihre Qualifikation hat nichts mit Ihrer Arbeit zu tun?

Quelle: SHP

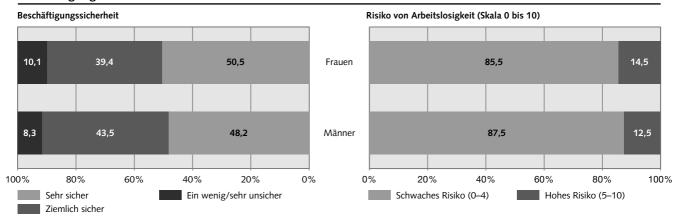
Schweizer Haushalt-Panel 2000

4.4 SUBJEKTIVE BEWERTUNG 4 ERWERBSLEBEN

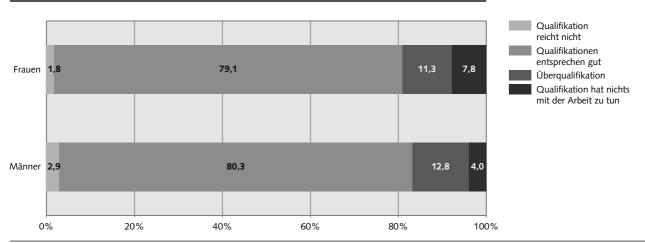
Zufriedenheit bezüglich der Erwerbsarbeit (Skala 0 bis 10)



Beschäftigungssicherheit



Übereinstimmung zwischen Qualifikation und effektiven Tätigkeiten



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

4 ERWERBSLEBEN 4.5 BERUFLICHE INTEGRATION

Die berufliche Integration der Frauen ist global gesehen gut

Frauen und Männer scheinen beruflich ähnlich gut integriert zu sein; die Unterschiede sind gering und kaum signifikant. Sie variieren jedoch je nach Nationalität, während die Präsenz von Kindern oder die sozio-professionelle Stellung keinen Einfluss darauf nehmen. Sowohl Frauen als auch Männer würden sich an einem Streik beteiligen, wobei Frauen weniger in Gewerkschaften tätig sind und in mittleren Stellungen seltener Internetzugang bei der Arbeit haben.

Das Berufsleben bedeutet viel mehr als nur einer Tätigkeit nachzugehen. Eine grundlegende Komponente zum Vergleich der Situation der verschiedenen Gruppen bei den Erwerbstätigen ist daher die berufliche Integration. Ausschlaggebend dafür ist hauptsächlich das Mass an Zufriedenheit und an Sicherheit, welche durch stabile Arbeitsverhältnisse erlangt wird. Daraus können vier verschiedene Integrationstypen abgeleitet werden: die gesicherte Integration (ideal, da die Stelle Zufriedenheit und Sicherheit vermittelt), die unsichere Integration (Zufriedenheit, aber keine Sicherheit), die mühevolle Integration (keine Zufriedenheit, jedoch Sicherheit) und die disqualifizierende Integration (weder Zufriedenheit noch Sicherheit).

Gemessen an der Zufriedenheit bezüglich der Arbeitsverhältnisse und am selbstgeschätzten Risiko, in den nächsten 12 Monaten arbeitslos zu werden, erlebt die Mehrheit der Frauen und der Männer am Arbeitsplatz eine gesicherte Integration (77% und 79%). Mit der relativen Methode (vgl. Kasten) liegen die Frauen mit 52% vor den Männern (47%). Mit Ausnahme dieser beiden Zahlen sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei allen Integrationstypen und bei beiden statistischen Methoden minimal und nicht signifikant. Daraus lässt sich schliessen, dass zwischen Männern und Frauen in diesem Bereich grosse Ähnlichkeiten bestehen.

Bei der absoluten Methode hat die Präsenz von Kindern im Haushalt keine Auswirkungen auf die berufliche Integration der Erwachsenen. Auch die sozio-professionelle Stellung bleibt ohne signifikanten Einfluss. Anders

verhält sich dies bei der Nationalität: Schweizer Männer haben häufiger eine gesicherte Integration als Schweizer Frauen, was sich durch die stärkere Präsenz der Frauen bei der ungesicherten Integration kompensiert. Bei den ausländischen Frauen und Männern ergeben sich keine signifikanten Unterschiede. Zusammenfassend sind die Schweizer Männer am besten gestellt, gefolgt von den Frauen (Schweizerinnen und Ausländerinnen) und schliesslich von den ausländischen Männern.

Darüber hinaus wurden zwei weitere Aspekte der beruflichen Integration berücksichtigt: die gewerkschaftliche und kollektive Beteiligung sowie der Internetzugang. Mit 6,1% Aktivmitgliedern und 9,8% Passivmitgliedern beteiligen sich Frauen klar weniger in den Gewerkschaften als Männer (11% und 14%). Die Antworten bezüglich einer kollektiven Aktion wie ein Streik sind jedoch bei beiden Geschlechtern ähnlich: 46% der Frauen und 45% der Männer sind bereit, sich daran zu beteiligen, während 35% und 34% mit «nie» antworten. Im Zusammenhang mit dem Internetzugang am Arbeitsplatz sind Frauen benachteiligt: Nur 57% der Frauen im Vergleich zu 73% der Männer haben Zugang zum Internet.1 Dieser Zugang befindet sich meistens direkt am Arbeitsplatz. Je besser die sozio-professionelle Stellung ist, desto grösser ist auch der Anteil der Personen mit Internetzugang, wobei die Werte für beide Geschlechter ähnlich sind. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern wird hauptsächlich bei mittleren Stellungen deutlich.

Definitionen und Fragestellungen

Paugam Serge: Le salarié de la précarité. Paris, puf 2000.

Da für das Jahr 2000 die Daten zur Zufriedenheit bezüglich der Beschäftigung im Allgemeinen nicht mehr verfügbar waren, wurde die Variable gewählt, bei welcher die Antworten 1999 am ähnlichsten waren, d.h. die Zufriedenheit bezüglich des Arbeitsverhältnisses.

Absolute Methode: Der Unterschied zwischen Zufriedenheit/Sicherheit und Unzufriedenheit/ Unsicherheit wird anhand der Skalenmitte bestimmt (Wert 5, vgl. 4.4). Relative Methode: Der Unterschied wird mit dem Durchschnitt der gegebenen Antworten ermittelt.

Sagen Sie mir jetzt, ob Sie bereit wären, an einem Streik teilzunehmen? 0 bedeutet «nie» und 10 bedeutet «ganz sicher»? Die Antworten wurden folgendermassen gruppiert: 0-4 «nicht bereit daran teilzunehmen», 5-10 «bereit daran teilzunehmen».

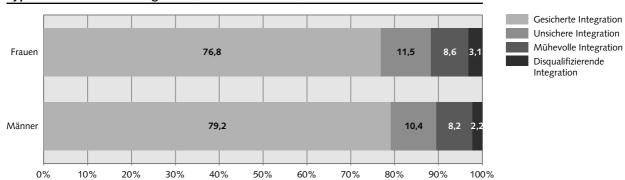
¹ Im Gegensatz zu Kapitel 3.2 beziehen sich diese Anteile nur auf die erwerbstätigen Frauen und Männer.

Quelle: SHP

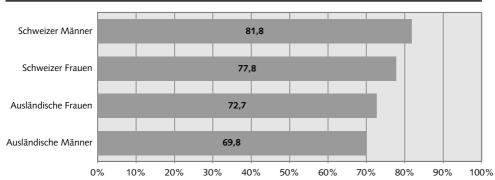
Schweizer Haushalt-Panel 2000

4.5 BERUFLICHE INTEGRATION 4 ERWERBSLEBEN

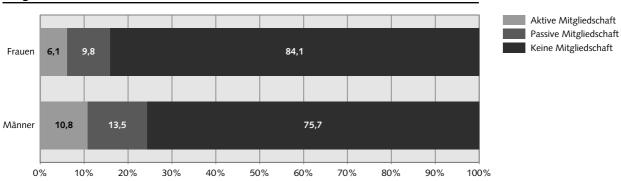
Typen der beruflichen Integration (absolute Methode)



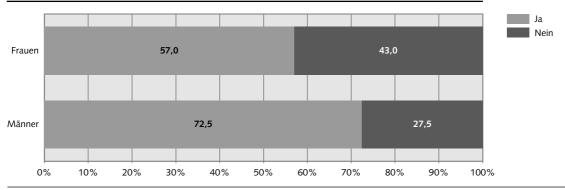
Gesicherte Integration nach Staatsangehörigkeit (absolute Methode)



Mitgliedschaft in Gewerkschaften



Zugang zu Internet bei der Arbeit



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

4 ERWERBSLEBEN 4.6 ERWERBSLOSIGKEIT

Frauen sind stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als Männer

Frauen sind absolut und relativ stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als Männer: Ihr Anteil an den Erwerbslosen beträgt im Jahr 2001 62%, obwohl sie nur 44% der Erwerbsbevölkerung ausmachen. Nur gerade bei den Jüngeren sind Männer etwas häufiger erwerbslos als Frauen. Auffallende Unterschiede zeigen sich bezüglich Meldeverhalten der erwerbslosen Personen: Nur knapp ein Drittel der erwerbslosen Frauen ist bei einem Arbeitsamt eingeschrieben und erhebt entsprechend Anspruch auf die Zahlung von Arbeitslosengeld; bei Männern ist es gut die Hälfte.

Mit Ausnahme von 1997 liegt die Erwerbslosenquote der Frauen in der Zeitspanne zwischen 1991 und 2001 immer über derjenigen der Männer. Einzig 1997 war das Verhältnis umgekehrt. Es ist anzunehmen, dass sich der Anstieg der Erwerbslosigkeit vor allem auf die Männer auswirkte, weil gleichzeitig eine leichte Abnahme der Vollzeiterwerbstätigkeit zu verzeichnen war, die hauptsächlich Männer betrifft. Gleichzeit nahm die Teilzeitarbeit der Frauen zu.

Die Erwerbslosenquote der Frauen beträgt im Jahr 2001 3,5%, jene der Männer 1,7%. Junge Männer sind etwas öfter von Erwerbslosigkeit betroffen als junge Frauen. Hingegen ist das Verhältnis bei Personen im Alter zwischen 25 und 54 Jahren umgekehrt: Deutlich mehr Frauen als Männer sind erwerbslos. Bei den älteren Personen (ab 55 Jahren) ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern gering.

Besonders hoch ist die Erwerbslosenquote bei der ausländischen Bevölkerung, wobei die Ausländerinnen deutlich stärker betroffen sind als die Ausländer.

Das Bildungsniveau hat einen Einfluss auf die Erwerbslosigkeit. Die Quoten sind bei Personen mit einem obligatorischen Schulabschluss am höchsten. Mit zunehmendem Bildungsniveau geht diese zurück – allerdings bei Männern viel deutlicher als bei Frauen. So ist die Erwerbslosenquote für Frauen mit einer Tertiärausbildung vier Mal höher als bei Männern mit einer entsprechenden Ausbildung (Frauen 3,2%, Männer 0,8%).

Als erwerbslos gelten hier auch Personen, die nicht bei einem Arbeitsamt gemeldet sind. Sie müssen aber in der Woche vor der Befragung aktiv eine Arbeit gesucht haben und müssten in den nächsten vier Wochen eine neue Stelle antreten können. 2001 sind ebenso viele Frauen wie Männer bei einem Arbeitsamt angemeldet. Grosse Unterschiede zeigen sich bei den nicht eingeschriebenen Erwerbslosen. Zwei Drittel der erwerbslosen Frauen sind nicht bei einem Arbeitsamt registriert und beziehen demnach keine Arbeitslosengelder. Es handelt sich dabei vorwiegend um Frauen mit Kindern, welche in der Vergangenheit erwerbstätig waren. Wahrscheinlich sind es Wiedereinsteigerinnen, die nach einem Erwerbsunterbruch (meist aus familiären Gründen) wieder eine Erwerbsarbeit suchen.

Neben der eigentlichen Erwerbslosigkeit gibt es aber auch viele Erwerbstätige, welche ihr Arbeitspensum gerne erhöhen möchten – sogenannt unterbeschäftigte Personen. Von diesem Phänomen sind viel mehr Frauen als Männer betroffen. 14% der Teilzeit erwerbstätigen Frauen möchten ihr Arbeitspensum erhöhen, hingegen nur 3,4% der Teilzeit erwerbstätigen Männer.

Definitionen

Erwerbslose: Alle Personen, beim Arbeitsamt eingeschriebene sowie nicht eingeschriebene, die ohne Arbeit und auf Stellensuche sind.

Erwerbslosenquote: Anteil Erwerbslose an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) in der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren (nach Definition SAKE)

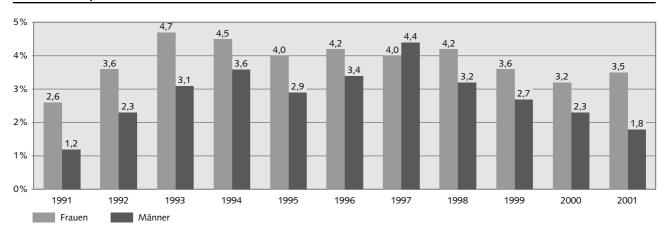
Die Erwerbslosenquoten sind seit 2001 tendenziell steigend. Die aktuellsten Zahlen sind auf folgender Internet-Seite zu finden: www.bfs.admin.ch/stat_ch/ber03/dufr03.htm

Zu den Unterbeschäftigten gehören erwerbstätige Personen, die normalerweise eine kürzere Arbeitszeit als 90% der betriebsüblichen Arbeitszeit aufweisen und die mehr arbeiten möchten. Unterbeschäftigungsquote = Unterbeschäftigte/Erwerbspersonen.

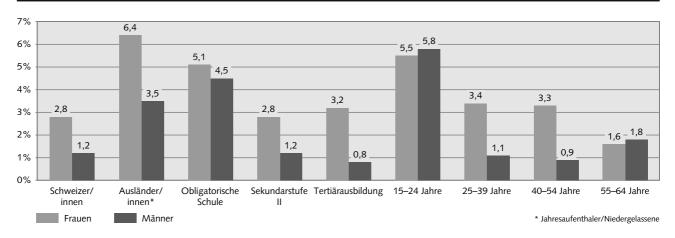
Quelle: SAKE

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2001 4.6 ERWERBSLOSIGKEIT 4 ERWERBSLEBEN

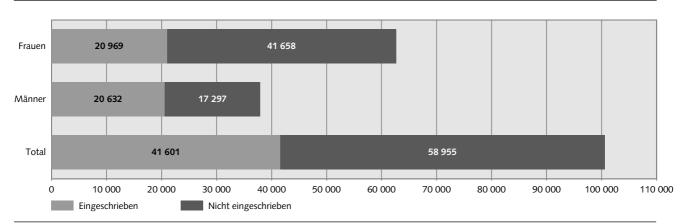
Erwerbslosenquote 1991 bis 2001



Erwerbslosenquote nach Nationalität, Bildungsniveau und Altersgruppen



Meldeverhalten von Erwerbslosen



Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2001

5 Materielle Ressourcen und Erwerbseinkommen

Die materiellen Ressourcen werden zu einem bedeutenden Teil durch Einkommen aus Erwerbsarbeit gesichert. Letzteres macht durchschnittlich über 70% der Haushaltseinkommen aus. Transferzahlungen wie Renten, Stipendien oder Kinder- und Familienzulagen sind ebenfalls wichtige Einkommensquellen: Sie machen rund einen Fünftel der Haushaltseinkommen aus (22%). Einkommen aus Vermögensgewinnen oder Vermietungen werden ebenfalls dazu gerechnet (5% der Haushaltseinkommen).

Im Folgenden wird einerseits die Einkommenssituation auf Haushaltsebene betrachtet und andererseits das individuelle Erwerbseinkommen – die Löhne. Die Transfereinkommen (insbesondere die Renten) werden im Kapitel 6 «Soziale Sicherheit» besprochen. Ein spezielles Kapitel ist den Armutsrisiken von Frauen gewidmet (vgl. Teil II, Kapitel 17). Innerhalb der meisten Familienhaushalte findet ein gewisser finanzieller Ausgleich statt. Zum Haushaltseinkommen tragen meist mehrere Personen bei – sei dies direkt durch ein eigenes Erwerbs- oder Vermögenseinkommen oder durch das Anrecht auf gewisse Transferleistungen.

Angehörige kinderreicher Familien sind unabhängig vom Geschlecht überdurchschnittlich von Einkommensschwäche betroffen. Unter den Frauen, die ihren Lebensunterhalt ohne männliche Unterstützung bestreiten, sind vor allem allein erziehende Mütter und Rentnerinnen im Vergleich zu den Männern finanziell benachteiligt.

Aufgrund der ungleichen Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Haus- und Familienarbeit sind Familienfrauen weitgehend vom Einkommen ihrer Partner abhängig. Alles in allem bleibt jedoch das persönliche Erwerbseinkommen eine zentrale Komponente der materiellen Ressourcen. Dies gilt für die Zeit vor, aber indirekt auch für die Zeit nach der Pensionierung. Die Aufgabenteilung innerhalb der Familienhaushalte führt in den meisten Fällen zu einer Reduzierung der weiblichen Erwerbsarbeit (Erwerbsunterbruch oder Reduktion des Arbeitspensums). Dies hat niedrigere Altersrentenansprüche für Frauen zur Folge.

Neben der Tatsache, dass (Familien-)Frauen vermehrt Teilzeit arbeiten, führt die deutliche Übervertretung der Frauen bei den Beschäftigten in Tieflohnbranchen zu niedrigeren Einkommen.

Die Umrechnung auf Vollzeit Äquivalenzeinkommen erlaubt einen direkten Vergleich der Frauen- und Männerlöhne. Die Lohnunterschiede zu Ungunsten der Frauen bleiben auch bei gleicher Bildung oder beruflicher Position bestehen. Die jeweilige Lohndifferenz misst jedoch nicht direkt die sogenannte Lohndiskriminierung. Eine Studie aus dem Jahr 2000 hat diese genauer untersucht (Flückiger). Faktoren wie Ausbildung, Berufserfahrung und berufliche Stellung sind bei Männern lohnwirksamer als bei Frauen. Aber auch die persönliche Familiensituation scheint ein wichtiger Faktor zu sein. So hat der Zivilstand bei Frauen und Männern eine gegenteilige Wirkung: Verheiratete Männer erhalten bei gleichen Bedingungen mehr Lohn als die ledigen; umgekehrt erhalten verheiratete Frauen bei gleichen Bedingungen weniger Lohn als die unverheirateten. Hingegen scheint die Teilzeitarbeit an sich - vor allem in neuerer Zeit - keinen diskriminierenden Einfluss auszuüben. Insgesamt schätzt Flückiger den diskriminierenden Anteil auf 60% der gesamten Lohnunterschiede von rund 30% im Jahr 1996.

Literaturhinweise

Eckdaten zur Einkommenssituation der Haushalte finden sich jährlich aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 20 «Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung»: www.statistik.admin.ch

Daten zur Lohnstrukturerhebung werden alle 2 Jahre im Fachbereich 3 «Arbeit und Erwerb» aktualisiert.

Branger Katja et al.: Wohlstand und Wohlbefinden. Lebensstandard und soziale Benachteiligung in der Schweiz. BFS, Neuchâtel 2000.

Streuli Elisabeth, Bauer Tobias: Working poor in der Schweiz. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlage. BFS, info social Nr. 5/2001. BFS: Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working Poor in der Schweiz. Neuchâtel 2003

Flückiger Yves, Ramirez José: Auf dem Weg zur Lohngleichheit? Vergleich der Frauen- und Männerlöhne anhand der Lohnstrukturerhebung (LSE) von 1994 und 1996. Kurzfassung EBG und BFS, Neuchâtel 2000.

Allein lebende Frauen sind benachteiligt – besonders im Alter

In den Haushalten findet ein Ausgleich geschlechtsspezifischer Einkommensdifferenzen statt. Im Verhältnis zu den Männern benachteiligt sind insbesondere Frauen, die ihren Lebensunterhalt allein bestreiten – allen voran allein erziehende Mütter und allein lebende Rentnerinnen. Unabhängig vom Geschlecht in einkommensschwachen Haushalten übervertreten sind Angehörige kinderreicher Familien, ausländische Staatsangehörige und Personen ohne nachobligatorische Ausbildung.

Trotz veränderter Familienstrukturen funktionieren auch heute die meisten Haushalte als wirtschaftliche Einheiten, in denen ein Austausch und eine Umverteilung materieller Ressourcen stattfindet. Der individuell erreichbare Lebensstandard hängt deshalb in der Regel eng mit der Höhe des Haushaltseinkommens zusammen. Anhand dieses Indikators wird im Folgenden das Wohlstandsgefälle zwischen Frauen und Männern aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen beleuchtet. Zur Illustration werden das Median-Äquivalenzeinkommen und der Betroffenheitsgrad von Einkommensschwäche herangezogen. Zu beachten ist, dass die Vermögenslage nicht in die Betrachtung einbezogen wird. Vor allem bei den älteren Menschen führt dies tendenziell zu einer Unterschätzung der insgesamt vorhandenen finanziellen Mittel.

Gesamthaft gesehen sind die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern eher gering, dies nicht zuletzt deshalb, weil viele Frauen in Haushalten leben, deren Einkommen zu einem guten Teil aus männlicher Erwerbstätigkeit stammt. Die auf dem Arbeitsmarkt zu beobachtenden Lohndifferenzen (vgl. Kap. 5.4) werden dadurch auf Haushaltsebene weitgehend ausgeglichen. Wichtige Einflussfaktoren wie Bildungsniveau und berufliche Stellung verlieren im Haushaltskontext einen wesentlichen Teil ihrer geschlechtsspezifischen Wirkung. Auch Angehörige kinderreicher Familien sind unabhängig vom Geschlecht in einkommensschwachen Haushalten übervertreten.

Doch wie steht es mit denjenigen Frauen, die für ihren Haushalt ohne männliche Beteiligung aufzukommen haben? Finanziell mit Abstand am schlechtesten gestellt sind allein erziehende Mütter und allein lebende Frauen im Rentenalter. Neben der fehlenden familiären Unterstützung fällt bei diesen beiden Gruppen auch die mangelnde Integration in den Erwerbsprozess negativ ins Gewicht. Alleinerziehende sind oft bei tiefem Lohn Teilzeit erwerbstätig und müssen gleichzeitig für ihren Lebensunterhalt und jenen ihrer Kinder aufkommen. Die niedrigen Einkommen allein lebender Rentnerinnen hängen eng mit deren Erwerbsbiographien zusammen: Typisch weibliche Merkmale wie Teilzeitarbeit, Erwerbsunterbrüche oder Anstellungen in Tieflohnbranchen führen zu tieferen Altersrenten.

Definitionen und Fragestellungen

Den Individuen wird das Äquivalenzeinkommen ihres Haushalts zugeordnet. Das Äquivalenzeinkommen wird berechnet anhand des Netto-Haushaltseinkommens (Gesamteinkommen des Haushalts abzüglich Sozialversicherungsbeiträge, aber inklusive Steuern und Krankenkassenprämien). Um den Unterschieden in Bezug auf Haushaltsgrösse und -zusammensetzung Rechnung zu tragen, wird das Haushaltseinkommen auf einen Einpersonenhaushalt umgerechnet, das heisst durch seine entsprechende «Äquivalenzgrösse» dividiert. Diese wird ermittelt, indem die einzelnen Personen des Haushalts gewichtet werden: Die erste erwachsene Person mit 1.0, die zweite und jede weitere im Alter von über 14 Jahren mit 0.5 sowie jedes Kind unter 15 Jahren mit 0.3 (entspricht der neueren OECD-Äquivalenzskala). Die «Äquivalenzgrösse» ergibt sich aus der Summe dieser Gewichte.

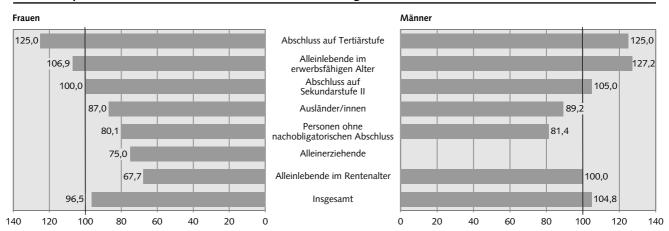
Das Median-Äquivalenzeinkommen entspricht dem Einkommensniveau eines «mittleren» Haushalts: 50% der Äquivalenzeinkommen liegen über dem Median, 50% darunter.

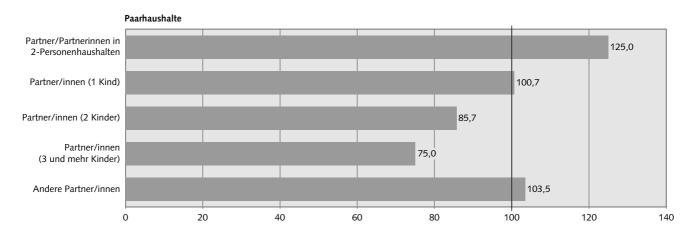
Einkommensschwache Personen leben in einem Haushalt, der über weniger als 70% des Median-Äquivalenzeinkommens verfügt.

Quelle: SHP

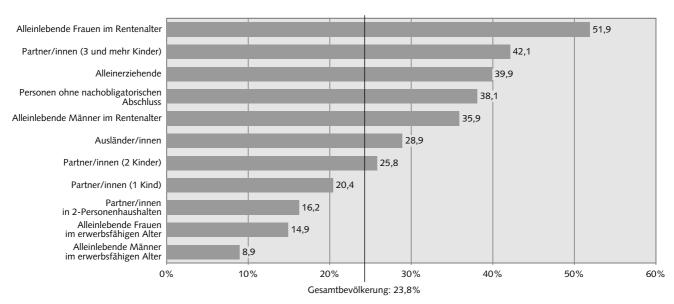
Schweizer Haushalt-Panel 2000

Median-Äquivalenzeinkommen (indexiert, Gesamtbevölkerung = 100)





Betroffenheit von Einkommensschwäche



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

Die ökonomische Abhängigkeit von Familienfrauen ist besonders ausgeprägt

Die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit hat eine weitgehende Abhängigkeit der Familienfrauen vom Einkommen ihrer Partner zur Folge. In Paarhaushalten mit Kind(ern) leistet die Partnerin je nach Anzahl Kinder einen Beitrag von 12% bis 19% des Haushaltseinkommens. In Paarhaushalten ohne weitere Haushaltsmitglieder macht der Beitrag der Partnerin nahezu ein Drittel des Haushaltseinkommens aus.

Die Höhe des Haushaltseinkommens ist zwar ein gutes Mass für den zu einem bestimmten Zeitpunkt erreichbaren individuellen Lebensstandard, lässt jedoch keine Rückschlüsse auf die sozioökonomischen Folgen der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu. Ein besserer Gradmesser für die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter sind die individuellen Beiträge zum Gesamteinkommen des Haushalts. Sie sind primär das Resultat der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung und Entlöhnung der einzelnen Haushaltsmitglieder. Die vollständige oder weitgehende Abhängigkeit von einem einzelnen Einkommen ist mit erheblichen sozialen und ökonomischen Risiken verbunden. Dies trifft speziell auf Angehörige von Familienhaushalten zu, die nach Scheidungen oft empfindliche materielle Einbussen in Kauf nehmen müssen. Die nachfolgenden Auswertungen beziehen sich auf die Paarhaushalte im erwerbsfähigen Alter.

Im Gesamtdurchschnitt tragen die Partnerinnen 21% und die Partner 75% zum Haushaltseinkommen bei. Die restlichen 4% des Haushaltseinkommens stammen von weiteren Haushaltsmitgliedern. Je nach Familiensituation ist dieses Ungleichgewicht mehr oder weniger stark ausgeprägt. Während der Frauenanteil in Paarhaushalten ohne weitere Haushaltsmitglieder nahezu ein Drittel des Haushaltseinkommens ausmacht, liegt er in Paarhaushalten mit Kindern unter 20%. Mit 12% am tiefsten ist er in Haushalten mit drei oder mehr Kindern.

Dieser Unterschied zwischen Paarhaushalten mit und ohne Kinder wird bei einer genaueren Betrachtung der Verteilung des Frauenanteils noch deutlicher. In einem Drittel der Haushalte mit Kindern verfügt die Partnerin über kein eigenes Einkommen. In weiteren 40% macht ihr Einkommen höchstens ein Viertel des Haushaltseinkommens aus. Lediglich in einer verschwindend kleinen Minderheit von rund 4 von 100 Familienhaushalten mit Kindern steuert die Partnerin mindestens die Hälfte zum Haushaltseinkommen bei.

Ganz anders sieht die Verteilung des Frauenanteils in kinderlosen Haushalten aus: In 17% verfügt die Partnerin über ein mindestens ebenso hohes Einkommen wie ihr Partner, und in weiteren 50% zwischen einem Viertel und der Hälfte des Haushaltseinkommens. In nur knapp 10% der kinderlosen Paarhaushalte hängt die Partnerin vollständig vom Einkommen ihres Partners ab.

Die weitgehende Abhängigkeit der Familienfrauen vom Einkommen ihrer Partner ist nicht gleichbedeutend mit einem Ausschluss von den finanziellen Belangen des Haushalts. Eine deutliche Mehrheit der Frauen kümmert sich allein oder gemeinsam mit ihrem Partner um die finanziellen Angelegenheiten des Haushalts. Dies trifft, wenn auch etwas weniger ausgeprägt, auch auf Haushalte zu, deren Einkommen zu 100% vom Partner stammt.

Definitionen und Fragestellungen

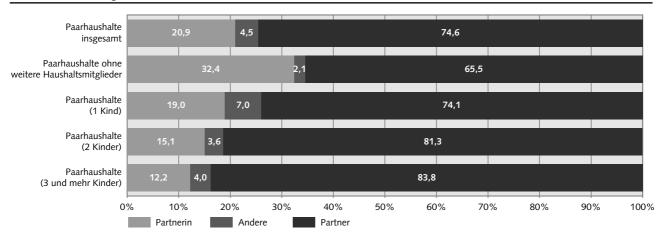
Der Beitrag eines Haushaltsmitglieds zum Haushaltseinkommen entspricht dem prozentualen Anteil des persönlichen Netto-Einkommens pro Jahr am jährlichen Netto-Einkommen des gesamten Haushalts. Beim Netto-Einkommen sind die Sozialversicherungsbeiträge, nicht aber die Steuern und Krankenkassenprämien abgezogen.

Paarhaushalt im erwerbsfähigen Alter: Die Partnerin und/oder der Partner ist jünger als 65-jährig. Wer kümmert sich um das Finanzielle in Ihrem Haushalt?

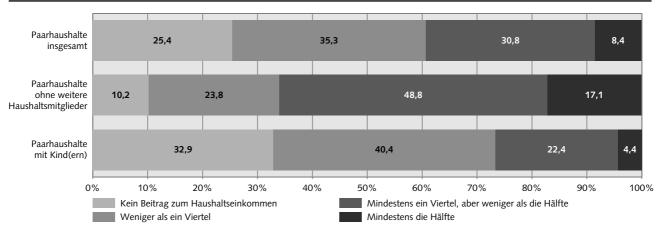
Quelle: SHP

Schweizer Haushalt-Panel 2000

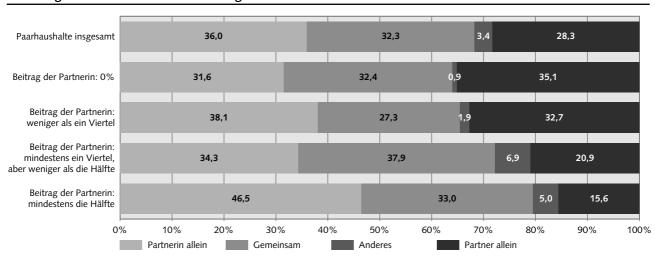
Individuelle Beiträge zum Gesamteinkommen des Haushalts*



Beitrag der Partnerin zum gesamten Haushaltseinkommen*



Zuständigkeit für Finanzielles nach Beitrag der Partnerin zum Gesamteinkommen des Haushalts*



^{*} Nur Haushalte im erwerbsfähigen Alter (Partnerin oder Partner jünger als 65-jährig)

Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

Lohnunterschiede bleiben auch bei gleicher Bildung und beruflicher Position

Die Löhne der Frauen sind im Durchschnitt deutlich niedriger als diejenigen der Männer. Die Lohndifferenz beträgt für die Privatwirtschaft 21%, für die Bundesverwaltung 10%. Zwischen 1994 und 1998 ist diese in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor um je rund 3 Prozentpunkte zurückgegangen; zwischen 1998 und 2000 haben sich diese Lohnunterschiede aber nicht mehr verringert. Auch bei gleicher Ausbildung, gleicher beruflicher Stellung, gleichem Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes und gleich langer Betriebszugehörigkeit bleiben deutliche Unterschiede zu Ungunsten der Frauen bestehen.

Der Lohn wird einerseits von strukturellen Faktoren wie Branchenzugehörigkeit, regional unterschiedlicher Wirtschaftslage oder konjunkturellen Entwicklungen beeinflusst. Daneben ist er aber auch von verschiedenen individuellen Merkmalen wie Ausbildung, beruflicher Stellung und Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes abhängig. Besonderheiten der weiblichen Erwerbstätigkeit wie die längeren Unterbrüche aus familiären Gründen und damit verbunden das Dienstalter und die Berufserfahrung beeinflussen das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern stark. In diesem Sinn messen Lohnunterschiede zwar nicht direkt die Lohndiskriminierung (vgl. dazu die Einleitung zu Kapitel 5), die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in diesen Bereichen kommt in den Lohnunterschieden aber deutlich zum Ausdruck.

In der Privatwirtschaft sind die Lohndifferenzen grösser als in der öffentlichen Verwaltung. Der standardisierte monatliche Bruttolohn (Median) der Frauen im öffentlichen Sektor (Bundesverwaltung) beträgt im Jahr 2000 5672 Franken im Monat, derjenige der Männer 6316, was einer Differenz von 10% entspricht. Die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern hat sich zwischen 1994 und 1998 von 13% auf 10% gesenkt, blieb aber seither unverändert.

Die Löhne der Frauen in der Privatwirtschaft sind im Durchschnitt deutlich tiefer als jene der Männer. Der standardisierte monatliche Bruttolohn (Median) der Frauen im privaten Sektor beträgt im Jahr 2000 4358 Franken, jener der Männer 5551 Franken. Dies entspricht einer Lohndifferenz von 21%. Die Löhne sind seit 1994 für Männer wie Frauen leicht angestiegen. Zwischen 1996 und 1998 stiegen diejenigen der Frauen etwas stärker, deshalb haben sich die Lohndifferenzen von 24% auf 21% reduziert. Zwischen 1998 und 2000 haben sich hingegen die Unterschiede nicht mehr verringert.

Auch bei gleicher Ausbildung und gleicher beruflicher Stellung liegt der standardisierte monatliche Bruttolohn in der Privatwirtschaft bei den Frauen tiefer als bei den Männern. Je nach Ausbildung verdienen Frauen zwischen 15% und 24% weniger als die Männer. Frauen mit einer abgeschlossenen Berufslehre oder einer höheren Berufsausbildung dürfen mit weniger Lohnunterschieden zu ihren männlichen Kollegen rechnen als Frauen mit einem Maturitäts-, Hochschul- oder Universitätsabschluss.

Der Lohn von Frauen ist je nach beruflicher Stellung zwischen 13% (unterstes Kader) und 24% (oberes und mittleres Kader) tiefer als jener der Männer. Das heisst, Frauen in einer mittleren oder höheren Kaderfunktion müssen mit grösseren Lohnunterschieden zu ihren Kollegen in vergleichbarer Position rechnen, als Frauen in einer unteren Kaderfunktion.

Ebenfalls ungeachtet des Anforderungsniveaus oder des Dienstalters werden Frauen im Durchschnitt schlechter bezahlt als Männer.

Definitionen

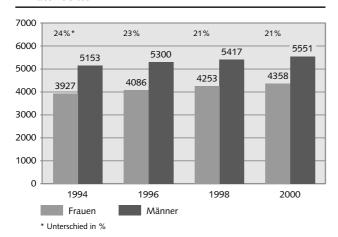
Für den standardisierten monatlichen Bruttolohn werden Teilzeitstellen umgerechnet auf Vollzeit, basierend auf 4 1/3 Wochen zu 40 Arbeitsstunden.

Der Median teilt die untersuchte Gruppe in zwei Hälften: Für die eine Hälfte der Arbeitnehmer/innen liegt der standardisierte Lohn über, für die andere Hälfte dagegen unter dem ausgewiesenen Median.

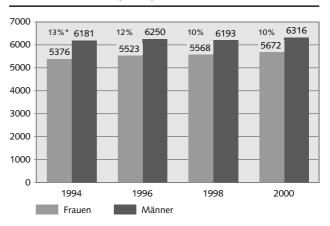
Quelle: LSE

Lohnstrukturerhebung 1994-2000

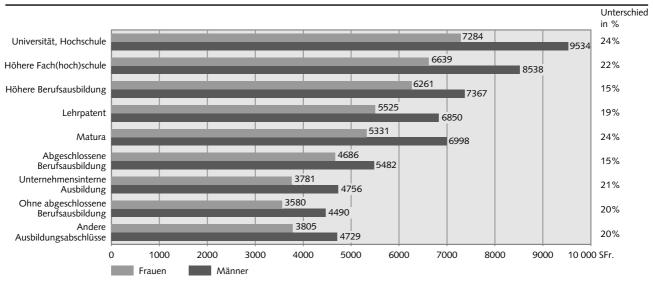
Monatlicher Bruttolohn standardisiert (Median): Privater Sektor



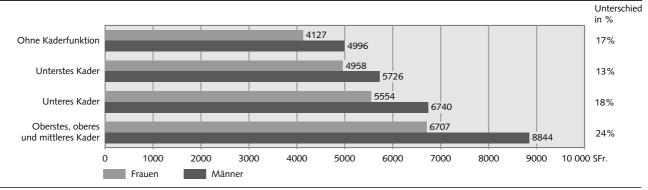
Monatlicher Bruttolohn standardisiert (Median): Öffentlicher Sektor (Bund)



Monatlicher Bruttolohn standardisiert (Median) nach Ausbildung Privater und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen



Monatlicher Bruttolohn standardisiert (Median) nach beruflicher Stellung Privater und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen



Quelle: Schweizerische Lohnstrukturerhebung 1994–2000

Frauen sind in Branchen mit Niedriglöhnen deutlich übervertreten

In den Branchen mit relativ hohem Lohnniveau machen Frauen fast durchwegs die Minderheit der Beschäftigten aus. Die Ausnahme bildet das Unterrichtswesen mit einem Frauenanteil von 52%. In den meisten sogenannten «Tieflohnbranchen» hingegen machen Frauen 50% oder mehr der Beschäftigten aus. Neben der Tatsache, dass viel mehr Frauen Teilzeit arbeiten, ist das mit ein Grund, weshalb der Anteil Frauen bei den Niedriglohnbezügern viel höher ist als derjenige der Männer: 15% der Vollzeit erwerbstätigen Frauen, aber nur 2,7% der Männer haben einen Lohn bis maximal 3000 Franken netto im Monat.

Die Lohndifferenz zu Ungunsten der Frauen besteht über alle Wirtschaftszweige hinweg. Zwischen den Branchen variieren die Löhne allerdings erheblich. In den Branchen mit relativ hohem Lohnniveau sind die Lohnunterschiede tendenziell grösser in Branchen mit einem höheren Frauenanteil. Sie sind deutlich grösser im Versicherungswesen und im Kreditgewerbe als zum Beispiel in der Forschung und Entwicklung. Die Ausnahme bildet unter den Branchen mit höherem Lohnniveau das Unterrichtswesen, wo die Lohnunterschiede etwas unter dem Durchschnitt liegen.

Bei den sogenannten «Tieflohnbranchen» (Wirtschaftszweige mit den tiefsten Lohnniveaus) sind die Lohnunterschiede ebenfalls tendenziell grösser in Branchen mit einem hohen Frauenanteil an den Beschäftigten. In der Branche «Herstellung von Bekleidung und Pelzwaren» mit einem Frauenanteil von 76% sind die Lohnunterschiede weitaus am höchsten. Im Gastgewerbe mit 54% weiblichen Angestellten sind sie eher gering. Der relativ grosse Ausländeranteil (jüngere Ausländer mit tiefen Löhnen) bei den Beschäftigten dieser Branche erklärt dies zu einem grossen Teil.

Das Gesundheits- und Sozialwesen steht mit einem Durchschnittslohn von 5100 Franken im Mittelfeld. Bei einem sehr hohen Frauenanteil an den Beschäftigten (rund 80%) sind die Lohnunterschiede verglichen mit anderen Branchen eher klein (16%). Die Häufigkeitsvertei-

lungen nach monatlichen, nicht standardisierten Nettolöhnen spiegelt auf den ersten Blick die Tatsache wieder, dass viel mehr Frauen als Männer Teilzeit erwerbstätig sind. Einen monatlichen Nettolohn bis zu 2000 Franken beziehen 22% der Frauen und 3,6% der Männer. Für die Beitragspflicht der Pensionskassen wird im Jahr 2002 eine Grenze von 25 000 Franken festgelegt, was bedeutet, dass rund ein Fünftel der angestellten Frauen unter dieser Grenze liegt.

Betrachten wir die Verteilungen im Detail, zeigt sich eine weitere Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern. Einen sogenannten Niedriglohn, d.h. einen monatlichen Nettolohn von maximal 3000 Franken verdienen 15% der Vollzeit erwerbstätigen Frauen, jedoch nur 2,7% der Vollzeit erwerbstätigen Männer. Bei Vollzeit Erwerbstätigkeit verdienen 50% der Frauen nicht über 4000 Franken netto pro Monat; bei den Männern sind es nur 18%.

In den vorangegangenen Kapiteln wurde aufgezeigt, dass innerhalb der Haushalte eine gewisse Umverteilung der finanziellen Ressourcen statt findet. Die Leistungen der Sozialversicherungen basieren aber auf den persönlichen Beiträgen aus Erwerbsarbeit und benachteiligen somit vorwiegend diejenigen Frauen, welche (meist aus familiären Gründen) nicht oder mit einem kleineren Teilzeitpensum erwerbstätig sind sowie Frauen, die in Tieflohnbranchen arbeiten.

Definitionen

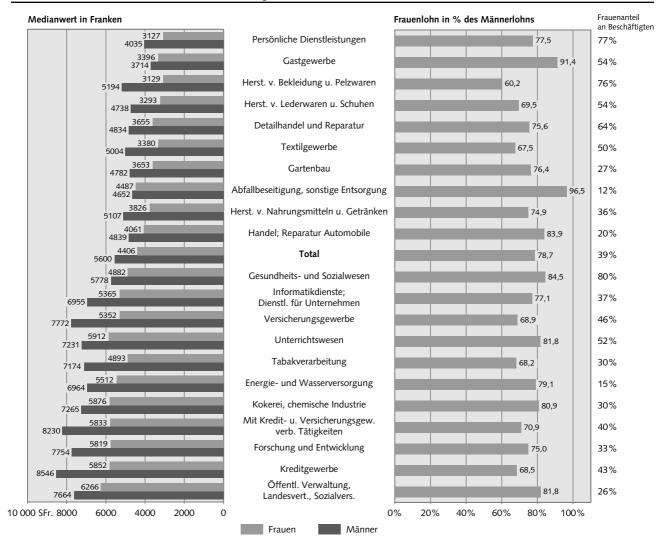
Nicht standardisierter Nettolohn: Effektiv ausbezahlte Beträge pro Monat ohne Umrechnung auf Vollzeitstellen. Die Lohnkomponenten sind: Bruttolohn im Monat Oktober (inkl. Naturalleistungen, regelmässig ausbezahlte Prämien-, Umsatz- oder Provisionsanteile), Entschädigungen für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit, 1/12 des 13. Monatslohns und 1/12 der jährlichen Sonderzahlungen (Boni), Verdienst aus Überzeit und Überstunden – abzüglich obligatorische Sozialabgaben.

Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (NOGA): Unterschiede zum Kapitel 4 «Erwerbsarbeit» erklären sich dadurch, dass in der Lohnstrukturerhebung (LSE) nur die in Unternehmen (ohne Landwirtschaft) angestellten Personen erfasst werden (ohne Lehrlinge und Stagiaire). In der schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) hingegen werden alle Erwerbstätigen erfasst (zusätzlich Selbständige, mitarbeitende Familienmitglieder, Landwirtschaft). Zudem wurden im Kapitel 4 gemäss Standard SAKE die Wirtschaftsabteilungen auf 12 Abschnitte zusammengefasst.

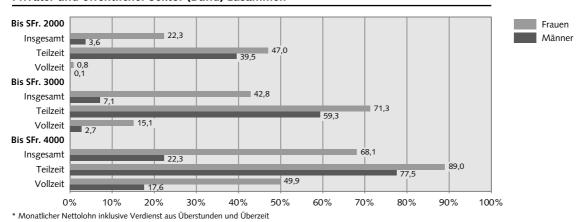
Quelle: LSE

Lohnstrukturerhebung 2000

Monatlicher Bruttolohn nach Wirtschaftszweigen: Privater und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen



Monatliche Nettolöhne* nach Beschäftigungsgrad und Geschlecht: Privater und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen



Quelle: Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2000

EINLEITUNG 6 SOZIALE SICHERHEIT

6 Soziale Sicherheit

Das schweizerische System der sozialen Sicherheit beruht auf einem komplexen Gefüge mit einer Vielzahl von Subsystemen und Interventionsebenen. Es deckt die sozialen Hauptrisiken (Alter, Krankheit und Invalidität) ab und bietet einen gewissen Schutz vor Armut und Erwerbslosigkeit. Das System ist sehr leistungsfähig in Bezug auf typisch «männliche» Risiken wie Militär- und Zivildienst, während die «weiblicheren» Risiken im Bereich Familie und Mutterschaft nur lückenhaft bzw. gar nicht abgesichert sind.

Die Versicherungen AHV/IV/EO und – seit 1996 – die obligatorische Krankenversicherung (KVG) bilden den Grundsockel dieses Systems, das sich auf die gesamte Wohnbevölkerung erstreckt. Sie genügen jedoch nicht immer, um das Existenzminimum zu garantieren oder erweisen sich als zu grosse Belastung, so dass zusätzliche Massnahmen eingeführt werden mussten (Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen, Sozialhilfe). Frauen beziehen häufiger solche Beihilfen, woraus hervorgeht, dass sie durch die Grundversicherungen weniger wirkungsvoll abgesichert werden.

Der Hauptteil des Systems ist direkt abhängig vom Erwerbsstatus und vom Bruttolohnniveau, welches für die Höhe der erhobenen Beiträge massgebend ist. Frauen – auch erwerbstätige – verdienen jedoch generell weniger als Männer (absolut betrachtet, weil viele von ihnen Teilzeit arbeiten; relativ, weil die Gleichstellung im Lohnbereich noch nicht verwirklicht ist, vgl. Kapitel 5). Sie zahlen somit weniger ein und erhalten weniger Arbeitgeberbeiträge, was auf die Leistungen durchschlägt, die sie letztlich beziehen. Auch weisen sie oft einen niedrigen Beschäftigungsgrad auf und/oder arbeiten zu sehr tiefen Löhnen, so dass sie nicht der Versicherungspflicht unterstellt (Unfallversicherung, 2. Säule) bzw. vom Genuss gewisser gesamtarbeitsvertraglich geregelter Sozialleistungen ausgeschlossen sind.

Solche Verträge sind in den Sektoren mit hohem Frauenanteil unter den Beschäftigten zudem seltener (Dienstleistungssektor generell, verglichen mit der Industrie). Obschon sich die Gewerkschaften für den Ausgleich dieser Benachteiligungen einsetzen, bleibt noch viel zu tun.

Dennoch verbessert sich die Stellung der Frauen im System der sozialen Sicherheit allmählich. Das 1997 eingeführte Splitting brachte die Einzelrenten an Stelle der früheren Ehepaar-Altersrente und die Aufteilung der Guthaben in der 1. und 2. Säule, auch im Falle einer Scheidung. Die Erziehungsgutschriften ermöglichen einen teilweisen Ausgleich der Beitragsausfälle für Personen, die zu Gunsten der Kindererziehung auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet haben; andererseits ist eine Angleichung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer geplant. Im Zuge der Gleichstellungsbestrebungen wurden die Hinterlassenenrenten auf die Witwer ausgedehnt. Insgesamt begünstigt das System die Männer weiterhin stärker als die Frauen.

Neben den Versicherungen umfasst die soziale Sicherheit auch Beihilfen und Massnahmen zur Armutsbekämpfung. Diese bevorteilen theoretisch weder die Männer noch die Frauen. Da letztere aber stärker von Armut betroffen sind (Einelternfamilien, Working Poor, ungenügende AHV-Renten – alles Phänomene, die direkt oder indirekt mit der Rolle der Frauen bei der Kindererziehung zu tun haben), beziehen sie häufiger solche Leistungen. Die erheblichen Unterschiede zwischen den Kantonen sowie Gemeinden in der Absicherung dieser de facto eher weiblichen Risiken verursachen in diesem Bereich allerdings grosse Ungleichheiten auf nationaler Ebene (z.B. bei der Eintreibung von Alimenten).

Die freiwilligen Versicherungen runden das Bild ab, namentlich für die selbständigerwerbenden bzw. nicht erwerbstätigen Personen. Hier sind die Prämien von den geschätzten Risiken abhängig und nur für entsprechend zahlungskräftige Haushalte erschwinglich. Auch in diesem Bereich sind die Frauen den Männern noch nicht gleichgestellt.

Literaturhinweise

Eckdaten zur sozialen Sicherheit finden sich jährlich aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 13 «Soziale Sicherheit»: www.statistik.admin.ch; auf der Webseite des BSV: www.bsv.admin.ch sowie der KSUV: www.unfallstatistik.ch BFS: Pensionskassenstatistik 2000. Die berufliche Vorsorge in der Schweiz.

BSV (Bundesamt für Sozialversicherung): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2000.

KSUV (Kommission für die Statistik der Unfallversicherung): Unfallstatistik UVG 2000.

KSUV: Fünfjahresbericht UVG 1998-2002.

6 SOZIALE SICHERHEIT 6.1 EINKOMMEN UND AUSGABEN

Frauen zahlen für die soziale Sicherheit weniger ein und erhalten entsprechend weniger

Die Ausgaben für und die Einkommen aus sozialer Sicherheit der Haushalte differieren enorm, je nachdem, ob der Haushalt Personen im Rentenalter zählt oder nicht. Sie variieren auch auf Grund der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen: Männer entrichten vor der Pensionierung höhere Beiträge (in Form von Lohnabzügen) als die Frauen; Frauen beziehen nach der Pensionierung ein niedrigeres Einkommen, weil sie in der Erwerbsphase weniger einbezahlt haben.

Die soziale Sicherung ist für Einzelpersonen und Haushalte mit Einkünften (Renten, Zulagen usw.) und Ausgaben (Beiträge usw.) verbunden. Die Struktur dieser Einkommen und Ausgaben ist weitgehend vom jeweiligen Lebensabschnitt abhängig. Sie wird daher für die Haushalte, in denen mindestens eine Person im Rentenalter lebt, gesondert betrachtet.

In den Nicht-Pensioniertenhaushalten sind die Einkommen aus sozialer Sicherheit gering und es bestehen kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Anders die Ausgaben: diese sind erheblich grösser und je nach Geschlecht verschieden. Die Differenz betrifft vor allem die Sozialversicherungsbeiträge auf dem Erwerbseinkommen (Lohnabzüge), in denen die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern zum Ausdruck kommt. Sie ist aber auch bei den Krankenkassenprämien und den Beiträgen an die 3. Säule spürbar. Dies darum, weil Haushalte mit einem Mann als Referenzperson überwiegend mehrere Personen umfassen (also auch mehrere Prämien bezahlen) und häufiger Beiträge an die 3. Säule entrichten (siehe 6.4).

Bei den Pensioniertenhaushalten bilden die Renten der AHV und der Pensionskassen das Gros der Einkommen aus sozialer Sicherheit, mit klaren geschlechtsspezifischen Differenzen, als Folge der unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Männern und Frauen. Die Ausgaben beschränken sich im Wesentlichen auf die Krankenkassenprämien, die auch hier in den «männlichen» Haushalten – die in der Regel zwei Personen zählen (also zwei Prämien bezahlen) – oft höher sind als in den «weiblichen» Haushalten, in denen oft nur eine Person lebt.

Relativ betrachtet (Sozialschutzeinkommen und -ausgaben in Prozent des Haushaltseinkommens), ist vor allem das Gewicht der sozialen Sicherheit im Budget der Pensioniertenhaushalte bemerkenswert. Das Einkommensniveau und die familiäre Situation bewirken gewisse Schwankungen, ändern aber nichts an den Ergebnissen auf der Ebene der Gesamtbevölkerung. Schliesslich unterscheidet sich die Situation von Paaren mit Kind(ern) kaum von derjenigen der übrigen Haushalte, was den geringen sozialen Schutz der Familie illustriert.

Definitionen

Soziale Sicherheit umfasst sämtliche Massnahmen des Staates und privater Institutionen zur Existenzsicherung der Bevölkerung und insbesondere zum Schutz vor sozialen Risiken. Der im vorliegenden Bericht verwendete Begriff «soziale Sicherheit» deckt sich nur teilweise mit der Definition von Eurostat (ESSOS: Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik): Diese bezieht sich auf die Makroebene mit Blick auf die Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit. In diesem Bericht liegt der Schwerpunkt hingegen auf der Mikroebene: Es geht um die soziale Sicherheit aus der Perspektive der einzelnen Haushalte.

Das Einkommen aus sozialer Sicherheit der Haushalte setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: AHV/IV-Renten (ordentliche, ausserordentliche, Ergänzungsleistungen und Hilflosenentschädigung), Bezüge von Pensionskassen (nur Renten, keine Austrittszahlungen), Taggelder (ALV, SUVA, Kranken- und Unfallkassen), andere Sozialleistungen oder Umverteilungsmassnahmen (Familienzulagen des Bundes für Landwirte, kantonale Kinderzulagen, Mutterschaftsgelder, Arbeitslosenhilfe für Ausgesteuerte, Prämienverbilligungen der Krankenkassen, Mietzuschüsse, Erwerbsausfallentschädigung bei Militärdienst und Zivilschutz (EO), Auszahlungen der Militärversicherung, andere kantonale und kommunale Leistungen wie Sozial- und Opferhilfe) und übrige ausgewählte Einkommen (private Zusatzrenten aller Art und Stipendien).

Die Ausgaben für die soziale Sicherheit der Haushalte setzen sich wie folgt zusammen: Sozialversicherungsbeiträge, d.h. Lohnabzüge der Unselbständigen (AHV/IV/EO, ALV, Unfallversicherung und andere) und AHV/IV/EO-Beiträge der Selbständigen, Pensionskassenbeiträge der Unselbständigen sowie der Selbständigen (berufliche Vorsorge bzw. 2. Säule) und freiwillige Versicherungen der Selbständigen; Beiträge für die Krankenversicherung, d.h. Prämien für die obligatorische Grundversicherung und für Zusatzversicherungen; Beiträge an die 3. Säule bzw. individuelle Vorsorge (Säule 3A und 3B: anteilsgebundene und nicht anteilsgebundene Lebensversicherung).

Quelle: EVE

Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

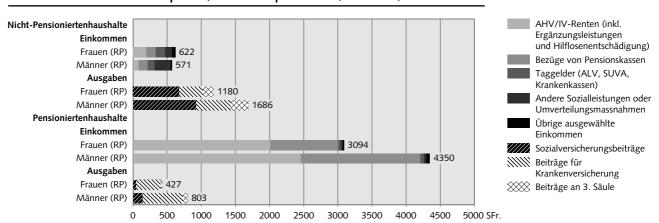
Interpretationshilfe:

Die verfügbaren Daten beziehen sich auf Haushalte und nicht auf einzelne Personen. Deshalb wurde das Geschlecht der Referenzperson (RP=Person, die am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt) zu Grunde gelegt, um die Differenzen zwischen Frauen und Männern zu messen.

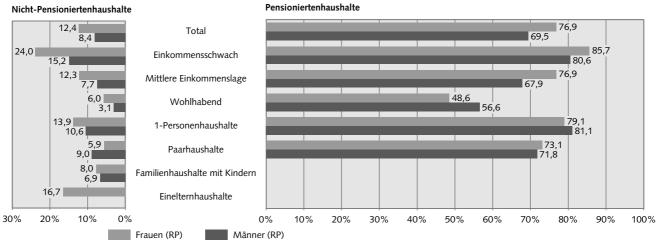
Als *Pensioniertenhaushalte* gelten Haushalte, in denen mindestens eine Person im Rentenalter lebt. Dies schliesst nicht aus, dass dem Haushalt auch Nicht-Pensionierte angehören.

6.1 EINKOMMEN UND AUSGABEN 6 SOZIALE SICHERHEIT

Durchschnittliches Einkommen aus und Ausgaben für die soziale Sicherheit nach Geschlecht der Referenzperson, in Franken pro Monat (in Franken)

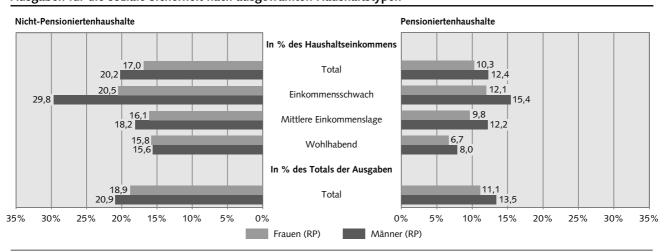


Einkommen aus sozialer Sicherheit in Prozent des Bruttohaushaltseinkommens nach ausgewählten Haushaltstypen



Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen (<10 Beobachtungen)

Ausgaben für die soziale Sicherheit nach ausgewählten Haushaltstypen



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

6 SOZIALE SICHERHEIT 6.2 BEZÜGERINNEN UND BEZÜGER

Frauen beziehen häufiger, aber geringere Leistungen der sozialen Sicherheit

Frauen beziehen häufiger Leistungen des Sozialschutzsystems, vor allem wegen ihrer längeren Lebenserwartung, die sie besonders anfällig macht für die Risiken Alter und Krankheit. Ihr Einkommen (umgerechnet in monatliche Beträge) aus diesem System ist jedoch niedriger als dasjenige der Männer. Dies ist eine Folge der unterschiedlichen Integration in die Arbeitswelt, welche für die Berechnung der meisten Leistungen massgeblich ist.

Der Bezug von Leistungen der sozialen Sicherheit wird aus zwei komplementären Blickwinkeln untersucht: wer wird begünstigt und durch Leistungen in welcher Höhe. Das Schwergewicht liegt bei den Sozialversicherungen, da sich die Leistungen im Sozialhilfebereich nach der Bedarfssituation des Haushalts richten und daher für Vergleiche zwischen Personen verschiedenen Geschlechts wenig geeignet sind.

Frauen profitieren insgesamt häufiger von den Leistungen der Sozialversicherungen, vor allem von der AHV (Alter und Verwitwung) und – etwas geringfügiger – von der Krankenversicherung. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Frauen leben länger und sie werden früher pensioniert. Männer wiederum beziehen überdurchschnittlich oft Leistungen wegen Invalidität, Erwerbsausfall, Unfall und in etwas geringerem Masse wegen Arbeitslosigkeit (Frauen sind zwar von Erwerbslosigkeit stärker betroffen, melden sich aber tendenziell weniger bei einem Arbeitsamt und beziehen deshalb seltener Leistungen; vgl. 4.6).

Infolge ihres höheren Erwerbsumfangs sind die Männer zudem die Hauptbezüger von Pensionskassenleistungen.

Die ausbezahlten Beträge vermitteln ein anderes Bild. Da diese weitgehend auf den einbezahlten Beiträgen, d.h. auf dem früheren Erwerbseinkommen und den Beitragsjahren basieren, sind darin deutlich die Folgen der geringeren Eingliederung der Frauen in die Arbeitswelt zu erkennen: Die Bezüge der Männer sind deutlich höher.

Ausnahmen werden hauptsächlich dort notiert, wo die Bezüge auf dem Einkommen des Ehegatten basieren (Verwitwung oder IV-Zusatzrente), im Rahmen der Krankenversicherung (wo es sich bei den Leistungen um Kostenvergütungen und nicht um einen Einkommensausgleich handelt) und bei den einfachen Altersrenten der Frauen, die seit 1998 im Mittel leicht über denjenigen der Männer liegen (bedingt durch die Einführung des Splittings und der Erziehungsgutschriften, die den Anstieg der Frauenrenten förderten, während sich derjenige der Männerrenten verlangsamte). Die Tatsache, dass Frauen häufiger als Männer Ergänzungsleistungen beziehen, macht jedoch deutlich, dass sich hinter dieser «Durchschnittssituation» unterschiedliche Realitäten verbergen: Dies zeigt der Frauenanteil unter den Personen, die Minimalrenten beziehen, und die vor allem kaum über andere Einkommen (in erster Linie Altersrenten der Pensionskassen) verfügen. Zu den AHV-Renten ist anzufügen, dass die Frauen deutlich länger von diesen profitieren: Sie beziehen insgesamt mehr Leistungen aus dieser Sozialversicherung.

Die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen dürfte mit der Zeit einen gewissen Ausgleich bewirken, mindestens auf der Ebene der monatlich erhobenen Beträge. Dies gilt auch für die Anzahl Bezügerinnen und Bezüger der Pensionskassen. Hier machten die Frauen im Jahr 2000 37% der Versicherten aus, verglichen mit 34% 1992. Der Anstieg ist langsam, aber stetig.

Definitionen und Methodik

Ergänzungsleistungen (zur AHV oder IV): Ergänzungsleistungen werden an Personen mit einer AHV- oder IV-Rente ausgerichtet, deren Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken kann (anerkannte Ausgaben > anrechenbare Einnahmen).

IV-Leistungen (alle Arten): diese Rubrik enthält die individuellen Massnahmen (Schulung und Wiedereingliederung) und die Geldleistungen (Renten, Entschädigungen).

IV-Zusatzrenten: werden an die Ehegatten von invaliden erwachsenen Personen ausgerichtet, die unmittelbar vor ihrer Arbeitsunfähigkeit erwerbstätig waren.

Spitex: Leistungen im Bereich der häuslichen Hilfe und Pflege

KVG (KVG-Prämienverbilligung): obligatorische Krankenpflegeversicherung.

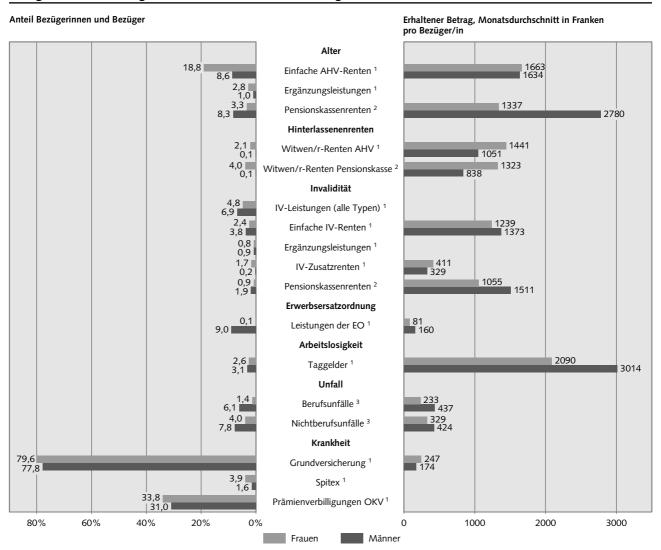
Taggelder (Erwerbslosigkeit): monatlicher Betrag = Tagesansatz x 22 Tage.

Für die übrigen Leistungen wurden die monatlichen Beträge verwendet (sofern verfügbar), andernfalls die jährlichen Beträge dividiert durch 12 Monate.

Quellen:

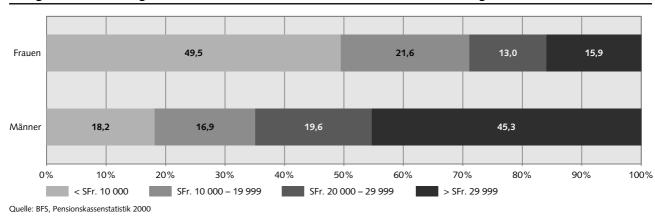
Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2000 Pensionskassenstatistik 2000 Unfallstatistik UVG 2000 6.2 BEZÜGERINNEN UND BEZÜGER 6 SOZIALE SICHERHEIT

Bezügerinnen und Bezüger von verschiedenen Sozialleistungen



Quelle: BSV, Schweizerische Sozialversicherungsstatistik (1), BFS, Pensionskassenstatistik (2), KSUV, Unfallstatistik UVG (3), Jahr 2000 (2000) (20

Bezügerinnen und Bezüger von Altersrenten der Pensionskassen nach Höhe des Betrags im Jahr



6 SOZIALE SICHERHEIT 6.3 WAHRNEHMUNG

Auch die Frauen sind zufrieden mit dem System der sozialen Sicherheit

Frauen und Männer nehmen das System der sozialen Sicherheit generell ähnlich wahr und sind insgesamt zufrieden damit. Eine Mehrheit spricht sich für eine Erhöhung der Sozialausgaben des Bundes aus. Sie sind auch gleichermassen zuversichtlich, dass das System in der Lage sein wird, ihnen nach dem Eintritt ins Rentenalter den gewohnten Lebensstandard zu garantieren. Allerdings sind die Frauen – vor allem die erwerbstätigen – bezüglich dieses letzten Punktes etwas skeptischer.

Die Wahrnehmung des Sozialschutzsystems in der Bevölkerung wird über deren Zufriedenheit, die Erwartungen bezüglich der Entwicklung des Systems und das Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit und seinen Fortbestand untersucht. Obschon gewisse Unterschiede zwischen den Geschlechtern existieren, unterscheidet sich die Einschätzung der Frauen nicht signifikant von derjenigen der Männer.

Frauen und Männer sind insgesamt zufrieden mit dem System der sozialen Sicherheit (Mittelwert 7,0 für die Frauen und 6,9 für die Männer auf einer Skala von 0-10). Auch der Anteil der Unzufriedenen (Werte 0-5), ist bei beiden Geschlechtern identisch (26%). Diese Zufriedenheit ist allerdings geringer als in anderen Lebensbereichen. Andere Faktoren sind einflussreicher als das Geschlecht, und zwar bei Männern und Frauen. So ist die Zufriedenheit bei den Jüngsten (<25-jährig) gleich gross wie im Schnitt der Bevölkerung (7,0); anschliessend nimmt sie ab, steigt ab dem 55. Lebensjahr wieder an und erreicht bei den Ältesten ihr Maximum (7,8). Deren Zufriedenheit rührt zweifellos daher, dass sie alle via AHV, Heime oder Heilungskosten – von diesem System profitieren, obschon ihre Generation weniger dazu beigetragen hat. Die Antworten der Frauen weisen nur in der jungen Rentnergeneration eine statistische Abweichung auf. Dahinter steht vielleicht eine Enttäuschung der Frauen über ihre Altersrenten. Die relative Unzufriedenheit der mittleren Altersgruppen dürfte mit der schwachen sozialen Absicherung der Familien zusammenhängen: Personen mit Kindern sind weniger zufrieden als andere, vor allem wenn sie alleinerziehend sind. Die Zufriedenheit sinkt zudem parallel zum Haushaltseinkommen. Frauen und Männer bestätigen ihre Verbundenheit mit dem System, indem sie für eine Erhöhung oder zumindest für den Erhalt der Sozialausgaben des Bundes eintreten. Frauen wünschen sich allerdings häufiger eine Erhöhung. Sie bekunden auch mehr Mühe, die Frage zu beantworten.

Die Frage des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit und den Fortbestand des Systems wird aus der Perspektive der Altersvorsorge analysiert. Gleich wie die Männer schätzen auch die Frauen, dass ihr Lebensstandard nach der Pensionierung gleich hoch (36%) oder tiefer (43%) sein wird als heute. Ihre Beurteilung fällt sogar etwas pessimistischer aus, wobei die Differenz nur bei den Personen signifikant ist, die in Haushalten mit hohem Einkommen bzw. allein leben, oder erwerbstätig sind. Bei den Frauen sind die Hausfrauen zuversichtlicher und die Alleinerziehenden skeptischer oder unentschlossener. Ein Teil der Bevölkerung (15% der Frauen und 13% der Männer) wollte oder konnte sich zu der Frage nicht äussern. Sie fanden es schwierig, Aussagen über die zukünftige Leistungsfähigkeit der Altersvorsorge zu machen. Dies gilt vor allem für junge Leute in der Ausbildung, für die noch kaum Anhaltspunkte bestehen. Eher häufiger waren Antwortausfälle auch bei Personen, die in Haushalten mit niedrigem Einkommen leben.

Nach der Pensionierung hielten 60% der Bevölkerung ihren Lebensstandard für gleich hoch und 29% für tiefer als früher. Die Einschätzung der Nicht-Rentner erweist sich somit als pessimistisch: die Wirklichkeit scheint eher darauf hinzudeuten, dass der Lebensstandard im Rentenalter gehalten werden kann – zumindest im Fall der heutigen Rentner. Die Antworten der Frauen stimmen hier genau mit denjenigen der Männer überein, selbst bei Überprüfung des Einflusses anderer Merkmale.

Fragestellungen

Wie zufrieden sind sie mit ihrer AHV, ihrer Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und ganz allgemein mit dem System der sozialen Sicherheit?

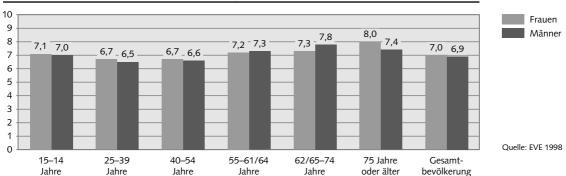
Sind Sie für eine Verringerung oder für eine Erhöhung der Sozialausgaben des Bundes?

Nichtpensionierte: Glauben Sie, dass ihr Lebensstandard nach ihrer Pensionierung höher, gleich hoch oder tiefer sein wird als heute? Pensionierte: Hat sich ihr Lebensstandard seit ihrer Pensionierung ihrer Meinung nach verbessert, nicht verändert oder verschlechtert?

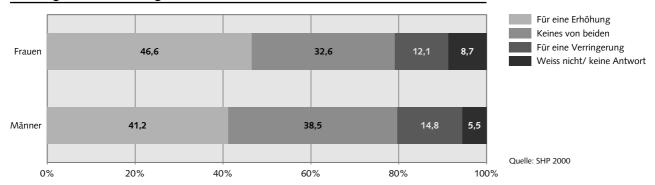
Quellen: EVE und SHP

Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 Schweizer Haushalt-Panel 2000 6.3 WAHRNEHMUNG 6 SOZIALE SICHERHEIT

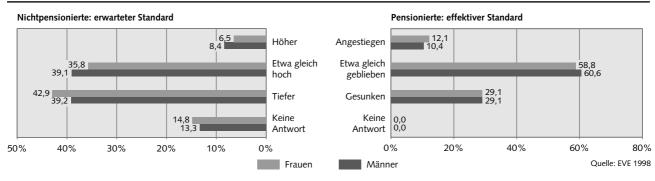
Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem System der sozialen Sicherheit nach Alter



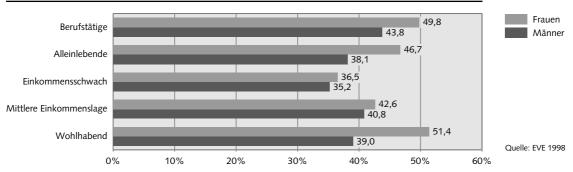
Meinung zu den Sozialausgaben vom Bund



Lebensstandard nach der Pensionierung



Anteil Personen, die nach der Pensionierung einen tieferen Lebensstandard erwarten



Frauen gleichen ihre Benachteiligung nicht durch freiwillige Versicherungen aus

Die Bereitschaft, verschiedene nicht-obligatorische Versicherungen abzuschliessen, hängt stark vom Haushaltseinkommen und dem Alter ab. Das Geschlecht hat ebenfalls einen Einfluss, der jedoch nach Versicherungstyp variiert. Frauen sind vor allem in der 3. Säule unterdotiert; sie vermögen ihre Benachteiligung in den beiden anderen Säulen nicht auf diesem Weg auszugleichen. In den wohlhabenden Haushalten und unter den Hauptverdienenden der Haushalte sind die Differenzen zwischen den Geschlechtern insgesamt geringer.

Die Situation von Frauen und Männern unterscheidet sich neben dem obligatorischen auch im freiwilligen Versicherungsbereich, wie z.B. in der Krankenzusatzversicherung (KZV), den Lebensversicherungen und der freiwilligen Altersvorsorge (3. Säule). Freiwillige Versicherungen sind stark an die finanziellen Ressourcen der Haushalte gebunden. Allerdings spielt nicht das Geld allein eine Rolle, sondern auch verschiedene kulturelle Einflussfaktoren. u.a. Geschlechtsunterschiede.

Frauen schliessen etwas häufiger eine KZV ab (50% gegenüber 46% der Männer), was neben anderen Gründen mit den Vorteilen einer solchen Versicherung bei Schwangerschaft zu tun haben dürfte. Die Differenz ist allerdings kaum signifikant und unterliegt noch anderen Einflussfaktoren. Sie ist hauptsächlich bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen, den jüngsten Alterskategorien und den bis 54-Jährigen, bei den Alleinstehenden und den Partnern mit Kind(ern), auf dem Land, in der deutschsprachigen Schweiz und den dazugehörigen Regionen zu beobachten (mit Ausnahme der Zentralschweiz, die zusammen mit der Genferseeregion und dem Tessin eher durch einen gleichläufigen oder sogar umgekehrten Trend zwischen Frauen und Männern gekennzeichnet sind). Die Hauptverdienenden der Haushalte (Referenzpersonen) unterscheiden sich von der restlichen Bevölkerung dadurch, dass sie öfter eine KZV haben und die Unterschiede zwischen den Geschlechtern entfallen. Offensichtlich sind sie infolge ihrer Stellung besser abgesichert.

Auf der Ebene der Haushalte sind die Differenzen signifikanter und verlaufen umgekehrt. So zählen 56% der Haushalte mit einer weiblichen Referenzperson mindestens ein Mitglied mit KZV, während dieser Anteil in den Haushalten mit männlichem Hauptverdiener 61% beträgt. Im Bereich der Lebensversicherungen bzw. der dritten Säule sind die Frauen hingegen deutlich schlechter abgesichert. Nur 27% haben eine solche Versicherung abgeschlossen, verglichen mit 41% der Männer. Auch hier beeinflussen das Einkommen und vor allem das Alter die Versicherungsbereitschaft, und zwar für beide Geschlechter in gleicher Weise. Gleich wie bei der KZV verfügen die Referenzpersonen häufiger über eine Lebensversicherung und die Differenz zwischen den Geschlechtern ist bei ihnen geringer. Der Anteil der Haushalte mit mindestens einer lebensversicherten Person ist umso geringer, je niedriger das Haushaltseinkommen ist und je häufiger die Hauptverdienende eine Frau ist (21% gegenüber 63%, wenn der Haushalt wohlhabend und der Hauptverdiener ein Mann ist). Von den einkommensschwachen Haushalten, die über keine 3. Säule verfügen, macht die Hälfte (48%) fehlende Mittel geltend.

Selbständige, für welche die 2. Säule freiwillig ist, haben häufiger eine Lebensversicherung als der Rest der Bevölkerung, und zwar Männer und Frauen. Bei solchen ohne Angestellte (das ist die Mehrzahl der selbstständigen Frauen), ist dieser Trend weniger ausgeprägt, zweifellos weil sie es sich nicht leisten können.

Somit stellt sich folgendes Problem: Die Frauen sind durch das obligatorische Sozialschutzsystem insgesamt weniger abgesichert, zumindest was die monatlichen Leistungen betrifft (vgl. 6.2). Die vorangehenden Analysen zeigen, dass sie dieses Manko nicht durch eine vermehrte freiwillige Absicherung wettmachen können, im Gegenteil. Dies gilt ganz besonders für Frauen, die nicht erwerbstätig sind und in einem einkommensschwachen Haushalt leben, obschon gerade sie solch eine freiwillige Absicherung nötig hätten.

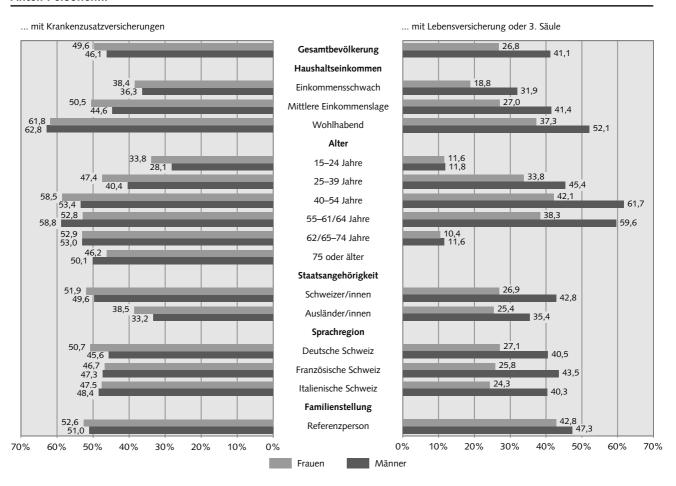
Fragestellungen

Haben Sie neben der obligatorischen Krankenversicherung noch Krankenzusatzversicherungen? Haben Sie eine dritte Säule oder eine Lebensversicherung (Säule 3a oder 3b)? Haben Sie eine 3. Säule (z.B. eine private Pensionskasse oder Lebensversicherung)?; Wenn nein: Weil Sie es sich nicht leisten können oder aus anderen Gründen? (Schweizer Haushalt-Panel 2000)

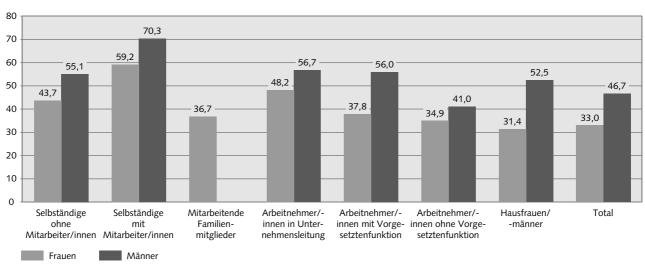
Quelle: EVE

Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 6.4 FREIWILLIGE VERSICHERUNGEN 6 SOZIALE SICHERHEIT

Anteil Personen...



Anteil Personen unter 62/65 Jahren mit Lebensversicherung nach beruflicher Stellung



Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen (<10 Beobachtungen)

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

EINLEITUNG 7 HAUSHALT UND FAMILIE

7 Haushalt und Familie

Das Kapitel Haushalt und Familie soll die Lebensformen von Frauen und Männern beschreiben, aber auch aufzeigen, wie zufrieden sie damit sind. Weiter werden Meinungsverschiedenheiten und Probleme innerhalb des Haushaltes und der Familie angesprochen. Ein zentrales Thema ist die Aufteilung der Verantwortung für Hausund Familienarbeit zwischen Frauen und Männern sowie der unterschiedliche Zeitaufwand, der dafür investiert wird. Schliesslich rundet die externe Entlastung bei der Hausarbeit und Kinderbetreuung das Bild zu den verschiedenen Aufgaben im Haushalt und in der Familie ab. Die Familie im weiteren Sinn, d.h. Beziehungen zu Verwandten, die nicht im selben Haushalt leben, werden im Kapitel 11.1 im Kontext der sozialen Netzwerke diskutiert. Die Aufteilung der Erwerbsarbeit innerhalb der Haushalte wird im entsprechenden Kapitel besprochen. Spezielle Analysen zu Rollenteilung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie finden sich im zweiten Teil der vorliegenden Publikation.

Im Folgenden werden dem Kapitel einige demografische Eckdaten vorangestellt.¹

Die Zahl der Haushalte ist in den letzten Jahrzehnten stärker gewachsen als die Zahl der Bevölkerung – die Haushalte sind demnach kleiner geworden. Drei-Generationen-Haushalte sind kaum anzutreffen. Rund ein Drittel der Haushalte sind Einpersonenhaushalte. Dabei handelt es sich zu einem grossen Teil um Frauen im Rentenalter. Ein gutes Viertel der Haushalte sind Paarhaushalte.

Familienhaushalte (inklusive Einelternhaushalte) machen rund 38% der Privathaushalte aus. Das Bild der Familie hat sich in neuerer Zeit grundlegend verändert: Der Rückgang der Heirats- und Geburtenhäufigkeit führt dazu, dass Frauen später und im Durchschnitt auch weniger Kinder haben. Waren es 1970 noch 7,6 Heiraten auf 1000 Einwohner, sind es im Jahr 2001 nur noch 5,0 Heiraten auf 1000 Einwohner. Im Jahr 1970 wurden auf 100 Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren 210 Geburten geschätzt; im Jahr 2001 nur noch deren 141. 24% der Frauen mit Jahrgang 1960 sind kinderlos; bei denjenigen mit Jahrgang 1950 sind es 21% (vgl. auch Kapitel 1).

Neben dem veränderten Heirats- und Geburtsverhalten beeinflusst die Zunahme der Scheidungen die Familienstruktur entscheidend. Von den 2001 in der Schweiz geschlossenen Ehen wird fast jede dritte mit einer Scheidung enden (bei gleich bleibendem Scheidungsverhalten). Dadurch sind die Formen des Zusammenlebens vielfältiger geworden. Einelternhaushalte und Konsensualpaare haben an Bedeutung gewonnen. 1990 waren 14% aller Familienhaushalte mit Kindern Einelternhaushalte (zu 85% waren es Frauen), 9% der Paarhaushalte waren Konsensualpaare, 5/6 davon aber kinderlos. Im Gegensatz zu anderen nordeuropäischen und umliegenden Ländern (mit Ausnahme von Italien) sind aussereheliche Geburten in der Schweiz eher selten: Im Jahr 2001 waren rund 11% aller Geburten von unverheirateten Müttern. Neben kulturellen Unterschieden spielen in diesem Zusammenhang die in der Schweiz fehlende Mutterschaftsversicherung und andere Sozialversicherungen im Bereich Mutterschaft und Familie eine Rolle (wie zum Beispiel der Elternurlaub), welche vor allem in den nordischen Ländern Europas gut ausgebaut sind.

Literaturhinweise

Eckdaten zur Struktur der Haushalte und Familien finden sich jährlich aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 1 «Bevölkerung»: www.statistik.admin.ch

BFS: Familien heute. Das Bild der Familie in der Volkszählung 1990. Bern 1994.

BFS: Mikrozensus Familie in der Schweiz 1994/95. Bern 1998.

BFS: Heiraten und Kinder kriegen immer weniger attraktiv. Statistik der Bevölkerungsbewegung 2001. Pressemitteilung. Neuchâtel Juni 2002.

¹ Die Daten der Volkszählung 2000 zu diesem Kapitel standen zur Zeit der Verfassung dieser Publikation noch nicht zur Verfügung.

Frauen leben deutlich häufiger alleine als Männer, insbesondere die älteren

Fast jede fünfte Frau aber nur jeder zehnte Mann lebt alleine. Den Unterschied machen vor allem die älteren Frauen aus. Die meisten Frauen und Männer leben jedoch in einer Partnerschaft, sei es mit oder ohne Kinder. Alleinerziehende sind zum grössten Teil Frauen. Etwas mehr junge Männer zwischen 15 und 24 Jahren leben noch bei den Eltern als junge Frauen. Die meisten Personen sind mit ihrer Lebensform recht zufrieden. Nur die Alleinlebenden – Männer wie Frauen – fallen ab.

Die Haushalts- und Familiensituation beeinflusst unser Verhalten und unsere Bedürfnisse in vielen Lebensbereichen entscheidend. So hat beispielsweise eine allein erziehende Person ganz andere Probleme zu bewältigen als eine Alleinlebende.

Betrachten wir nun die Lebensform der einzelnen Personen nach ihrer Familiensituation: Die meisten Frauen leben in einem Zweipersonenhaushalt (29%); bei Männern ist dieser Anteil etwas höher (33%). Knapp ein Viertel sind Partnerin oder Partner mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren. 2,2% aller Frauen sind Alleinerziehende. Der Anteil bei den Eltern lebender Söhne zwischen 15 und 24 Jahren ist mit 12% etwas höher, als derjenige der Töchter in diesem Alter (10%). Das hängt damit zusammen, dass Töchter im Durchschnitt das Elternhaus etwas früher verlassen als Söhne.

Die grössten Unterschiede nach Geschlecht zeigen sich bei den Alleinlebenden: 17% der Frauen leben alleine, hingegen nur 11% der Männer. Dabei machen vor allem die älteren Frauen den Unterschied aus. Ab der Altersgruppe der 55-61/64-Jährigen steigt der Anteil allein lebender Frauen deutlich: Bei den 75-Jährigen und Älteren leben 65% der Frauen alleine. In dieser Altersgruppe leben aber nur 27% der Männer alleine. Dies hängt zu einem grossen Teil mit der durchschnittlich höheren Lebenserwartung von Frauen zusammen, aber auch mit den Altersunterschieden bei (Ehe-)Paaren. Alleine leben bedeutet aber nicht unbedingt, keinen Partner oder keine Partnerin zu haben.

Gesamthaft hat jeder fünfte Mann und jede vierte Frau keinen Partner oder keine Partnerin (20% gegenüber 26%). Bei den Jüngeren bis 24 Jahre haben deutlich mehr Männer keine/n Partner/in (68%) als die jungen Frauen (55%). In der Altersgruppe der 25-39-Jährigen sind immer noch etwas mehr Männer ohne Partner/in. Danach kehrt sich das Verhältnis um. Die Differenz zwischen den Geschlechtern wird mit dem Alter immer grösser: Ab 55 Jahren sind bereits drei mal so viel Frauen ohne Partner/in wie Männer; ab dem Rentenalter sind es gar vier mal so viel Frauen wie Männer.

Die meisten Leute sind mit ihrer Lebensform zufrieden: Auf einer Skala von 0 bis 10 gibt die Mehrheit einen Wert über 8 an. Nur Alleinlebende sind weniger zufrieden in dieser Hinsicht (Männer mit einem Durchschnittswert von 7 etwas weniger als Frauen mit 7,7). Sonst lassen sich kaum Unterschiede zwischen Frauen und Männern ausmachen. Auffallend ist dabei, dass ebenfalls Alleinerziehende mit ihrer Lebensform ähnlich zufrieden sind wie Personen in Familienhaushalten.

Definitionen und Fragestellungen

Die Familiensituation gibt an, welche Rolle eine Person in einem Haushalt einnimmt. Im Gegensatz dazu beschreibt der Haushaltstyp nur die Art des Haushaltes, in welchem eine Person lebt.

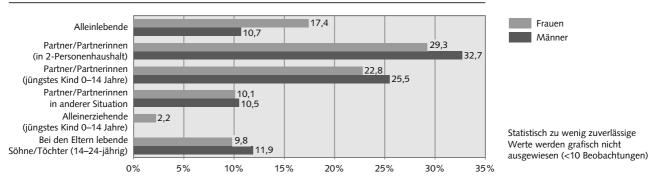
 $\textit{Haben Sie einen Partner oder eine Partnerin?} \ \ \text{``ia, zusammenleben''}, \ \ \text{``ia, aber leben nicht zuzsammen''}, \ \ \ \text{``nein''}.$

Wie zufrieden sind Sie mit dem Alleineleben respektive mit dem Zusammenleben in Ihrem Haushalt? 0 bedeutet «gar nicht zufrieden» und 10 «vollumfänglich zufrieden».

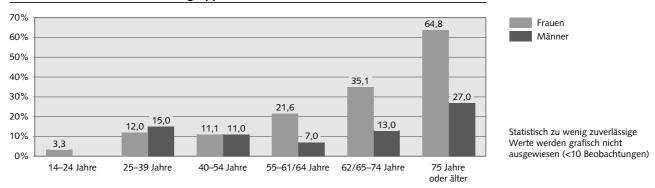
Quelle: SHP

Schweizer Haushalt-Panel 2000

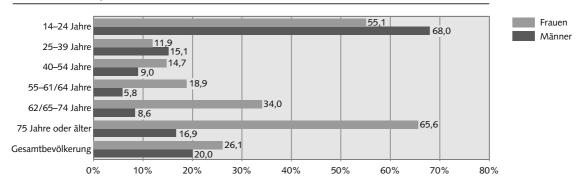
Familiensituation nach Geschlecht



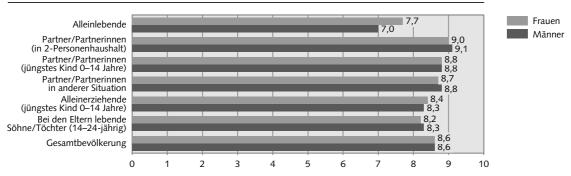
Anteil Alleinlebende nach Altersgruppen



Anteil Personen, die keinen Partner oder keine Partnerin haben



Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Zusammenleben respektive alleine Leben (Skala 0 bis 10)



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

Meinungsverschiedenheiten sind eher selten – Probleme mit Kindererziehung häufiger

Weniger als 10% der Befragten geben Meinungsverschiedenheiten oder Konflikte innerhalb der Familie und der Partnerschaft an. Am häufigsten werden Konflikte wegen Lebensprojekten genannt. Tendenziell ist der Anteil bei den Frauen etwas höher als bei den Männern; insbesondere ist er auch bei Personen mit Kindern höher. Probleme mit der Kindererziehung nennen Frauen häufiger als Männer. Mit der Anzahl Kinder nehmen diese offensichtlich zu. Gut jede dritte Alleinerziehende gibt an, in den letzten 12 Monaten vor der Befragung Probleme mit der Kindererziehung gehabt zu haben.

Konflikte und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Familie und der Partnerschaft deuten auf gewisse Probleme oder Unstimmigkeiten im Zusammenleben hin. Von Vornherein sind sie aber nicht nur negativ zu bewerten: Je nach Problemlösung kann sich daraus eine positive Entwicklung oder Gestaltung des Zusammenlebens ergeben.

Weniger als jede zehnte Person gibt an, im Jahr vor der Befragung familiäre Konflikte oder grössere Meinungsverschiedenheiten in der Familie erlebt zu haben.

Mit 9,7% ist der Anteil Meinungsverschiedenheiten bezüglich Lebensprojekten oder gemeinsamer Zukunft am grössten, danach kommen Konflikte bezüglich Freizeitaktivitäten und Hausarbeit. Nur rund 6% der Befragten nennen Konflikte wegen Ideen, Vorstellungen oder Geld ausgeben.

Personen in Familienhaushalten sind öfter von solchen Problemen betroffen als Personen ohne Kinder im Haushalt. Obwohl gesamthaft ein ähnlich hoher Anteil Frauen wie Männer Meinungsverschiedenheiten wegen Lebensprojekten angibt, zeigen sich Unterschiede nach Familiensituation: Bei den Partnern in 2-Personenhaushalten liegt der Anteil höher als bei den Partnerinnen; hingegen ist das Verhältnis umgekehrt, wenn Kinder im Haushalt leben.

Meinungsverschiedenheiten bezüglich Freizeitaktivitäten geben am häufigsten Partnerinnen und Partner in Familienhaushalten an (11%). Frauen scheinen deutlich häufiger Konflikte wegen der Hausarbeit auszufechten als Männer. In allen Familiensituationen ist der Anteil bei Frauen höher als bei Männern. Dies muss wohl dahingehend interpretiert werden, dass Männer diesbezüglichen Aussagen oder Handlungen weniger Gewicht beimessen als Frauen, da sie bei der Hausarbeit deutlich weniger engagiert sind.

Meinungsverschiedenheiten wegen Ideen, Vorstellungen oder Konflikte bezüglich Geld ausgeben scheinen Frauen ebenfalls etwas häufiger zu erleben als Männer.

Konflikte wegen Kindererziehung wurden nur bei Personen mit Kind(ern) unter 19 Jahren im Haushalt erhoben. Frauen scheinen öfter von solchen Problemen betroffen zu sein als Männer. Mit der Anzahl Kinder nimmt der Anteil deutlich zu: Jede achte Frau hat im Jahr vor der Befragung Probleme mit der Kindererziehung gehabt; leben 3 oder mehr Kinder im Haushalt, war es gar jede fünfte Frau. Auffällig sind in dieser Beziehung die allein erziehenden Frauen. Unter ihnen gibt jede dritte an, wegen der Kindererziehung Probleme gehabt zu haben. Offensichtlich zeigen sich hier die besonderen Schwierigkeiten und Belastungen, denen eine allein erziehende Frau ausgesetzt ist.

Fragestellungen

Die Gruppe der bei den Eltern lebenden Söhne und Töchter ist zu klein, so dass sie hier nicht ausgewiesen werden kann

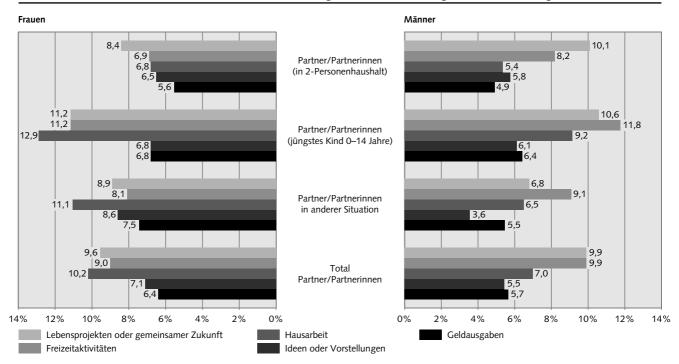
Haben Sie in den letzten 12 Monaten ernste Meinungsverschiedenheiten gehabt wegen:

...Lebensprojekten oder gemeinsamer Zukunft? ...Freizeitaktivitäten? ...Hausarbeit? ...Ideen oder Vorstellungen? ...Geld ausgeben?

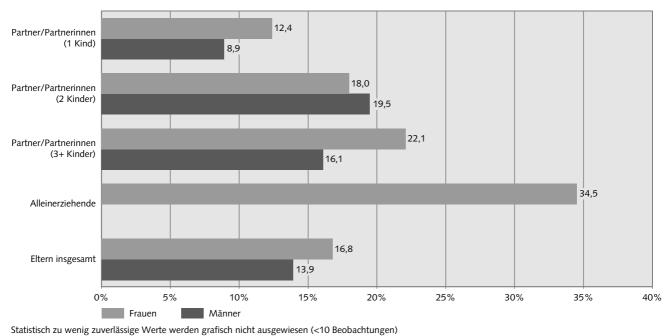
Haben Sie in den letzten 12 Monaten Probleme gehabt wegen der Erziehung der Kinder?

Quelle: SHP

Anteil Personen, die in den letzten 12 Monaten Meinungsverschiedenheiten gehabt haben bezüglich...



Anteil Personen, die in den letzen 12 Monaten Probleme mit der Kindererziehung gehabt haben



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 1999 © Bundesamt für Statistik (BFS)

Frauen übernehmen die meisten Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung

Mahlzeitenzubereitung, Putzen, Waschen, Einkaufen und administrative Arbeiten übernehmen meistens die Frauen. Nur bei Reparaturen und Arbeiten im Zusammenhang mit der Heizung sind mehrheitlich die Männer zuständig. Auch Kinderbetreuungsaufgaben wie Pflege bei Krankheit, Hilfe bei Hausaufgaben, Begleitung oder Spielen machen in der Regel die Mütter; Väter beteiligen sich am ehesten beim Spielen mit den Kindern.

Die einseitige Aufteilung der Haus- und Familienarbeiten zeigt sich in der Frage, wer welche Tätigkeiten im Haushalt ausführt. Dieser Indikator sagt nicht direkt etwas aus über den Zeitaufwand, der für diese Arbeiten eingesetzt wird (vgl. dazu 7.4). Trotzdem drückt er die Belastung sehr gut aus, denen insbesondere Frauen ausgesetzt sind.

Frauen sind insgesamt durchschnittlich für 4 von 6 Hausarbeitskategorien (mit-)verantwortlich – Männer nur für 2. Bei den Kinderbetreuungsaufgaben sind die Unterschiede noch deutlicher: Von insgesamt vier Aufgabengebieten übernehmen Partnerinnen in Familienhaushalten durchschnittlich für 3,6 die (Mit-)Verantwortung; die Partner nur für 1,4 Aufgaben.

Betrachten wir nun die Haus- und Familienarbeiten im Einzelnen. In Paarhaushalten ohne weitere Haushaltsmitglieder sind es gut 9 von 10 Frauen, die kochen, putzen, einkaufen und waschen. Für administrative Arbeiten im Haushalt sind es immerhin 6 von 10 Frauen. Nur bei Reparaturen und Heizungswartung sind lediglich 2 von 10 Frauen aktiv.

Partner in Paarhaushalten ohne weitere Haushaltsmitglieder sind vorwiegend bei Reparaturen (81%) und administrativen Arbeiten (71%) engagiert. Gut 6 von 10 Partnern übernehmen Aufgaben beim Einkaufen. Beim Putzen sind bereits nur noch knapp 4 von 10 dabei und beim Kochen ist es gar nur noch jeder Dritte. Beim Waschen beteiligen sich bloss noch knapp ein Fünftel (18%) der Partner. In Familienhaushalten mit Kindern unter 15 Jahren sind diese Anteile bei den Frauen für alle Tätigkeitsgruppen noch höher als in Paarhaushalten ohne weitere Haushaltsmitglieder. Bei Männern in Familienhaushalten sind die Anteile der Aktiven hingegen mit Ausnahme der Reparaturen und Heizungswartung bei allen Hausarbeiten tiefer.

Bezüglich der Kinderbetreuung sieht es nicht besser aus. Ist ein Kind krank, kümmern sich 96% der Partnerinnen um die Pflege, aber nur gerade 21% der Partner. 83% der Partnerinnen und 27% der Partner begleiten oder transportieren die Kinder. Hilfe oder Aufsicht bei den Hausaufgaben leisten 91% der Partnerinnen und 37% der Partner. Beim Spielen mit den Kindern sind es 90% der Frauen und 51% der Männer.

Die Unterschiede bezüglich der Zufriedenheit mit der Art wie die Hausarbeit aufgeteilt ist fallen jedoch nicht entsprechend deutlich aus. Männer sind zwar durchwegs zufriedener damit als Frauen – mit einem Wert von 7,9 auf einer Skala von 0 bis 10 sind die Werte für Frauen aber doch relativ hoch (Männer 8,7).

Definitionen und Fragestellungen

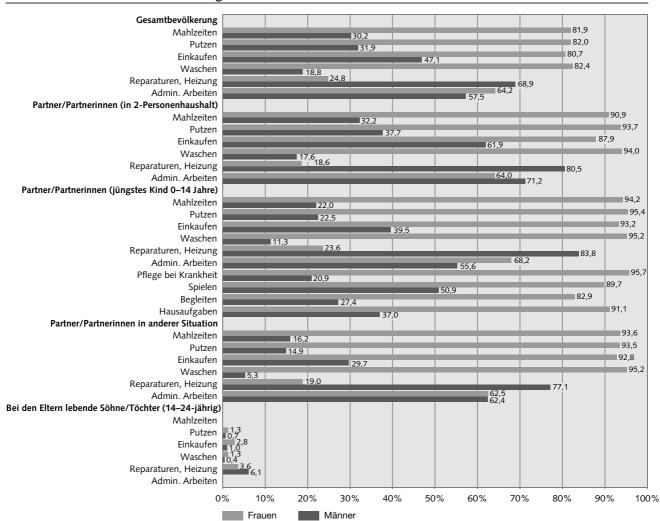
Können Sie angeben, wer in Ihrem Haushalt die verschiedenen Arbeiten macht, die ich jetzt aufzähle?: Kochen; Putzen, Aufräumen; Einkaufen; Waschen, Bügeln; technische Dinge erledigen wie Heizung einstellen oder Reparaturen; administrative Sachen erledigen (Einzahlungen, usw.)? Meistens ich; meistens mein/e Partner/in; in der Regel beide ungefähr gleich; das Kind oder die Kinder; meistens jemand anders im Haushalt; meistens eine Haushaltshilfe: haushaltsexterner Dienst: andere Lösung.

Im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung, wer übernimmt in der Regel folgende Aufgaben in Ihrem Haushalt? Die Kinder betreuen, wenn sie krank sind; mit den Kindern spielen; die Kinder in den Kindergarten oder in die Schule bringen; den Kindern bei den Hausaufgaben helfen?

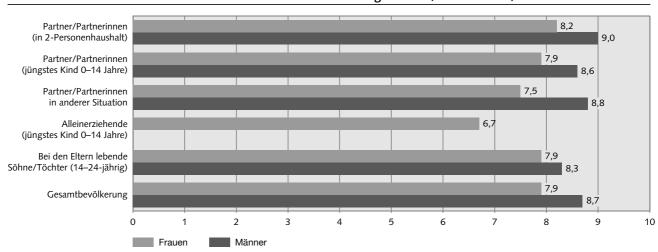
Wie zufrieden sind Sie mit der Art wie die Haus-arbeit aufgeteilt ist? O bedeutet «gar nicht zufrieden» und 10 «vollumfänglich zufrieden».

Quelle: SHP

Anteil Personen, die verschiedene Aufgaben im Haushalt übernehmen nach Familiensituation



Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Art wie die Hausarbeit aufgeteilt ist (Skala 0 bis 10)



Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen (<10 Beobachtungen)

Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

Frauen in Familienhaushalten arbeiten am meisten für Haushalt und Familie

Frauen übernehmen mit durchschnittlich 31 Stunden pro Woche den weitaus grösseren Teil der Haus- und Familienarbeit als Männer mit durchschnittlich 17 Stunden pro Woche. Je nach Lebenssituation ändert sich dieser Aufwand
beträchtlich. Am höchsten ist er erwartungsgemäss in Haushalten mit Kindern. Eine wesentliche zeitliche Entlastung
erhalten Familienfrauen auch dann nicht, wenn sie daneben berufstätig sind. Trotz einseitiger Aufgabenverteilung
arbeiten Männer und Frauen in vergleichbaren Lebenssituationen unter dem Strich (bezahlt und unbezahlt) etwa
gleich viel.

Der Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit zeigt direkt die Belastung, welche diese Aufgaben insbesondere für Frauen darstellen.

Die Betrachtung nach Familiensituation ergibt Höchstwerte bei Frauen in Paarbeziehungen mit Kindern unter 15 Jahren. Der Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeiten dieser Frauen übersteigt mit durchschnittlich 54 Stunden pro Woche die «normale» Arbeitswoche einer erwerbstätigen Person um Etliches. Aber auch die Männer in solchen Haushalten leisten 24 Stunden pro Woche Hausarbeit nebst der Erwerbsarbeit. Allein erziehende Frauen investieren mit 44 Stunden ebenfalls sehr viel Zeit in Haus- und Familienarbeit.

Am meisten gefordert sind jedoch Mütter mit Kindern im Vorschulalter. Sie brauchen durchschnittlich nahezu 60 Stunden pro Woche für Haushalt und Familie. Solche Pensen sind nur schwer mit einem beruflichen Engagement vereinbar. Die Hälfte der Mütter mit kleinen Kindern übt keinen Beruf aus. Etwas mehr als ein Viertel weist einen Beschäftigungsgrad von unter 50% auf. Nur gut ein Fünftel verbindet die häuslichen Aufgaben mit einer Vollzeitbeschäftigung oder einem Teilzeitpensum von über 50 Prozent. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, in welchem Umfang berufstätige Familienfrauen im häuslichen Bereich entlastet werden.

Zwar deutet der gegenüber nichterwerbstätigen Müttern durchschnittlich etwas tiefere Zeitaufwand für Hausund Familienarbeit auf eine gewisse Entlastung, doch steht diese in einem krassen Missverhältnis zum Mehraufwand, den sie durch die parallel ausgeübte Berufstätigkeit auf sich nehmen.

Obwohl in unserer Gesellschaft die Rollen bezüglich Beruf und Familie einseitig verteilt sind, hält sich der Arbeitsaufwand von Männern und Frauen in vergleichbaren Familiensituationen im Ganzen gesehen ziemlich genau die Waage. Mit der höchsten Gesamtbelastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit fertig werden müssen Alleinerziehende und Partner, Partnerinnen mit Kindern unter 15 Jahren.

Das schlägt sich ebenfalls bei den Antworten nieder auf die Frage nach Schwierigkeiten, den Beruf und das Familien- respektive Privatleben zu vereinbaren. 23% der allein erziehenden Frauen nennen solche Probleme. Auch rund jede/r fünfte Partner und Partnerin in Familienhaushalten nennt solche Schwierigkeiten. Mit der Anzahl Kinder nehmen sie tendenziell zu, insbesondere bei den Männern: 16% der Partner mit einem Kind und 22% mit drei oder mehr Kindern sind davon betroffen. Bei Partnerinnen mit Kindern bewegen sich die Anteile zwischen 16% und 19%.

Definitionen und Fragestellungen

Es wurden insgesamt 12 Tätigkeitsgruppen im Haushalt erfasst. Den Befragten, die am Referenztag zufällig nichts gemacht haben wurden Null-Werte zugeschrieben. Die Durchschnittswerte basieren auf der Summe aller Haus- und Familienarbeiten an einem zufälligen Referenztag, multipliziert mit 7 für den wöchentlichen Aufwand. Pro Haushalt wurde immer nur eine Person befragt, so dass wir keine Angaben zum gesamten Zeitaufwand aller Haushaltsmitglieder zur Verfügung haben. Wenn wir also eine bestimmte Gruppe betrachten wie z.B. den Partner respektive die Partnerin in einem Haushalt mit Kindern, so handelt es sich dabei um Personen aus verschiedenen Haushalten.

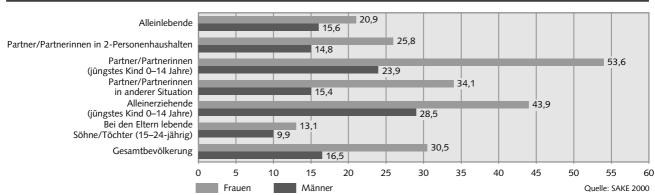
Wie viel Zeit haben Sie gestern (vorgestern) gebraucht für xy? (12 Tätigkeiten einzeln abgefragt)

Haben Sie in den letzten 12 Monaten grössere Schwierigkeiten gehabt, den Beruf und die Familie oder das Privatleben miteinander zu vereinbaren?

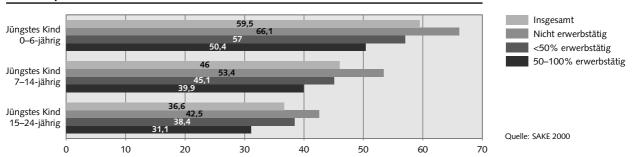
Quellen: SAKE, SHP

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2000

Durchschnittlicher Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeiten in Stunden pro Woche

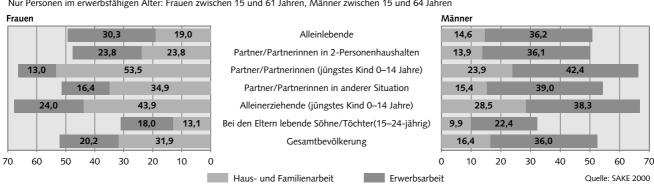


Durchschnittlicher Aufwand von Familienfrauen für Haus- und Familienarbeit in Stunden pro Woche nach Alter der Kinder und Erwerbssituation

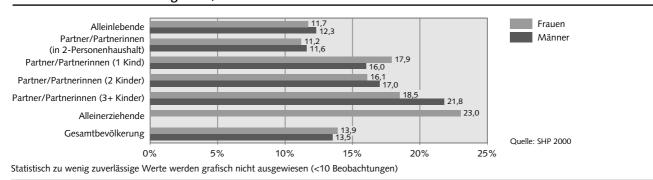


Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit in Stunden pro Woche





Anteil Personen mit Schwierigkeiten, Beruf und Familienleben oder Privatleben zu vereinbaren



Spezialisierte Dienste für die Hausarbeit – die Verwandtschaft für die Kinderbetreuung

Nicht einmal ein Fünftel aller Haushalte verfügt über eine externe Unterstützung bei der Hausarbeit und Kinderbetreuung. Vor allem die Einpersonenhaushalte beanspruchen Hilfe bei der Hausarbeit. Es sind zum grössten Teil spezialisierte Dienste, welche diese Aufgaben übernehmen. 11% der Familienhaushalte und 17% der Einelternhaushalte nehmen externe Kinderbetreuung in Anspruch. Diese Aufgaben werden mehrheitlich von der Familie und Verwandtschaft übernommen (56%). Betreuungsformen wie Tagesmutter, Kinderhort etc. machen nicht einmal einen Drittel aus (28%).

Externe Haushalthilfe oder Kinderbetreuung kann eine wichtige Entlastung für den Haushalt darstellen. Besonders zu Gute kommen solche Dienste den Frauen, welche den grössten Teil der Haus- und Familienarbeiten übernehmen.

Der Grossteil aller Haushalte verfügt über keine externe Hilfe (über 80%). Die Ausnahme bilden Einelternhaushalte: Immerhin haben auch 72% dieser Haushalte keine externe Unterstützung.

Im Durchschnitt haben 13% aller Haushalte eine Hilfe für die Hausarbeit. Dabei sind es vor allem die Einpersonenhaushalte, die eine solche Unterstützung in Anspruch nehmen (18%). Es handelt sich vorwiegend um ältere Personen. Nur rund 8% der Familienhaushalte mit Kindern unter 15 Jahren haben eine Hilfe für die Hausarbeit. Einelternhaushalte verfügen etwas öfter über eine solche Unterstützung (11%). Der Anteil Haushalte mit Pflege für ältere oder behinderte Haushaltsmitglieder ist verschwindend klein.

11% der Familienhaushalte mit Kindern unter 15 Jahren und 17% der Einelternhaushalte nehmen eine externe Kinderbetreuung in Anspruch. Das scheint relativ wenig, wenn berücksichtigt wird, dass rund zwei Drittel aller Mütter von Kindern unter 15 Jahren erwerbstätig sind.

Für die Hausarbeit werden zum grössten Teil spezialisierte Dienste eingesetzt (78%). Die Hilfe von Familienangehörigen oder Verwandten macht 11% aus; diejenige von Nachbarn oder Freunden 9%. Ganz anders sieht

die Struktur der externen Unterstützung bei der Kinderbetreuung aus. Hier übernimmt die Familie oder Verwandschaft den grössten Teil der Hilfe (56%). Spezialisierte Dienste wie Tagesmutter, Kinderhort, Aufgabenhilfe oder Au-Pair-Mädchen machen 28% der Fälle aus, Freunde oder Nachbarn 12%.

Durchschnittlich helfen externe Personen rund 4 Stunden pro Woche bei der Hausarbeit. In Familienhaushalten ist die Unterstützung mit durchschnittlich 6 Stunden etwas grösser. Diejenigen Haushalte, die über eine externe Haushalthilfe verfügen, geben im Monat durchschnittlich 280.– Franken dafür aus (Einpersonenhaushalte 210.– Franken und Familienhaushalte 360.– Franken pro Monat). Dieser Betrag kann das Budget eines Rentnerhaushaltes oder eines Familienhaushaltes wesentlich belasten.

Externe Kinderbetreuung wird 14 Stunden pro Woche in Anspruch genommen. Die durchschnittlichen Kosten betragen pro Haushalt rund 290.– Franken im Monat. Berücksichtigen wir nur diejenigen Haushalte, welche Betreuungsformen wie Tagesmutter, Kinderhort und ähnliche kostenpflichtige Einrichtungen für die Kinderbetreuung benützen, ist die durchschnittliche Betreuungsdauer etwas länger (16 Std./Woche) – die Kosten sind mit 570.– Franken pro Monat deutlich höher als im Gesamtdurchschnitt.

Fragestellungen

Haben Sie regelmässig Hilfe von jemandem ausserhalb Ihres Haushaltes, z.B. für Hausarbeiten oder für die Betreuung von Haushaltsmitgliedern, also Kindern, älteren oder behinderten Personen?

Hausarbeit: Wer? Familie/Verwandtschaft; Freundeskreis/Nachbarschaft; spezialisierte Dienste (Putzfrau, Spettdienste): andere Lösung?

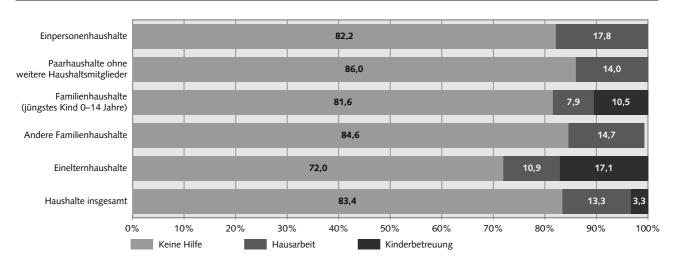
Pflege von älteren oder behinderten Personen: Wer? Familie/Verwandtschaft; Freundeskreis/Nachbarschaft; spezialisierte Dienste (Krankenpflege, Hütedienste); andere Lösung?

Kinderbetreuung: Wer? Eltern der befragten Person; Eltern des aktuellen Partners der befragten Person; Eltern des Vaters/der Mutter der Kinder, wenn diese nicht im selben Haushalt leben; anderes Mitglied der Familie; Tagesmutter, Pflegefamilie; Krippe, Kindergarten, Kinderhort; beaufsichtigte Aufgabenhilfe; Hausangestellte, Au-Pair-Mädchen; andere Lösung?

Wie viele Stunden sind dies pro Woche insgesamt? Wie viel bezahlen Sie pro Monat dafür?

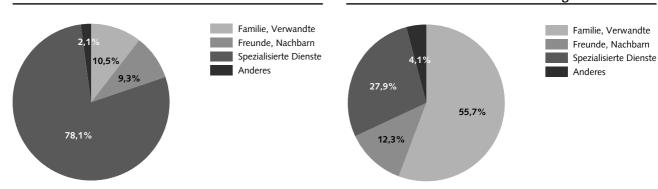
Quelle: SHP

Anteil Haushalte mit externer Hilfe nach Art der Unterstützung

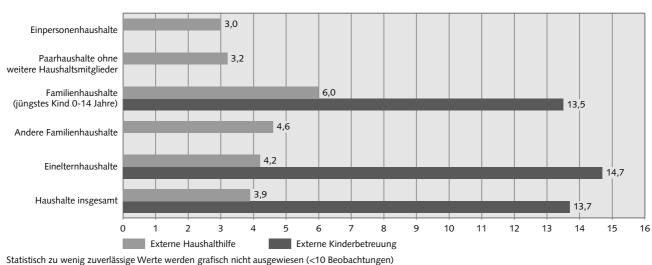


Wer leistet die externe Haushalthilfe?

Wer leistet die externe Kinderbetreuung?



Externe Hilfe: durchschnittliche Stunden pro Woche



Statistisch zu wenig zuvenassige werte werden gransch nicht ausgewiesen (< 10 beobachtungen

Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000 © Bundesamt für Statistik (BFS)

EINLEITUNG 8 GESUNDHEIT

8 Gesundheit

Seit etwa drei Jahrzehnten gewinnt die Notwendigkeit einer geschlechtsbezogenen Perspektive in der Gesundheitspolitik an Bedeutung. Frauen- und männerspezifischen Aspekten von Gesundheit und Krankheit muss mehr Beachtung geschenkt werden. Dies ist ein wichtiges Gleichstellungsanliegen, denn geschlechtsspezifische Präventions- und Interventionsstrategien sind erforderlich. Wir wenden uns im vorliegenden Kapitel dem Gesundheitszustand von Frauen und Männern zu, der geschlechtsspezifischen Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitssystems sowie dem unterschiedlichen Gesundheitsverhalten.

Wir untersuchen zunächst den Gesundheitszustand von Frauen und Männern in der Schweiz anhand der Daten des Schweizerischen Haushalt-Panels von 1999 und 2000. Betrachtet werden die subjektive Einschätzung der Befragten zu ihrem Gesundheitszustand, verschiedene körperliche Beschwerden und Einschränkungen, chronische Krankheiten, die psychische Verfassung sowie die Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitssystems wie z.B. die Anzahl Arztbesuche und die Spitalaufenthalte. Es zeigt sich, dass Frauen stärker unter Beschwerden und Behinderungen leiden und die Gesundheitsdienste öfter aufsuchen als Männer.

Mit Hilfe der Daten der Schweizerischen Gesundheitsbefragung von 1997 werden die Einstellungen und das Verhalten von Frauen und Männern in Zusammenhang mit Gesundheit unter die Lupe genommen: insbesondere gesundheitsorientierte Einstellungen, Ernährungsbewusstsein, körperliche Betätigung und Konsum von Genussmitteln und Drogen. Die hohe Lebenserwartung von Frauen (vgl. Kap. 1) ist zu einem grossen Teil auf ein im Vergleich zu den Männern anderes Lebens- und Gesundheitsverhalten zurückzuführen.

Auf die seit langem bekannten Unterschiede der Todesursachen von Frauen und Männern gehen wir nicht näher ein. Erwähnt sei an dieser Stelle nur, dass Männer deutlich häufiger als Frauen an Krebskrankheiten, Herz-Kreislauferkrankungen, mit Alkohol assoziierten Krankheiten, Unfällen und Selbsttötungen sterben. Da die wichtigsten Todesursachen von Männern weitgehend als vermeidbar gelten, und weil bei Männern früher im Leben als bei Frauen ein Risikoverhalten eintritt, ist es richtiger zu sagen «Männer leben weniger lang als Frauen» als «Frauen leben länger als Männer».

Ein anderer Blickwinkel auf Gesundheit zeigt die Verteilung der Gesundheitsberufe nach Geschlechtern. Die Diplomierungen von Ärztinnen und Ärzten haben sich seit 1980 angeglichen: 1980 waren es noch 592 Männer und 213 Frauen, 2001 hingegen fast gleich viele Männer und Frauen (438 bzw. 430). Bei den Diplomierungen von Zahnärztinnen und Zahnärzten ist, trotz bestehender Geschlechterunterschiede, ebenfalls eine Angleichungstendenz feststellbar. Die Diplomierungen in Gesundheitsund Krankenpflege sowie Pflegeassistenz weisen immer noch einen beträchtlich höheren Frauenanteil auf. Pflegearbeit wird sowohl professionell als auch auf freiwilliger Basis (vgl. Kap. 11.3) vor allem von Frauen geleistet.

Der im Zusammenhang mit der Gesundheit von Frauen sehr wichtige Bereich der reproduktiven Gesundheit wird hier nur am Rande betrachtet, da vertiefte und umfangreichere Analysen notwendig wären, die den Rahmen dieser Publikation sprengen.

Weitere Informationen und Erläuterungen zu Geschlechterunterschieden in Bezug auf das breite Thema der Gesundheit, wie z.B. Fragen zu Sexualität und Fortpflanzung, die für Frauen einen beträchtlichen Raum einnehmen, sind in den im Kasten aufgeführten Publikationen nachzulesen.

Literaturhinweise und Ouellen

Eckdaten zur Gesundheit finden sich im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 14 «Gesundheit»: www.statistik.admin.ch

BFS: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2003. Zürich, NZZ Verlag 2003.

BFS: Gesundheit und Gesundheitsverhalten in der Schweiz 1997. Schweizerische Gesundheitsbefragung. Neuchâtel 2000.

SNF: Daten für Taten. Schweizerischer Frauengesundheitsbericht. Broschüre, Bern 1996. Zusammenfassung von: Zemp Elisabeth et al.: Women's Health Profile Switzerland. Institut für Sozial- und Präventivmedizin Basel, 1996.

8 GESUNDHEIT 8.1 GESUNDHEITSZUSTAND

Frauen haben mehr Beschwerden, fühlen sich dadurch aber nicht eingeschränkter

Männer schätzen ihre Gesundheit häufiger als gut oder sehr gut ein als Frauen. Mit zunehmendem Alter nimmt dieser Anteil bei beiden Geschlechtern etwa im selben Mass ab. Gewisse gesundheitliche Beschwerden wie Kopfschmerzen nehmen mit dem Alter für Männer wie Frauen ab. Rückenbeschwerden werden für Frauen im Alter häufiger, für Männer ab 55 wieder seltener. Frauen wie Männer lernen mit Beschwerden leben: Trotz insgesamt zunehmenden gesundheitlichen Problemen fühlen sich ältere dadurch im Alltagsleben weniger eingeschränkt als jüngere Personen.

Auf die einfache Frage «Wie geht es Ihnen zur Zeit gesundheitlich?» antworteten Frauen deutlich weniger oft mit «sehr gut» als Männer. Mit dem Alter nimmt dieser Anteil erwartungsgemäss ab, bei den Frauen etwas deutlicher. Der insgesamt schlechtere Gesundheitszustand der Frauen lässt sich daher zu einem gewissen Teil auf ihre höhere Lebenserwartung und den dadurch höheren Anteil an krankheitsanfälligeren Betagten zurückführen.

Von allen in der Befragung betrachteten Beschwerden sind Frauen deutlich häufiger betroffen. Die Reihenfolge der Beschwerden nach Häufigkeit ist bei Frauen und Männern dieselbe. Bei den Kopf- oder Gesichtsschmerzen, den Rückenproblemen sowie den Schwäche- und Schwindelgefühlen ist auch die Entwicklung im Alter für beide Geschlechter gleichläufig: abnehmende Kopfschmerzen, aber zunehmend häufiger Rückenprobleme, geringe Veränderungen bei Schwäche und Schwindelgefühlen. Einen etwas unterschiedlichen Verlauf zeigt sich dagegen bei Schlafproblemen. Bei Frauen nehmen Schlafprobleme mit steigendem Alter stärker zu als bei Männern. Die Abnahme bei Männern ab 65 Jahren wird in anderen Studien (z.B. Schweizerische Gesundheitsbefragung) nicht bestätigt.

Ein lang andauerndes physisches oder psychisches Problem haben ein Fünftel der Frauen und Männer. Frauen im Rentenalter leiden etwas häufiger an chronischen Krankheiten als Männer im selben Alter. Männer nennen (Berufs-)Krankheiten und Unfälle häufiger als Ursache für lang andauernde gesundheitliche Probleme, Frauen hingegen mehr das Alter allgemein oder einen psychischen Schock.

Kaum Unterschiede nach Geschlecht sind bei der Dauer gesundheitlicher Einschränkungen über die letzten 12 Monate festzustellen. Ein mit dem Alter zunehmender Anteil Frauen und Männer fühlt sich nie gesundheitlich eingeschränkt. Hier zeigt sich vor allem bei den Frauen ein Adaptationsprozess. Sie berichten öfter als die Männer über mit dem Alter zunehmende Beschwerden, fühlen sich dadurch aber nicht eingeschränkt.

Hinweise auf die psychische Gesundheit ergeben sich aus den folgenden Gefühlslagen: Negative Gefühle wie Niedergeschlagenheit, Hoffnungslosigkeit, Angst und Depression treten selten auf, bei Frauen jedoch häufiger als bei Männern: Erstere geben auf der Skala von 0 (nie) bis 10 (immer) einen durchschnittlichen Wert von 2,2 an, Männer 1,5. Nie solche Gefühle haben 29% Frauen und 44% Männer. Bei den positiven Gefühlen wie Energie, Kraft und Optimismus sind die Mittelwerte selbstverständlich höher. Die beiden Geschlechter unterscheiden sich nicht signifikant voneinander (Frauen 7,3; Männer 7,6).

Fragestellungen

Gesundheitszustand subjektiv: Wie geht es Ihnen zur Zeit gesundheitlich? Sehr gut; gut; es geht so; schlecht; sehr schlecht. Die drei letzten Kategorien wurden zusammengefasst.

Beschwerden: Haben Sie seit (Monat, Jahr) mindestens einmal im Monat Schmerzen oder gesundheitliche Beschwerden gehabt, die ich jetzt aufzähle? Rückenweh oder Schmerzen im Kreuz; allgemeine Schwäche, Erschöpfung, einfach keine Energie; Schwierigkeiten beim Einschlafen, Schlaflosigkeit; Kopfweh, Druck im Kopf oder Schmerzen im Gesicht.

Chronische Probleme: Haben Sie ein psychisches oder physisches (körperliches) Problem oder eine Behinderung, die schon länger dauert? Seit wann? Welches ist die Hauptursache?

Einschränkungen: Während wie vielen Tagen seit (Monat, Jahr) haben Sie wegen gesundheitlicher Beschwerden ihre üblichen Tätigkeiten nicht wie normal machen können (z.B. Arbeit, Haushalt)?

Psychische Gesundheit: Wie häufig haben Sie negative Gefühle wie Niedergeschlagenheit, Hoffnungslosigkeit, Angst oder Depressionen? Wie oft sind Sie voll Kraft, Energie und Optimismus? 0 bedeutet «niemals» und 10 «immer».

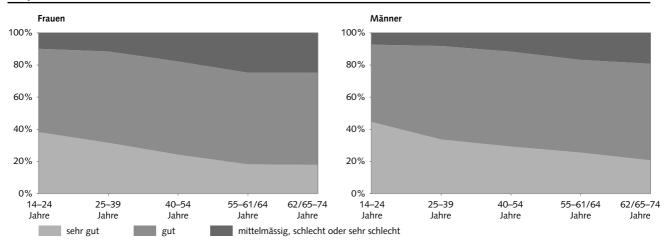
Die Altersgruppe der über 74-Jährigen wird nicht berücksichtigt, weil die Anzahl Beobachtungen zu klein ist, um statistisch signifikante Aussagen machen zu können.

Quelle: SHP

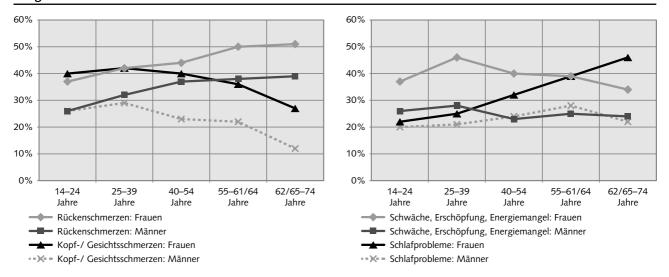
Schweizer Haushalt-Panel 1999 und 2000

8.1 GESUNDHEITSZUSTAND 8 GESUNDHEIT

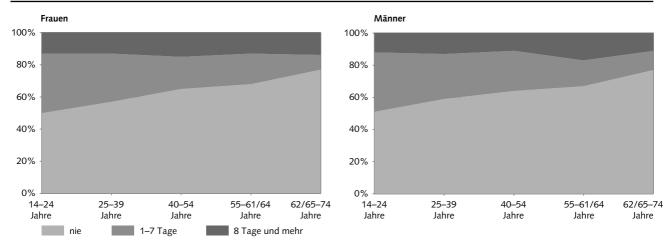
Subjektiver Gesundheitszustand nach Alter



Ausgewählte Beschwerden nach Alter



Anteil Personen mit Gesundheitsproblemen in den 12 Monaten vor der Befragung nach Anzahl Tage und Alter



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

8 GESUNDHEIT 8.2 GESUNDHEITSVERHALTEN

Frauen leben gesünder als Männer

Die Einstellungen und das Verhalten von Frauen sind im Allgemeinen stärker gesundheitsorientiert. Im Vergleich zu Männern achten sie in ihrem Leben eher auf die Erhaltung ihrer Gesundheit und machen sich Gedanken über ihre Ernährung. Zudem sind Frauen zu einem grösseren Anteil als Männer Nichtraucherinnen, trinken deutlich weniger Alkohol und konsumieren seltener Drogen. Medikamente wie Beruhigungs- oder Schlafmittel nehmen sie hingegen häufiger ein und sportlich sind sie ein bisschen weniger aktiv als Männer.

Gesundheitszustand und Lebenserwartung werden von gesundheitsrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen stark beeinflusst.

Für zwei Drittel der Bevölkerung (68% der Frauen und 64% der Männer) ist Gesundheit das wichtigste im Leben. Frauen machen signifikant mehr als Männer, um Ihre Gesundheit zu erhalten oder zu verbessern: auf einer Skala von 0 (überhaupt nichts) bis 10 (sehr viel) durchschnittlich 6,0 im Vergleich zu 5,7 bei den Männern. Somit sind bei Frauen gesundheitsorientierte Einstellungen und Verhaltensweisen stärker vorhanden: Ihr Lebensstil ist deutlich häufiger von den Gedanken an ihre Gesundheit beeinflusst, ihr Ernährungsbewusstsein ist ausgeprägter, sie sind häufiger Nichtraucherinnen, trinken weniger oft Alkohol als Männer und greifen seltener zu Drogen. Eine Ausnahme bilden die sportliche Betätigung und der Medikamentenkonsum. Zwei Drittel der Männer und gut die Hälfte der Frauen sind mindestens einmal pro Woche sportlich aktiv. Obwohl der Anteil Personen, welche in den 7 Tagen vor der Befragung, Schlaf- oder Beruhigungsmittel eingenommen haben, sehr klein ist, sind es deutlich mehr Frauen als Männer.

Mit dem Alter nimmt der Anteil Raucherinnen und Raucher ab. Bei den Männern nimmt er mit steigendem Bildungsstand ebenfalls ab: von 43% (ohne nachobligatorische Ausbildung) auf 33% (Tertiärstufe). Bei Frauen bleibt er hingegen auf allen drei Bildungsstufen etwa auf dem gleichen Niveau von rund einem Viertel. Die Anteile sind seit 1992 gestiegen, am meisten bei den Jüngeren (15- bis 24-Jährige), insbesondere bei jungen Frauen: von 26% auf 40% (junge Männer: von 36% auf 46%).

Demgegenüber ist der Anteil Personen, welche täglich Alkohol konsumieren, von 21% im Jahr 1992 auf 17% im Jahr 1997 zurückgegangen. Mit steigendem Alter nimmt der tägliche Alkoholkonsum bei beiden Geschlechtern zu, vor allem bis 64 Jahre. Jedoch trinken weniger Frauen als Männer Alkohol und sie tun dies in kleineren Mengen. Einen Alkoholkonsum mit mittlerem bis hohem Risiko für Gesundheitsschädigungen weisen 4,6% der Frauen und 7,5% der Männer auf.

Verhütung im Zusammenhang mit AIDS fällt ebenfalls in den Bereich des gesundheitsorientierten Verhaltens. Frauen erkranken weniger oft an AIDS als Männer. Seit 1990 nimmt in der Schweiz die Zahl der Neuerkrankungen kontinuierlich ab: bei den Frauen von 128 im Jahr 1990 auf 50 im Jahr 2001, bei den Männern von 484 auf 87. Der Anteil der Frauen an den Neuerkrankungen war 1990 21% und 2001 36%, das bedeutet, dass der Rückgang der Neuerkrankungen bei Männern markanter ist. Die Abnahme ist neben den wirksameren medizinischen Behandlungen auch auf eine Veränderung in der Verhütungspraxis zurückzuführen: Im Vergleich zu 1992 geben 1997 mehr Frauen an, das Präservativ zu verwenden. Die Zunahme bei Männern ist geringer.

Definition und Fragestellungen

Risiko für Gesundheitsschädigungen durch Alkohol bedingte Krankheiten: mittleres bis hohes Risiko ab einem täglichen Konsum von 20g reinen Alkohols für Frauen und 40g für Männer. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Grenzwerten sind in der geringeren Körpermasse sowie im geringeren Flüssigkeitsanteil im Körper der Frauen begründet: Trinken sie die gleiche Menge Alkohol, haben Frauen einen höheren Alkoholspiegel im Blut.

Was ist für Sie das Wichtigste im Leben? Langes Leben; Gesundheit; Spass, Genuss; Liebe, Zuneigung; Arbeit, Beruf.

Wie wichtig ist die Gesundheit für Sie? Sie sehen hier 3 verschiedene Meinungen. Geben Sie bitte an, welche mit Ihrer eigenen Meinung am ehesten übereinstimmt: 1. Ich lebe, ohne mich um mögliche Folgen für meine Gesundheit zu kümmern; 2. Gedanken an die Erhaltung meiner Gesundheit beeinflussen meinen Lebensstil; 3. Gesundheitliche Überlegungen bestimmen weitgehend, wie ich lebe. Die zwei Letzteren werden als gesundheitsorientierte Lebenseinstellung interpretiert.

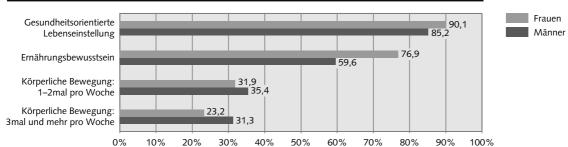
Achten Sie auf bestimmte Sachen bei Ihrer Ernährung? Ja, achte auf etwas; nein, achte auf nichts. In wieweit machen Sie etwas, um Ihre Gesundheit zu erhalten oder zu verbessern? O bedeutet «überhaupt nichts» und 10 «sehr viel»

Quelle: SGB, SHP

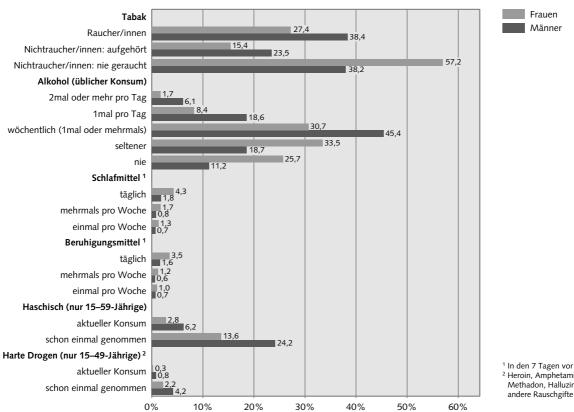
Schweizerische Gesundheitsbefragung 1997

8.2 GESUNDHEITSVERHALTEN **8 GESUNDHEIT**

Gesundheitsrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen

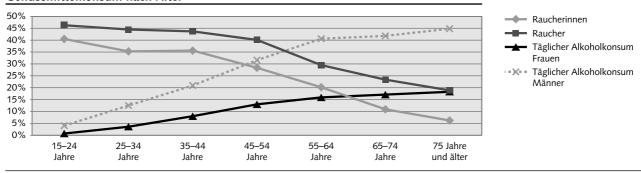


Konsum verschiedener Genussmittel, Medikamente und Drogen



¹ In den 7 Tagen vor der Befragung ² Heroin, Amphetamin, Kokain, Ecstasy, Methadon, Halluzinogene und

Genussmittelkonsum nach Alter



Quelle: Schweizerische Gesundheitsbefragung 1997

Frauen nehmen die Dienste des Gesundheitswesens stärker in Anspruch

Frauen gehen bedeutend häufiger zum Arzt oder Zahnarzt. Dieser Unterschied zu den Männern besteht weitgehend unabhängig vom Alter. Spital- oder Klinikaufenthalte kommen bei Frauen und Männern etwa gleich häufig vor. Psychologische Behandlungen und SPITEX-Dienste nehmen Frauen ebenfalls häufiger in Anspruch als Männer. Der geschlechtsabhängige Bedarf an Leistungen des Gesundheitssystems, wie z.B. bei Schwangerschaft und Geburt, erklärt die Geschlechterunterschiede nicht gänzlich.

Um die Informationen zum Gesundheitszustand von Befragten zu ergänzen wird neben dem subjektiven Gesundheitsempfinden (Kap. 8.1) auch der objektive Sachverhalt der Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Gesundheitswesens berücksichtigt. Als Indikatoren dazu ziehen wir die Anzahl Arztbesuche in den letzten 12 Monaten, Spital- oder Klinikaufenthalte und psychologische Behandlungen heran.

Frauen gehen durch alle Altersgruppen hindurch häufiger als Männer zum Arzt. Demgegenüber sind die Anteile der Frauen und Männer, welche in den 12 Monaten vor der Befragung ins Spital oder in eine Klinik mussten, gleich hoch. Die Häufigkeiten der Arztkonsultationen und Spitalaufenthalte verlaufen bei Frauen und Männern nach Alter etwa gleich, und zwar nehmen sie zu. Einzig die Frauen zwischen 25 und 39 Jahren bilden eine Ausnahme: Bei ihnen ist zu beachten, dass ein grosser Teil der Arzt- und Spitalbesuche auf eine Schwangerschaft oder Geburt zurückzuführen sind, was deshalb in den meisten Fällen nicht als Krankheit betrachtet werden kann. Immerhin waren gut ein Fünftel der Frauen und ein Drittel der Männer in den 12 Monaten vor der Befragung nie bei einem Arzt. Ein Sechstel der Männer und ein Viertel der Frauen mussten andererseits mehr als viermal ärztliche Hilfe beanspruchen. Spitalaufenthalte sind seltener: Nur 17% der Frauen und 14% der Männer mussten einen oder mehrere Tage im Spital oder in einer Klinik verbringen.

In der Altersgruppe der über 69-Jährigen nutzen bedeutend mehr Frauen das Angebot der SPITEX-Dienste: Im Jahr 1997 waren es 12% im Vergleich zu 7% der Männer. Dieser Unterschied lässt sich plausibel erklären: Durch die höhere Lebenserwartung sind Frauen im höheren Alter in einer schlechteren gesundheitlichen Verfassung und öfter alleinstehend als ältere Männer, die meist noch mit der Partnerin zusammen leben.

Eine psychologische Behandlung haben doppelt so viele Frauen wie Männer in den 12 Monaten vor der Befragung in Anspruch genommen: 7% im Vergleich zu 3,5%. Tendenziell sind es vor allem Frauen und Männer zwischen 25 und 61 bzw. 64 Jahren. Genauere Angaben nach Alter sind aufgrund der geringen Fallzahlen in der Stichprobe nicht möglich.

Im Jahr 2000 lebten 3,6% der über 64-jährigen Männer und 8,1% der gleichaltrigen Frauen in einem Altersoder Pflegeheim.

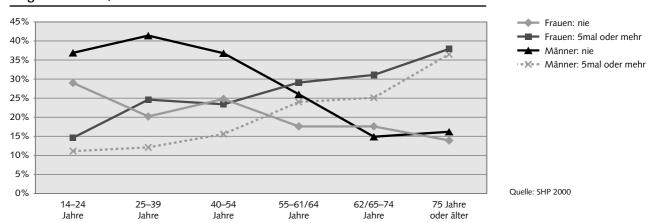
Fragestellungen

Sind Sie seit (Monat, Jahr) beim Arzt gewesen, Visiten beim Zahnarzt nicht mitgerechnet? (SHP2000) Wie viele Tage sind Sie in den letzten 12 Monaten im Spital oder in einer Spezialklinik gewesen, Kuraufenthalte nicht mitgerechnet? (SHP 1999) Hier wird nur nach «nie» und «mindestens 1 Tag» differenziert. Sind Sie in den letzten 12 Monaten wegen einem psychischen Problem in Behandlung gewesen? (SHP 1999) SPITEX (SGB 1997); Pflege- und Altersheime (VZ 2000)

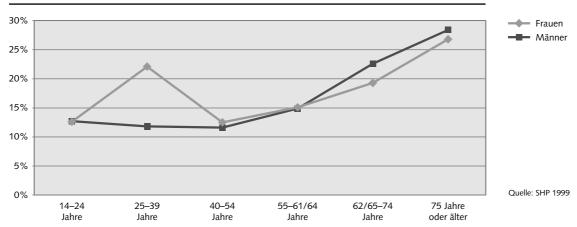
Quelle: SHP, SGB, VZ

Schweizer Haushalt-Panel 1999 und 2000 Schweizerische Gesundheitsbefragung 1997 Volkszählung 2000

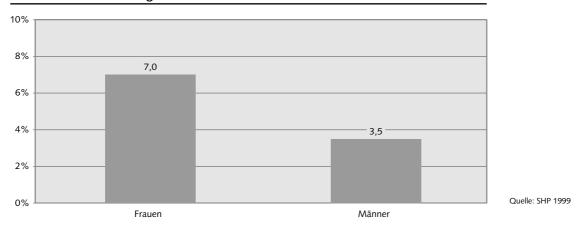
Anteil Personen, die in den 12 Monaten vor der Befragung einen Arzt aufgesucht haben, nach Alter



Anteil Personen, die in den 12 Monaten vor der Befragung einen Spitalaufenthalt hatten, nach Alter



Anteil Personen, die in den 12 Monaten vor der Befragung wegen psychischen Problemen in Behandlung waren



EINLEITUNG 9 FREIZEIT

9 Freizeit

Mit der steigenden Lebenserwartung, der abnehmenden Jahresarbeitszeit und dem wachsenden Wohlstand ist Freizeit zu einem wichtigen Bereich moderner Lebensgestaltung geworden. Ein wachsendes Freizeitangebot hat nicht nur die Jüngeren und Jüngsten, sondern auch die pensionierten Frauen und Männer als Markt entdeckt.

Das folgende Kapitel gibt einen allgemeinen geschlechtsdifferenzierten Überblick über die Zufriedenheit mit der Freizeit, deren subjektive Bewertung und das effektive Freizeitverhalten der schweizerischen Bevölkerung.

Die Freizeitaktivitäten werden auf die Häufigkeit ihrer Ausübung hin untersucht. Dabei sind die Aktivitäten im Fragebogen des Schweizer Haushalt-Panels, welches dieser Betrachtung zugrunde liegt, vorgegeben. Als weitere Aktivität wird die Internet-Nutzung separat im Kapitel 3.2 besprochen.

Zum Ausmass der einer Person zur Verfügung stehenden Freizeit sind keine aktuellen Zahlen verfügbar. Eine Zeitbudgeterhebung von 1979 ergab eine täglich frei verfügbare Zeit von durchschnittlich 4,75 Stunden an Wochentagen und ungefähr 8 Stunden am Wochenende.

Frauen verfügten laut dieser Erhebung an Wochentagen über täglich 16 Minuten mehr und am Wochenende über rund 2 Stunden (Samstage) beziehungsweise 1¼ Stunden (Sonntage) weniger Freizeit als Männer – wobei die Freizeit jene Zeit umfasst, über welche die Person nach Abzug der Grundbedürfnisse, der Erwerbsarbeit, der Ausbildung und der Haushaltbeschäftigung (inklusive Kinderbetreuung) verfügt.

Das Schweizer Haushalt-Panel 1999 gelangt zu tieferen Werten, nämlich durchschnittlich 3,9 Stunden an Wochentagen und 14,3 Stunden am Wochenende (Samstag und Sonntag zusammen). Es handelt sich jedoch nicht um eine eigentliche Zeitbudgeterhebung, sondern um Schätzungen der befragten Personen. Die Frauen verfügen hier laut ihrer Einschätzungen sowohl an Wochentagen (um fast eine halbe Stunde täglich) wie auch am Wochenende (um 3 Stunden insgesamt) über durchschnittlich weniger freie Zeit als die befragten Männer. Zuverlässigere und aktuellere Zeitbudgeterhebungen liegen nicht vor.

Die Resultate der im Folgenden vorgestellten Analyse des Freizeitverhaltens finden sich grossenteils durch regionale und ausländische Studien bestätigt (vgl. Literaturhinweise).

Bei den subjektiven Aspekten geht es schliesslich vor allem um die Zufriedenheit mit der verfügbaren Freizeit und mit deren Ausgestaltung. Auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Haushalts in Bezug auf Freizeitgestaltung werden analysiert.

Literaturhinweise

Eckdaten zu den Freizeitbeschäftigungen finden sich regelmässig aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz. BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 16 «Kultur, Medien, Zeitverwendung»: www.statistik.admin.ch

Donnat Olivier: Les pratiques culturelles des Français. Enquête 1997. Paris, La documentation française 1998.

Donnat Olivier: «Les pratiques culturelles des Français. Evolution 1989-1997», in: Développement culturel, Nr. 124 – Juni 1998.

Moeschler Olivier: Publics de la culture à Lausanne: enquête sur la fréquentation des institutions culturelles. Lausanne, Service des affaires culturelles 2000.

BFS: Zeitverwendung in der Schweiz. Bericht 1 der GVF-Haushaltsbefragung 1979/80. Bern 1981.

Degenne Alain, et al.: «Les usages du temps: cumuls d'activités et rythmes de vie», in: Economie et statistique, no. 352-353, Paris, INSEE 2002.

9 FREIZEIT 9.1 FREIZEITVERHALTEN

Das Freizeitverhalten ist nur wenig durch geschlechtsspezifische Aspekte beeinflusst

Im Freizeitbereich sind nur vereinzelt geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen. Die Rangordnung der Freizeitaktivitäten bleibt bei Frau und Mann bis auf wenige Ausnahmen gleich, wenn die Intensität ihrer Ausübung auch leicht unterschiedlich ist. Beim Besuch von Sportanlässen sowie Disco oder Dancing und Frequentieren von Bars, Beizen oder Restaurants sind Männer aktiver als Frauen.

Allgemein unterscheiden sich die Freizeitbeschäftigungen der Frauen nicht stark von jenen der Männer. So dominieren bei beiden Geschlechtern die Aktivitäten «Sich mit Freunden, Bekannten, Kollegen treffen», «Lesen», «Spazieren» und «In eine Bar, eine Beiz oder ein Restaurant gehen». Expressivere Betätigungen wie Musizieren, Singen, Disco- und Dancingbesuche sowie ausserberufliche Kursbesuche stehen jeweils zuunterst auf der Rangliste der 12 vorgegebenen Freizeitaktivitäten.

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind bezüglich der Häufigkeit der Ausübung einiger Aktivitäten vereinzelt festzustellen. So gehen z. B. 56% der Männer mindestens einmal wöchentlich in eine Bar, eine Beiz oder ein Restaurant, bei den Frauen beläuft sich dieser Anteil nur auf 40%.

Die einzelnen Aktivitäten weisen allerdings sehr unterschiedliche Ausübungsfrequenzen auf – eine Vielzahl der Personen hört jeden Tag Musik oder liest, aber kaum jemand geht täglich in eine Theatervorstellung oder ins Kino. Um die einzelnen Aktivitäten besser miteinander vergleichen zu können, unterscheiden wir im Folgenden die aktive von der nicht aktiven Teilnahme.¹ Dabei fällt auf, dass Männer einerseits ein leicht breiteres Angebot nutzen: 16% von ihnen sind in mehr als 8 Bereichen

aktiv (Frauen: 13%), 20% in weniger als 5 Bereichen (Frauen: 23%). Andererseits sind gewisse besonders von Männern aktiv genutzte Tätigkeiten auszumachen. Dies betrifft vor allem den Besuch von Sportanlässen (55% der Männer und 37% der Frauen nehmen aktiv daran teil), die Disco- und Dancingbesuche (39% der Männer und 29% der Frauen) und die Bar-, Beiz- oder Restaurantbesuche (56% der Männer und 40% der Frauen). Frauen sind hingegen bei den Kursbesuchen aktiver (14%, gegenüber 9,8% bei den Männern).

Eine generellere Untersuchung der Freizeitaktivitäten nach soziodemographischen Merkmalen ergibt jedoch, dass Unterschiede im Freizeitbereich weit stärker durch die Einkommenslage der Haushalte, den Bildungsstand und vor allem die Altersklassen als durch geschlechtsspezifische Aspekte beeinflusst werden. So üben junge Frauen und Männer andere Tätigkeiten aus als die älteren Generationen und zeichnen sich durch einen besonders hohen Aktivitätsgrad aus. Mit zunehmendem Einkommen und Bildungsstand geht sowohl bei Frauen wie bei Männern oft auch eine häufigere und diversifiziertere Freizeitaktivität einher – ganz besonders was die kulturellen Tätigkeiten im engeren Sinne (Theater, Oper, Ausstellungen, Musik, Kinobesuch) betrifft.

Definitionen und Fragestellungen

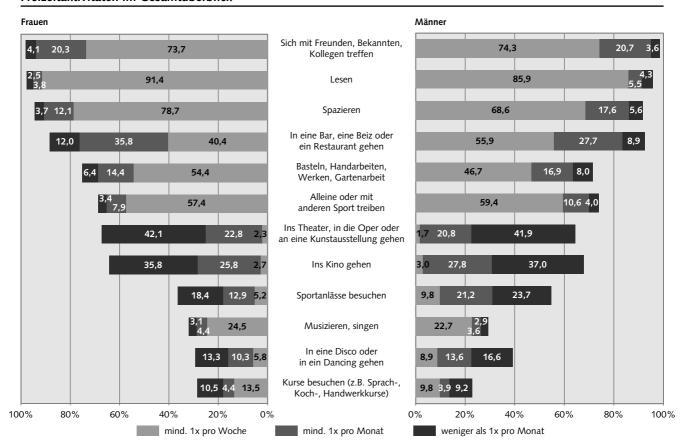
Ich zähle jetzt verschiedene Freizeitaktivitäten auf. Sagen Sie mir bitte, wie oft Sie in Ihrer Freizeit diese Beschäftigungen ausüben: Sich mit Freunden, Bekannten, Kollegen treffen; Lesen; Musizieren, z.B. selber ein Instrument spielen, singen; Basteln, Handarbeiten, werken, Gartenarbeit; Kurse besuchen, wie z.B. Sprachkurse, Handwerkkurse, Kochkurse; in eine Disco oder in ein Dancing gehen; in eine Bar, eine Beiz oder ein Restaurant gehen; alleine oder mit anderen Sport treiben (z.B. Wandern, Jogging, Fussball, Volleyball, Tennis); Spazieren; Sportanlässe besuchen; ins Theater, in die Oper oder an eine Kunstausstellung gehen; ins Kino gehen.

¹ Zur Unterteilung in «Aktive» und «nicht Aktive»: Für jede Freizeittätigkeit wird die meistgenannte Antwortkategorie mit den häufigeren Kategorien zur neuen Kategorie «aktiv» zusammengefasst (z. B. «mindestens wöchentlich» mit «täglich», wenn bei ersterer die Mehrheit der Nennungen zu verzeichnen sind). Analog werden die übrigen Antwortkategorien zur Kategorie «nicht aktiv» zusammengefasst.

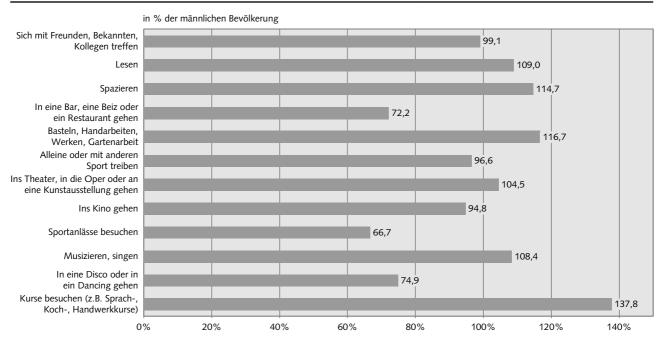
Quelle: SHP

9.1 FREIZEITVERHALTEN 9 FREIZEIT

Freizeitaktivitäten im Gesamtüberblick



Anteil aktiver Ausübung von Freizeitaktivitäten der weiblichen Bevölkerung



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

Frauen sind mit der verfügbaren Freizeit etwas zufriedener als Männer

Im Freizeitbereich äussern sich geschlechtsspezifische Unterschiede hauptsächlich im Anteil der mit ihrer Freizeit Unzufriedenen. Frauen sind zu einem leicht höheren Anteil mit der konkreten Gestaltung ihrer Freizeit unzufrieden, Männer hingegen eher mit der verfügbaren Freizeit. Ein Drittel der Frauen und Männer haben das Gefühl, zu wenig Freizeit zu haben. Allgemein sind die Zufriedenheitsquoten jedoch hoch.

Neben den tatsächlich ausgeübten Freizeitbeschäftigungen ist es interessant, auch die subjektive Bewertung der Freizeit zu betrachten. Vier Fragen aus zwei verschiedenen Erhebungen geben Aufschluss über die Einschätzung der individuell verfügbaren Zeit (siehe Kasten).

Die erste betrifft das Gefühl, über genügend freie Zeit zu verfügen. Bei gut der Hälfte der Frauen und Männer scheint dies der Fall zu sein. Ein Drittel meint, zu wenig Freizeit zu haben. Viel Freizeit haben 13% der Frauen und 12% der Männer.

Vor allem Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter und mit hohem Bildungsstand geben an, über zu wenig freie Zeit zu verfügen. Am stärksten hängt der – wohl auch objektiv begründete – Eindruck des Mangels an Freizeit jedoch von der Zusammensetzung des Haushalts ab: Kinder scheinen viel Zeit in Anspruch zu nehmen. So klagen 45% der mit Partner oder Partnerin und einem Kind lebenden Personen über Zeitmangel. Dieser Anteil wächst mit zunehmender Kinderzahl und ist bei den Alleinerziehenden mit 63% am höchsten. Dabei ist keine eindeutige Tendenz nach Geschlecht festzustellen: Frauen wie Männer sind von der Zeitknappheit betroffen*.

So ist die beschränkte persönlich verfügbare Zeit denn auch die Hauptursache für Unzufriedenheiten im Freizeitbereich.

Generell ist jedoch die Zufriedenheit mit der verfügbaren Freizeit hoch, wie aus den Daten des Haushalts-Panels hervorgeht. Der durchschnittliche Zufriedenheitswert beträgt 7,3 auf einer Zehnerskala (Frauen: 7,5; Männer: 7,1). Was die Einschätzung der in dieser Zeit unternommenen Freizeitbeschäftigungen betrifft, beläuft sich der Wert bei beiden Geschlechtern gar auf 8,0, was auf eine hohe Zufriedenheit schliessen lässt. Er ist unter den Frauen und Männern der mittleren Altersklassen (25-54 Jahre) ein wenig tiefer, was mit den familiären und beruflichen Pflichten zusammenhängen dürfte. Die durchschnittliche Zufriedenheit mit der verfügbaren Zeit steigt hingegen mit zunehmendem Alter wie auch mit zunehmendem Bildungsgrad, unabhängig des Geschlechts. Was die Familiensituation betrifft, ist sie unter in Familienhaushalten lebenden Frauen (Zufriedenheitswert von 6,6) und Männern (6,2) sowie allein erziehenden Frauen (6,2)1 am tiefsten.

Unterschiede zwischen den Geschlechtern äussern sich primär im Anteil Unzufriedener. Bezüglich der verfügbaren Freizeit ist dieser unter den Männern höher (28%, gegenüber 23% unter den Frauen). Frauen sind hingegen zu einem leicht höheren Anteil mit ihren Freizeitaktivitäten unzufrieden (15%; Männer: 13%).

Die Freizeitgestaltung führt bei 9% der in Mehrpersonenhaushalten lebenden Frauen (Männer: 10%) zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten mit anderen Haushaltsmitgliedern.

Fragestellungen

Was würden Sie sagen: Haben Sie im Allgemeinen für sich persönlich viel, genügend oder zu wenig frei verfügbare Zeit? (EVE)

Wie zufrieden sind Sie mit der Anzahl Stunden Freizeit, die Sie haben? O bedeutet «gar nicht zufrieden» und 10 bedeutet «vollumfänglich zufrieden». (SHP 2000)

Wie zufrieden sind Sie mit den Aktivitäten, die Sie in Ihrer Freizeit machen? O bedeutet «gar nicht zufrieden» und 10 bedeutet «vollumfänglich zufrieden». (SHP 2000)

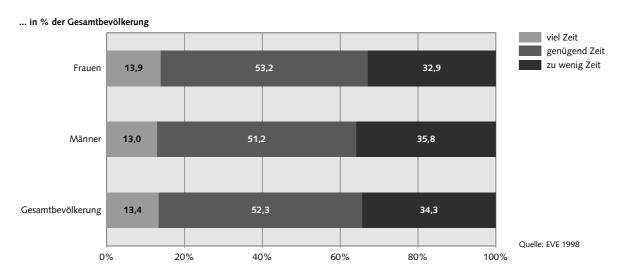
Haben Sie in den letzten 12 Monaten ernsthafte Meinungsverschiedenheiten gehabt über Hobbies oder über die Freizeitgestaltung? (SHP 1999)

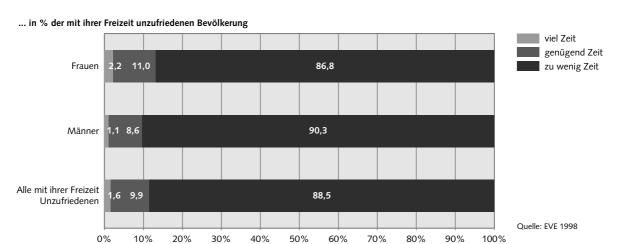
¹ Zu den allein erziehenden Männern können aufgrund der geringen Anzahl Beobachtungen keine verlässlichen Aussagen gemacht werden.

Quellen: EVE, SHP

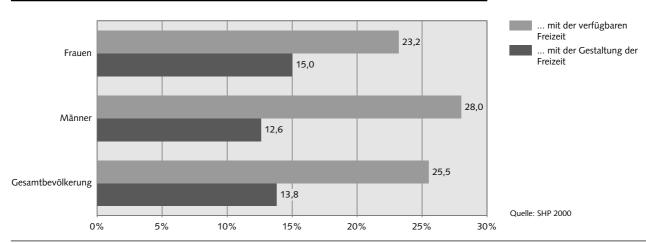
Einkommensund Verbrauchserhebung 1998 Schweizer Haushalt-Panel 1999,

Einschätzung der persönlich frei verfügbaren Zeit ...





Anteil Unzufriedener, in % der Gesamtbevölkerung



EINLEITUNG 10 POLITIK

10 Politik

Bekanntlich wurde das Frauenstimmrecht in der Schweiz rund 25 Jahre später eingeführt als in den meisten Staaten und gar gute fünfzig Jahre später als in den nordeuropäischen Staaten, welche die Frauen als erste in Europa politisch gleichstellten. Die Diskussionen über die politische Gleichberechtigung von Frau und Mann wurden aber auch in der Schweiz während des ganzen 20. Jahrhunderts geführt, allerdings mehrheitlich auf der Ebene der Kantone - und da vor allem in den lateinischsprachigen Kantonen sowie in den beiden Basel und in Zürich. Es waren denn auch diese Kantone, welche als erste zwischen 1959 und 1970 das Frauenstimmrecht für kantonale Angelegenheiten einführten. Als schliesslich 1971, im zweiten Anlauf, in einer gesamtschweizerischen Volksabstimmung das Frauenstimm- und -wahlrecht auf eidgenössischer Ebene gutgeheissen wurde, führten alle anderen Kantone - ausser die beiden Appenzell - die politische Gleichstellung umgehend auch auf der kantonalen

Dauerten die politischen Auseinandersetzungen um die Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz doch recht lange, so zogen die Frauen darauf relativ zügig in die Parlamente ein; die Einsitznahme in die Regierungen dauerte hingegen etwas länger. Die grösste Steigerung erfuhr die Frauenrepräsentation in den politischen Institutionen in den neunziger Jahren, und zwar sowohl auf kantonaler wie auf nationaler Ebene, in Regierung wie Parlament. Mit diesem Effort hat die Frauenrepräsentation in der Schweiz den Anschluss an Europa gefunden. Gemäss einer Zusammenstellung der Interparlamentarischen Union liegt die Schweiz mit ihrem Frauenanteil von 24% (Nationalrat) auf Platz 11 von 41 Staaten (Stand: 2003; siehe auch Kapitel 13.2). Die Schweiz ist somit in Sachen politischer Frauenrepräsentation kein europäischer Sonderfall mehr, sie ist heute weitgehend ein gleichstellungspolitischer Normalfall - was aber nicht darüber hinwegtäuschen soll, dass die Frauenanteile mit 20 bis 25 Prozent noch weit vom Ziel der Parität entfernt sind.

Literaturhinweise

Eckdaten zur politischen Vertretung finden sich regelmässig aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 17 «Politik»: www.statistik.admin.ch

BFS: Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991. Bern 1994. Im Anhang: 1) Frauen in den kantonalen Parlamenten (1961-1994), 2) Studie von Thanh-Huyen Ballmer-Cao / John Bendix über Determinanten der Frauenvertretung in den schweizerischen Legislativen.

BFS: Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999. Entwicklung seit 1971. Neuchâtel 2000.

BFS: Die Frauen in den Exekutiven der Schweizer Gemeinden 2001. Neuchâtel 2001.

Hardmeier Sibylle: Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890-1930). Argumente, Strategien, Netzwerk und Gegenbewegung. Zürich 1997.

Seitz Werner: «Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971-1991 aus statistischer Sicht», in: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hg.), Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Band 34: Frauen und Politik, Bern 1994, S. 225-249.

Seitz Werner: «Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999: Die Schritte in Richtung Gleichstellung werden kleiner.» Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Ständeratswahlen 1998/1999 und bei den Wahlen in die kantonalen Regierungen und Parlamente (Stand: Ende 1999), in: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Frauenfragen, 23 (2000), Nr. 1, S. 13-22.

Voegeli Yvonne: Zwischen Hausrat und Rathaus. Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung der Frauen in der Schweiz 1945-1971. Zürich 1997.

Quellen

Die Ergebnisse der *Nationalratswahlen* basieren auf den Gemeinde- und Kantonsprotokollen zu den Nationalratswahlen, welche dem Bundesamt für Statistik (BFS) von den Kantonen (deren statistischen Ämtern oder deren Staatskanzleien) übergeben werden; die Daten werden vom BFS plausibilisiert und allenfalls bereinigt und komplettiert.

Die Ergebnisse der Ständeratswahlen sowie der kantonalen Regierungs- und Parlamentswahlen werden vom BFS gemeinsam mit dem Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern ab den offiziellen Dokumenten der Kantone erfasst.

10.1 ENTWICKLUNG

Die Entwicklung der Frauenvertretung in den politischen Institutionen

Die Frauen machen mit 53% zwar die Mehrheit unter den Wahlberechtigten aus, in den Parlamenten und Regierungen sind sie jedoch sowohl auf eidgenössischer wie kantonaler Ebene im Durchschnitt mit weniger als 25% vertreten. Gegenwärtig beträgt der Frauenanteil im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten 24%, in den kantonalen Regierungen 21,5% und im Ständerat 20% (Stand 1. Juli 2003). Im siebenköpfigen Bundesrat haben seit 1999 zwei Frauen Einsitz (29%).

Nachdem die Schweizer Frauen zu Beginn der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts das aktive und das passive Wahlrecht auf eidgenössischer und kantonaler Ebene erhalten hatten, reüssierten sie bei den ersten Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente mit einem Frauenanteil unter den Gewählten von gut 5%. Bei den folgenden Wahlen vermochten sie ihre Vertretung kontinuierlich zu steigern: Zu Beginn der achtziger Jahre überschritt diese die 10%-Marke und Mitte der neunziger Jahre die 20%-Marke. Gegenwärtig beträgt der Anteil der gewählten Frauen im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten je 24%.

Später und langsamer ansteigend erfolgte die Einsitznahme der Frauen in den Ständerat, in die kantonalen Regierungen und in den Bundesrat. Bei den drei Ständeratswahlen der siebziger Jahre wurden insgesamt nur vier Frauen gewählt (1971: 1 Frau, 1975: keine, 1979: 3 Frauen). Bis 1995 bewegte sich der Frauenanteil im 46-köpfigen Ständerat zwischen 7% und 11%; darauf steigerte er sich auf 17% (1995) und schliesslich auf 20% (1999).

Noch länger als beim Ständerat dauerte es, bis die Frauen in die Kantonsregierungen und in den Bundesrat gewählt wurden. Die erste Regierungsrätin wurde 1983 gewählt; 1991 hatten erst 5 Frauen ein Regierungsamt inne (Frauenanteil 3%). Ähnlich wie beim Ständerat setzte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine markante Steigerung der Frauenvertretung in den Regie-

rungen ein: 1995 erreichte er 11% und 1999 rund 20%. Anfang Juli 2003 machten die Frauen in den kantonalen Regierungen 21,5% aus, das heisst, sie hatten 34 von insgesamt 158 Sitzen inne.

Im sieben Mitglieder zählenden Bundesrat regierte erstmals eine Frau von 1984 bis 1989. Seit 1993 ist der Bundesrat erneut kein Männergremium mehr und seit 1999 haben zwei Frauen in der Bundesregierung Einsitz.

Bei der geschilderten Entwicklung der Frauenrepräsentation in den politischen Institutionen der Schweiz können zwei verschiedene Muster festgestellt werden, welche in den folgenden Kapiteln noch genauer analysiert werden:

- 1) Im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten waren die Frauen seit der Einführung des Frauenstimmrechts präsent, und ihr Anteil steigerte sich kontinuierlich von 5% auf 24%. Nationalrat und kantonale Parlamente sind grosse Kammern mit relativ vielen Sitzen, welche meistens nach dem Proporzsystem vergeben werden.
- 2) In den Ständerat, in die kantonalen Regierungen und in den Bundesrat wurden Frauen erst mit Verzögerung gewählt. Gegenwärtig sind die Frauen jedoch mit je rund 20% im Ständerat und in den kantonalen Regierungen vertreten. Diese politischen Institutionen bestehen aus wenigen Sitzen, und werden meistens nach dem Majorzsystem gewählt.

Wahlsysteme

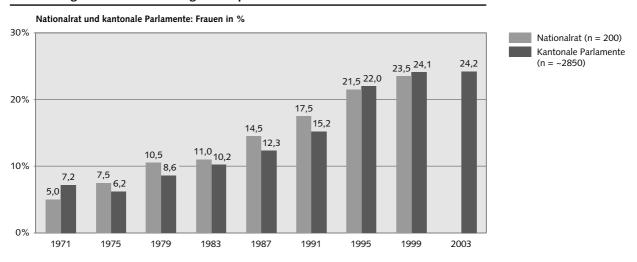
Bei den Wahlen in die Regierungen und Parlamente kommt entweder das Majorzwahlsystem oder das Proporzwahlsystem zur Anwendung, welche sich, grossomodo, wie folgt unterscheiden:

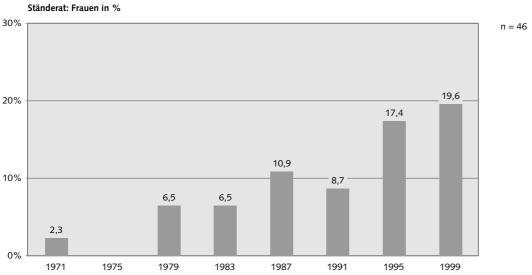
Beim Majorzwahlsystem treten die Kandidierenden als Einzelpersonen an. Meistens werden sie jedoch von den Parteien nominiert und unterstützt. Gewählt ist grundsätzlich, wer eine Mehrheit der Stimmen erhält. Dabei wird zwischen einem «absoluten Mehr» und einem «relativen Mehr» unterschieden: Das «absolute Mehr» beträgt die Hälfte der gültigen Stimmen +1, während das «relative Mehr» von denjenigen Kandidierenden erreicht wird, die am meisten Stimmen erhalten haben. Im Majorzsystem haben die kleinen Parteien kaum Wahlchancen, während die grossen Parteien normalerweise alle Sitze zugeteilt erhalten. Die meisten Wahlen in die Kantonsregierungen und in den Ständerat werden nach dem Majorzsystem durchgeführt. Wie es für die schweizerische Politik charakteristisch ist, verzichtet bei Majorzwahlen die stärkste Partei im Vorfeld auf ihren Anspruch auf sämtliche Mandate, und gewährt so einem oder mehreren Juniorpartnern Einsitz in die politischen Institutionen («freiwilliger Proporz»).

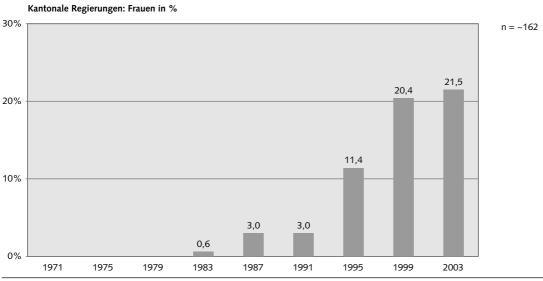
Das *Proporzwahlsystem* unterscheidet sich vom Majorzsystem dadurch, dass es die Sitze möglichst proportional zu den erhaltenen Stimmen auf die Wahllisten verteilt. Der Proporzeffekt ist um so genauer, je grösser die Zahl der im Wahlkreis zu vergebenden Sitze ist. Bei Proporzwahlen werden die Mandate auf Grund der erhaltenen Stimmen auf die Wahllisten verteilt, erst anschliessend werden die gewählten Personen bestimmt (anhand ihrer erhaltenen Stimmenzahl). Nach dem Proporzsystem werden die meisten Parlamentswahlen (Nationalrat und kantonale Parlamente) durchgeführt.

10.1 ENTWICKLUNG 10 POLITIK

Entwicklung der Frauenvertretung in den politischen Institutionen 1971 bis 2003







Quelle: Wahlstatistik © Bundesamt für Statistik (BFS)

Starke Frauenvertretung bei Linken und Grünen; FDP und CVP sind am Aufholen

Im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten beträgt der Frauenanteil je rund 24%. Am stärksten vertreten sind die Frauen seit den achtziger Jahren, in der SPS und bei den Grünen, wo sie die 40%-Grenze erreicht oder bereits überschritten haben. Keine oder nur wenige Frauen finden sich dagegen bei den kleinen Rechtsparteien und bei der SVP. War die Frauenrepräsentation in den achtziger und neunziger Jahren stark entlang der links-rechts-Achse polarisiert, so nehmen nun CVP und FDP vermehrt eine Mitteposition ein; sie bringen es mittlerweile auf einen Frauenanteil von rund 20%.

Bei den *Nationalratswahlen 1999* wurden 47 Frauen und 153 Männer gewählt. Mit 23,5% lag der Frauenanteil unter den Gewählten damit 2 Prozentpunkte höher als bei den Wahlen von 1995.

Die Mehrheit der gewählten Frauen (55%) gehörte der SPS oder den Grünen an; 45% stammten aus den bürgerlichen Parteien FDP, CVP, SVP und LPS. Die parteipolitischen Unterschiede bei der Frauenvertretung zeigen sich noch deutlicher, wenn berücksichtigt wird, dass die bürgerlichen Parteien über die Mehrheit der Mandate im Nationalrat verfügen: Sie nehmen 64% aller Mandate ein; SPS und die Grünen haben zusammen 30% der Mandate inne.

Abkürzungen der Parteien

Bundesratsparteien

FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

SPS Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SVP Schweizerische Volkspartei

Bürgerliche Nicht-Bundesratspartei

LPS Liberale Partei der Schweiz

Mitte-Parteien

LdU Landesring der Unabhängigen

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz

CSP Christlichsoziale Partei

Linke Nicht-Bundesratsparteien und Grüne

PdA Partei der Arbeit der Schweiz

FGA Feministische und grün-alternative Gruppierungen (Sammelbegriff)

GPS Grüne Partei der Schweiz

Rechte Nicht-Bundesratsparteien

SD Schweizer Demokraten

EDU Eidgenössisch-Demokratische Union

FPS Freiheitspartei der Schweiz

Lega Lega dei Ticinesi

Auf Kantonsebene wird bei den Parteien das Suffix -S

(der Schweiz) weggelassen

Auch ein Vergleich der Anteile der Nationalrätinnen in den verschiedenen Parteien spiegelt diese parteipolitischen Unterschiede wider. In der Mehrheit sind die Frauen einzig bei den Grünen (6 Frauen, 3 Männer; Frauenanteil: 67%). Zahlenmässig am meisten Nationalrätinnen finden sich bei der SPS: 20 Frauen, 31 Männer (Frauenanteil: 39%). Die FDP und die CVP überschritten 1999 erstmals die 20%-Marke. Bei der CVP machten die Frauen 23% aus (8 Frauen, 27 Männer), bei der FDP 21% (9 Frauen, 34 Männer). Bei der SVP sank der Frauenanteil hingegen auf 7% (3 Frauen, 41 Männer); dies ist der niedrigste Wert für die SVP in den neunziger Jahren. Bei den Rechtsparteien (SD, EDU, Lega), bei der EVP und der CSP – alles Parteien mit nur wenig Mandaten – wurde noch nie eine Frau gewählt. Ausschliesslich aus Männern bestanden zudem 1999 die Abordnungen der PdA und des LdU.

In 16 Proporzkantonen wurden Frauen in den Nationalrat gewählt. Zehn Kantone sind im Nationalrat ausschliesslich durch Männer vertreten: Es sind dies die Majorzkantone (UR, OW, NW, GL, AI) sowie fünf Proporzkantone (TG, VS, ZG, JU, SH).

Bei den *Wahlen in die kantonalen Parlamente von 1999 –* 2003 waren rund 2900 Sitze zu besetzen. Im Vergleich zu den Wahlen von 1996 – 1999 stagnierte der Anteil der gewählten Frauen bei 24%; am 1. Juli 2003 standen in den kantonalen Parlamenten 709 Frauen 2223 Männern gegenüber.

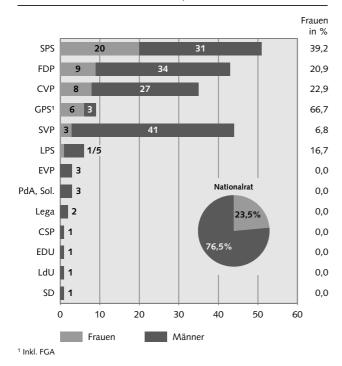
Die parteipolitische Verteilung der gewählten Frauen in den kantonalen Parlamenten entspricht weitgehend der Verteilung im Nationalrat: Über 40% Frauen finden sich bei der SP und den Grünen (GP, FGA), bei CVP und FDP sind es rund 20% Frauen. Der Frauenanteil der SVP beträgt 11%; bei den kleinen Rechtsparteien insgesamt ist er niedriger als 10%.

In fünf Kantonsparlamenten haben die Frauen einen Anteil von 30% und mehr (BS, BL, ZH, OW, BE), in sieben Kantonen ist ihr Anteil kleiner als 20% (GL, TI, VS, SZ, AI, NW, SG).

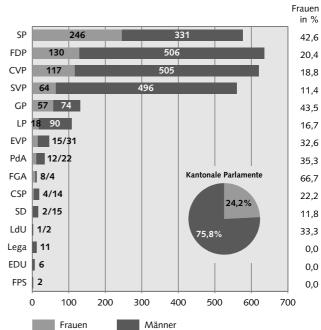
Der *Nationalrat* besteht aus 200 Mitgliedern und wird alle vier Jahre neu gewählt. Gemäss Artikel 149 der neuen Bundesverfassung bildet jeder Kanton einen Wahlkreis. Je nach Grösse der Wohnbevölkerung haben die Wahlkreise mehr oder weniger Sitze im Nationalrat zu Gute. Jedem Wahlkreis steht jedoch mindestens einer zu; in Kantonen mit nur 1 Sitz wird nach dem Majorzsystem gewählt (UR, OW, NW, GL und AI). In den 21 Kantonen mit 2 oder mehr Sitzen erfolgt die Mandatsverteilung nach dem Proporzsystem.

Die Parlamente in den Kantonen bestehen aus 49 (AI) bis 200 Mitgliedern (BE). Die Abgeordneten werden mehrheitlich nach dem Proporzsystem bestimmt, ausser in Appenzell Innerrhoden und in Graubünden; in diesen beiden Kantonen werden einige oder alle Mandate an Gemeinde- oder Bezirksversammlungen vergeben (Majorz). Gemischte Systeme von Proporz und Majorz bestehen in Uri, Schwyz, Zug, Basel-Stadt, Schaffhausen und Appenzell Ausserrhoden. Die Wahlen erfolgen in mehreren Wahlkreisen, ausser im Tessin und in Genf, wo der Kanton den einzigen Wahlkreis darstellt.

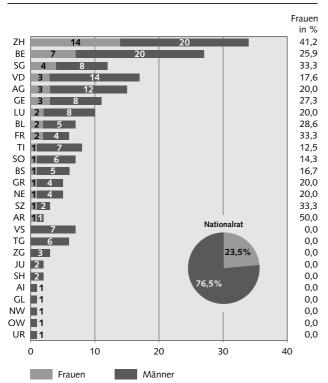
Nationalratswahlen 1999: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien



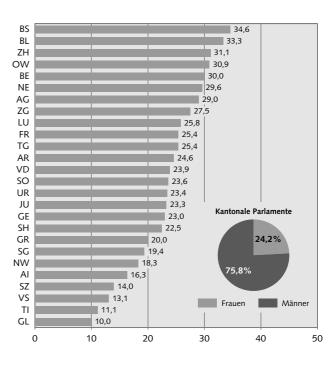
Kantonale Parlamentswahlen (Stand: 1. Juli 2003) Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien



Nationalratswahlen 1999: Gewählte Frauen und Männer, nach Kantonen



Kantonale Parlamentswahlen (Stand: 1. Juli 2003) Frauenanteil bei den Gewählten, nach Kantonen



Quelle: Wahlstatistik © Bundesamt für Statistik (BFS)

FDP und SP stellen die meisten Frauen

Die Verteilung der gewählten Frauen nach Parteien ist im Ständerat und in den kantonalen Regierungen anders als im Nationalrat: Eine hervorragende Stellung bezüglich der Frauenrepräsentation nimmt die FDP ein, welche sieben der neun Ständerätinnen und 12 der 34 Regierungsrätinnen stellt. Eine relativ starke Präsenz in den kantonalen Exekutiven hat auch die SP mit elf Frauen.

Im Vergleich zu den letzten Wahlen hat sich die Frauenvertretung im Ständerat und in den Regierungsräten nur noch gering verbessert.

Bei den *Ständeratswahlen 1998/99* vermochte die FDP ihre Vormachtstellung in Sachen Frauenvertretung zu festigen: Von den 9 Frauen gehören 7 der FDP an. Je eine ist Mitglied der CVP und der SP. Die FDP hat im Ständerat auch prozentual den grössten Frauenanteil in ihrer Deputation: Unter den FDP-Abgeordneten sind 41% weiblich (7 Frauen, 10 Männer). Bei der SPS liegt der Frauenanteil bei 17% (1 Frau, 5 Männer). Die CVP stellt 1 Ständerätin und 14 Ständeräte (7%). Die SVP ist mit 7 Männern und keiner Frau im Ständerat vertreten.

In acht Kantonen wurden Frauen in den Ständerat gewählt: Dabei ist die Ständeratsdelegation in sechs Kantonen paritätisch aus 1 Frau und 1 Mann zusammengesetzt (ZH, BE, LU, SG, VD, NE). 2 Frauen schickt einzig Genf in den Ständerat; der Halbkanton Nidwalden ist durch 1 Frau vertreten. Reine Männerdelegationen wurden in 18 Kantonen bzw. Halbkantonen gewählt.

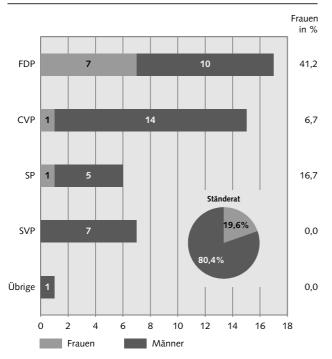
Die stärkste Frauenpräsenz in den *kantonalen Regierungen* haben gegenwärtig die FDP mit 12 Frauen und die SP mit 11 Frauen; damit haben die FDP-Frauen 28% aller FDP-Mandate inne, die SP-Frauen 37% aller SP-Mandate. Der höchste Frauenanteil findet sich bei der LP (43%). Bei der GP erreicht der Frauenanteil 20%, bei der SVP 18% und bei der CVP – mit den meisten Mandaten in den Kantonsregierungen – 8,5%.

Es gibt zur Zeit sechs Kantone mit Regierungen ohne Frauenbeteiligung (SZ, SH, AI, AG, TG, VS). Als erster und bisher einziger Kanton hat Zürich eine Regierung mit Frauenmehrheit (4 Frauen, 3 Männer).

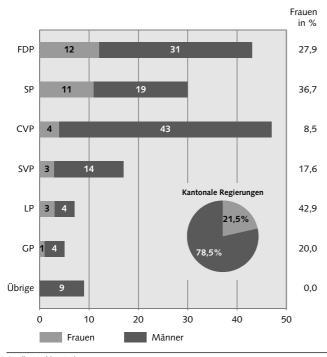
Der Ständerat besteht aus 46 Mitgliedern. Jeder Kanton ist in ihm mit zwei Mitgliedern vertreten; die Halbkantone (OW, NW, BS, BL, Al und AR) mit je einem. Die Wahl in den Ständerat untersteht kantonalem Recht und erfolgt somit nicht einheitlich. So wird in Appenzell Innerrhoden und Obwalden die Abordnung in den Ständerat an der Landsgemeinde bestimmt. Die übrigen Kantone wählen ihre Ständerätinnen und Ständeräte an der Urne, und zwar – mit Ausnahme des Kantons Jura – nach dem Majorzsystem. Unterschiede bestehen auch im Wahltermin.

Die Regierungen der 26 Kantone und Halbkantone bestehen aus 5 oder 7 Mitgliedern, welche direkt durch die Stimmberechtigten gewählt werden. Mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden, das noch die Landsgemeinde kennt, erfolgt die Wahl an der Urne, und zwar nach dem Majorzsystem. Die beiden Kantone Zug und Tessin wählen dagegen ihre Regierung nach dem Proporzsystem. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre, ausser in Appenzell Innerrhoden (jährliche Wahl) und in Freiburg (5 Jahre).

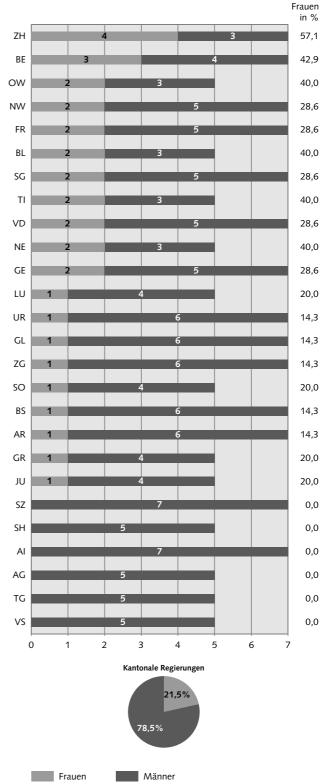
Ständeratswahlen 1998/99: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien



Kantonale Regierungswahlen (Stand 1. Juli 2003): Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien



Kantonale Regierungswahlen (Stand 1. Juli 2003): Gewählte Frauen und Männer, nach Kantonen



Quelle: Wahlstatistik © Bundesamt für Statistik (BFS)

EINLEITUNG 11 SOZIALE PARTIZIPATION

11 Soziale Partizipation

Soziale Partizipation, also die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, kann unterschiedliche Formen annehmen und ist dementsprechend schwierig zu messen. Um dennoch Informationen zu diesem Bereich zu gewinnen, werden meist bestimmte mehr oder weniger formelle Aspekte der Partizipation untersucht. In den folgenden Kapiteln sind dies die – eher informellen – sozialen Kontakte, formellere Netzwerke oder Mitgliedschaften in Verbänden und Organisationen sowie die Freiwilligenarbeit.

Für diese gewählten Aspekte der Partizipation eignen sich jeweils verschiedene, objektive wie subjektive, Untersuchungsansätze. Bei den sozialen Kontakten werden z.B. die privaten Beziehungen bezüglich der Häufigkeit der Kontakte analysiert. Zusätzlich wird die subjektive Einschätzung der möglichen Unterstützung durch private Beziehungen hinzugezogen.

Mitgliedschaften in Vereinen, Clubs und anderen Organisationen stellen eine soziale Ressource dar, die zum einen eine minimale gesellschaftliche Integration voraussetzt. Insbesondere aber fördert sie die weitere Integration in das soziale Gefüge. Der Anteil Personen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, der aktiv in mindestens einem Verein tätig ist, stellt daher einen guten Indikator der sozialen Integration dieser Gruppe dar. Besonders tiefe Werte sind daher als Warnzeichen zu sehen: Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen laufen Gefahr, sozial isoliert zu werden.

Die Freiwilligenarbeit erfasst im Gegensatz zur Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen nur Personen, welche in diesem Bereich unbezahlte Arbeit leisten; sei dies in einem institutionalisierten Rahmen (z.B. Sportoder Kulturvereine, sozial-karitative oder kirchliche Institutionen, Interessenvereinigungen, öffentliche Dienste oder Parteien) oder in einem sogenannt informellen, d.h. in einem nicht-organisierten Kontext (z.B. Nachbarschaftshilfe, bekannte oder verwandte Kinder hüten, Pflege oder andere Dienstleistungen für Verwandte oder Bekannte, die nicht im selben Haushalt leben).

Das gesellschaftliche und ökonomische Potenzial der Freiwilligenarbeit ist nicht zu unterschätzen, sowohl für die Nutzniessenden als auch für die Ausführenden. Für 1997 wurde eine monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit vorgenommen: Würden alle für die Freiwilligenarbeit geleisteten Arbeitsstunden entlohnt, entspräche dies einem Geldwert von rund 19 Milliarden Franken im entsprechenden Jahr.

Literaturhinweise

Eckdaten zur Freiwilligenarbeit finden sich regelmässig aktualisiert im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 16 «Kultur, Medien, Zeitverwendung»: www.statistik.admin.ch

Kistler Ernst (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin, Sigma 1999. Herrmann Vera: The Social Capital of Switzerland: An Overview of Attempts to Define, Operationalise and Measure Social Capital. Country paper presented at the Social Capital Measurement Conference in London, 25 to 27 September 2002.

Schmid Beat: «Determinanten der Freiwilligenarbeit. Eine Analyse anhand der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 1997, Modul Unbezahlte Arbeit», in: H. K. Anheier et al. (Hg.): Nonprofit-Organisationen im Wandel. Universitätsverlag Rudolf Trauner, Linz 2000, Seite 233ff. BFS: Freiwilligenarbeit in der Schweiz. Faltblatt. Neuchâtel 2001.

11 SOZIALE PARTIZIPATION 11.1 SOZIALE KONTAKTE

Männer zählen vermehrt auf emotionelle und praktische Unterstützung durch ihre Partnerinnen

Frauen erwarten bei Bedarf mehr emotionelle und praktische Unterstützung durch Verwandte, Nachbarn, Freunde oder Freundinnen und Kollegen oder Kolleginnen als Männer. Diese verlassen sich umgekehrt leicht stärker auf die Unterstützung durch ihre Partnerinnen als Frauen durch ihre Partner. Generell schätzen Frauen wie Männer die mögliche Unterstützung durch den Partner oder die Partnerin jedoch als sehr hoch ein.

Soziale Beziehungen lassen sich einerseits durch objektive Angaben messen: Wir haben bereits gesehen (vgl. Kapitel 9.1), dass Frauen und Männer sich bezüglich der Häufigkeit der sozialen Kontakte nicht stark unterscheiden. So besuchen Männer zwar ein wenig häufiger Bars, Beizen, Discos und Sportanlässe als Frauen; sich mit Freunden, Bekannten, Kollegen treffen bleibt jedoch bei beiden Geschlechtern die häufigste Freizeitbeschäftigung und wird von je drei Vierteln der Frauen und Männer mindestens wöchentlich ausgeübt. Je ein weiteres Fünftel trifft sich mindestens einmal pro Monat mit Freunden, Freundinnen, Bekannten, Kolleginnen oder Kollegen.

Ein subjektiver Indikator zeigt die Einschätzung der (potentiellen) praktischen und emotionellen Unterstützung durch Partnerin oder Partner, Verwandte, Nachbarn, Freundinnen und Freunde sowie Kolleginnen und Kollegen auf und kann neben anderen Indikatoren Aufschluss geben über die – zumindest subjektiv erlebte – soziale Integration der Bevölkerung.

Allgemein zeigt sich, dass sowohl Frauen wie Männer die mögliche emotionelle Hilfe leicht höher einschätzen als die praktische. Frauen bewerten die emotionelle und praktische Unterstützung durch Verwandte, Nachbarn, Freundinnen und Freunde sowie Kolleginnen und Kollegen allerdings positiver als Männer. Die Partnerin oder der Partner bilden hier eine Ausnahme: Sie dominieren zwar (mit Mittelwerten von über 8 auf der Zehnerskala) bei beiden Geschlechtern die Rangliste der Hilfe Leistenden, gefolgt von Freunden oder Freundinnen und Nachbarn. Männer verlassen sich jedoch häufiger auf die mögliche emotionelle und praktische Unterstützung durch ihre Partnerinnen als Frauen dies bezüglich ihrer Partner tun.

Nachbarn, Kollegen und Kolleginnen werden für praktische oder emotionelle Hilfe bei beiden Geschlechtern seltener in Erwägung gezogen.

Unabhängig des Geschlechts verlassen sich Leute mit höherem Bildungsabschluss stärker auf die Unterstützung durch ihre Partner oder Partnerinnen und umgekehrt seltener auf jene der weiteren aufgeführten Personengruppen als Leute mit obligatorischem Bildungsabschluss. Junge Frauen und Männer zählen eher auf ihre Freundinnen und Freunde als ältere Menschen. Generell wird mit zunehmendem Alter weniger mit möglicher Unterstützung gerechnet.

Definitionen und Fragestellungen

Praktische Unterstützung: Falls Sie es nötig hätten, was glauben Sie: Wieviel können Ihnen [Partner/in, nicht im selben Haushalt lebende Verwandte, Nachbarn, gute und enge Freunde und Freundinnen, gute Bekannte/Kollegen und Kolleginnen] praktisch helfen (d. h. mit konkreter Hilfe oder Ratschlägen und Tips), wenn 0 «gar nicht» und 10 «sehr viel» bedeutet?

Emotionelle Unterstützung: Und wie weit sind [Partner/in, nicht im selben Haushalt lebende Verwandte, Nachbarn, gute und enge Freunde und Freundinnen, gute Bekannte/Kollegen und Kolleginnen] für Sie da, wenn es nötig wäre (z.B. mit Verständnis und Zeit zum Reden)? O bedeutet «gar nicht» und 10 «sehr viel».

Wie aus anderen in- und ausländischen Umfragen bekannt ist, haben Befragte die Tendenz, sich im oberen Bereich solcher Einschätzungsskalen einzuordnen. Die untersten Werte werden äusserst selten gewählt. Deshalb haben wir die Werte wie folgt zusammengefasst: Skalenbereich 0-5 = «wenig Unterstützung», 6-7 = «eher viel», 8-9 = «viel» und 10 = «sehr viel Unterstützung».

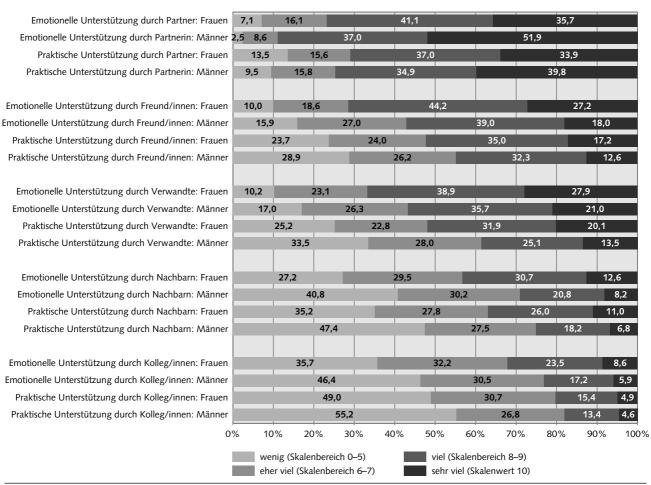
Quelle: SHP

11.1 SOZIALE KONTAKTE 11 SOZIALE PARTIZIPATION

Praktische und emotionelle Unterstützung, Mittelwerte (Skala 0 bis 10)

	Frauen	Männer	Gesamtbevölkerung
Praktische Unterstützung durch Partner/in	8,01	8,29	8,15
Praktische Unterstützung durch Freunde und Freundinnen	7,01	6,81	6,91
Praktische Unterstützung durch Verwandte	6,56	6,33	6,45
Praktische Unterstützung durch Nachbarn	6,37	5,83	6,12
Praktische Unterstützung durch Kollegen und Kolleginnen	5,66	5,52	5,59
Emotionelle Unterstützung durch Partner/in	8,37	8,91	8,64
Emotionelle Unterstützung durch Freunde und Freundinnen	8,08	7,57	7,83
Emotionelle Unterstützung durch Verwandte	7,73	7,36	7,55
Emotionelle Unterstützung durch Nachbarn	6,75	6,14	6,46
Emotionelle Unterstützung durch Kollegen und Kolleginnen	6,52	6,01	6,26

Praktische und emotionelle Unterstützung



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000 © Bundesamt für Statistik (BFS)

11 SOZIALE PARTIZIPATION 11.2 MITGLIEDSCHAFTEN

Frauen sind in Freizeitvereinen weniger aktiv

Frauen weisen tiefere Teilnahmequoten in Vereinen und Clubs auf. Die gilt insbesondere für Organisationen, in denen bestimmte (Freizeit-)Aktivitäten wie Sport oder kulturelle Tätigkeit im Zentrum stehen. In Interessegruppen und beim Umwelt- oder sozialen Engagement stehen sie den Männern dagegen kaum nach. Frauen über 74 Jahren und Ausländerinnen weisen die tiefsten Anteile von Aktiven aus und sind damit einer höheren Gefahr der sozialen Isolation ausgesetzt.

Aktive Teilnahme in Vereinen, Clubs und ähnlichen Organisationen sind wesentliche Komponenten der sozialen Vernetzung. Zunächst bedingt das Mitmachen eine minimale soziale Integration oder zumindest den Willen dazu. Die über eine Teilnahme vermittelten sozialen Beziehungen stellen zudem eine Ressource dar, die über den eigentlichen Vereinszweck hinausreicht und damit die weitere Integration fördert. Andererseits kann eine tiefe Teilnahmequote als Indikator für ein erhöhtes Risiko der sozialen Isolation für die entsprechende Personengruppe betrachtet werden.

Knapp die Hälfte (48%) aller Frauen machen aktiv in einem Verein oder einer ähnlichen Organisation mit. Sie sind damit etwas weniger aktiv als die Männer mit 58%. Diese tieferen Teilnahmequoten der Frauen gelten für alle betrachteten Bevölkerungsgruppen: Altersgruppen, Bildungsklassen, Nationalitäten und Familiensituation.

Besonders tiefe Werte zeigen sich bei den Frauen über 74 Jahren sowie bei den Ausländerinnen. Hier ist die Gefahr gesellschaftlichen Ausschlusses vorhanden. Grosse Anteile von aktiven Frauen sind in der Altersgruppe der 40-54-Jährigen und bei Paaren mit Kindern über 14 Jahren¹ zu finden. Natürlich ist hier zu beachten, dass sich diese beiden Gruppen überschneiden.

Für die folgenden Betrachtungen wurden die Vereine in drei Gruppen aufgeteilt:

Eher aktivitätsorientierte Organisationen sind mit einer Teilnahmequote von 42% die wichtigsten; 19% der Befragten machen bei einer Interessevertretung mit und 8,5% engagieren sich in Umwelt- oder sozialen Fragen. Im ersten Organisationstyp sind die Frauen wie bezüglich der Gesamtaktivität deutlich untervertreten (36% der Frauen gegenüber 48% der Männer). In Gruppierungen der Interessevertretung und in den ökologisch oder sozial orientierten Vereinigungen der dritten Gruppe sind sie etwa gleich häufig aktiv wie die Männer.

Personen mit einem aktiven Vereinsleben sind zufriedener als die Nichtmitglieder. Dies gilt für Frauen und Männer sowohl für die allgemeine Lebenszufriedenheit wie auch für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Schweiz. Die Daten lassen allerdings keinen Schluss zu, ob Zufriedenheit zu einer erhöhten Teilnahme führt oder umgekehrt.

Definitionen und Fragestellungen

Mitgliedschaften: Jetzt lese ich Ihnen eine Liste von Organisationen und Vereinigungen vor. Könnten Sie mir für jede sagen, ob Sie Aktivmitglied, Passivmitglied oder nicht Mitglied sind? Liste mit neun Organisationstypen (vgl. unten).

Zufriedenheit: Ganz allgemein gefragt – wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben? Und: Wie sind Sie im allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in unserem Land zufrieden? Für beide Fragen: 0 bedeutet «gar nicht zufrieden» und 10 «ganz zufrieden».

Für die vorliegende Auswertung wurden nur die Aktivmitgliedschaften berücksichtigt. Als aktiv gilt eine Person, die in mindestens einer Organisation Aktivmitglied ist. Die Organisationen wurden folgendermassen gruppiert: Aktivitätsorientierte Vereine: Sport- oder Freizeitorganisation; Vereinigung in den Bereichen Kultur, Musik oder Ausbildung

 ${\it Interessever tretung:} \ Quartier-{\it /Eltern verein;} \ Gewerkschaft, \ Personal verband; \ politische \ Partei; \ Frauenorganisation; \ Mieterschutzverein$

Engagement: Umweltschutzorganisation; wohltätige Organisation

¹ Vgl. in der nebenstehenden Tabelle die Gruppe «Partner/innen: andere Situation». Diese setzt sich vorwiegend aus Familien mit grösseren Kindern zusammen.

Quelle: SHP

11.2 MITGLIEDSCHAFTEN 11 SOZIALE PARTIZIPATION

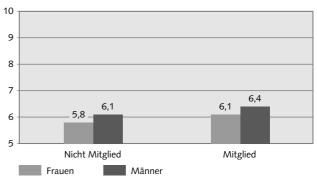
Aktivmitgliedschaften in Vereinen und Organisationen in Prozent

	Alle Vere	ine	Vereinsty	/p				
	Aktivmitglieder		Aktivitätsorientiert		Interesse	vertretung	Soziales/ Engagem	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamtbevölkerung	47,6	58,3	35,7	48,1	18,5	20,3	9,0	8,0
Alter								
14 bis 24 Jahre	51,8	63,9	49,6	61,3	3,3	4,7	3,5	2,9
25 bis 39 Jahre	43,0	54,6	31,7	46,5	17,3	16,3	6,3	6,5
40 bis 54 Jahre	52,1	57,8	38,7	44,3	23,5	27,8	11,1	8,5
55 bis 61/64 Jahre	51,8	63,9	35,8	49,7	23,9	28,5	13,4	12,9
62/65 bis 74 Jahre	45,7	55,0	30,2	42,5	23,2	23,2	11,9	11,8
75 Jahre oder älter	35,1	52,1	21,5	39,2	16,5	21,8	8,5	6,4
Bildungsniveau								
Obligatorische Schule	41,5	54,3	33,1	47,2	13,1	10,6	5,7	4,7
Sekundarstufe II	50,2	56,6	36,5	46,1	20,1	19,8	10,5	6,8
Tertiärstufe	51,8	63,9	39,2	51,9	25,2	27,6	11,0	12,2
Staatsangehörigkeit								
Ausländer/innen	28,4	45,9	19,2	35,2	10,2	14,9	4,2	5,8
Schweizer/innen	51,5	61,7	39,1	51,6	20,2	21,7	10,0	8,6
Familiensituation								
Alleinlebende	40,9	49,3	30,9	41,7	15,0	11,3	7,6	6,5
Partner/Partnerinnen								
(in 2-Personenhaushalt)	46,7	56,7	33,3	45,1	19,7	23,2	10,5	10,5
Partner/Partnerinnen	40.2	60.0	22.0	46.0	25.4	27.4	0.4	7.5
(jüngstes Kind 0 bis 14 Jahre)	49,3	60,0	33,8	46,8	25,1	27,4	9,1	7,5
Partner/Partnerinnen in anderer Situation	56,2	63,1	42,2	49,9	27,1	28,8	15,2	10,7
Alleinerziehende (jüngstes Kind 0 bis 14 Jahre)	41,7	50,8	26,5	30,9	15,7	26,8	9,0	8,2
Bei den Eltern lebende Söhne/Töchter	E4.6	<i>-</i> 1 -	50.6	-1-			2.6	2.6
(14 bis 24-jährig)	51,8	64,9	50,0	61,8	1,1	4,5	3,0	3,0
Personen in anderer Situation	46,4	56,4	37,5	51,2	15,0	9,9	5,9	5,0

Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Mitgliedschaften

8,1 8,0 8,4 8,2 Nicht Mitglied Mitglied Frauen Männer

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

11 SOZIALE PARTIZIPATION 11.3 FREIWILLIGENARBEIT

Freiwilligenarbeit ist stark geschlechtlich segregiert

Beteiligen sich Männer deutlich häufiger an der institutionalisierten Freiwilligenarbeit, so sind Frauen im informellen Bereich engagierter. Aber auch innerhalb der beiden Arten der Freiwilligenarbeit zeichnen sich je nach Tätigkeitsgebiet klare Unterschiede zwischen Frauen und Männern ab: Während Letztere sich in Bereichen engagieren, die tendenziell im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit stehen und auch die Übernahme prestigeträchtigerer Funktionen ermöglichen, scheinen die sozial-karitativen und kirchlichen Institutionen vorwiegend weibliche Domänen zu sein. Männer nehmen zudem deutlich häufiger Führungsaufgaben war.

Freiwilligenarbeit ist ein wichtiger Indikator für die gesellschaftliche Integration der Bevölkerung. Hier zeigt sich das Engagement bestimmter Bevölkerungsgruppen für gewisse sozial-politische Probleme, wobei der Nutzen nicht nur bei denjenigen liegt, die davon profitieren, sondern auch bei den freiwillig Tätigen selber. Insbesondere die informelle Freiwilligenarbeit ist auch Ausdruck gegenseitiger Hilfe und Unterstützung im persönlichen Umfeld.

Die beiden Arten der Freiwilligenarbeit unterscheiden sich stark voneinander. Die institutionalisierte Freiwilligenarbeit ist ihrer Struktur nach dem Erwerbsbereich ähnlich und wird vor allem von sozial und beruflich gut integrierten Personen ausgeführt. Dieses Profil trifft auf Männer wie Frauen zu; letztere weisen jedoch durchwegs tiefere Beteiligungsquoten auf.

28% der Wohnbevölkerung sind im institutionellen Bereich freiwillig tätig. Männer engagieren sich häufiger in Institutionen oder Organisationen als Frauen. Weitaus am meisten freiwillige Tätigkeiten leisten Männer für Sport- und Kulturvereine sowie für Interessenvereinigungen. Bei Frauen ist das Engagement für Sport- und Kulturvereine, für sozial-karitative und kirchliche Institutionen relativ ausgeglichen; dasjenige für politische Ämter oder öffentliche Dienste sowie für Interessenvereinigungen ist jedoch deutlich seltener als bei Männern.

Die geschlechtliche Segregation im Berufsleben widerspiegelt sich auch in der institutionalisierten Freiwilligenarbeit. Im Verhältnis zur Wohnbevölkerung sind es doppelt so viele Männer wie Frauen, die eine Führungsfunktion ausüben.

Im Gegensatz zur institutionalisierten Freiwilligenarbeit lehnt sich die informelle eher an den privaten Bereich an und deutet auf ein Netz gegenseitiger Hilfeleistungen im persönlichen Umfeld hin.

23% der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz führen informelle unbezahlte Arbeiten aus. Anders als bei den freiwilligen Tätigkeiten für Vereine oder Organisationen übernehmen Frauen viel häufiger unbezahlte Hilfeleistungen für Verwandte oder Bekannte als Männer (29% der Frauen gegenüber 17% der Männer). Frauen hüten am häufigsten bekannte oder verwandte Kinder, danach kommen andere Dienstleistungen für Verwandte oder Bekannte wie Hausarbeiten, Transportdienste oder Gartenarbeiten. Bei Männern ist letzteres die häufigste Art der informellen Freiwilligenarbeit.

Die im institutionalisierten Rahmen freiwillig Tätigen setzten durchschnittlich beinahe einen halben Arbeitstag pro Woche ein (13 Stunden pro Monat bei Frauen und 15 Stunden bei Männern). Die im informellen Bereich aktiven Frauen wenden durchschnittlich 20 Stunden im Monat für unbezahlte Hilfeleistungen auf; Männer 13 Stunden im Monat.

Definitionen

Institutionalisierte Freiwilligenarbeit: Ehrenamtliche oder freiwillige, unbezahlte Tätigkeiten für eine Organisation, einen Verein oder eine öffentliche Institution. Z.B. Sportvereine, kulturelle Vereine, Interessenvereinigungen, kirchliche Institutionen, sozial-karitative Organisationen, Parteien oder politische Ämter sowie öffentliche Dienste. Sitzungsgelder, Spesenvergütungen oder symbolische Beiträge gelten nicht als Bezahlung.

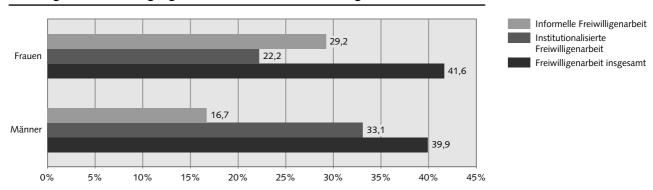
Informelle Freiwilligenarbeit: Unbezahlte Hilfeleistungen aus persönlicher Initiative für Personen, die nicht im selben Haushalt leben. Z.B. Nachbarschaftshilfe, verwandte oder bekannte Kinder hüten, Dienstleistungen für andere Haushalte wie Hausarbeiten, Pflege, Transportdienste, Gartenarbeiten usw.

¹ Vgl. «Der spezielle Beitrag: Freiwillige Arbeit», in: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2001, BFS, S. 704ff.

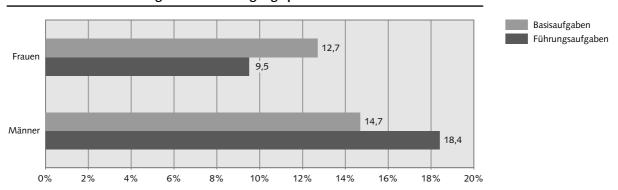
Quelle: SAKE

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2000 11.3 FREIWILLIGENARBEIT 11 SOZIALE PARTIZIPATION

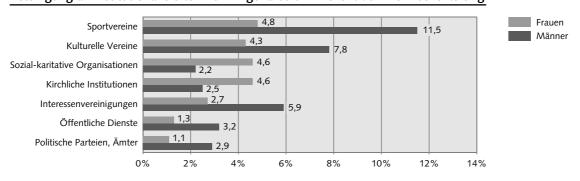
Freiwilligenarbeit: Beteiligung in Prozent der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren



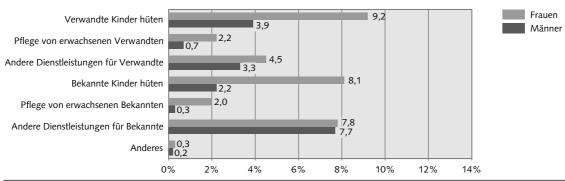
Institutionalisierte Freiwilligenarbeit: Beteiligungsquoten nach Funktionen



Beteiligung an institutionalisierter Freiwilligenarbeit in Prozent der Wohnbevölkerung



Beteiligung an informeller Freiwilligenarbeit in Prozent der Wohnbevölkerung



Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2000

12 Persönliche Sicherheit und Kriminalität

In vorliegenden Kapitel werden zwei Perspektiven der Kriminalität dargestellt: Einerseits verurteilte Frauen und Männer als kriminelle Täterinnen und Täter, andererseits die Opferseite mit den erlebten Gewalterfahrungen und dem persönlichen Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Das Kapitel 12.4 ergänzt die beiden Aspekte mit Informationen aus der Opferhilfestatistik, welche Daten zu Hilfe suchenden Opfern und zur Täterschaft liefert.

Untersuchungen zur Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft lassen den Bereich der Kriminalität zumeist unberücksichtigt. Dies ist verständlich, weil die im Vergleich mit der weiblichen Bevölkerung – auch global bestehende – hohe strafrechtliche Registriertenzahl der männlichen Bevölkerung selbstverständlich nicht als Massstab gilt. So sind bei Vollendung des 33. Lebensjahres bereits rund 33% der männlichen Schweizer Bevölkerung strafrechtlich verurteilt worden, im Vergleich zu 8% der weiblichen. Die Geschlechtszugehörigkeit erweist sich damit als eine der stärksten Determinanten strafrechtlicher Registrierung.

Die Geschlechtsunterschiede werden im Gegensatz zur sogenannten «Ausländerkriminalität» oder «Jugendkriminalität» wenig problematisiert und Kriminalitätstheorien bieten kaum Erklärungen an. Bei der Frage, inwieweit die Geschlechtsunterschiede Indikatoren für die Stellung von Mann und Frau in der Gesellschaft darstellen, müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Die Geschlechterverhältnisse sind z.T. Ausdruck unterschiedlicher Selektionsmechanismen beim Anzeigeverhalten gegenüber Männern und Frauen im Bereich der Bagatellkriminalität.
- Die Unterschiede sind Indiz dafür, dass sich Männer und Frauen unterschiedlich verhalten, aufgrund anderer Gelegenheitsstrukturen im Alltagsleben oder psychischer Verschiedenheiten.

• Die Definition dessen, was strafbar ist, zielt überwiegend auf abweichendes Verhalten ab, das männlichen Rollenstereotypen entspricht. Darunter fällt u.A., dass Männer eher einen risikobehafteten und extrovertierten Lebensstil führen (vgl. Kap. 8.2, z.B. im Strassenverkehr oder bei Gewaltausübung als Mittel zur Erreichung eines Zieles). Die geringere Wahrscheinlichkeit, dass Verhaltensweisen von Frauen kriminalisiert werden, entspricht einem weiblichen Rollenattribut.

Indikatoren zu Geschlecht und Kriminalität sollen zeigen, ob und inwieweit es im Zuge rechtlicher und sozialer Veränderungen der gesellschaftlichen Stellung von Mann und Frau auch zu Veränderungen der strafrechtlichen Registrierungshäufigkeit gekommen ist (vgl. Kap. 12.1): Kommt es zu einer Annäherung der Kriminalitätshäufigkeiten von Mann und Frau und wenn ja, von wessen Seite geht sie aus?

Frauen und Männer als Opfer von Straftaten betrachten wir in den beiden Kapiteln zu den selbst berichteten Opfererfahrungen (vgl. Kap. 12.2) und zur Inanspruchnahme der Opferhilfe (vgl. Kap. 12.4). Letzteres beleuchtet ein wenig das Dunkelfeld der polizeilichen Kriminalstatistik im Bereich der Gewalt im sozialen Nahraum. Informationen über Gewalt gegen Frauen und sexuellen Missbrauch sind noch immer spärlich.

Im Gegensatz zur Tatsache, dass Frauen als Täterinnen deutlich in der Minderheit und auf der Opferseite etwas weniger häufig von Gewalterfahrungen im ausserhäuslichen Bereich betroffen sind, weisen sie grössere Angst vor Gewalthandlungen und ein höheres persönliches Unsicherheitsgefühl in der Wohnung und Wohnungebung auf (vgl. Kap. 12.3). Dieses Bedrohungsgefühl an einem Ort, den man nicht meiden kann, tangiert die Lebensqualität und schränkt sie möglicherweise sogar ein.

Literaturhinweise

Eckdaten zu Statistiken der Rechtspflege, Kriminalität und Opferhilfe finden sich im Statistischen Jahrbuch der Schweiz, BFS (mit CD-Rom) und auf der Webseite des BFS im Fachbereich 19 «Rechtspflege»: www.statistik.admin.ch

BFS Aktuell: Schweizerische Opferhilfestatistik (OHS) 2001. Beratungsfälle, Entschädigungen und Genugtuungen. Neuchâtel 2002. Clerici Christian; Killias Martin: «Unsicherheit im öffentlichen Raum: eine Folge der Kriminalität?», in: Crimiscope, 6, 1999. Noll Heinz-Herbert; Weick Stefan (ZUMA): «Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität. Indikatoren zur öffentlichen Sicherheit», in: ISI, 23, 2000.

Männer werden sechsmal häufiger verurteilt als Frauen

Männer werden bedeutend häufiger verurteilt als Frauen. Das Strassenverkehrsgesetz spielt seit 1984 bei den Verurteilungen von Männern eine gewichtige Rolle. Bei Frauen hat der Anteil dieser Straftatbestimmungen an allen Verurteilungen so zugenommen, dass sie im Jahr 2000 den Hauptanteil der Verurteilungen ausmachen. Somit haben die Verurteilungen von Frauen nach Strafgesetzbuch im Vergleich zu 1984 ihre Dominanz verloren.

Die Bezugspopulation der Strafurteilsstatistik (Schweizer, Ausländer mit rechtlichem Wohnsitz, Touristen, Grenzgänger, Durchreisende) ist teilweise unbekannt und in ständigem Wandel. Im Folgenden werden deshalb, um verlässliche Geschlechterunterschiede darzustellen, nur Schweizerinnen und Schweizer betrachtet.

Wurden 1984 achtmal so häufig Schweizer Männer als Frauen verurteilt, hat sich durch eine Verringerung der Verurteilungsbelastung bei den Männern der Unterschied zwischen den Häufigkeiten auf 6 zu 1 verringert. Eine Differenzierung nach angewendeten Strafgesetzen zeigt, dass die Unterschiede zwischen den Verurteilungshäufigkeiten nach dem StGB und dem BetmG mit jeweils 5 zu 1 konstant bleiben; bei diesen Gesetzesverstössen ist somit keine Angleichung der Geschlechter feststellbar. Bei beiden gab es seit 1984 einen starken Rückgang der Verurteilungen nach dem StGB; unverändert sind die Verurteilungen nach dem BetmG.

Dagegen verzeichnen die Schweizer Frauen im Bereich der Verkehrsdelinquenz eine Verdoppelung der Verurteilungshäufigkeit. Somit verringert sich der Unterschied des Verhältnisses der Männer zu den Frauen von 12 zu 1 auf 7 zu 1. Der Strassenverkehr stellt somit den einzigen Bereich dar, in dem es durch eine aktivere Teilnahme der Frauen eine Tendenz in Richtung «männlicher» Werte gibt.

Wurden Frauen im Jahr 1984 häufiger nach dem StGB als nach dem SVG verurteilt, geht der Hauptanteil der Verurteilungen von Frauen im Jahr 2000 auf das SVG zurück. Die beschriebene Entwicklung führte dazu, dass die Verurteilungen von Frauen und Männern im Jahr 2000 ähnliche Anteile der einzelnen Strafgesetze aufweisen: Verurteilungen nach dem SVG betreffen 59% (Frauen) bzw. 65% (Männer) aller Verurteilungen, das StGB 30% bzw. 26% und das BetmG 13% bzw. 11%.

Der Rückgang der Verurteilungen nach dem StGB beruht jeweils auf einer Verringerung der Vermögensdelikte, insbesondere des Diebstahls, welche die häufigsten Verurteilungen nach dem StGB ausmachen. Vermutlich handelt es sich bei Frauen häufiger um leichten Diebstahl, so dass die Einführung des geringfügigen Vermögensdelikts nach Art. 172ter StGB und Veränderungen der Eintragungsgrenzen in das Strafregister einen stärkeren Effekt haben. Straftaten mit Gewaltkomponenten weisen den auffälligsten Zusammenhang zum Geschlecht auf. Bei den Leib- und Lebensdelikten sowie bei den Straftaten gegen die Freiheit führten jedoch eine Verringerung der Häufigkeiten bei den Männern zu einer Verringerung des Verhältnisses zwischen Männern und Frauen von rund 10 zu 1 für beide im Jahr 1984 auf 7 zu 1 bzw. 9 zu 1 im Jahr 2000. Bei den Vermögensdelikten ist das Verhältnis bei 5 zu 1 (1984: 4 zu 1).

Definitionen und Berechnungen

Eine Differenzierung nach Staatszugehörigkeit und Geschlecht kann die Strafurteilsstatistik seit 1984 leisten. Vor 1984 gibt es Auszählungen nach Geschlecht. Zähleinheiten sind Verurteilungen. Die absoluten Häufigkeiten der Verurteilungen von erwachsenen Schweizern und Schweizerinnen werden auf die entsprechende mittlere Wohnbevölkerung umgerechnet; die Verurteilungen insgesamt können wegen fehlender Angaben zum Aufenthaltsstatus ausländischer Verurteilter nicht differenziert und relativiert werden. Veränderungen von Eintragungsgrenzen in das Strafregister in den Jahren 1982 und 1992 sind jeweils in einem leichten Abwärtsknick erkennbar.

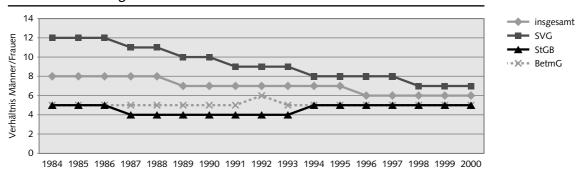
Verhältnis Männer/Frauen: Die Anzahl Verurteilungen der Männer pro 100'000 Einwohner dividiert durch die Anzahl Verurteilungen der Frauen pro 100'000 Einwohnerinnen.

StGB Schweizerisches Strafgesetzbuch, SVG Bundesgesetz über den Strassenverkehr, BetmG Bundesgesetz über die Betäubungsmittel, MStG Militärstrafgesetz

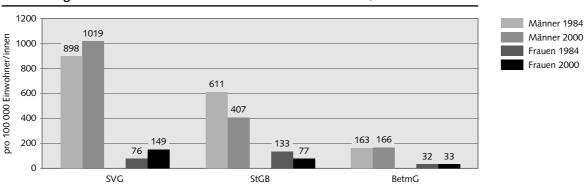
Quelle: SUS

Strafurteilsstatistik

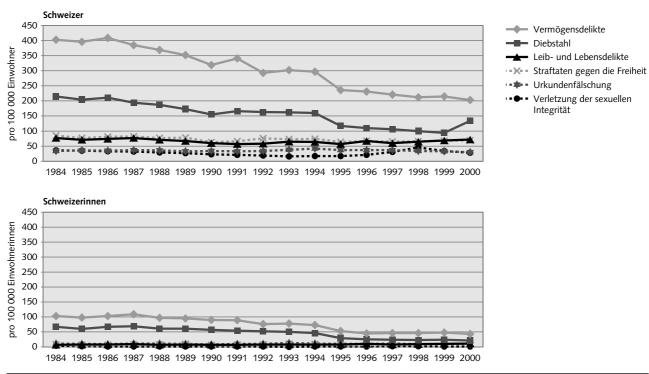
Verurteilungen von erwachsenen Schweizern und Schweizerinnen, 1984 bis 2000 Verhältnis der Häufigkeitsziffern von Männern und Frauen



Verurteilungen von Schweizern und Schweizerinnen nach Gesetzen, 1984 und 2000



Verurteilungen nach Titeln des StGB sowie wegen Diebstahls, 1984 bis 2000



Quelle: Strafurteilsstatistik © Bundesamt für Statistik (BFS)

Grössere psychische Belastung infolge erlittener Gewalt bei weiblichen Opfern

Obwohl Frauen im allgemeinen seltener Opfer von ausserhäuslicher Gewalt werden, belastet sie das Ereignis eher als männliche Opfer. Der höchste Anteil Gewaltopfer ist bei jüngeren Menschen, vor allem Männern zwischen 14 und 39 Jahren zu verzeichnen. Ereignisse, die häufiger auftreten wie verbale und körperliche Gewalt, erleben hauptsächlich Männer. Frauen sind häufiger von seltener vorkommenden Delikten wie Überfall und Raub, sexuelle Belästigungen und Handlungen sowie brieflichen und telefonischen Bedrohungen betroffen.

Opfererfahrungen sind einschneidende Erlebnisse im Leben einer betroffenen Person und haben oft belastende Nachwirkungen. Werden Frauen häufiger als Männer Opfer von gewalttätigen und anderen kriminellen Handlungen wie Diebstahl und Raub? Sind besonders ältere Frauen davon betroffen? Welche Auswirkungen haben solche Vorkommnisse?

Zunächst stellen wir fest, dass nur 2% der Frauen und der Männer in den 12 Monaten vor der Befragung einen Einbruch in ihre Wohnung bzw. in ihr Haus erlitten haben. Wegen der Seltenheit der Ereignisse und weil kein Geschlechterunterschied besteht, werden wir diese Opfersituation nicht weiter verfolgen.

In Bezug auf Gewalthandlungen zeigt sich ebenfalls, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung in den 12 Monaten vor der Befragung bedroht oder angegriffen wurde: 4,6% der Frauen und 5,9% der Männer. Dieser Geschlechterunterschied ist jedoch bei genauerer Betrachtung nur in der jüngeren Altersgruppe der 14- bis 39-Jährigen, die ohnehin bei beiden Geschlechtern häufiger betroffen sind als ältere Gruppen, gegeben. In der mittleren und älteren Altersgruppe sind die Anteile bei Frauen und Männern gleich hoch. Die in der Einleitung angesprochene ausgeprägtere Risikobereitschaft als Teil des Lebensstils junger Männer ist ein Grund, weshalb diese in kriminellen Angelegenheiten nicht nur häufiger Täter sind, sondern auch häufiger als junge Frauen und als ältere Personen in die Opferrolle geraten. Leider ist es uns aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich, die Altersgruppen weiter zu differenzieren.

Eine genauere Betrachtung nach Deliktarten ist nur bedingt möglich, weil die Anzahl Ereignisse teilweise zu gering ist, um statistisch zuverlässige Aussagen machen zu können. Tendenziell scheinen Frauen häufiger brieflich, telefonisch und sexuell belästigt sowie überfallen und ausgeraubt zu werden als Männer. Letztere hingegen erleben doppelt so häufig körperliche Gewalt als Frauen: 43% der Männer und 21% der Frauen, welche in den 12 Monaten vor der Befragung eine der genannten Gewalterfahrungen gemacht haben. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Personen zwischen 14 und 39 Jahren: eine Feststellung, welche die These des Lebensstils bestätigt. Das am häufigsten erwähnte Delikt ist die verbale Gewalt: 51% der von Gewalt betroffenen Frauen und 59% der Männer haben dies erlebt.

Unter den Befragten, die Opfer eines der genannten Delikte wurden, wurden 18% der Männer und 14% der Frauen verletzt. Das Ereignis hat ein Drittel der Männer und über die Hälfte der Frauen, unabhängig ihres Alters, psychisch belastet.

Obwohl Frauen generell weniger Opfererfahrungen im ausserhäuslichen Bereich machen, sind sie von bestimmten Deliktarten stärker betroffen und psychische Folgen sind verbreiteter als bei Männern, welche vor allem verbale und körperliche Gewalt erleben. Eine mögliche Erklärung gemäss der These des risikoreicheren Lebensstils von (jungen) Männern ist, dass sie durch eine grössere Risikobereitschaft in Bezug auf Gewalt öfter in eine Opfersituation geraten, die Folgen eher in Kauf nehmen und diese nicht als sehr belastend empfinden.

Fragestellungen

Sind Sie seit (Monat, Jahr) bedroht oder angegriffen worden?

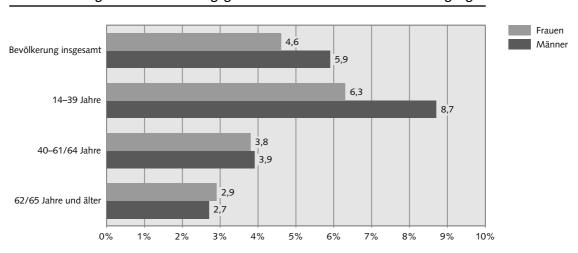
Wie war das genau? Brieflich oder telefonisch belästigt; Gewalt mit Worten: beschimpft oder bedroht; körperliche Gewalt: geschlagen oder verletzt; sexuell belästigt oder zu sexuellen Handlungen gezwungen; Überfall oder Raub; anderes.

Sind Sie dabei verletzt worden? Hat Sie das Ereignis psychisch belastet? Ist in den letzten 12 Monaten in Ihre Wohnung (Haus) eingebrochen worden?

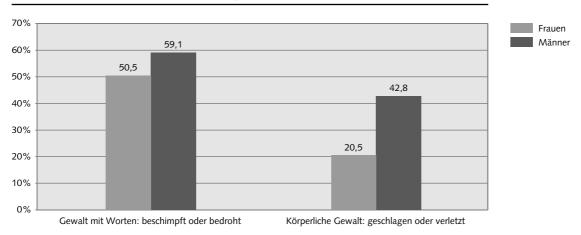
Quelle: SHP

Schweizer Haushalt-Panel 1999

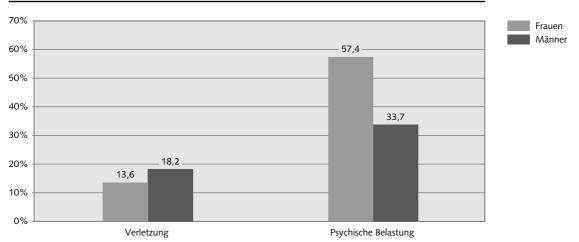
Gewalterfahrungen: bedroht oder angegriffen in den 12 Monaten vor der Befragung



Verbale und körperliche Gewalt in den 12 Monaten vor der Befragung, Anteil an den von Gewalt betroffenen Opfern



Folgen nach Opfererfahrungen, Anteil an den von Gewalt betroffenen Opfern



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 1999

Eine von fünf Frauen fühlt sich nachts alleine in ihrer Wohnumgebung unsicher

Die Angst, Opfer krimineller Ereignisse zu werden, und das Unsicherheitsgefühl in der Wohnung und in der Wohnung ebung sind bei Frauen immer deutlich höher als bei Männern. Opfer einer Gewalthandlung zu werden befürchten Frauen, die selber schon ein solches Ereignis erlebt haben, und Frauen zwischen 14 und 39 Jahren am häufigsten. Die Unzufriedenheit der Frauen mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt ist ebenfalls leicht höher als bei Männern (16% bzw. 12%).

Das Gefühl von persönlicher Sicherheit und die Furcht von Gewalthandlungen können eine Folge der im Kapitel 12.2 untersuchten Opfererfahrungen sein. Verändert sich die Angst vor Gewalt, wenn man selber Gewalt erlebt hat? Haben Frauen grössere Angst und fühlen sie sich weniger sicher in ihrer Wohnung und Wohnumgebung als Männer?

Die Angst, bedroht oder angegriffen zu werden, ist gering. Auf einer Skala von 0 (überhaupt keine Angst) bis 10 (sehr grosse Angst) beläuft sich die Angst der Männer im Durchschnitt auf 1,2. Bei Frauen ist sie mit einem Durchschnittswert von 2,0 signifikant höher. Am meisten fürchten sich Frauen zwischen 14 und 39 Jahren (Mittelwert 2,3), gefolgt von Frauen ab 62 Jahren (2,0). Im Gegensatz zu Erkenntnissen aus anderen Studien (Clerici und Killias, 1999 sowie Noll und Weick, 2000) ist sowohl bei Frauen als auch bei Männern die Angst vor einer Gewalthandlung bei Befragten, die in den 12 Monaten vor dem Interview Opfer eines solchen Ereignisses wurden, bedeutend höher als bei den übrigen Befragten. Immerhin hat knapp die Hälfte der Frauen überhaupt keine Angst (49%; Männer 60%). Dieser scheinbare Widerspruch ist, angesichts der Tatsache, dass in dieser Befragung das Ereignis höchstens 12 Monate zurück liegt, plausibel: Die Angst ist zumindest kurzfristig grösser.

Bei der Angst vor einem Einbruch in die eigene Wohnung ergibt sich dasselbe Muster, obwohl die Ereignisse seltener sind: Auf einer Skala von 0 bis 10 liegt die durchschnittliche Angst der Frauen bei 2,3 und der Männer bei 1,9. Bei einem durchgehend höheren Niveau der Angst bei Frauen haben in städtischen Gebieten wohnende Personen sowie Opfer eines Einbruchs in den 12 Monaten vor der Befragung mehr Angst als andere. Die Altersgruppen hingegen unterscheiden sich nicht untereinander.

Das Sicherheitsgefühl der Schweizer Bevölkerung in den eigenen vier Wänden ist hoch: nur 8,1% der Frauen und 2,5% der Männer, die sich nachts alleine in der eigenen Wohnung befinden, fühlen sich unsicher. Unter denjenigen, welche nachts nie alleine zuhause sind, würden sich 15% der Frauen und 3,0% der Männer unsicher fühlen. In der Wohnumgebung fühlen sich 20% der Frauen und 4,5% der Männer unsicher, wenn sie nachts alleine unterwegs sind. Von einem Drittel der Frauen, die sich in der Nacht nie alleine ausser Haus befinden, würde sich die Hälfte unsicher fühlen; unter den 17% der Männer, die nie alleine in der Wohngegend sind, nur 1 von 10.

Der Anteil Frauen, welche mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt unzufrieden sind, ist leicht höher als bei Männern (16% bzw. 12%).

Fragestellungen

Haben Sie Angst, dass Sie bedroht oder angegriffen werden könnten? Haben Sie Angst, dass in Ihre Wohnung (Haus) eingebrochen werden könnte? O bedeutet «überhaupt keine Angst» und 10 «sehr grosse Angst».

Bei den nächsten Fragen geht es um die Sicherheit Ihrer Wohnung und der Gegend, in der Sie wohnen. Kommt es vor, dass Sie in der Nacht alleine in der eigenen Wohnung sind? Wenn ja: Wenn Sie in der Nacht alleine in Ihrer Wohnung sind, fühlen Sie sich dann sehr sicher, ziemlich sicher, ziemlich unsicher oder sehr unsicher? Wenn nein: Wenn Sie trotzdem einmal in der Nacht alleine in der Wohnung sind, würden Sie sich dann sehr sicher, ziemlich sicher, ziemlich unsicher oder sehr unsicher fühlen? Die Fragen nach dem Sicherheitsempfinden der Befragten in der Nacht alleine in der Wohngegend sind ähnlich aufgebaut. Die Antworten sehr sicher und ziemlich sicher sowie sehr unsicher und ziemlich unsicher wurden zusammengefasst (sicher bzw. unsicher).

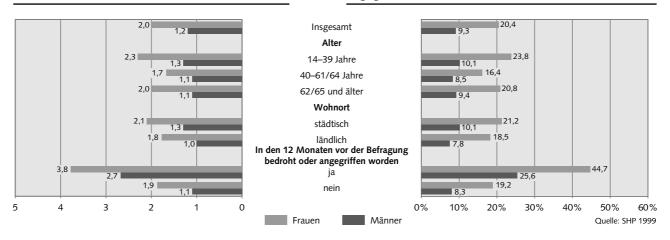
Bitte sagen Sie mir mit einem Wert zwischen 0 und 10, wie zufrieden Sie persönlich mit den folgenden Lebensbereichen sind. Wenn Sie 0 sagen, sind Sie «überhaupt nicht zufrieden», wenn Sie 10 sagen, sind Sie «sehr zufrieden». Mit Werten dazwischen können Sie Ihre Antwort abstufen. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt?

Quelle: SHP und EVE

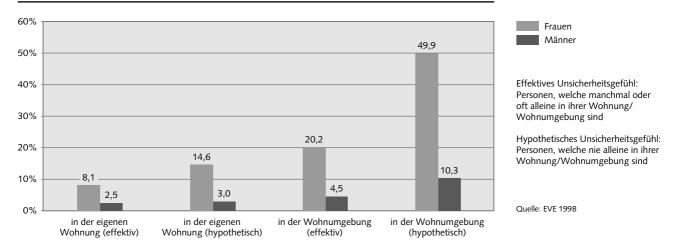
Schweizer Haushalt-Panel 2000 Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Durchschnittliche Angst, bedroht oder angegriffen zu werden (Skala 0 bis 10)

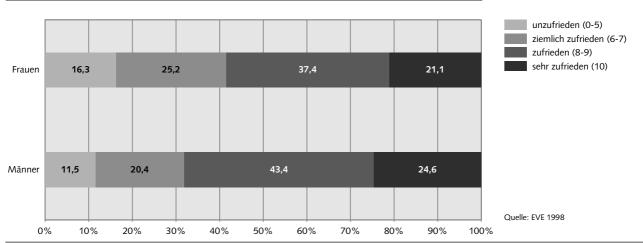
Anteil Personen mit grosser Angst, bedroht oder angegriffen zu werden (Skalenbereich 5 bis 10)



Unsicherheitsgefühl



Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt (Skala 0 bis 10)



Opferhilfeberatungsstellen werden vor allem von weiblichen Opfern aufgesucht

Die Opferhilfestatistik erfasst sowohl einen Teil des polizeilichen Hellfeldes als auch einen Teil des Dunkelfeldes, das heisst der nicht polizeilich erfassten Straftaten. Es handelt sich dabei häufig um Gewalt im sozialen Nahraum. Meist sind es weibliche Opfer und insbesondere ausländische Frauen. Fachpersonen (Ärzte und Ärztinnen, Lehrer und Lehrerinnen, Psychologen und Psychologinnen, Anwälte und Anwältinnen) sind eine wichtige Vermittlungsinstanz für die erste Kontaktnahme zu einer Opferhilfeberatungsstelle, für Frauen vermehrt als für Männer.

Opfer erscheinen in den Statistiken je nach Art des Hellfelds – polizeiliche Verzeigungen oder Opferhilfeberatungen – unterschiedlich häufig. So sind der Polizei insgesamt 147 Straftaten mit Opfern pro 100'000 Einwohner bekannt, bei den Opferhilfeberatungsstellen sind es mit 342 mehr als doppelt so viele. Das Verhältnis zwischen beiden Hellfeldern ist sowohl bei Opfern von Verletzung der sexuellen Integrität als auch bei anderen Gewalttaten etwa gleich gross: rund 1 zu 2,4. Bei familiären Gewaltfällen sind die Opfer, welche in der Opferhilfeberatung erscheinen, Polizei und Justiz seltener bekannt als bei ausserfamiliären Gewaltfällen.

Die Häufigkeitsziffer von polizeilich bekannten männlichen Opferfällen ist gleich gross wie diejenige aus dem Bereich der Opferhilfeberatungen. Auch gibt es nur einen geringen Unterschied zwischen der Häufigkeit der polizeilich bekannten männlichen und weiblichen Opferfälle. Dagegen werden, gemessen an der männlichen und weiblichen Bevölkerung, bei den Opferhilfeberatungsstellen etwa zweimal häufiger Beratungen wegen weiblichen Opfern durchgeführt als wegen männlichen. Bei männlichen Opferhilfeberatungsfällen ist häufiger auch ein Strafverfahren eingeleitet als bei weiblichen (46% bzw. 34%). Ausländerinnen erscheinen als Subjekt der Opferhilfeberatungen rund doppelt so häufig als Schweizerinnen.

Über alle Gruppen hinweg sind unter 10-Jährige häufiger Opfer von familiärer als von ausserfamiliärer Gewalt. Ausländerinnen treten auch über das Kindesalter hinaus auffällig häufig als Opfer familiärer Gewalt in Erscheinung. Es dürfte sich hier auch um Fälle handeln, in welchen Verhaltensnormen für Frauen (welche z.T. den hier dominierenden Lebensstilen widersprechen) mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden sollen.

Ausländische Mädchen und Frauen sind im Falle von familiären Opfer-Täter-Beziehungen häufiger Opfer von Körperverletzungen, während Schweizerinnen mehrheitlich in ihrer sexuellen Integrität verletzt worden sind. Möglicherweise reagieren jedoch Schweizer Opfer und deren Umwelt eher auf sexuelle Gewalt, da diese in den letzten Jahren häufig thematisiert und somit enttabuisiert worden ist. Bei ausserfamiliären Gewaltfällen sind männliche Opfer erheblich weniger von sexuellen Übergriffen betroffen als weibliche Opfer.

Die erste Kontaktaufnahme mit einer Opferhilfeberatungsstelle geschieht meist durch die Betroffenen selbst (bei erwachsenen Opfern deutlich häufiger als bei minderjährigen), häufig auch durch Fachpersonen. Letztere sind bei minderjährigen Opfern von familiärer Gewalt die wichtigste Instanz für die erste Kontaktnahme. Vertraute Personen spielen hauptsächlich bei Opfern unter 18 Jahren, vor allem Frauen, eine relativ gewichtige Rolle. Erwartungsgemäss führen Polizei und Justiz am seltensten bei minderjährigen Opfern von familiärer Gewalt und am häufigsten bei von ausserfamiliärer Gewalt betroffenen Männern über 18 Jahren zum Kontakt zur Opferhilfestelle.

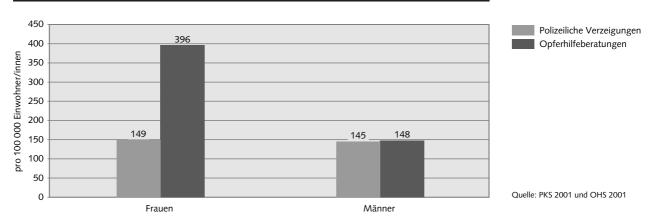
Definitionen und Berechnungen

1993 trat das Opferhilfegesetz in Kraft, welches Opfern von Straftaten und deren Angehörigen Beratung, Schutz und Wahrung von Rechten im Strafverfahren sowie Entschädigung und Genugtuung gewährleisten soll. Opfer von Straftaten sind Betroffene, welche direkt oder indirekt in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität verletzt worden sind; das heisst die Schädigung richtet sich gegen eine Person. Im Gegensatz dazu sind «Geschädigte» Personen, welche durch Straftaten materielle Einbussen erlitten haben. Ob eine Person Opfer ist, hängt unter anderem von der jeweiligen Sensibilisierung von Betroffenen und dem Umfeld ab. Auch führen Scham- und Schuldgefühle sowie psychische und materielle Abhängigkeiten von Opfern dazu, dass die Betroffenen weder medizinische, soziale und psychologische Unterstützung in Anspruch nehmen noch eine Anzeige erstatten. Der Indikator informiert über Opfer, welche Polizei und Opferhilfeberatungsstellen bekannt sind.

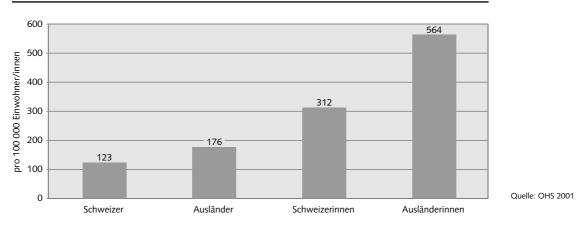
Quelle: OHS und PKS

Opferhilfestatistik 2001 Polizeiliche Kriminalstatistik 2001

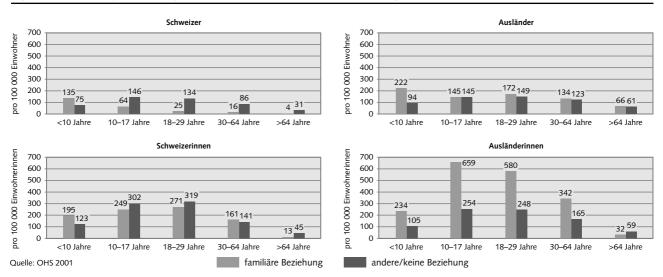
Opfer gemäss polizeilichen Verzeigungen und Opferhilfeberatungen



Opferhilfeberatungen nach Staatsangehörigkeit



Opferhilfeberatungen nach Opfer-Täter-Beziehung sowie Alter des Opfers



EINLEITUNG 13 STAND DER GLEICHSTELLUNG

13 Stand der Gleichstellung im internationalen Vergleich und Einstellung zu Gleichstellungsfragen

Das Thema der Gleichstellung zwischen Frau und Mann hat in der Schweiz offensichtlich keinen sehr hohen Stellenwert. Gemessen an der Einstellung der Schweizer Wohnbevölkerung zu verschiedenen Gleichstellungsfragen zeigen sich nur mittelmässige Werte. Vor allem Junge und Personen ohne nachobligatorische Schulbildung sind deutlich weniger sensibilisiert für sozialpolitische Gleichstellungsthemen. Leider kann zu diesen Fragen kein internationaler Vergleich herangezogen werden.

Wie sieht es aber mit dem objektiv messbaren Stand des Erreichten in Sachen Gleichstellung in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern aus? Die Schweiz kann im internationalen Vergleich keine Vorbildfunktion beanspruchen. Dies wurde besonders deutlich anlässlich der offiziellen Präsentation des CEDAW-Berichtes für die Schweiz vor der UNO im Januar 2003. Die UNO-Kommission beurteilte die bestehenden Lohnunterschiede sowie die Segregation auf dem Arbeitsmarkt als besonders problematisch. Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden empfohlen, insbesondere die Einführung eines Mutterschaftsurlaubes.

Für einen internationalen Vergleich beziehen wir uns einerseits auf die UNECE (United Nations Economic Commission for Europe) und andererseits auf die Abteilung Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission.²

Die Vereinten Nationen haben in ihren «Millennium Goals» für die Statistik die Bereiche Bildung, Beschäftigung und Entscheidungspositionen als zentral für die Entwicklung in Sachen Gleichstellung von Frau und Mann bezeichnet.

Die Europäische Kommission geht in ihrem Programm für die Umsetzung der sozialpolitischen Agenda (2001-2005) weiter: Konkrete Zielvorgaben für bestimmte Gleichstellungsindikatoren -sogenannte Benchmarks sollen festgelegt werden.3 Angestrebt wird z.B. eine Beschäftigungsquote für Frauen von 60%. An der Frühjahrestagung des Europäischen Rates (Barcelona, März 2002) wurde in diesem Zusammenhang eine weitere Zielvorgabe für die Kinderbetreuung formuliert: Bis 2010 sollen mindestens 33% der Kinder unter 3 Jahren und mindestens 90% der Kinder zwischen 3 Jahren und dem schulpflichtigen Alter Zugang zu einer Kinderbetreuungseinrichtung haben. Schliesslich sollen die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern abgebaut werden. Der Frauenanteil in den politischen Gremien der EU soll im Zielbereich von 40% bis 60% zu liegen kommen. Im Bildungsbereich soll das Geschlechterverhältnis auf allen Stufen ausgeglichen werden. Zudem soll die stark geschlechtsspezifische Berufs- und Fächerwahl abgeschwächt werden.

Einige ausgewählte Indikatoren werden im Folgenden einen Vergleich bezüglich des Standes der Gleichstellung in der Schweiz und in Europa ermöglichen. Berücksichtigt werden die zentralen Lebensbereiche Bildung, Erwerbstätigkeit, Löhne und politische Vertretung.

Literaturhinweise

BFS: Der Schweizer Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich. SAKE-NEWS 15/2002, Neuchâtel 2002.

BFS: Die Eidg. Volksabstimmungen 1999. Neuchâtel 2001.

Eurostat: Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002. Europäische Kommission 2002.

Eurostat: Chancengleichheit für Frauen und Männer in der EU. Europäische Kommission 2002.

- ¹ EDI: «Prüfung des ersten und zweiten Berichtes der Schweiz zur Umsetzung der Konvention über die Eliminierung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)» vom 14. April 2003.
- ² EU: Vgl. http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/strategy_de.html UNO: Vgl. http://millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi_goals.asp
- ³ Die Arbeiten an der Auswahl der Indikatoren und die Absprache bestimmter Zielwerte ist noch in Arbeit. Erste Vorgaben im Bereich Wirtschaft wurden im Frühjahr 2000 vom Europäischen Rat in Lissabon definiert und in Stockholm 2001 sowie in Barcelona 2002 erweitert.

Keine ausgeprägte Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen

Sowohl die Wahrnehmung von Benachteiligung als auch der Wunsch nach Förderungsmassnahmen im Gleichstellungsbereich scheinen in der Schweizer Bevölkerung nicht sehr ausgeprägt. Auf einer Skala von 0 bis 10 bewegen sich die Durchschnittswerte zwischen 5 und 6. Die Einstellung zu Gleichstellungsfragen variiert jedoch deutlich nach Lebenssituation. Persönlich betroffen durch Benachteiligungen im Alltag fühlen sich nur Wenige. Erhöhte Werte finden sich aber durchwegs bei denjenigen Frauen, die bereits bei den objektiven Indikatoren als benachteiligt erkannt wurden: Familienfrauen, Alleinerziehende, erwerbslose Frauen und Ausländerinnen.

Die Einstellung bezüglich Gleichstellungsfragen misst den Grad der Sensibilisierung in diesem Bereich; die Betroffenheit von Benachteiligungen im persönlichen Alltag hingegen, zeigt direkt eine erlebte Diskriminierung.

Erwartungsgemäss messen Männer solchen Problemen etwas weniger Bedeutung bei als Frauen. Allerdings schätzen sie ihr Potential, im eigenen Umfeld etwas für die Gleichstellung zu tun, ähnlich hoch ein wie Frauen.

Die Wahrnehmung der Gleichstellungsproblematik erreicht gesamthaft nur mittlere Werte. Es zeigen sich aber deutliche Unterschiede je nach Lebenssituation. Die Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen ist bei den Jungen und den Älteren etwas schwächer als bei den mittleren Altersgruppen. Weniger sensibilisiert sind zudem Frauen ohne nachobligatorische Ausbildung, bei den Eltern lebende, erwachsene Töchter und Frauen in Ausbildung. Für Männer gilt praktisch dieselbe Struktur, aber mit durchwegs niedrigeren Werten. Zwischen der ausländischen und der schweizerischen Bevölkerung gibt es in dieser Hinsicht keine markanten Unterschiede.

Was den Wunsch nach staatlichen Förderungsmassnahmen im Gleichstellungsbereich betrifft, lassen sich bei etwas höheren Durchschnittswerten ähnliche Strukturen wie bei der Wahrnehmung von Benachteiligung erkennen. Ausländische Frauen und Männer geben den Forderungen allerdings mehr Gewicht als die schweizerische Bevölkerung; das Bildungsniveau scheint nur bei Frauen einen Einfluss zu haben. Speziell interessant in diesem Zusammenhang sind die regionalen Unterschiede: Besonders sensibilisiert scheinen Personen der Genferseeregion zu sein. Das ist plausibel, sind doch die Abstimmungsresultate betreffend diverser Gleichstellungsthemen in dieser Region auffallend positiv.¹ Im Gegensatz dazu zeigen sich in der Zentralund Ostschweiz relativ niedrige Werte.

Dem Potential für Änderungen im eigenen Umfeld messen hingegen vor allem Männer aus den Regionen Nordwestschweiz und Zürich mehr Gewicht bei.

Die persönliche Betroffenheit durch Benachteiligungen im Alltag gegenüber dem anderen Geschlecht wird relativ niedrig bewertet: Männer mit 0,5 Punkten auf einer Skala von 0 bis 10; Frauen mit knapp 2 Punkten. Die Struktur widerspiegelt aber die Indikatoren zur objektiven Situation wie sie in den vorhergehenden Kapiteln vorgestellt wurden. Es sind vor allem ausländische Frauen, berufstätige und erwerbslose Frauen, Familienfrauen und Alleinerziehende sowie Frauen mit höherer Bildung, welche sich überdurchschnittlich von Benachteiligungen im Alltag betroffen fühlen. Letztere wohl deshalb, weil sie im Vergleich zu Männern mit demselben Bildungsniveau öfter eine schlechtere berufliche Stellung haben, weniger verdienen und im Verhältnis häufiger erwerbslos sind.

Definitionen und Fragestellungen

Haben Sie den Eindruck, dass in der Schweiz Frauen im Vergleich zu Männern in gewissen Lebensbereichen benachteiligt sind? O bedeutet «überhaupt nicht benachteiligt» und 10 «sehr stark benachteiligt».

Sind Sie dafür, dass die Schweiz mehr unternehmen sollte, um Frauen zu fördern? 0 bedeutet «überhaupt nicht dafür» und 10 «sehr stark dafür».

In Ihren eigenen Beziehungen zum anderen Geschlecht, meinen Sie, es ist möglich, etwas für die Gleichstellung von Frau und Mann zu tun? O bedeutet «überhaupt nicht möglich» und 10 «sehr gut möglich».

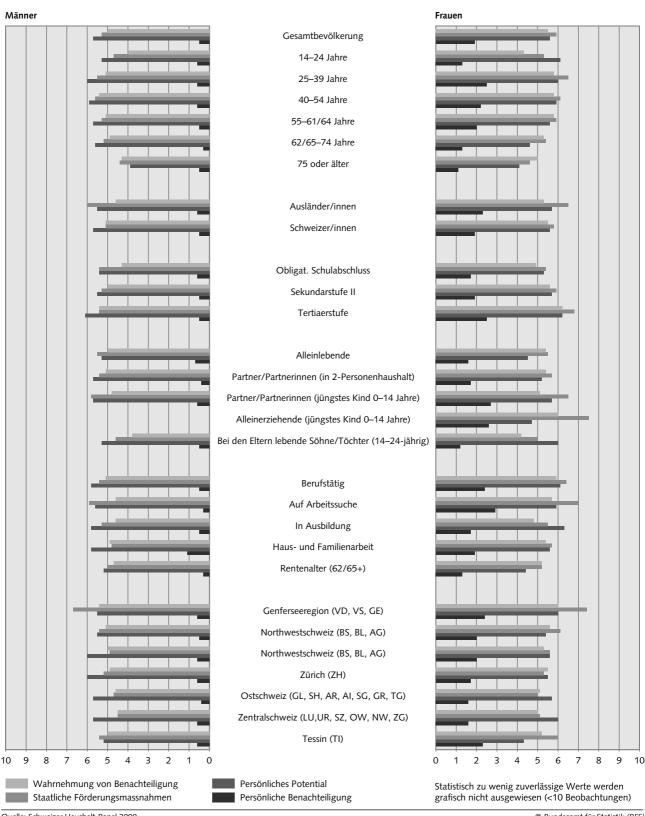
Fühlen Sie Sich selbst im Alltag gegenüber dem anderen Geschlecht benachteiligt? O bedeutet «überhaupt nicht benachteiligt» und 10 «sehr stark benachteiligt».

¹ Z.B. Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung vom 1. Juni 1981 oder das Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung vom 13. Juni 1999. Vgl. BFS: Die Eidgenössischen Volksabstimmungen 1999. Neuchâtel 2001.

Quelle: SHP

Schweizer Haushalt-Panel 2000

Einstellung zu Gleichstellungsfragen (Skala 0 bis 10)



Quelle: Schweizer Haushalt-Panel 2000

Die Schweiz steht im internationalen Vergleich eher mittelmässig da

Der Stand der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern in der Schweiz ist verglichen mit den EU-15 Staaten nicht weit fortgeschritten. Die politische Vertretung und die Beschäftigungsquote der Frauen bewegen sich im Mittelfeld. Die Lohnunterschiede müssen gar als relativ hoch bezeichnet werden. Im Bildungsbereich haben Frauen zwar deutlich aufgeholt. Im Tertiären Bereich zeigt aber ein Vergleich der Frauenanteile bei Studierenden für die Schweiz deutlich tiefere Werte als für die EU-Staaten.

Vier ausgewählte Indikatoren sollen einen Vergleich ermöglichen bezüglich des Stands der Gleichstellung in der Schweiz und in den EU-15 Staaten. Berücksichtigt werden hier die zentralen Lebensbereiche Bildung, Erwerbstätigkeit, Löhne und politische Vertretung.

Beim Ausbildungsniveau auf Sekundarstufe II haben die Frauen mit den Männern beinahe den Gleichstand erreicht (vgl. dazu Kapitel 2). Hingegen kommen auf 100 Männer, die eine Ausbildung auf Tertiärstufe machen, nur 74 Frauen. In den meisten europäischen Ländern machen Frauen bereits die Mehrheit der Studierenden im Tertiärbereich aus. Zudem ist die geschlechtsspezifische Fächerorientierung in der Schweiz sehr ausgeprägt.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Schweiz ist seit den sechziger Jahren und verstärkt seit Anfang der neunziger Jahre gestiegen. Dies ist vor allem auf die Zunahme bei Teilzeitbeschäftigten (vorwiegend Frauen) und die vermehrte Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren zurückzuführen. Die Quote der Männer liegt aber immer noch deutlich über derjenigen der Frauen. Im Jahr 2000 standen rund 56% der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis (vgl. dazu Kapitel 4). Mit dieser Quote liegt die Schweiz etwas über dem EU-15 Durchschnitt. Allerdings gibt es in Europa grosse Unterschiede. So sind die Quoten in nördlichen Ländern eher hoch, in südlichen – mit Ausnahme von Portugal – hingegen niedrig.

Insgesamt ist das Lohnniveau in der Schweiz verglichen mit anderen europäischen Ländern hoch. Im Jahr 2000 lagen jedoch die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der Frauen in der Schweiz um rund 21% tiefer als diejenigen der Männer (vgl. dazu Kapitel 5). Im europäischen Vergleich sind diese Unterschiede relativ gross zu bewerten. Die EU-15 Staaten weisen für 1998 einen Unterschied von 16% aus. Am geringsten sind diese in Portugal, Belgien, Italien und Dänemark. Im Gegensatz zur Beschäftigungsquote lässt sich bei den Lohnunterschieden kein Nord-Süd-Gefälle erkennen. Die Lohndifferenzen haben sich sowohl in der Schweiz als auch in den EU-15 Staaten in den letzten Jahren – wenn auch sehr langsam – verringert.

Der Frauenanteil im Schweizerischen Nationalrat liegt 2001 mit 24% beim Durchschnitt der EU-15 Staaten (23%). Seit der Einführung des Frauenstimmrechts zu Beginn der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind die Frauen im Nationalrat präsent. Ihr Anteil steigerte sich kontinuierlich von 5% auf 24% (vgl. dazu Kapitel 10). Dieser Anteil liegt auf vergleichbarem Niveau mit dem durchschnittlichen Frauenanteil in nationalen Parlamenten der EU-15 Staaten. Die Spannweite ist in der EU jedoch relativ gross und erstreckt sich von 9% in Griechenland bis 44% in Schweden.

Lesehilfe

Bildung: 1999 kommen in der Schweiz auf 100 Männer, die eine Ausbildung auf Tertiärstufe machen, nur 74 Frauen.

Beschäftigung: 2000 standen 55,8% der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren in der Schweiz in einem Beschäftigungsverhältnis.

Lohnunterschiede: 2000 lag in der Schweiz der Median der Bruttostundenlöhne der Frauen bei 79% der Löhne der Männer. Die Population umfasst alle Arbeitnehmenden zwischen 16 und 64 Jahren, die pro Woche mindestens 15 Stunden bezahlte Arbeit leisten.

Politische Vertretung: In der Schweiz waren im Jahr 2001 24% der Abgeordneten im Nationalrat (grosse Kammer) Frauen.

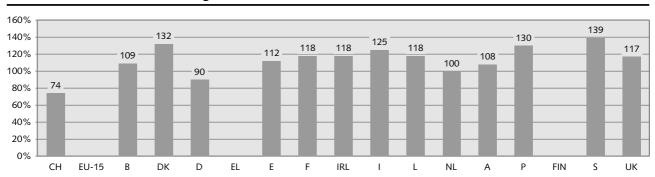
Quelle: Eurostat, BFS

UNESCO 1999 BFS, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2000

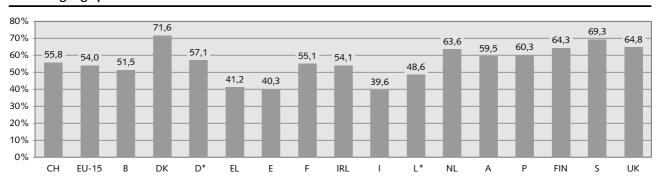
BFS, Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE) 2000

BFS, Nationalratswahlen 2001

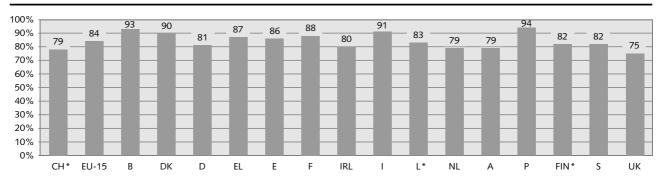
Frauenanteil bei tertiärer Ausbildung



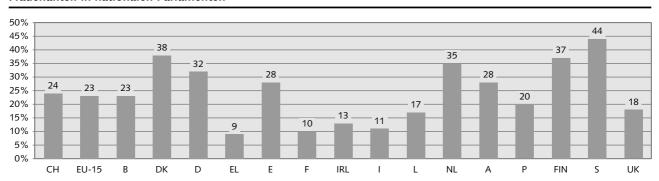
Beschäftigungsquote von Frauen



Frauenlöhne in % der Männerlöhne



Frauenanteil in nationalen Parlamenten



* Die Zahlenangabe kann aus einem anderen Jahr stammen oder aus anderen Gründen nicht direkt vergleichbar sein.

Quellen: Eurostat, UNESCO, BFS © Bundesamt für Statistik (BFS)

Analytischer Teil

14 Rollenteilung im Haushalt

Beat Schmid und Jacqueline Schön-Bühlmann, BFS1

Frauen haben in den letzten Jahrzehnten vor allem im Bildungsbereich gegenüber den Männern stark aufgeholt. Eine Folge davon ist der deutliche Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Allerdings sind es vor allem Teilzeit arbeitende Frauen, die diesen Anstieg ausmachen. Die Vermutung liegt nahe, dass Frauen vermehrt versuchen, mit einer Teilzeitbeschäftigung Berufs- und Familienleben zu vereinbaren. Zahlreiche aktuelle Studien bestätigen, dass die Familiensituation einen starken Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung und den Beschäftigungsgrad der Frauen hat, hingegen einen kaum merklichen auf das Erwerbsverhalten der Männer. Anders ausgedrückt, «...antwortet das Ausmass der weiblichen Berufstätigkeit deutlich auf die in der Abfolge der Familienphasen unterschiedlichen Ansprüche des Familienlebens, während bei den Männern keine derartige Verknüpfung zu sehen ist.»² Das heisst, Frauen sind nach wie vor hauptsächlich zuständig für Haus- und Familienarbeiten und müssen deshalb ihre Erwerbssituation diesen Gegebenheiten anpassen (vgl. dazu Indikatoren 7.2 und 7.3), während sich der Beitrag der Männer an die Haus- und Familienarbeit nur geringfügig an die familiären Gegebenheiten an-

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich der aktuelle Diskurs zur Gleichstellung von Frau und Mann verstärkt auf die Problematik der Aufgabenteilung innerhalb der Haushalte. Nicht zuletzt deshalb hat das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann letztes Jahr die Kampagne «Fairplay-at-home» lanciert. Die Kampagne soll die gesellschaftlich weitgehend etablierte Rollenteilung innerhalb der Haushalte zur Diskussion stellen und der Entwicklung neuer, gleichberechtigungsfreundlicher Modelle Vorschub leisten. Mit der Einfüh-

rung des neuen Ehe- und Familienrechtes 1988 verschwindet zumindest die gesetzliche Basis der traditionellen Rollenzuteilung für Ehepaare. Die Ehegatten entscheiden neu gemeinsam, wie sie die familiären Pflichten aufteilen wollen. Die heutzutage viel weniger stabilen Familienverhältnisse sollten zudem die geschlechtlich definierte Rollenzuschreibung längerfristig relativieren.

Es existiert eine Vielfalt an wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema⁵. Die wichtigsten aktuellen statistischen Erkenntnisse lassen sich folgendermassen auf den Punkt bringen.

Die Partizipationswahrscheinlichkeit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt einerseits und ihr Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit andererseits werden stark durch das Alter und die Anzahl der Kinder im Haushalt geprägt. Bauer untersuchte anhand der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung von 1995 unter anderem die Einflussfaktoren auf den Zeitaufwand für Erwerbs- sowie Haus- und Familienarbeit: «Kinder führen bei Frauen zu einer starken Umschichtung von Erwerbsarbeit zu Haus-/Familienarbeit. Bei vorschulpflichtigen Kindern wird die Mutter ihre Erwerbstätigkeit im allgemeinen für einige Zeit ganz unterbrechen oder sehr stark reduzieren, um sich auf die Haus-/Familienarbeit zu konzentrieren. Häufig kommt es dabei auch zu mehreren aufeinander folgenden Aus- und Wiedereinstiegen in den Arbeitsmarkt («Wechslerinnen»). Bei Männern bleibt der Umfang der Erwerbsarbeit beim Hinzukommen von Kindern nahezu unberührt, während die Haus-/Familienarbeit geringfügig ansteigt.»⁶ Bauer nennt als wichtigste Einflussfaktoren, welche eine Erwerbsbeteiligung der Frauen einschränken, die Zahl und das Alter der Kinder, das Lebensalter, die Nationalität, relativ geringe Ausbildungsjahre aber auch die sogenannte Partnersituation. Gemeint ist die Tatsache, dass Frauen

Originalsprache: deutsch

René Levy: «Ungleichheit in der Familie – gibt es das noch?» In Familienfragen Nr 1/2003, BSV, S. 59f.

³ Vgl. dazu insbesondere Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit. BFS, Neuchâtel 1999.

Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann: Fairplay-at-home. Ein Anstoss. Bern 2002 und Silvia Strub, Tobias Bauer: Wie ist die Arbeit zwischen den Geschlechtern verteilt? EBG, Bern 2002.

⁵ Elisabeth Bühler: Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz. Seismo, Zürich 2001; Claire Jobin: Entre les activités professionnelle et domestique. La discrimination sexuelle. Editions d'en bas, Lausanne 1995; Anna Borkowsky und Ursula Streckeisen: Arbeitsbiographien von Frauen. Eine soziologische Untersuchung struktureller und subjektiver Aspekte. Rüegger, Grüsch 1989.

Tobias Bauer: Familie, Zeitverwendung und Lohnmöglichkeiten. Eine Analyse der Zusammenhänge nach Geschlecht anhand der SAKE 1995. SAKE-NEWS Nr. 1/98. BFS, Bern 1998: Seite 24.

bereits bei einer Heirat oder Partnerschaft ihre Erwerbstätigkeit deutlich einschränken im Vergleich zu alleinlebenden Frauen. Letzteres deutet auf eine starke Rollenfixierung bei Ehepaaren hin. Mit Ausnahme der Nationalität beeinflussen alle diese Merkmale auch den Umfang der Haus-/Familienarbeit; zusätzlich spielt der Erwerbsumfang eine Rolle. Die Untersuchung ist allerdings dadurch eingeschränkt, dass in der SAKE jeweils nur eine Person pro Haushalt befragt wird und nur einige wenige Merkmale zum jeweiligen Partner verfügbar sind wie die wichtigsten sozio-demografischen Variablen und Angaben zur Erwerbssituation. Der Zeitaufwand für Hausarbeit liegt nur für die befragte Person vor.

Vuille kommt in seiner Längsschnittanalyse der SAKE-Daten zu differenzierteren Resultaten bezüglich Erwerbsverhalten von Müttern. Nach der Geburt des ersten Kindes bleibt die Mutter in neuerer Zeit vermehrt erwerbstätig, wobei vor der Geburt Vollzeit erwerbstätige Frauen meist ihren Beschäftigungsgrad reduzieren und vorher bereits Teilzeit Erwerbstätige ihre Erwerbsarbeit (vorläufig) ganz aufgeben. Etwas mehr als die Hälfte der Mütter bleiben nach der Geburt des ersten Kindes erwerbstätig; nach der Geburt eines zweiten Kindes ist es nur noch etwa ein Drittel. Heirat führt eher zu einer leichten Reduzierung des Beschäftigungsgrades der Frau und selten zu einer Aufgabe der Erwerbsarbeit.⁷

Buchmann et al. kommen in ihren vertieften Analysen der SAKE von 1995 zum Schluss, dass sowohl individuelle als auch kontextuelle Merkmale für die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt wichtig sind. Die Familienkonstellation bildet dabei eine entscheidende Rolle, die im internationalen Vergleich für die Schweiz besonders wichtig scheint. Buchmann et al. interpretieren dies als eine «nach wie vor grosse Verbreitung sehr traditioneller Einstellungen zur innerfamiliären Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern (...). Das Erwerbsverhalten wird demnach noch heute stark vom Leitbild der «männlichen Versorgerehe» bestimmt (...). Modernisiert hat sich das traditionelle Modell familiärer Arbeitsteilung also bloss insofern, als sich die weibliche Rolle vor allem in der Deutschschweiz um die Möglichkeit einer meist marginalen Teilzeitbeschäftigung erweitert hat.» Bezüglich kontextuellen Merkmalen sticht die berufsfachliche Segmentierung des Arbeitsmarktes heraus. Das heisst bestimmte Berufe oder Branchen bieten günstigere Bedingungen für die spezifischen Erwerbsverläufe von Frauen (z.B. Möglichkeit der Teilzeitarbeit, einfachere Bedingungen für Wiedereinstieg).

Was die innerfamiliäre Arbeitsteilung determiniert, ist noch wenig untersucht. Ausländische Studien belegen den Einfluss der Erwerbsbeteiligung der Partnerin, indem die Männer sich mit steigendem Beschäftigungsgrad der Partnerin vermehrt an der Haus- und Familienarbeit beteiligen, obwohl ihr Beitrag meist deutlich geringer bleibt als derjenige der Partnerin.⁹

Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist die qualitative Studie zu Paaren mit partnerschaftlicher Arbeitsteilung von Bürgisser. 10 Die Gründe für die Wahl eines solchen Modells scheinen für Frauen vor allem darin zu liegen, dass sie nicht zwischen Beruf und Familie wählen wollen, sondern beides kombinieren möchten. Frauen stellen dies oft als ausdrückliche Bedingung für einen Entscheid, Kinder zu haben. Einige finden, eine aktive Vaterrolle sei für die Entwicklung der Kinder sehr wichtig. Auffallend in diesem Zusammenhang: Es handelt sich oft um Frauen und Männer, die in ihrem Beruf mit sozial geschädigten Personen zu tun haben und bewusst für ihre Kinder ein möglichst optimales familiäres Umfeld schaffen möchten. Die materielle Unabhängigkeit vom Partner scheint ebenfalls ein gewisses Gewicht zu haben. Negative Erfahrungen im Elternhaus oder Probleme mit selber erlebter traditioneller Rollenteilung beeinflussen den Entscheid für ein anderes partnerschaftliches Modell relativ stark. Bei Männern sind vor allem drei Gründe wichtig: Teilzeitarbeit wird als vollwertige Arbeitsmöglichkeit gleich hoch wie die Vollzeitarbeit eingeschätzt; der Wunsch nach aktiver Vaterrolle und die Respektierung der Bedürfnisse der Partnerin sind ebenfalls zentral.

Die Wahl eines partnerschaftlichen Modells der innerund ausserhäuslichen Arbeitsteilung scheint also vorwiegend auf bewussten Entscheiden zu beruhen, wobei Frauen der eigenen Berufstätigkeit zumindest dasselbe Gewicht beimessen wie der Familie und Männer der Teilzeitarbeit dasselbe Gewicht wie einer Vollzeitbeschäftigung. Gewisse Berufsfelder begünstigen eine partnerschaftliche Rollenteilung dadurch, dass qualifizierte Teilzeitstellen für Frauen und Männer angeboten werden.

Alain Vuille: Maternité, mariage et divorce dans les années 90: quelles conséquences sur la vie professionnelle des femmes? Enquête suisse sur la vie active 1991 – 1999. SAKE-NEWS Nr. 4/2000. BFS, Neuchâtel 2000.

⁸ Marlis Buchmann et al.: halb drinnen – halb draussen. Analysen zur Arbeitsmarktintegration von Frauen in der Schweiz. Rüegger, Grüsch 2002.

⁹ Vgl. dazu Marlis Buchmann et al. (2002): S. 49.

⁰ Margret Bürgisser: Modell Halbe Halbe. Partnerschaftliche Arbeitsteilung in Familie und Beruf. Werd Verlag, Zürich 1996.

Persönliche Erfahrungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei dieser Wahl: Einerseits Erfahrungen mit sozialen Problemen im Berufsleben, andererseits negative Erfahrungen im Elternhaus mit der Rollenteilung.

Im Folgenden soll nach Anzeichen einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung in Paarhaushalten und den Einflussfaktoren, welche eine solche begünstigen, geforscht werden. Neben der Familiensituation werden auch andere Faktoren einbezogen, die einen Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung und den Beitrag zur Hausarbeit ausüben können. Es werden deshalb verschiedene sozio-demografische Variablen von Frauen und Männern und ihren jeweiligen Partnern oder Partnerinnen untersucht (z.B. Alter, Bildung, sozio-professionelle Position, Nationalität).

Zusätzlich profitieren wir von der Vielfalt der im Schweizer Haushalt-Panel erfassten Lebensbereiche und nehmen als biografische Information die Erwerbssituation der Mutter zum Zeitpunkt des 15. Altersjahres der befragten Person hinzu. Möglicherweise beeinflusst das Vorbild in der Jugend das Verhalten der Personen in späteren Lebensphasen. In die Betrachtung mit eingeschlossen wird ebenfalls eine Variable, welche die Sensibilisierung bezüglich Gleichstellungsfragen umschreibt. 11 Es könnte sein, dass Personen, die besonders sensibilisiert sind für Benachteiligungen von Frauen, sich bezüglich Rollenteilung innerhalb der Familie anders verhalten als weniger Sensibilisierte. Die Auswirkungen einer Mitgliedschaft in einem Verein, einer Organisation oder Institution auf das Erwerbsverhalten und den Zeitaufwand für Hausarbeiten werden ebenfalls geprüft. Ein solches Engagement wird wahrscheinlich bei Männern in Paarbeziehungen weniger Zeit für Haus- und Familienarbeit übrig lassen. Andererseits wird es bei Frauen in Paarbeziehungen wahrscheinlich eher anzutreffen sein, wenn sie nicht bereits einer Doppelbelastung durch Familien-, Haus- und Erwerbsarbeit ausgesetzt sind.

Wir müssen weiter annehmen, dass Personen, die überdurchschnittlich durch Hausarbeit belastet werden, weniger oft oder reduziert erwerbstätig sind. Dies wird einerseits anhand des überdurchschnittlichen Zeitaufwandes und andererseits anhand der überdurchschnittlichen (Mit-) Verantwortung für Hausarbeiten gemessen.¹²

Es werden zudem einige Informationen auf Haushaltsebene überprüft wie z.B. das Alter des jüngsten Kindes und die Anzahl Kinder. Aber auch die Einkommenslage oder das Vorhandensein einer externen Haushaltshilfe könnte das Erwerbsverhalten und das Engagement bei der Hausarbeit von Frauen und Männern beeinflussen. Die Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Regionen gibt minimale Hinweise auf gewisse strukturelle Unterschiede.¹³

Zuerst wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in Paarbeziehungen untersucht. Als Einflussfaktoren dienen die oben erwähnten Merkmale, wobei dem Zusammenspiel der Partnermerkmale ein besonderes Gewicht beigemessen wird. In einem zweiten Abschnitt werden getrennt für Frauen und Männer die Faktoren beschrieben, die zu einem überdurchschnittlichen, respektive unterdurchschnittlichen Zeitaufwand für Hausarbeit führen. Die Verteilung der Hausarbeit zwischen den Partnern und die Bestimmung der Faktoren, die eine egalitäre(re) Aufteilung der Hausarbeit begünstigen, runden das Bild zur Rollenteilung im Haushalt ab.

Denken Sie, dass Frauen in der Schweiz benachteiligt sind gegenüber den Männern? O bedeutet «gar nicht benachteiligt»; 10 bedeutet «sehr stark benachteiligt».

Bei Frauen heisst das, ein Zeitaufwand für Hausarbeit von über 20 Stunden pro Woche und bei Männern von über 4 Stunden pro Woche (als Grenzwerte wurden die jeweiligen Medianwerte ausgewählt). Bezüglich (Mit-)Verantwortung für einzelne Hausarbeiten wurden insgesamt 6 Tätigkeitsgruppen abgefragt. Wenn eine Person also für 4 oder mehr solcher Tätigkeitsgruppen (mit-)verantwortlich ist, verdient sie die Bezeichnung «mehrheitlich (mit-)verantwortlich für Hausarbeiten».

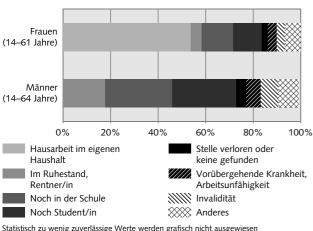
Eine detailliertere Differenzierung nach den 7 Grossregionen der Schweiz erlaubt die Stichprobe leider nicht.

14.1 Erwerbsbeteiligung

Im Schweizer Haushalt-Panel wird eine spezielle Frage zu den Gründen für Nichterwerbstätigkeit respektive für Teilzeiterwerbstätigkeit gestellt. Die Resultate sprechen eine eindeutige Sprache:

Gründe für Nicht-Erwerbstätigkeit

G 14.1

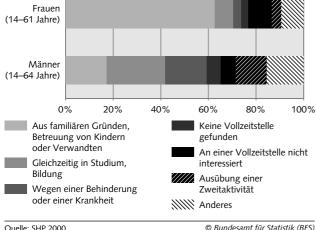


Quelle: SHP 2000

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Gründe für Teilzeitarbeit

G 14.2



© Bundesamt für Statistik (BFS)

Gut jede zweite nichterwerbstätige Frau unter 62 Jahren nennt Haus- und Familienarbeit als Grund und sogar 6 von 10 Teilzeit erwerbstätigen Frauen nennen familiäre Gründe für ihr reduziertes Erwerbspensum. Hier zeigt sich bereits deutlich, dass Frauen ihr Erwerbsverhalten stark der jeweiligen Familiensituation anpassen. Bei Männern unter 65 Jahren, die Teilzeit arbeiten, nennen 17% familiäre Gründe. Es sind häufig Männer zwischen 25 und 54 Jahren und Väter mit mindestens einem Kind unter

15 Jahren. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei um Männer handelt, die wie viele Frauen versuchen, durch eine Teilzeiterwerbstätigkeit Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Allerdings handelt es sich um relativ wenige Beobachtungen in der Stichprobe; sie können deshalb nicht detaillierter untersucht werden.

Männer, die wegen Haus- und Familienarbeit nicht berufstätig sind, gibt es in der Stichprobe praktisch keine.

Deskriptive Übersicht

Die Familiensituation ist der entscheidende Faktor in Bezug auf das Erwerbsverhalten der Frauen. Bei den Männern scheint sie einen umgekehrten Effekt auf die Erwerbssituation auszuüben als bei Frauen. Gibt es daneben auch Merkmale des Partners, die eine Erwerbsbeteiligung der Frauen unterstützen? Finden sich zum Beispiel Hinweise, die auf einen Zusammenhang zwischen dem Engagement des Partners im Haushalt und einer höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen hinweisen?

Bei Frauen zeigen sich viel differenziertere Erwerbsmuster als bei Männern. Deshalb unterscheiden wir in einer ersten Übersicht bei Frauen nach Nichterwerbstätigen, Teilzeitpensum unter 50%, Teilzeitpensum zwischen 50 und 89% und Vollzeiterwerbstätigen. Bei Männern differenzieren wir nur nach Vollzeiterwerbstätigen und nicht Vollzeiterwerbstätigen¹⁴. Erwerbslose Personen wurden zum Vornherein aus der Untersuchung ausgeschlossen.15

Die prozentualen Verteilungen der Erwerbssituation und des Beschäftigungsgrades nach verschiedenen soziodemografischen Variablen der Frauen und deren Partner sowie nach Merkmalen der Haushalte ergeben folgendes Bild (vgl. Tabelle T14.1).

Wir betrachten in einem ersten Schritt vor allem die Untergruppen, wo der Anteil Nichterwerbstätige verglichen mit dem Gesamtdurchschnitt eher klein ist. Gesamthaft ist jede fünfte Frau, die in einer Partnerschaft lebt und zwischen 25 und 61 Jahren alt ist, nicht erwerbstätig. Es finden sich im Verhältnis zu den jeweils anderen Gruppen etwas weniger nicht erwerbstätige Frauen bei den 40-54-Jährigen, den Ausländerinnen und deutlich weniger bei Frauen mit einem tertiären Bildungsabschluss sowie entsprechend bei höherem sozio-profes-

¹⁴ Das sind Teilzeiterwerbstätige und Nichterwerbstätige wie Männer in Ausbildung, Hausmänner oder (Früh-)Rentner.

¹⁵ Betrachtet werden hier nur Personen, die in einer Paarbeziehung leben und zwischen 25 Jahren und dem Rentenalter sind (im Jahr 2000: Frauen bis 61 Jahre, Männer bis 64 Jahre).

sionellen Status. Es sind Frauen, die nicht die alleinige Hauptverantwortung für Hausarbeit haben und entsprechend weniger belastet sind durch Hausarbeit. Möglicherweise beeinflusst die Tatsache, dass sie in ihrer Jugend eine erwerbstätige Mutter gehabt haben, ebenfalls das eigene Erwerbsverhalten. Sie sind häufiger sensibilisiert für Benachteiligungen von Frauen in der Gesellschaft und etwas seltener Mitglied in einem Verein. Letzteres scheint plausibel, da die Doppelbelastung von Erwerbs- und Haus- und Familienarbeit weitere ausserhäusliche Aktivitäten aus Zeitgründen eher einschränkt.

Frauen, die in einer Paarbeziehung ohne weitere Haushaltsmitglieder leben, sind am häufigsten erwerbstätig. Umgekehrt ist der Anteil Nichterwerbstätiger bei Müttern von Kindern im Vorschulalter am höchsten. Ist das jüngste Kind bereits im Schulalter, ist dieser wieder niedriger. Leben zwei oder mehr Kinder im Haushalt, sind Frauen deutlich weniger häufig erwerbstätig als bei nur einem Kind. ¹⁶ In einkommensschwachen Haushalten ist der Anteil nichterwerbstätiger Frauen besonders hoch im Vergleich zu den anderen Einkommenslagen. Schliesslich begünstigt eine externe Unterstützung die Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Einige Merkmale des jeweiligen Partners scheinen sich eher fördernd für die Erwerbsbeteiligung der Frauen auszuwirken: Ein Partner der mittleren Altersgruppe oder einer mit höherer sozialer Position, vor allem aber ein Partner, der (mit-)verantwortlich für die meisten Hausarbeiten ist und ein Partner mit relativ hohem zeitlichen Aufwand für Hausarbeit, wirken positiv auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen. ¹⁷ Ist der Partner Mitglied in einem Verein, einer Organisation oder Institution, finden wir hingegen einen eher niedrigen Anteil erwerbstätiger Frauen. Ist der Partner Ausländer, ist die Frau ebenfalls häufiger erwerbstätig als wenn er Schweizer ist, allerdings ist dieses Resultat nicht einfach zu interpretieren.

Wir nehmen an, dass in diesen Fällen die Frau mehrheitlich ebenfalls Ausländerin ist und sich deshalb hier die höhere Erwerbsbeteiligung der ausländischen Frauen widerspiegelt.¹⁸

12% der Männer zwischen 25 und 65 Jahren, die in einer Partnerschaft leben, arbeiten nicht Vollzeit. Überdurchschnittlich viele finden sich bei der Altersgruppe der 55-64-Jährigen und den Schweizern im Vergleich zu den Ausländern. Es sind vorwiegend Männer, die mit ihrer Partnerin in 2-Personenhaushalten leben.

Die Mehrheit der Männer arbeitet jedoch Vollzeit. Ihre Erwerbssituation variiert viel weniger als diejenige der Frauen. Für Teilzeiterwerbstätige Väter, welche bezüglich unseren Fragestellungen besonders wichtig wären, stehen sehr wenige Beobachtungen zur Verfügung; sie können deshalb nicht weiter untersucht werden.

Ygl. dazu die Längsschnittanalysen zum Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung nach der Geburt des ersten oder weiterer Kinder. A. Vuille (2000): a.a.O.

Der Einfluss der Teilzeitarbeit des Partners kann auf Grund der wenigen Beobachtungen nicht direkt überprüft werden.

Es wird nicht differenziert zwischen Paaren mit unterschiedlicher Nationalität und Paaren mit derselben Nationalität, so dass dieses Resultat nicht weiter besprochen werden kann.

T14.1 Erwerbssituation von Frauen und Männern nach eigenen sozio-demografischen Merkmalen und Merkmalen des Partners oder der Partnerin sowie des Haushaltes, in %

	Frauen					Männer	
	Nicht- erwerbs- tätig	Teilzeit 1-49%	Teilzeit 50-89%	Vollzeit	N	Vollzeit	N
Total	21	30	29	20	837	88	886
Merkmale der Person							
Alter							
25-39 Jahre	22	29	24	25	397	91	349
40-54 Jahre 55-61/64 Jahre	18	32	36	15	364 76	92 73	402 135
	(24)	(34)	(28)	(15)	76	/3	130
Staatsangehörigkeit	(4.0)	(24)	(22)	(20)	76	04	404
Ausländer/innen Schweizer/innen	(18)	(21)	(33) 28	(28) 18	76 761	91 87	101 785
		33	20	10	701	07	703
Obligatorische Schule	(21)	32	32	(16)	123	93	47
Sekundarstufe II	24	33	25	18	545	87	447
Tertiärstufe	(11)	22	38	29	169	88	392
Sozioprofessionelle Position ¹							
Eher niedrigere soziale Position	26	37	25	13	419	87	193
Eher höhere soziale Position	15	24	34	28	418	88	693
Soziale Herkunft ²							
Obligatorische Schule	23	31	28	19	229	91	246
Sekundarstufe II Tertiästufe	20 19	31 29	28 33	21 (19)	450 158	88 80	463 177
	15	2.7	33	(12)	136	80	1//
(Mit-)Verantwortung für Hausarbeiten	(4.4)	(20)	(2.4)	(22)	00	02	674
Nicht mehrheitlich (mit-)verantwortlich Mehrheitlich (mit-)verantwortlich	(14) 21	(20)	(34) 28	(33) 19	80 757	92 74	674 212
Zeitliche Belastung durch Hausarbeiten ³	+	02		.,,	7.57	, ,	
Relativ niedrig	11	25	34	30	490	92	488
Relativ hoch	34	38	21	(6)	347	82	398
Erwerbstätigkeit der Mutter in der Jugend							
Nein	27	30	28	15	249	90	289
Ja	18	31	29	22	588	87	597
Sensibilisierung für Benachteiligung von Frauen							
Nein	23	32	26	19	338	89	395
Ja	19	29	31	21	499	87	491
Mitgliedschaft in Vereinen, Organisationen oder Institutionen							
Nein	20	21	32	27	397	88	348
Ja	22	40	26	12	440	88	538

Nur Frauen zwischen 25 und 61 Jahren und Männer zwischen 25 und 64 Jahren, die mit einem Partner respektive einer Partnerin zusammen leben. Resultate, die auf 10 bis 29 Interviews basieren, sind in Klammern dargestellt; solche, die auf unter 10 Interviews basieren, sind nicht ausgewiesen.

Berufe nach Klassifikation ISCO-88: eher niedrigere soziale Position (Hilfsarbeitskräfte, Anlagen- und Maschinenbediener, Handwerks- und verwandte Berufe, Fachkräfte in der Landwirtschaft, Dienstleistungs- und Verkaufsberufe); eher höhere soziale Position (Bürokräfte u. kaufmännische Angestellte, technische und Pflegeberufe, akademische Berufe, Führungskräfte).

² Elternteil mit dem höheren abgeschlossenen Bildungsniveau.

³ Für die *relative Belastung durch Hausarbeit* werden für Frauen und Männer die jeweiligen Medianwerte als Grenzwerte gewählt: Frauen 20 Stunden pro Woche, Männer 4 Stunden pro Woche.

T14.1 Erwerbssituation von Frauen und Männern nach eigenen sozio-demografischen Merkmalen und Merkmalen des Partners oder der Partnerin sowie des Haushaltes, in % (Fortsetzung)

	Teilzeit 1-49% 18 33 40 34 27 34 44	32 21 31 40 32 25 21	40 11 11 11	230 262 255 90 518	83 90 91 86	250 277 265 94
35 19 15 16 30 29	33 40 34 27 34	21 31 40 32 25	11 11 11 26 11	262 255 90 518	90 91 86	277 265
35 19 15 16 30 29	33 40 34 27 34	21 31 40 32 25	11 11 11 26 11	262 255 90 518	90 91 86	277 265
35 19 15 16 30 29	33 40 34 27 34	21 31 40 32 25	11 11 11 26 11	262 255 90 518	90 91 86	277 265
19 15 16 30 29	40 34 27 34	31 40 32 25	11 11 26 11	255 90 518	91 86	265
15 16 30 29	27 34	32 25	11 26 11	90 518	86	
16 30 29	27 34	32 25	26 11	518		94
30 29	34	25	11			
30 29	34	25	11			
29					86	553
	44	21		218	90	228
41			6	101	93	105
41						
10	35		(9)	137	87	141
(10)						531 214
(. 0)			0,5	.,,,	<u> </u>	
23	31	28	18	679	88	722
(9)	28	33	30	158	84	164
21	28	30	20	531	87	566
20	34	27	20	306	89	320
22	28	24	26	327	92	421
18	31	34	16	381	88	385
(22)	34	29	(15)	129	70	80
(15)						81 805
22	32	20	10	740	67	805
	(27)	(20)		11	90	120
20						130 578
22	33	29	16	372	82	178
23	31	21	25	183	89	437
20	30	31	18	654	86	449
22	30	29	20	229	92	248
23				445 163	88 80	463 175
	119 119 110) 223 (9) 21 220 222 118 222) 	19 34 10) 19 23 31 (9) 28 21 28 20 34 22 28 18 31 22) 34 22 32 22 32 27 (27) 20 29 22 33 22 30 23 31	19 34 31 10) 19 32 23 31 28 (9) 28 33 21 28 30 20 34 27 22 28 24 18 31 34 22) 34 29 15) (23) 34 22 32 28 - (27) (30) 20 29 29 22 33 29 23 31 21 20 30 31	19 34 31 16 10) 19 32 39 23 31 28 18 (9) 28 33 30 21 28 30 20 20 34 27 20 22 28 24 26 18 31 34 16 22) 34 29 (15) 15) (23) 34 (27) 22 32 28 18 - (27) (30) - 20 29 29 22 22 33 29 16 23 31 21 25 30 31 18 22 30 29 20 23 31 27 20	19 34 31 16 507 10) 19 32 39 193 23 31 28 18 679 (9) 28 33 30 158 21 28 30 20 531 20 34 27 20 306 22 28 24 26 327 18 31 34 16 381 22) 34 29 (15) 129 15) (23) 34 (27) 91 22 32 28 18 746 - (27) (30) - 44 20 29 29 22 421 20 30 31 18 654 22 30 29 20 29 23 31 21 25 183 20 30 31 18 654	19 34 31 16 507 88 10) 19 32 39 193 87 23 31 28 18 679 88 (9) 28 33 30 158 84 21 28 30 20 531 87 20 34 27 20 306 89 22 28 28 24 26 37 30 87 88 89 20 30 31 34 46 387 388 389 389 380 380 380 380 380

 $^{^4}$ Median-Äquivalenzeinkommen: vgl. Definition im Kapitel 5.1, Seite 52

T14.1 Erwerbssituation von Frauen und Männern nach eigenen sozio-demografischen Merkmalen und Merkmalen des Partners oder der Partnerin sowie des Haushaltes, in % (Fortsetzung)

	Frauen					Männer	
	Nicht- erwerbs- tätig	Teilzeit 1-49%	Teilzeit 50-89%	Vollzeit	N	Vollzeit	N
Mehrheitlich (mit-)verantwortlich für Hausarbeiten Nein Ja	24 (10)	35 17	26 38	15 36	640 197	81 88	81 805
Zeitliche Belastung durch Hausarbeiten ³ Relativ niedrig Relativ hoch	26 15	33 27	24 35	17 23	459 378	86 91	519 367
Zeitliche Belastung durch Erwerbsarbeit ⁵ Relativ niedrig Relativ hoch	20 21	25 32	34 27	22 20	216 621	89 86	459 427
Sensibilisierung für Benachteiligung von Frauen Nein Ja	20 21	31 30	29 29	20 20	371 466	91 85	361 525
Mitgliedschaft in Vereinen, Organisationen oder Institutionen Nein Ja	19 22					89 86	423 463

³ Für die *relative Belastung durch Hausarbeit* werden für Frauen und Männer die jeweiligen Medianwerte als Grenzwerte gewählt: Frauen 20 Stunden pro Woche, Männer 4 Stunden pro Woche.

Quelle: SHP 2000

Gewichtung der Einflussfaktoren bezüglich Erwerbsverhalten der Frauen

Im Folgenden soll die gemeinsame Wirkung einiger ausgewählter Faktoren auf das Erwerbsverhalten der Frauen geprüft werden. Für die Modelle werden Variablen ausgesucht, die sich aus der deskriptiven Untersuchung aufgedrängt haben, wobei sie untereinander nicht allzu eng korreliert sein sollten, da sie sonst ihren Einfluss gegenseitig überlagern oder sogar überdecken können (Problem der Multikollinearität)¹⁹. Deshalb wird zum Beispiel nur das Bildungsniveau zurückbehalten und die damit verknüpfte soziale Position weggelassen. Für die multivariate Analyse berücksichtigt werden folgende individuellen Merkmale: Altersgruppen, Nationalität, Bildungsniveau, Erwerbstätigkeit der Mutter, Sensibilisierung für Benachteiligung von Frauen, Mitgliedschaft in Vereinen oder Ähnlichem, Verantwortung und überdurchschnittliche zeitliche Belastung durch Hausarbeit. Auf Haushaltsebene werden folgende Faktoren getestet: Haushaltstypen differenziert nach Alter des jüngsten Kindes sowie nach Anzahl der Kinder, die Einkommenslage des Haushaltes, das Vorhandensein einer externen Haushaltshilfe und städtische oder ländliche Wohnlage. Als Merkmale des jeweiligen Partners werden mit Ausnahme der sozio-demografischen, dieselben wie bei den Frauen und zusätzlich die Erwerbsbelastung untersucht (vgl. Tabelle T14.2).

⁵ Für die *relative Belastung durch Erwerbsarbeit* werden für Frauen und Männer jeweils das 1. Quintil als Grenzwert gewählt: Frauen 15 Stunden pro Woche, Männer 40 Stunden pro Woche.

Weiter konnten für die Logit-Schätzungen nur Merkmale aufgenommen werden, bei denen die Zellenbelegung der kategoriellen Variablen genügend gross ist.

T14.2 Modellierung der Einflussfaktoren für die Erwerbsbeteiligung der Frauen¹ im Zusammenhang mit der Familiensituation und anderen Merkmalen, insbesondere auch des jeweiligen Partners

	Erwerbsbeteiligung		Mehr als 15 Stunden Erwerbsarbeit		
	Chancen- verhältnisse	R ² = 0,2286 Signifikanz	Chancen- verhältnisse	R ² = 0,2393 Signifikanz	
55- bis 61-Jährige zu: 25- bis 39-Jährige 40- bis 54-Jährige	0,27 0,40	***	0,32 0,37	***	
Tertiärstufe zu: Obligatorische Schule Sekundarstufe II	(1,25) (1,13)		(1,01) (0,99)		
Schweizerin zu: Ausländerin	0,65	**	0,33	* * *	
Mutter in der Jugend nicht erwersbtätig zu: Mutter erwerbstätig	0,79	*	(0,77)		
Eher nicht sensibilisiert für Benachteiligung von Frauen zu: Eher sensibilisiert	(1,00)		(0,88)		
Nicht Aktiv-Mitglied in einem Verein, Organisation oder Institution zu: Aktiv-Mitglied	(0,92)		1,53	*	
Nicht mehrheitlich (mit-)verantwortlich für Hausarbeiten zu: Mehrheitlich (mit-)verantwortlich	0,64	**	(1,10)		
Relativ niedriges zeitliches Engagement für Hausarbeit zu: Relativ hohes zeitliches Engagement	1,34	*	2,79	* * *	
Merkmale des Haushalts					
Paarhaushalte ohne weitere Mitglieder zu: Jüngstes Kind 0 bis 6 Jahre Jüngstes Kind 7 bis 17 Jahre Andere Situation	6,29 1,67 (1,16)	***	5,95 2,78 (0,87)	***	
Paare mit 0 – 1 Kind zu: 2 Kinder 3 oder mehr Kinder	1,54 1,64	* * * *	(0,88) (1,15)		
Keine externe Haushaltshilfe zu: Externe Hilfe	0,35	***	0,35	***	
Einkommensschwache Haushalte zu: Haushalte mittlerer Einkommenslage Wohlhabende Haushalte	0,64 (0,68)	**	0,37 0,29	***	
Städtische Wohnregion zu: Ländliche Wohnregion	0,73	* *	0,69	*	
Merkmale des jeweiligen Partners					
Relativ niedrige zeitliche Belastung durch Erwerbsarbeit zu: Relativ hohe zeitliche Belastung	0,18	***	0,89	***	
Nicht mehrheitlich (mit-)verantwortlich für Hausarbeiten zu: Mehrheitlich (mit-)verantwortlich	0,33	***	0,63	*	

T14.2 Modellierung der Einflussfaktoren für die Erwerbsbeteiligung der Frauen¹ im Zusammenhang mit der Familiensituation und anderen Merkmalen, insbesondere auch des jeweiligen Partners (Fortsetzung)

	Erwerbsbeteiligu	ng	Mehr als 15 Stunden Erwerbsarb		
	Chancen- verhältnisse	R ² = 0,2286 Signifikanz	Chancen- verhältnisse	R ² = 0,2393 Signifikanz	
Relativ niedrigs zeitliches Engagement für Hausarbeit zu: Relativ hohes zeitliches Engagement	(1,06)		(0,56)		
Eher nicht sensibilisiert für Benachteiligung von Frauen zu: Eher sensibilisiert	(0,94)		(1,01)		
Nicht Aktiv-Mitglied in einem Verein, Organisation oder Institution zu: Aktiv-Mitglied	(0,81)		(0,97)		

Modelliert wird die logit-transformierte Wahrscheinlichkeit, dass Frauen überhaupt erwerbstätig sind (linke Spalte) oder eine Erwerbsarbeitszeit >15 Std./Woche haben (rechte Spalte).

Die Chancenverhältnisse entsprechen den odds ratios (odds Referenzkategorie / odds Vergleichsgruppe).

Quelle: SHP 2000

Negativ auf eine Erwerbsbeteiligung von Frauen in Paarbeziehungen wirkt sich das Alter aus: Jüngere Frauen sind im Vergleich zu den über 54-Jährigen deutlich häufiger erwerbstätig. Vermutlich spielt hier ein Generationeneffekt eine Rolle. Bei älteren Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit während der Familienphase länger unterbrochen haben, ist zudem ein Wiedereinstieg ins Erwerbsleben wahrscheinlich auch schwieriger. Ausländerinnen sind bei sonst gleichen Merkmalen eher erwerbstätig als Schweizerinnen. Eine relativ hohe zeitliche Belastung durch Hausarbeit wirkt eindeutig hindernd auf die Erwerbsbeteiligung.

Wie erwartet hat die Haushaltssituation einen entscheidenden Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Leben sie in einem Haushalt, in dem das jüngste Kind noch im Vorschulalter ist, sind sie deutlich weniger oft erwerbstätig als Frauen in Paarhaushalten ohne weitere Mitglieder. Ist das jüngste Kind zwischen 7 und 17 Jahre alt, ist dieses Verhältnis etwas weniger ausgeprägt, bleibt aber bestehen. Die Anzahl Kinder zeigt sich ebenfalls als relativ starker Einflussfaktor.

Ist eine Haushaltshilfe vorhanden, erhöht sich die Chance von Frauen für eine Erwerbsbeteiligung stark. In Haushalten mit mittlerer Einkommenslage oder in wohlhabenden Haushalten ist sie höher als in einkommensschwachen (allerdings sind die Resultate nur für die mittleren Einkommenslagen signifikant). Einen Einfluss hat auch die Wohnregion: In ländlichen Gebieten sind Frauen eher erwerbstätig als in städtischen.

Ist der Partner für die Mehrheit der Hausarbeiten (mit-) verantwortlich, ist die Frau signifikant häufiger erwerbstätig, als wenn er sich nicht oder nur an der Minderheit der Hausarbeiten beteiligt. Eine hohe zeitliche Erwerbsbelastung des Partners scheint hingegen eine Erwerbsbeteiligung der Frauen zu unterstützen. Diese Tatsache ist nicht einfach zu interpretieren. Sie könnte im Zusammenhang stehen mit relativ langen Arbeitszeiten bei selbständiger Erwerbstätigkeit oder bei einem eher wenig qualifizierten Beruf des Partners, was die Notwendigkeit eines Zweitverdienstes für den Haushalt verstärken kann.

^{*} p <= 0.05 ** p <= 0.01 *** p <= 0.001 (nicht signifikante Werte sind in Klammern gesetzt). Die Referenzkategorien sind fett gedruckt. *Lesebeispiel:* Unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren schätzt das Modell für eine Frau, die mit ihrem Partner in einem 2-Personenhaushalt lebt, die Chance erwerbstätig zu sein gut 6-mal höher ein als für eine Frau, die mit ihrem Partner und jüngstem Kind zwischen 0 und 6 Jahren im Haushalt lebt. Die Chance, mehr als 15 Std. pro Woche erwerbstätig zu sein, ist ebenfalls rund 6-mal höher.

¹ Nur Frauen zwischen 25 und 61 Jahren, die mit einem Partner zusammen leben; N=837.

Bei der Überprüfung der Einflussfaktoren auf eine Erwerbstätigkeit der Frauen von mehr als 15 Stunden wöchentlich (Tabelle T14.2, rechte Spalte) erhalten wir praktisch dasselbe Bild wie bei der Erwerbsbeteiligung überhaupt. Gewisse Faktoren zeigen deutlicher einen fördernden Einfluss oder sind signifikanter wie die Nationalität oder die Einkommenslage des Haushaltes. Bei den Faktoren, welche die Chance auf eine Erwerbsarbeit der Frauen von mehr als 15 Stunden verkleinern, wirken die Merkmale «relativ hohe zeitliche Belastung durch Hausarbeit» und das Vorhandensein von Kindern im Schulalter stärker. Aber auch die Mitgliedschaft in einem Verein hat einen negativen Einfluss.

Alle anderen Faktoren, welche im deskriptiven Teil 14.1 vorgestellt wurden, haben keinen eindeutigen Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen oder sind nicht signifikant.²⁰

14.2 Einflussfaktoren auf den Zeitaufwand für Hausarbeit

In einem zweiten Teil sollen die Einflussfaktoren auf den Zeitaufwand für Hausarbeit analysiert werden. Männer und Frauen in Paarbeziehungen weisen einen sehr unterschiedlichen Zeitaufwand für Hausarbeiten auf. Deshalb muss ein relativer Grenzwert für Männer von 4 Stunden wöchentlich und ein solcher von wöchentlich 20 Stunden für Frauen definiert werden.²¹ Ein spezielles Interesse gilt auch hier dem Zusammenspiel der Partnermerkmale (vgl. Tabelle T14.3).

Männer in Familienhaushalten erhöhen ihren relativen Zeitaufwand für Hausarbeiten signifikant im Vergleich zu Partnern in 2-Personenhaushalten, wenn das jüngste Kind im Haushalt zwischen 0 und 6 Jahre alt ist. Einschränkend muss hier festgehalten werden, dass nur die Hausarbeit in Betracht gezogen wird. Der Zeitaufwand für Kinderbetreuung wird im Schweizer Haushalt-Panel (SHP) nicht erhoben.²²

Ein zweiter Faktor sticht deutlich hervor: Hat die Partnerin eine höhere zeitliche Erwerbsbelastung (über 15 Stunden pro Woche), fördert dies das zeitliche Engagement des Mannes für Hausarbeiten eindeutig.

Einen signifikant negativen Einfluss auf den zeitlichen Aufwand für Hausarbeit hat bei den Männern eine verhältnismässig hohe, eigene zeitliche Belastung durch Erwerbsarbeit (über 40 Stunden pro Woche). Übernimmt die Partnerin mehrheitlich die (Mit-)Verantwortung oder investiert sie verhältnismässig viel Zeit in Hausarbeit, spricht dies ebenfalls eher gegen ein grösseres Engagement der Männer im Haushalt. Auffallend ist der starke Einfluss einer Mitgliedschaft in einem Verein, einer Organisation oder Institution. Ein ausserhäusliches Engagement erscheint hier deutlich hindernd für ein überdurchschnittliches Engagement der Männer bei der Hausarbeit. Alle anderen Merkmale zeigen keinen signifikanten Einfluss.

Anders als bei den Männern spielt bei den Frauen das Bildungsniveau auch unter Berücksichtigung der anderen Faktoren eine zentrale Rolle. Frauen mit tiefem und mittlerem Bildungsniveau investieren deutlich häufiger über-

Variablen, die nicht signifikant sind, können nicht kommentiert werden. Das Bildungsniveau generell scheint unter Berücksichtigung der Familiensituation keinen eindeutigen Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu haben. Das bestätigen auch die Analysen von Buchmann et al. Neben der familiären Situation beeinflussen die Arbeitsbedingungen in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten das Erwerbsverhalten, da sie günstigere berufs- und betriebsspezifische Kontextbedingungen für eine Erwerbsbeteiligung von Frauen haben, respektive anbieten als andere (vgl. Marlis Buchmann et al. (2002): a.a.O. Seite 49ff. Vgl. dazu insbesondere auch das Kapitel 15 in dieser Publikation. Wird die Familiensituation nicht in Betracht gezogen, lassen sich allerdings der eher negative Einfluss eines tiefen Bildungsniveaus und der eher positive Einfluss des biografischen Elementes (Erwerbstätigkeit der Mutter in der Jugend) ausmachen.

²¹ Bei diesen Werten handelt es sich um die jeweiligen Median-Werte. Das heisst, die Hälfte der Männer in Paarbeziehungen wenden weniger als 4 Stunden wöchentlich für Hausarbeiten auf und die andere Hälfte mehr als 4 Stunden. Analog sind es bei den Frauen in Paarbeziehungen unter, respektive über 20 Stunden wöchentlich. Diese Definition von relativer Belastung durch Hausarbeit sichert zudem eine genügend grosse Anzahl Beobachtungen in beiden Gruppen.

Wie aus anderen Erhebungen bekannt ist, investieren V\u00e4ter ihre Zeit zu Hause vorwiegend in die Kinderbetreuung und nicht in die Hausarbeit. Vgl. Unbezahlt- aber trotzdem Arbeit. BFS, Neuch\u00e4tel 1999: S. 26.

T14.3 Modellierung der Einflussfaktoren für einen relativ hohen Zeitaufwand für Hausarbeit im Zusammenhang mit der Familiensituation und anderen Merkmalen, insbesondere auch des jeweiligen Partners¹

	Frauen	N=837	Männer	N=886
	Chancen- verhältnisse	$R^2 = 0,1934$ Signifikanz	Chancen- verhältnisse	$R^2 = 0,1080$ Signifikanz
Merkmale der Person				
Tertiärstufe zu: Obligatorische Schule Sekundarstufe II	0,42 0,61	* * *	(0,96) (1,13)	
Schweizerinnen und Schweizer zu: Ausländerinnen und Ausländer	0,54	* *	0,99	
Relativ niedrige zeitliche Belastung durch Erwerbsarbeit zu: Relativ hohe zeitliche Belastung	3,05	* * *	1,80	* * *
Mutter in der Jugend nicht erwersbtätig zu: Mutter erwerbstätig	(0,88)		(0,86)	
Eher nicht sensibilisiert für Benachteiligung von Frauen zu: Eher sensibilisiert	(1,08)		(0,81)	
Nicht Aktiv-Mitglied in einem Verein, Organisation oder Institution zu: Aktiv-Mitrglied	(0,77)		1,78	***
Merkmale des Haushalts				
Paarhaushalte ohne weitere Mitglieder zu: Jüngstes Kind 0 bis 6 Jahre Jüngstes Kind 7 bis 17 Jahre Andere Situation	(0,65) (0,64) 0,43	**	0,48 (0,92) (1,23)	***
Paare mit einem oder keinem Kind zu: 2 Kinder 3 oder mehr Kinder	0,66 0,52	*	(0,95) (0,92)	
Keine externe Haushaltshilfe zu: Externe Hilfe	(1,31)		(0,82)	
Wohlhabende Haushalte zu: Einkommensschwache Haushalte Haushalte mittlerer Einkommenslage	0,54 0,67	*	(0,78) (0,86)	
Städtische Wohnregion zu: Ländliche Wohnregion	(1,03)		(1,03)	
Merkmale des jeweiligen Partners oder der Partnerin				
Relativ niedrige zeitliche Belastung durch Erwerbsarbeit zu: Relativ hohe zeitliche Belastung	0,70	*	0,54	***
Nicht mehrheitlich (mit-)verantwortlich für Hausarbeiten zu: Mehrheitlich (mit-)verantwortlich	2,29	* * *	1,89	**
Relativ niedriges zeitliches Engagement für Hausarbeit zu: Relativ hohes zeitliches Engagement	(1,17)		1,39	*
Eher nicht sensibilisiert für Benachteiligung von Frauen zu: Eher sensibilisiert	(0,99)		(0,95)	
Nicht Aktiv-Mitglied in einem Verein, Organisation oder Institution zu: Aktiv-Mitglied	(0,97)		(0,89)	

Modelliert wird die logit-transformierte Wahrscheinlichkeit, dass eine Person relativ viel Zeit für Hausarbeit (ohne Kinderbetreuung) investiert: Frauen mehr als 20 Std.; Männer mehr als 4 Std. pro Woche.

Die Chancenverhältnisse entsprechen den odds ratios (odds Referenzkategorie / odds Vergleichsgruppe).

Quelle: SHP 2000

^{*} p <= 0.05 ** p <= 0.01 *** p <= 0.001 (nicht signifikante Werte sind in Klammern gesetzt). Die Referenzkategorien sind fett gedruckt. Lesebeispiel: Unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren schätzt das Modell für eine Frau mit relativ niedriger zeitlicher Erwerbsbelastung eine rund 3-mal grössere Chance, über 20 Stunden pro Woche für Hausarbeit aufzuwenden als für eine Frau mit relativ hohem Zeitaufwand für Erwerbsarbeit.

¹ Nur Frauen zwischen 25 und 61 Jahren und Männer zwischen 25 und 64 Jahren, die mit ihrem Partner / ihrer Partnerin zusammen leben.

durchschnittlich viel Zeit in Hausarbeit als solche mit tertiärem Bildungsabschluss; Ausländerinnen wenden häufiger viel Zeit auf als Schweizerinnen.

Logischerweise geht eine grössere zeitliche Erwerbsbelastung bei Frauen eher mit einem kleineren Aufwand für Hausarbeit einher. Letzteres wird ebenfalls stark unterstützt, wenn der Partner die (Mit-) Verantwortung für die Mehrheit der Hausarbeiten übernimmt. Umgekehrt fördert eine hohe Erwerbsbelastung des Partners den Aufwand der Frauen für Hausarbeit. In einkommensschwachen Haushalten wenden Frauen signifikant häufiger relativ viel Zeit auf.

Bei der Familiensituation zeigen sich klare Strukturen, obwohl die Resultate nicht signifikant sind. Das rührt daher, dass diese durch andere Merkmale wie die zeitliche Belastung durch Erwerbsarbeit überlagert werden.²³ Verglichen mit Frauen, die nur mit ihrem Partner zusammen leben, investieren Frauen mit dem jüngsten Kind im Vorschulalter deutlich häufiger überdurchschnittlich viel Zeit in Hausarbeit (die Kinderbetreuung ist hier nicht berücksichtigt). Im Gegensatz zu den Männern bleibt dieser Unterschied bestehen, wenn das jüngste Kind im Schulalter ist. Er scheint sogar noch stärker, wenn ältere Kinder oder andere erwachsene Personen im Haushalt leben. Auch die Anzahl Kinder erhöht die Wahrscheinlichkeit einer hohen zeitlichen Belastung durch Hausarbeit für Frauen. Im Gegensatz dazu verstärken offensichtlich Männer ihr Engagement bei der Hausarbeit nur signifikant, wenn ein Kind unter sieben Jahren im Haushalt lebt. Das könnte ein Hinweis sein auf eine Etablierung und sogar Verstärkung der Rollenteilung mit zunehmendem Alter und Anzahl der Kinder. Dahinter könnte sich aber auch ein Generationeneffekt verstecken. Im folgenden Teil des Kapitels wird unter anderem diese Hypothese geprüft.

14.3 Aufteilung der Hausarbeit in Paarhaushalten

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist in den letzten Jahrzehnten stetig angestiegen. Diese Entwicklung hat ihre Entsprechung in einer wachsenden Zahl von Frauen, deren Alltag durch eine Doppelbelastung in Beruf und Familie geprägt ist. Es stellt sich damit fast zwangsläufig die Frage, inwieweit diese zunehmende «Feminisierung» des Arbeitsmarktes ein entsprechend stärkeres Engagement der Männer im häuslichen Bereich zur Folge hat.

Die bisher verfügbaren Daten für die Schweiz zeigen ein weiterhin schwaches Engagement der Männer im häuslichen Bereich. Nach wie vor tragen in 8 von 10 Paarhaushalten Frauen die Verantwortung für die Hausarbeit alleine. Leben Kinder im Haushalt, sind es gar 9 von 10.²⁴ Der Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit wird entscheidend beeinflusst vom Alter des jüngsten Kindes. Allerdings übernehmen die Mütter den Grossteil dieser unbezahlten Arbeit. Väter erhöhen ihren Aufwand zwar ebenfalls verglichen mit Partnern in 2-Personenhaushalten, dies aber in viel geringerem Mass. Die Resultate zeigen ebenfalls deutlich, dass bei Erwerbstätigkeit von Familienfrauen ihr Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit nicht entsprechend ihrer Erwerbsbelastung zurück geht.

In diesem dritten Abschnitt geht es jedoch nicht um den Umfang, sondern um die Aufteilung der Hausarbeit in Paarhaushalten. Ein besonderes Interesse gilt dabei den Determinanten eines von der traditionellen Rollenteilung abweichenden Verhaltens. Die Untersuchung bezieht sich auf zusammenlebende Paare im erwerbsfähigen Alter (25 – 61/64 Jahre). Die Hausarbeit von Kindern oder andern in Paarhaushalten lebenden Personen bleibt ausgeklammert.

Wie in den vorangehenden Abschnitten stammen die Daten aus dem Schweizer Haushalt-Panel (SHP, vgl. Seite 209f im Anhang). Es wird nur die Hausarbeit im engeren Sinn untersucht, da die Kinderbetreuung im SHP nicht erfasst wurde. Die Fragen zur Hausarbeit sind zwar weniger detailliert als im Modul «Unbezahlte Arbeit» der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung, werden aber sämtlichen mindestens 14-jährigen Haushaltsmitgliedern

Wenn wir im Modell die Merkmale «Belastung durch Erwerbsarbeit» und «Verantwortung des Partners für die Mehrheit der Hausarbeiten» ausschliessen, werden diese Faktoren deutlich signifikant.

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE): Unbezahlte Arbeit 2000. In dieser Erhebung wird die Haus- und Familienarbeit zwar detaillierter erhoben als im Schweizer Haushalt-Panel (SHP), hingegen wird jeweils nur eine Person pro Haushalt befragt. Somit kann der Zeitaufwand des jeweiligen Partners respektive der Partnerin nicht direkt verglichen werden. Vgl. auch: Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit. BFS, Neuchätel 1999 und Internet: www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber16/fam_arb/dtfr16 fam.htm.

gestellt. Somit können anhand des SHP erstmals die Angaben von zusammenlebenden Familienmitgliedern direkt zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Vergleichbare Studien im Ausland zeigen, dass die Erwerbsbeteiligung der Frau einen starken Einfluss ausübt. Eine wesentliche Bedeutung wird auch der Ressourcenlage zugeschrieben. So ist anzunehmen, dass Frauen mit hohem Erwerbseinkommen eine bessere «Verhandlungsgrundlage» haben, wenn es um die Verteilung der Hausarbeit auf die Familienmitglieder geht.²⁵ Ähnliches gilt für die intellektuellen Ressourcen, wobei diese charakteristischerweise von schichtspezifischen Wertvorstellungen überlagert werden, die sich ihrerseits im Rollenverhalten niederschlagen können. Wohlhabende Haushalte können sich natürlich eher eine externe Haushaltshilfe leisten, welche die Partnerinnen im Verhältnis zu ihren Männern stärker entlasten dürfte. Das Alter und die Zahl der Kinder sind, wie oben gezeigt, die Hauptdeterminanten des Zeitaufwands für Hausarbeiten. Es ist davon auszugehen, dass die Kindersituation auch auf die Aufteilung der Hausarbeit einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss ausübt. Zu prüfen ist schliesslich die Frage, ob zwischen der jüngeren und älteren Generation markante Verhaltensunterschiede bezüglich der Rollenverteilung bestehen. Die Beantwortung dieser letzten Frage ist mit den vorhandenen Daten allerdings nur ansatzweise möglich, weil dazu eine mehrjährige Beobachtung von Alterskohorten nötig wäre.

Einseitige Arbeitsteilung im Haushalt

Die Aufteilung der Hausarbeit (AHa) wird mit Hilfe eines Index²⁶ gemessen, der den Anteil der Partnerin an der vom Paar insgesamt verrichteten Hausarbeit wiedergibt:²⁷

$$\mbox{AHA = } \frac{\mbox{W\"{o}}\mbox{chentlicher Zeitaufwand der Partnerin f\"{u}\mbox{r Hausarbeiten}}{\mbox{W\"{o}}\mbox{chentlicher Zeitaufwand der Partnerin + des Partners f\"{u}\mbox{r Hausarbeiten}}$$

Definitionsgemäss liefert der Index Werte im Bereich zwischen O (Partner erledigt die gesamte Hausarbeit) und 1 (Partnerin erledigt die gesamte Hausarbeit). Ein Indexwert von 0,5 bedeutet, dass die Partnerin und der Partner je die Hälfte der Hausarbeit erledigen.

T14.4 Verteilung des AHa-Index

Ausgewählte Grenzwerte	
90%	0,98
75%	0,92
50% (Median)	0,83
25% (Unteres Quartil)	0,67
10%	0,50
Mittelwert (N = 1'363)	0,78

Quelle: SHP 2000

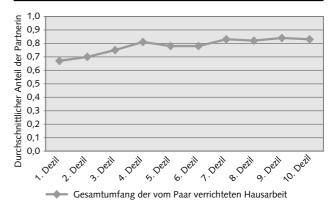
Das partnerschaftliche Modell ist lediglich in jedem zehnten Haushalt verwirklicht (inklusive die wenigen Fälle, in denen der Partner den grösseren Teil übernimmt). In 25% der Haushalte verrichtet die Partnerin höchstens zwei Drittel der gesamten Hausarbeit. In der überwiegenden Zahl der Haushalte aber ist die Hausarbeit einseitig zu Lasten der Frau aufgeteilt. In 50% der Haushalte erledigt die Partnerin mehr als vier Fünftel der Hausarbeit.

Determinanten der Aufteilung

Trotz der global gesehen einseitigen Aufteilung der Hausarbeit ist zu vermuten, dass dieses Ungleichgewicht je nach Haushalt mehr oder weniger stark ausgeprägt ist. So stellt sich die Frage, ob das Ungleichgewicht zwischen Partnerinnen und Partnern mit steigender zeitlicher Belastung zunimmt.

Tatsächlich ist das Ungleichgewicht zwischen Mann und Frau in Haushalten mit vergleichsweise geringer Belastung durch Hausarbeiten weniger ausgeprägt. Ab dem 4. Dezil hat der Gesamtumfang der Hausarbeit allerdings keinen erkennbaren Einfluss mehr auf den durchschnittlichen Anteil der Partnerin. Mit andern Wor-

Anteil der Partnerin in Abhängigkeit des Umfangs der vom Paar pro Woche verrichteten Hausarbeit G 14.3



Quelle: SHP 2000

Vgl. Man Yee Kann: «Gender Asymmetry in the Division of Domestic Labour». Presented at the British Household Panel Survey 2001 conference at the ISER, University of Essex, Seite 4.

Diesen Index hat Gershuny (1996) verwendet und ihn mit dem klangvollen Namen dodl versehen (division of domestic labour). Vgl. Gershuny Jonathan: «Veränderungen bei der Arbeitsteilung im Haushalt: Mikrosoziologische Analysen», in: Zapf Wolfgang et al.: «Lebenslagen im Wandel: Lebenslagen im Längsschnitt». Frankfurt a.M. 1996: Seite

Wie viele Stunden brauchen Sie nur für die Hausarbeit (waschen, kochen, putzen, etc.) in einer gewöhnlichen Woche?

ten ist das Ungleichgewicht zwischen Partnerin und Partner in den 60% arbeitsintensivsten Haushalten etwa gleich gross.

Der Umfang der Hausarbeit hat also nur einen verhältnismässig geringen Einfluss auf die Arbeitsteilung im Haushalt. Welches sind aber deren wesentliche Bestimmungsgründe? Lässt sich das unterschiedliche Rollenverhalten in verschiedenen Haushalten an äusseren Merkmalen festmachen oder stehen dahinter schwierig zu erfassende Rollenbilder?

Die Erwerbssituation der Partnerin übt den erwartet starken Einfluss auf die Aufteilung der Hausarbeit aus. Während nicht erwerbstätige Frauen in den meisten Haushalten den Löwenanteil der Hausarbeit besorgen, herrscht in Haushalten, in denen die Partnerinnen Vollzeit erwerbstätig sind, eine wesentlich ausgeglichenere Arbeitsteilung vor: In einem von vier solchen Haushalten verrichten die Partnerin und der Partner gleich viel Hausarbeit und in der Hälfte der Fälle erledigt die Partnerin maximal zwei Drittel der Hausarbeit. Interessanterweise verrichten Frauen mit einem Beschäftigungsgrad von unter 50% im Verhältnis zu ihren Partnern kaum weniger Hausarbeit als nicht erwerbstätige Frauen. Tendenziell geht eine reduzierte Erwerbsbeteiligung des Partners mit einem verstärkten Engagement im Haushalt einher. Allerdings bilden Teilzeit erwerbstätige Männer eine krasse Minderheit und sind für zuverlässige Aussagen zu knapp in der Stichprobe vertreten (vgl. Tabelle T14.5).

Neben der Erwerbsbeteiligung scheint auch die Höhe des Erwerbseinkommens mit einer partnerschaftlicheren Arbeitsteilung verbunden zu sein (vgl. Haushalte, in denen die Partnerin mindestens ein Drittel zum gesamten Erwerbseinkommen beisteuert). Kleinere Beiträge hingegen haben kaum einen nennenswerten Effekt. Um die oben erwähnte Ressourcentheorie genauer zu prüfen, müsste allerdings auch die auf einen einheitlichen Stundenansatz umgerechneten Beiträge miteinander verglichen werden.

Das Bildungsniveau hat nur bei den Frauen einen signifikanten Effekt: Bei Paaren mit tertiär ausgebildeter Partnerin ist die Hausarbeit weniger ungleich verteilt. Die Aufteilung ist aber auch in einer Mehrzahl dieser Haushalte ein gutes Stück vom Ideal der Gleichverteilung entfernt.

Die regelmässige Unterstützung durch eine externe Haushaltshilfe führt zwar definitionsgemäss zu einer generellen Entlastung der Paare, mindert aber das Ungleichgewicht zwischen Partnerin und Partner nur geringfügig.

Bei unverheirateten Paaren ist die Hausarbeit weniger einseitig verteilt als bei verheirateten Paaren. Ob die Eheschliessung jedoch tatsächlich mit einer Verhaltensänderung verbunden ist und den Übergang von einer eher egalitären zur traditionellen Rollenverteilung markiert, geht aus den Daten nicht hervor.²⁸

Als nur teilweise zutreffend erweist sich die Annahme, dass die Aufteilung der Hausarbeit wesentlich von der Familiensituation abhängt. Deutlich von der vorherrschenden Rollenteilung weichen lediglich zu zweit zusammenlebende Paare ab. Abgesehen davon haben weder die Anzahl noch das Alter der Kinder einen wesentlichen Einfluss.²⁹

Die Hausarbeit scheint unter jungen Paaren erwartungsgemäss etwas weniger ungleich verteilt zu sein, wobei die Differenzen zwischen den Altersgruppen sehr gering sind. Möglicherweise ergäbe eine Unterteilung in weniger breite Altersklassen ein etwas nuancierteres Bild; die beschränkte Stichprobe erlaubt dies jedoch nicht.

Abschliessend sollen mit Hilfe eines logistischen Regressionsmodells die Einflussfaktoren in ihrem Zusammenspiel untersucht werden (vgl. Tabelle T14.6).

Modelliert wird die Wahrscheinlichkeit, dass der Anteil der Partnerin an der gesamten Hausarbeit höchstens zwei Drittel beträgt (AHa ≤ 0.66).³0 Entsprechende Fälle werden der Einfachheit halber hier auch als «Haushalte mit partnerschaftlicher Arbeitsteilung» bezeichnet. In einem ersten Schritt sind sämtliche der oben kommentierten Merkmale in das Modell einbezogen worden.³¹ Ausgewiesen wird hier nur das verbleibende Modell mit den signifikanten Prädiktoren, mit Ausnahme des Erwerbseinkommens³². Dabei handelt es sich um jene Merkmale, die sich bereits im vorangehenden Überblick als einflussreich herausgestellt haben. Auch unter Berücksichtigung

²⁸ Sobald das SHP einige Jahre gelaufen ist, kann diese Frage mit Hilfe von individuellen Verlaufsanalysen schlüssiger beantwortet werden.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass es im vorliegenden Kapitel nicht um den durchschnittlichen Zeitaufwand für Hausarbeiten geht. Dieser hängt im Gegensatz zur Aufteilung der Hausarbeit hauptsächlich von der Familiensituation ab.

³⁰ Bei der Festlegung dieses Grenzwertes spielen empirische Gesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle. Gegen eine Zweiteilung des Aufteilungsindex bei 0.5 (Partnerin wendet gleich viel oder weniger Zeit für Hausarbeit auf als Partner) spricht die Tatsache, dass nur rund 130 Haushalte in der Stichprobe vertreten sind, in welchen die Hausarbeit in diesem Verhältnis aufgeteilt ist (10% der Stichprobe).

³¹ Zu beachten sind auch diesbezüglich die Auswirkungen der knappen Stichprobengrösse. Sie hat zur Folge, dass nur deutlich ausgeprägte Effekte signifikant nachgewiesen werden können.

Das Verhältnis des weiblichen und männlichen Erwerbseinkommens hat zwar hochsignifikanten Einfluss, würde sich aber vor allem bei einer separaten Modellierung der doppelt verdienenden Paarhaushalte anbieten. Erschwerend kommt die sehr enge Korrelation mit der Erwerbsbeteiligung hinzu.

T14.5 Verteilung des Aha-Index nach soziodemografischen Merkmalen

	Unteres Quartil	Median	N
Alle Paarhaushalte	0,67	0,83	1'363
Familiensituation Paar (ohne weitere Haushaltsmitglieder) jüngstes Kind 0-6 jüngstes Kind 7-17 Paar in anderer Situation	0,58	0,74	394
	0,70	0,83	414
	0,73	0,87	401
	0,75	0,89	154
Anzahl Kinder im Haushalt kein oder 1 Kind 2 Kinder 3 oder mehr Kinder	0,64	0,80	850
	0,71	0,86	354
	0,77	0,88	159
Zivilstand Verheiratete Paare Unverheiratete Paare	0,71	0,84	1'205
	0,50	0,67	158
Regelmässige Haushaltshilfe von externer Seite nein ja	0,68	0,84	1'121
	0,63	0,78	242
Bildungsniveau des Partners Obligatorische Schule Sekundarstufe II Tertiärstufe	0,67	0,83	77
	0,67	0,83	696
	0,67	0,83	590
Bildungsniveau der Partnerin Obligatorische Schule Sekundarstufe II Tertiärstufe	0,73	0,88	231
	0,68	0,83	877
	0,58	0,75	255
Alter des Partners 25-39 Jahre 40-54 Jahre 55-64 Jahre	0,63	0,77	511
	0,71	0,86	615
	0,71	0,86	237
Alter der Partnerin 25-39 Jahre 40-54 Jahre 55-61 Jahre	0,65 0,71 0,71	0,80 0,86 0,83	630 588 145
Erwerbssituation des Partners nicht erwerbstätig Teilzeit 1-49% Teilzeit 50-89% Vollzeit	(0,56) • (0,56) (0,71)	0,71	60 9 94 1'173
Erwerbssituation der Partnerin nicht erwerbstätig Teilzeit 1-49 % Teilzeit 50-89 % Vollzeit	0,80 0,74 0,63 0,50	0,88 0,86 0,77 0,67	381 350 354 220
Beitrag der Partnerin zum gesamten Erwerbseinkommen ¹ Weniger als ein Drittel Ein Drittel oder mehr	0,71	0,85	720
	0,50	0,67	284

Resultate, die auf 10 bis 29 Interviews basieren, sind in Klammern dargestellt; solche, die auf unter 10 Interviews basieren, sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SHP 2000

¹ Jährliches Nettoerwerbseinkommen der Partnerin / (jährliches Nettowerbseinkommen des Partners + der Partnerin). Nur doppelt verdienende Haushalte

T14.6 Anteil der Partnerin am Total der vom Paar verrichteten Hausarbeit (logistische Regression)

	Chancenverhältnisse					
Paarhaushalte ohne weitere Haushaltsmitglieder zu:						
Jüngstes Kind 0-6	(1,0)					
Jüngstes Kind 7-17	1,6	*				
Andere Situation	1,8	*				
Nicht verheiratete Paare zu:						
Verheiratete Paaren	2,0	* * *				
Partnerin mit tertiärem Bildungsabschluss zu:						
Partnerin ohne nachobligatorische Bildung	2,1	* * *				
Partnerin mit Abschluss auf Sekundarstufe II	(1,4)					
Partnerin Vollzeit erwerbstätig (90-100%) zu:						
Partnerin nicht erwerbstätig	7,1	* * *				
Partnerin 1-49% erwerbstätig	3,9	* * *				
Partnerin 50-89% erwerbstätig	1,7	* *				

Modelliert wird die logit-transformierte Wahrscheinlichkeit, dass der AHa-Index≤0.66 ist.

Die Chancenverhältnisse entsprechen den odds ratios (odds Referenzkategorie / odds Vergleichsgruppe).

Lesebeispiel: Unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren schätzt das Modell für Paarhaushalte mit Vollzeit erwerbstätiger

Partnerin eine 7,1-mal grössere Chance (odds) als für Paarhaushalte, in denen die Partnerin nicht erwerbstätig ist.

Die Referenzkategorien sind fett gedruckt.

Quelle: SHP 2000

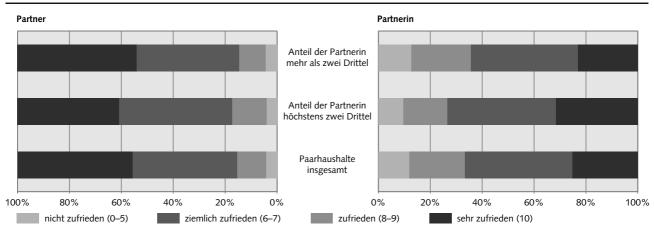
der anderen Prädiktoren ist die Wahrscheinlichkeit einer partnerschaftlichen Aufteilung je nach Erwerbsbeteiligung sehr unterschiedlich. In Paarhaushalten mit Vollzeit erwerbstätiger Partnerin beträgt sie 57%, wenn die Partnerin gleichzeitig über eine tertiären Bildungsabschluss verfügt und verheiratet mit ihrem Mann zu zweit zusammenlebt. Bei einer Teilzeiterwerbstätigkeit von unter 50% beträgt die Wahrscheinlichkeit bei sonst gleichen Merkmalen gemäss Modellschätzung nur noch 26%. Am anderen Ende des Spektrums sind Paarhaushalte an-

zusiedeln, in denen die Partnerin nicht erwerbstätig ist. Bei sonst gleichen Merkmalen ist die Chance im Vergleich zu Haushalten mit Vollzeit erwerbstätiger Partnerin rund siebenmal kleiner, dass die Partnerin höchstens zwei Drittel der Hausarbeit verrichten muss.

Von den vier ins Modell aufgenommenen Faktoren erklärt also die Erwerbsbeteiligung der Frau die partnerschaftliche Aufteilung der Hausarbeit am besten. Variationen der drei anderen Merkmale erhöhen bzw. vermindern die Wahrscheinlichkeit weniger stark.

Zufriedenheit mit der Aufteilung der Hausarbeit (Skala 0 bis 10)

G 14.4



Quelle: SHP 2000 © Bundesamt für Statistik (BFS)

Männer scheinen mit der Aufteilung der Hausarbeit im Haushalt insgesamt zufriedener als die Frauen. Übernimmt die Partnerin über zwei Drittel der Aufgaben, ist der Anteil sehr Zufriedener recht hoch. Die Vermutung scheint berechtigt, dass hier wohl kein grosses Veränderungspotential vorliegt.

Obwohl Frauen insgesamt ebenfalls eher zufrieden sind mit der Aufteilung der Hausarbeit, sind doch 4 von 10 nicht oder eher weniger zufrieden, wenn sie über zwei Drittel der Aufgaben übernehmen müssen.³³

14.4 Schlussfolgerungen und Ausblick

Die differenzierte Darstellung der Verteilung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, die in einer Paarbeziehung leben, sowie die Analyse der Einflussfaktoren ergeben keine direkten Hinweise auf die «neuen Männer», die durch Teilzeitarbeit versuchen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Das Vorhandensein von Kindern im Haushalt führt eindeutig zu vermehrter Vollzeiterwerbstätigkeit der Väter.

Andererseits bestätigen die Analysen, dass Frauen nach wie vor ihre Erwerbstätigkeit stark den familiären Gegebenheiten anpassen, wobei jüngere Frauen unter denselben Bedingungen deutlich öfter erwerbstätig sind als ältere. Eine externe Hilfe bei Hausarbeit oder Kinderbetreuung scheint die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu unterstützen. Bei den Merkmalen der Partner ist vor allem der positive Zusammenhang der (Mit-)Verantwortung für Hausarbeiten mit der Erwerbsbeteiligung der Frauen interessant. Ausserdem scheint eine hohe zeitliche Erwerbsbeteiligung von Frauen korrelliert zu sein und nicht zu einer geringeren Erwerbsbeteiligung der Frauen zu führen.

Die Einkommenslage des Haushaltes ist stark verknüpft mit dem Erwerbsverhalten ihrer Mitglieder. In Haushalten mit mittlerem und höherem Einkommen ist der Anteil erwerbstätiger Frauen höher als in einkommensschwachen Haushalten.

Die Analysen der Einflussfaktoren auf einen relativ höheren Zeitaufwand für Hausarbeiten führen zu interessanten Resultaten: Männer engagieren sich bei der Hausarbeit stärker, wenn die Partnerin eine überdurchschnittliche zeitliche Erwerbsbelastung hat (mehr als 15 Stunden wöchentlich) oder wenn das jüngste Kind noch im Vorschulalter ist.

Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss, einer relativ hohen Erwerbsbelastung und solche, die nicht in einem einkommensschwachen Haushalt leben, wenden eher unterdurchschnittlich viel Zeit für Hausarbeit auf. Demgegenüber führt das Vorhandensein von Kindern und die wachsende Anzahl der Kinder zu einem überdurchschnittlichen Aufwand. Die Tatsache, dass Frauen in Haushalten mit erwachsenen Kindern oder mit anderen Erwachsenen im Haushalt signifikant öfter einen höheren Zeitaufwand aufweisen, könnte ein Hinweis sein auf eine Verstärkung und Etablierung der Rollenteilung mit zunehmendem Alter und der Anzahl der Kinder. Eine relativ hohe Erwerbsbelastung des Partners (über 40 Stunden pro Woche) führt ebenfalls deutlich zu höherem Zeitaufwand der Frau für Hausarbeit.

Wie sind Sie zufrieden mit der Aufteilung der Hausarbeit in Ihrem Haushalt (waschen, kochen, putzen etc.), wenn 0 «gar nicht zufrieden» und 10 «vollumfänglich zufrieden» bedeutet? Wie auch aus anderen in- und ausländischen Umfragen bekannt ist, haben Befragte die Tendenz, sich im oberen Bereich solcher Zufriedenheitsskalen einzuordnen. Die untersten Skalenpunkte werden äusserst selten gewählt. Wir haben die Werte deshalb wie folgt zusammengefasst: 0-5 = «nicht zufrieden», 6-7 = «ziemlich zufrieden», 8-9 = «zufrieden», 10 = «sehr zufrieden».

Die anderen individuellen Merkmale wie Sensibilisierung für Gleichstellungsprobleme, soziale Partizipation oder die Tatsache, dass jemand in der Jugend eine erwerbstätige Mutter gehabt hat, zeigen in der multivariaten Analyse meist keinen eindeutigen oder signifikanten Zusammenhang. Einzig bei Männern hat sich die Mitgliedschaft in einem Verein, einer Organisation oder Institution als hinderlich für ein erhöhtes zeitliches Engagement bei der Hausarbeit erwiesen. Einschränkend für die Interpretation wirkt sich jedoch die knappe Stichprobengrösse aus. Sie hat zur Folge, dass nur deutlich ausgeprägte Effekte signifikant nachgewiesen werden können.

Die Ergebnisse zum AHa (Index zur Aufteilung der Hausarbeit) dokumentieren die breite Verankerung der traditionellen Rollenteilung. Diese entspricht einem Verhaltensmuster, das durch äussere Umstände und situative Faktoren nur sehr unvollständig erklärt werden kann. Als zentrale Determinante hat sich vor allem die Erwerbsbeteiligung der Frauen erwiesen. Je stärker diese ist, desto ausgeglichener ist die Hausarbeit zwischen den Geschlechtern aufgeteilt. Trotz der ausgeprägten Rollenteilung bestehen zwischen dem beruflichen und familiären Bereich Wechselwirkungen, die in nachfolgenden Studien vertiefend zu untersuchen sind. So stellt sich etwa die Frage, ob die zunehmende Erwerbsbeteiligung vieler Frauen durch ein entsprechend verstärktes häusliches Engagement ihrer Männer zumindest teilweise kompensiert wird. Der vergleichsweise niedrigere Anteil der berufstätigen Partnerinnen an der Hausarbeit deutet nicht zwingend auf eine Erhöhung des männlichen Zeitaufwands. Der in diesem Kapitel verwendete AHa-Index kann nämlich auch dann tiefere Werte annehmen, wenn berufstätige Frauen ihr Arbeitspensum im Haushalt bei gleich bleibendem männlichem Engagement reduzieren. Welche der beiden Möglichkeiten der Realität besser entspricht, kann in absehbarer Zeit mit Hilfe der Längsschnittdaten aus dem SHP genauer analysiert werden.34 Entsprechende Studien im Ausland kommen zu unterschiedlichen Befunden. Klar scheint, dass die Männer auch in anderen europäischen Ländern bis heute nicht in dem Mass Verantwortung im Haushalt übernommen haben, in dem Frauen ihre Präsenz auf dem Arbeitsmarkt

erhöht haben. Uneinigkeit herrscht bezüglich der Frage, ob dennoch Anzeichen für einen allmählichen Rollenwechsel auszumachen sind.³⁵

Wie im Kapitel 7.4 gezeigt wurde, ist der Anteil Personen, welche Probleme haben, das Berufs- und das Familienleben miteinander zu vereinbaren gesamthaft bei Frauen und Männern gleich gross (rund 14%). In Familienhaushalten mit einem Kind haben Frauen öfter solche Probleme als Männer. Leben zwei oder mehr Kinder im Haushalt, ist der Anteil gesamthaft grösser und das Verhältnis kehrt sich um: Mehr Männer als Frauen sind von solchen Schwierigkeiten betroffen. Das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt sich offensichtlich nicht weniger für Väter wie für Mütter.

Vermutlich müsste sich zur Verbesserung dieser Situation auch im Erwerbsbereich Einiges ändern. Gefragt wären familienfreundlichere Arbeitsbedingungen und insbesondere ein grösseres Angebot an qualifizierten Teilzeitstellen für beide Geschlechter. Der Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird im folgenden Kapitel vertieft untersucht.

³⁴ Seit 1999 werden die in der SHP-Stichprobe vertretenen Haushalte und Individuen in jährlichen Abständen befragt, wodurch Aussagen über individuelle Verläufe und Veränderungen möglich werden. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts waren allerdings erst die Daten aus zwei Befragungswellen verfügbar, weshalb der Längsschnittaspekt noch nicht berücksichtigt wurde.

³⁵ Bittmann, Michael, George Matheson (1996): «All else confusion: What time use surveys show about changes in gender equity». Social Policy Research Centre. Discussion Paper No. 72.

15 Vereinbarkeit von Familienund Berufsleben

Pascale Gazareth, BFS1

Die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben spielt bei der Gleichstellung von Frauen und Männern eine wichtige Rolle, weil sie eine Brücke zwischen zwei geschlechtsspezifisch geprägten Bereichen schlägt. Nur wenn sich Familie und Beruf angemessen vereinbaren lassen, können die Hindernisse für die Berufstätigkeit der Frauen abgebaut werden. Eine zufrieden stellende Vereinbarkeit ist deshalb Bedingung für die Abschwächung der Geschlechtsbezogenheit dieser beiden Lebensbereiche. Bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben denken viele zur Hauptsache an eine einfachere Verbindung der beruflichen Tätigkeit mit der Betreuung von Kleinkindern. So verstanden betrifft das Thema nur diejenigen Personen, die diese beiden Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen haben. In der Tat sind die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit für diese am ausgeprägtesten und werden auch als eigentliches soziales Problem wahrgenommen. Unterstrichen wird dies von den zahlreichen Diskussionen über dieses Thema unter Fachleuten und vom Ruf nach politischen Massnahmen zur Reduktion dieser Schwierigkeiten auf schweizerischer und auf europäischer Ebene.

Die Mehrzahl der gegenwärtigen Lösungsansätze zielt darauf ab, das Angebot zur Kinderbetreuung zu erhöhen (angefangen von Kinderkrippen für die Kleinsten bis zu ausserschulischen Betreuungsangeboten für die Älteren) und die Arbeitsorganisation in den Betrieben anzupassen, insbesondere was die Flexibilität der Arbeitszeiten angeht. Diskutiert werden auch Massnahmen gegen den Verlust an beruflichen Kompetenzen bei Eltern, die sich für längere Zeit aus dem Berufsleben zurückziehen und sich ganz der Kinderbetreuung widmen, ebenso wie die Frage der Schulferien- und Unterrichtszeiten. Schliesslich geht es auch um eine ausgeglichenere Verteilung der Hausarbeit – ein Thema, das aber eher auf der grundsätzlichen Ebene der Gleichstellung von Frauen und Männern eine Rolle spielt. Verschiedene Schwierigkeiten

behindern eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben, wie etwa die Tatsache, dass mehrere Handlungsebenen beteiligt sind (Verwaltung, Unternehmen, Familien) oder dass die Vereinbarkeit eher ein zeitliches als ein finanzielles Problem darstellt. Denn selbst wenn Geld zum Zeitgewinn eingesetzt werden kann, indem etwa andere Personen für die Ausführung bestimmter Aufgaben bezahlt werden, ist es schwierig, auf die verfügbare Zeit der einzelnen Individuen einzuwirken.

Über die Familien hinaus kann die Frage der Vereinbarkeit aber auch in einem weiteren Rahmen betrachtet werden. Dann betrifft sie jede berufstätige Person, ob sie nun Kinder zu betreuen hat oder nicht. Das Familienleben dehnt sich so gesehen auf das ganze Privatleben aus. Die Analysen sollten sich denn auch mit der Vereinbarkeit von Berufsleben und nichtberuflichen Tätigkeiten aller Art befassen: Neben der Familie gilt es auch, Erholung, Ausbildung, Freiwilligenarbeit, soziale Kontakte usw. mit einzubeziehen. Dieser Ansatz geht von der wachsenden Bedeutung aus, die man der persönlichen Zeit gegenüber der Zeit für die berufliche Tätigkeit und für die Familie zumisst. Um die Situation der Frauen und diejenige der Männer grundsätzlich miteinander vergleichen zu können, haben wir uns dazu entschlossen, unsere Untersuchungen auf dieses erweiterte Konzept auszurichten. Dabei weisen wir jeweils auf vorhandene Kinder hin, um gewisse Feststellungen zu verdeutlichen.

¹ Originalsprache: französisch

15.1 Methode

Für diese Analysen haben wir eine Methode verwendet, die ungünstige Situationen und benachteiligte Gruppen im Bereich der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben herausarbeitet. Dabei haben wir zunächst Merkmale aus der beruflichen und der familiären Sphäre ausgewählt, von denen anzunehmen ist, dass sie einen negativen Einfluss auf eine entsprechende Vereinbarkeit haben. Wir schlagen dann die Bildung eines Indikators für «erschwerte Vereinbarkeit» vor, der sich nach der Anzahl negativer Merkmale berechnet, denen ein Individuum unterliegt. In einem nächsten Schritt wird der Einfluss bestimmter Faktoren auf diesen Indikator analysiert. Schliesslich befassen wir uns mit den Zusammenhängen zwischen den Fällen erschwerter Vereinbarkeit einerseits und der Wahrnehmung der diesbezüglichen Schwierigkeiten oder verschiedener Zufriedenheitskomponenten anderseits. Bei jedem Schritt wird die Situation der Frauen mit derjenigen der Männer verglichen.

Traditionellerweise wird eine Anstellung mit flexibler Arbeitszeit und -organisation (nicht etwa zu Gunsten des Betriebs, sondern zu Gunsten des Individuums) als eine günstige Voraussetzung für die Vereinbarkeit erachtet. Auf privater Ebene gilt das Vorhandensein externer Hilfen zur Erleichterung der allgemeinen Hausarbeit ebenfalls als förderlich, ebenso wie die Tatsache, nur wenig Zeit der Hausarbeit widmen zu müssen.

Für Personen mit Kindern dreht sich die Frage der Vereinbarkeit im Wesentlichen um die Möglichkeiten für die Kinderbetreuung (durch den Ehepartner, andere Personen, Institutionen). In dieser Hinsicht ist die «Familienfreundlichkeit» eines Betriebs immer auch von den Möglichkeiten abhängig, die der Betrieb in diesem Bereich anbietet (Urlaub im Falle von Krankheit eines Kindes, betriebseigene Kinderkrippe, Verträglichkeit der Arbeitszeiten mit den Unterrichtszeiten, Koordination der Ferien mit den Schulen usw.). Die Vereinbarkeit wird weniger durch das Leben in einem Haushalt mit Kindern an sich erschwert, sondern durch die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung, das Begleiten in die Schule oder in den Kindergarten oder das Pflegen bei Krankheit. In diesem Sinne verlangt auch intensive Freiwilligenarbeit nach besseren Vereinbarkeitsmöglichkeiten.

Beim Berufsleben haben wir unsere Untersuchungen auf die berufstätige Bevölkerung unter 62/65 Jahren beschränkt, wobei die Art der Tätigkeit (selbstständig oder angestellt, fest oder temporär, vollzeitlich oder teilzeitlich beschäftigt usw.) keine Rolle spielt. Mit «Kindern im Haushalt» sind Kinder unter 15 Jahren gemeint, wobei nicht speziell auf die ganz kleinen Kinder eingegangen wird. Hierfür wäre das vorhandene Zahlenmaterial zu wenig aussagekräftig gewesen. Wir stützen uns auf das Schweizer Haushalt-Panel (SHP aus dem Jahr 2000) als Hauptquelle. Das SHP erlaubt uns die Verknüpfung von familiärer und beruflicher Sphäre. Es beschreibt die vom Betrieb angebotene Flexibilität in verschiedener Hinsicht. Zu nennen sind die Flexibilität der Arbeitszeit, der Beschäftigungsgrad, der Selbstständigkeitsgrad bei der Arbeit usw. Im häuslichen Bereich sind Informationen über die Verfügbarkeit externer Hilfe und über die für Haushaltarbeiten aufgewendete Zeit sowie über das Vorhandensein von Kindern im Haushalt verfügbar. Hingegen ist es nicht möglich, die Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu erfassen, die den Eltern zur Verfügung stehen. Der einzige verfügbare Hinweis besteht in den tatsächlich von den Haushalten in Anspruch genommenen Betreuungsmöglichkeiten. Die vorliegende Untersuchung behandelt deshalb diesen Aspekt nicht.2

Das Fehlen von Angaben zu diesem zentralen Punkt der Vereinbarkeit für Personen mit Kindern hat uns auch dazu bewogen, unsere Untersuchungen auf die Gesamtheit der Frauen und M\u00e4nner auszudehnen.

15.2 Festgestellte Benachteiligungen

Auf beruflicher Ebene fällt zunächst auf, dass die Frauen bezüglich Vereinbarkeit generell eher im «Vorteil» sind, da sie weniger berufstätig sind als die Männer. Es handelt sich dabei aber weitgehend um einen künstlichen Vorteil, da eine eingeschränkte Berufstätigkeit bereits eine Reaktion auf ein gesteigertes Bedürfnis nach Vereinbarkeit darstellt, sofern die Frauen die Hauptlast der Tätigkeiten in Erziehung und Haushalt zu tragen haben. Frauen sind deutlich seltener mehr als 36 Stunden pro Woche berufstätig (44% gegenüber 90% bei den Männern)3. Sie sind auch in Bezug auf atypische Arbeitszeiten (Arbeit am Abend, in der Nacht, am Wochenende oder auf Abruf) besser gestellt: Nur 66% der Frauen, aber 71% der Männer, kennen wenigstens gelegentlich die eine oder andere Form dieser Arbeitszeiten. Solche atypischen Arbeitszeiten können unter Umständen die Ausübung sozialer Tätigkeiten oder die Kinderbetreuung erschweren, da sie von der üblichen Berufstätigkeit, die am Tag stattfindet und sich auf die ersten fünf Tage der Woche konzentriert, abweichen.

Andererseits sind die Frauen in Bezug auf die Flexibilität ihrer Arbeitszeiten und der Organisation ihrer Arbeit gegenüber den Männern benachteiligt. 57% von ihnen (gegenüber 46% bei den Männern) haben feste Arbeitszeiten oder arbeiten regelmässig Schicht. Sie haben ebenfalls weniger häufig die Möglichkeit, frei über Arbeitsbeginn und Arbeitsende zu entscheiden (36% gegenüber 48%) oder Freitage ohne Kompensation zu beziehen (30% gegenüber 40%).4 In Bezug auf die Arbeitsorganisation ist zunächst festzuhalten, dass Frauen häufiger als Männer hierarchisch tiefere Positionen von ausführendem Charakter innehaben, die in der Regel weniger Flexibilität bieten als mittlere und leitende Positionen (52% sind qualifizierte oder ungelernte Angestellte und Arbeiterinnen gegenüber 34% bei den Männern). Bestätigt wird diese Feststellung durch die Tatsache, dass sie weniger häufig über die Möglichkeit verfügen, frei zu entscheiden, den Arbeitsrhythmus während eines ganzen Tages beträchtlich zu verlangsamen (35% gegenüber 44%) oder eine neue Aufgabe oder neue Befugnisse in ihren Arbeitsbereich aufzunehmen (30% gegenüber 40%).5

Frauen sind hingegen bei der Heimarbeit, die eine grosse zeitliche und organisatorische Flexibilität mit sich bringt, nicht im Nachteil. Tatsächlich sind Frauen bei dieser Arbeitsform ebenso häufig anzutreffen wie Männer (kein signifikanter Unterschied). Sie sind aber häufiger gezwungen, länger zu arbeiten als erwünscht: 15% sind mit einer wöchentlichen Arbeitszeit angestellt, die mindestens 10 Stunden über ihrer Wunschzeit liegt (9,3% bei den Männern). Dies bedeutet an sich noch keinen Nachteil für die Vereinbarkeit; es ist aber zu vermuten, dass ein Teil der betroffenen Personen ihren Spielraum dadurch eingeengt sieht und sich deshalb in einer nachteiligen Situation befindet.

Auf der Ebene der Familie wirken sich eine externe Hilfe und Kinder unter 15 Jahren für alle Mitglieder eines Haushalts in ähnlicher Weise aus, der Unterschied zwischen Frauen und Männern ist somit nicht signifikant. Man kann deshalb nicht auf einen Vorteil des einen Geschlechtes gegenüber dem anderen schliessen. Berufstätige Frauen leben allerdings tendenziell seltener in Haushalten mit Kindern. Das erklärt sich zweifellos dadurch, dass viele Mütter ihre Berufstätigkeit (mindestens vorübergehend) aufgeben und durch die vorliegende Untersuchung gar nicht erfasst werden.⁶

Dagegen sind Frauen durch die Hausarbeit eindeutig stärker belastet und somit benachteiligt: 66% der Frauen, aber nur 23% der Männer, widmen ihr 8 und mehr Stunden pro Woche. Sie tragen auch häufiger die Hauptverantwortung für diese Arbeit, wie auch generell für die Kinder, ihre Begleitung zur Schule und die Betreuung bei Krankheit. Diese Hauptverantwortung ist gleichzeitig Ursache und Folge der Möglichkeiten, die sich die Frauen durch Einschränkung ihrer beruflichen Tätigkeit im Bereich der Vereinbarkeit schaffen. Schliesslich wenden die Frauen generell weniger Zeit für Freiwilligenarbeit⁸ auf, sie sind also in dieser Hinsicht im Vergleich zu den Männern in einer günstigeren Situation.

Dabei ist festzuhalten, dass die Teilzeitarbeit zwar häufig von den Frauen in der Absicht gewählt wird, Arbeit und Familie besser zu vereinbaren, dass sie sich aber manchmal dafür eher als Hindernis erweist, wenn sie vom Betrieb angeordnet wird und mit einem tiefen Lohn und sehr zerstückelten und nicht verhandelbaren Arbeitszeiten am frühen Morgen und spät in der Nacht verbunden ist.

Diese Fragen wurden nur 1999 gestellt.

⁵ Diese Fragen wurden nur 1999 gestellt.

 $^{^{\}rm 6}$ Zur Erinnerung: Diese Untersuchung bezieht sich ausschliesslich auf berufstätige Personen.

Der Median für die Zeit, die der Hausarbeit gewidmet wird, liegt bei 6 Stunden pro Woche (4 Stunden für Männer, 14 Stunden für die Frauen, ohne Kinderbetreuung). Wir haben den Grenzwert von 8 Stunden und mehr gewählt, um eine gegenüber dem Median hohe Belastung durch diese Arbeit zu umschreiben und um zu berücksichtigen, dass die Antworten zu dieser Art von Fragen oft wenig genau sind.

In diesem Kapitel wird nur die Freiwilligenarbeit im institutionalisierten Rahmen berücksichtigt. Eine hohe Belastung durch Freiwilligenarbeit wurde mit 10 Stunden oder mehr monatlich, also 2 Stunden über dem Median, definiert (gleiche Konstruktion wie bei der Hausarbeit). Die Frage lautete: Leisten Sie unentgeltlich ehrenamtliche oder freiwillige Arbeit innerhalb von einem Verein, von einer Organisation oder von einer Institution? Freiwillige Tätigkeiten auf persönliche Initiative, wie Nachbarschaftshilfe, Quartierfest etc. sind hier nicht gemeint.

T15.1 Anteil Personen, die bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf ungünstige Bedingungen treffen

	Frauen	Männer	Anteil Frauen im
	in %	in %	Vergleich zum
			Anteil Männer
Arbeitsbedingungen			
Mehr als 36 Stunden pro Woche arbeiten	44,1	89,9	0,49
Mind. 10 Stunden mehr als gewünscht arbeiten	15,1	9,3	1,63
In einem Haushalt leben, der eine 2. Arbeitsstelle annehmen musste	28,1	27,2	1,03
Atypische Arbeitszeiten haben ¹	65,9	70,6	(0,93)
Arbeit am Abend ²	37,5	48,3	0,78
Nachtarbeit ²	9,7	18,0	0,54
Wochenendarbeit ²	51,4	58,5	0,88
Arbeit auf Abruf ²	25,5	25,8	(0,99)
Unflexible Arbeitszeiten (feste Arbeitszeiten oder Schichtarbeit)	57,1	45,5	1,25
Keine Autonomie in der Organisation der Arbeitszeit	47,9	31,1	1,54
Eine ausführende Funktion ausüben (Angestellte, Arbeiter/-innen)	51,7	33,6	1,54
Eine Produktionsfunktion ausüben	67,3	50,4	1,34
Beginn und Ende der Arbeit nicht frei bestimmen können ²	45,2	34,4	1,31
Nicht aus eigenem Antrieb einen Tag frei nehmen können ²	47,0	37,9	1,24
Seinen Arbeitsrhythmus nicht frei reduzieren können ²	56,2	46,8	1,20
Seine Verantwortlichkeiten nicht frei bestimmen können ²	46,7	38,0	1,23
Keine Heimarbeit möglich	80,5	77,8	1,04
Familiäre Bedingungen			<u> </u>
Keine externe Haushaltshilfe	83.5	85,5	(0,98)
Im Haushalt lebende Kinder (0-14 Jahre)	33,3	37,4	(0,89)
Hohe Haushaltsbelastung (8 und mehr Stunden pro Woche)	66,0	22,5	2,93
Die Hauptverantwortung für die Haushaltsarbeit tragen	75,6	24,4	3,10
Die Hauptverantwortung für die Kinder tragen	21,6	6,1	3,57
Die Kinder zur Schule / Kindergarten bringen (Hauptverantwortung)	47,1	17,9	2,64
Sich hauptsächlich selber um die kranken Kinder kümmern ³	77,1	9,0	8,60
Hohe Belastung durch Freiwilligenarbeit (10 und mehr Std./Mt.)	31,5	42,8	0,74

Das Verhältnis zwischen Frauen- und Männeranteil resultiert aus der Division der Prozentangaben der Frauen durch jene der Männer.

Ist das Ergebnis > 1 (grau unterlegte Felder), sind die Frauen benachteiligt.

Nicht signifikante Unterschiede zwischen Frauen- und Männeranteil sind in Klammern dargestellt.

Quelle: SHP 2000

Angesichts der wichtigen Rolle, die Kinder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen, haben wir die möglichen Unterschiede zwischen den Eltern und den übrigen Erwachsenen näher untersucht. Wir geben hier deshalb einige Resultate getrennt für Mütter/Väter und für Frauen/Männer ohne Kinder wieder (Elternstatus).

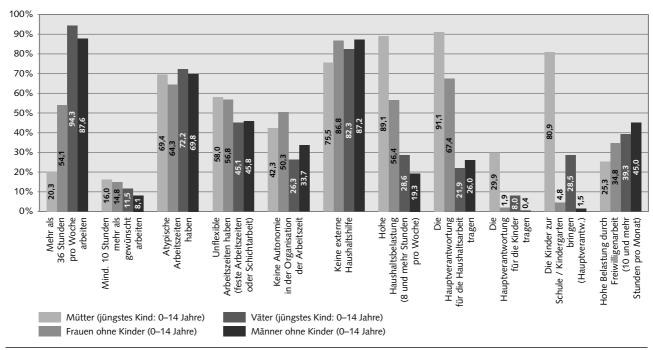
Gewisse Ergebnisse erhärten bereits bekannte Phänomene (Vollzeitarbeit ist bei Müttern selten, Frauen und besonders Mütter dominieren bei den Aufgaben in den Bereichen Haushalt und Erziehung usw.), andere sind überraschender. Dazu gehört besonders die Feststellung, dass die Mütter, obwohl sie die Hauptverantwortung für die Begleitung der Kinder zur Schule oder in den Kindergarten tragen, am häufigsten mit unflexiblen Arbeitszeiten zurechtkommen müssen. Sie sind fast gleich häufig

von atypischen Arbeitszeiten betroffen wie die Männer. Sie kümmern sich auch eindeutig öfter um ihre kranken Kinder, obwohl die Väter mehr Autonomie in ihrer Arbeitsgestaltung besitzen und demnach einfacher einmal einen Tag frei nehmen könnten. Dass die Berufstätigkeit von Müttern nur selten 36 Wochenstunden übersteigt, bestätigt, dass sie ihre Benachteiligungen bei der Vereinbarkeit durch eine Reduktion ihres beruflichen Engagements kompensieren. Trotzdem bleibt die Vereinbarkeit offenbar in vielen Fällen ein Problem, geben doch gerade die Mütter häufiger an, mehr als gewünscht zu arbeiten. Dies lässt sich als Hinweis darauf interpretieren, dass ihr berufliches Engagement (immer noch) zu stark ist, um ein Gleichgewicht zu erreichen.

¹ Konstruiert mit den 1999er-Daten aufgrund der Personen, welche zwischen 1999 und 2000 der selben Beschäftigung nachgegangen sind.

² Daten von 1999 (für das Jahr 2000 nicht verfügbar).

³ Aufgrund der Antworten der Referenzpersonen (Personen, die den Haushaltsfragebogen ausgefüllt haben) berechnete Ergebnisse.



Quelle: SHP 2000 © Bundesamt für Statistik (BFS)

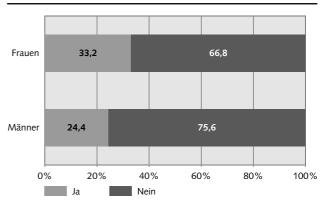
Ausgehend von diesen ersten Ergebnissen haben wir einen Indikator für erschwerte Vereinbarkeit berechnet. Wir haben die allzu speziellen Elemente (Nachtarbeit oder Heimarbeit) und die im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit zu wenig aussagekräftigen Elemente (Hauptverantwortung für die Kinder oder hohe Belastung durch Freiwilligenarbeit) weggelassen und auf ein Gleichgewicht zwischen eher weiblichen und eher männlichen Benachteiligungen geachtet. Schliesslich wurden sieben Komponenten dieses Indikators bestimmt: Mehr als 36 Stunden pro Woche arbeiten, mindestens 10 Stunden mehr arbeiten als gewünscht, arbeiten mit atypischen Arbeitszeiten, arbeiten mit unflexiblen Arbeitszeiten, arbeiten ohne Autonomie in der Arbeitsorganisation, über keine externe Haushalthilfe verfügen und eine hohe Belastung durch die Hausarbeit haben.

Indem man für jede benachteiligende Situation einen Punkt vergibt, erhält man eine erste Variable für die Anzahl der benachteiligenden Situationen, denen sich jedes Individuum gegenüber sieht. Wie erwähnt ist ein Indikator erwünscht, welcher eine möglichst ausgeglichene Verteilung der Benachteiligungen auf die beiden Geschlechter repräsentiert. In der Tat zeigt diese Variable keinen grossen Unterschied. Der Durchschnitt ergibt 3,9 benachteiligende Situationen für die Frauen und 3,7 für die Männer. Anschliessend wurde ausgehend von einem

Ergebnis oberhalb des Medians (4 für beide Geschlechter wie für die gesamte betrachtete Bevölkerung), d.h. also von mindestens 5 benachteiligenden Situationen, die erschwerte Vereinbarkeit definiert. Bei diesem Indikator sind die Frauen deutlich stärker benachteiligt als die Männer.

Anteil der von erschwerter Vereinbarkeit betroffenen Personen

G 15.2



Quelle: SHP 2000

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Die Unterschiede nach Elternstatus sind allerdings nicht signifikant. A priori scheinen die Männer ohne Kinder am wenigsten betroffen (23% weisen eine erschwerte Vereinbarkeit auf) und die Frauen ohne Kinder am meisten betroffen (36%) zu sein.

Weiter sind Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, und diejenigen, die eine hohe Belastung durch Freiwilligenarbeit aufweisen, punkto Vereinbarkeit in derselben Situation wie die übrigen Personenkategorien. Sie verfügen demnach nicht über bessere Möglichkeiten, obwohl sie eindeutig einen höheren Bedarf an Vereinbarkeit haben. Andererseits sind sie aber auch nicht stärker benachteiligt.

15.3 Das Risiko einer erschwerten Vereinbarkeit

Frauen und Männer bilden keine homogenen Kategorien. Die Frage der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben stellt sich etwa für eine Gewerbetreibende mit einer Werkstatt zu Hause anders als für eine Verkäuferin auf Abruf, die drei Kinder zu betreuen hat. Es erscheint deshalb angebracht, den Einfluss weiterer Faktoren auf das Risiko einer erschwerten Vereinbarkeit zu messen. Dies erfolgt durch eine logistische Regression, womit verschiedenen Kombinationen der betrachteten Faktoren Rechnung getragen wird.

Nachstehende Faktoren wurden wegen der Wahrscheinlichkeit, dass sie die Vereinbarkeit beeinflussen, ausgewählt. Neben dem Geschlecht aus dem Blickwinkel des Elternstatus sind dies:

- Wohnort: In einer ländlichen Region zu leben, ist häufig gleichbedeutend mit weniger Infrastrukturen für die Kinderbetreuung und mit einem weniger dichten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln, was die Eltern zwingt, mehr Zeit für das Bringen und Holen ihrer Kinder aufzuwenden.
- Sprachregion: Die wirtschaftliche Struktur, das berufliche Engagement der Frauen und die Verteilung der Familienmodelle (Aufteilung der beruflichen und familiären Rollen zwischen Ehepartnern), die Angebote zur Betreuung von Kleinkindern und die Schulsysteme sind in den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz unterschiedlich. Ein Teil dieser Unterschiede hat einen kulturellen Hintergrund, weshalb sich die Analyse auf die Hauptsprachregionen des Landes beschränken kann.⁹
- Haushaltseinkommen: Ein tiefes Einkommen bedeutet weniger Möglichkeiten für externe Haushaltshilfen.
 Es ist zudem oft mit der Ausübung eines wenig qualifizierten Berufes oder mit einer Teilzeitarbeit verbunden.
- Ausbildung: Der Zusammenhang zwischen Ausbildung, sozioprofessioneller Kategorie und Einkommen ist hinreichend belegt.

⁹ Siehe insbesondere Bühler Elisabeth: Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz, Reihe Gesellschaft Schweiz. Zürich, Seismo, 2000.

- Nationalität: Schweizerische und ausländische Personen sind in Bezug auf die Arbeit nicht gleich gestellt und unterscheiden sich auch auf der familiären Ebene. Die Situation der ausländischen Bevölkerungsgruppe ist allerdings sehr unterschiedlich. Sie kann sich zum Beispiel durch eine extrem traditionelle Rollenteilung auszeichnen oder aber im Gegenteil mehr Gleichberechtigung aufweisen als die Landesbevölkerung als Ganzes. 10 Auf dem Arbeitsmarkt konzentriert sich die ausländische Bevölkerung auf die tieferen sozioprofessionellen Kategorien und/oder auf Branchen mit unkonventionellen Arbeitszeiten (atypische und zerstückelte Arbeitszeiten¹¹).
- Alter: Das Alter beeinflusst die Arbeitssituation und die Wahrscheinlichkeit, Kinder zu haben.
- Gesundheit: Ein schlechter Gesundheitszustand kann die Vereinbarkeit komplizierter machen. Eine erschwerte Vereinbarkeit kann im Übrigen umgekehrt auch zu einem Stresszustand führen, welcher der Gesundheit abträglich ist.¹² Vereinbarkeit und Gesundheit können sich demnach gegenseitig beeinflussen.
- Betriebsgrösse: Die Wahrscheinlichkeit einer Kinderkrippe ist in Grossbetrieben höher.¹³
- Wirtschaftssektor des Betriebs: Flexibilität ist in einem Dienstleistungsbetrieb a priori leichter zu organisieren als in den Produktionsketten der Industrie.

Tabelle T15.2 zeigt den Einfluss jedes Faktors unter Berücksichtigung der Wirkung der anderen Faktoren auf. Dabei wird für jeden Faktor die Situation der am meisten von einer erschwerten Vereinbarkeit betroffenen Kategorie mit derjenigen der anderen Kategorien verglichen.

Wohnort, Alter, Gesundheitszustand, Betriebsgrösse und Wirtschaftssektor des Betriebs scheinen keinen besonderen Einfluss auf das Risiko einer erschwerten Vereinbarkeit zu haben. Dieser Umstand kann ohne vertiefte Analysen nur schwer interpretiert werden. Es sei allerdings auf die widersprüchlichen Einflüsse hingewiesen, die einzelne Faktoren haben können (ein Grossbetrieb kann eine interne Krippe anbieten, anderseits aber unflexible Arbeitszeiten auferlegen), oder auf die breite Palette an Situationen, die sich hinter diesen Faktoren verbergen können: Die ländlichen Gebiete sind nicht alle unterdotiert an Einrichtungen zur Erleichterung der Vereinbarkeit; junge Leute leben in sehr unterschiedlichen Berufssituationen; der tertiäre Sektor umfasst sowohl Branchen wie Banken und Verwaltungen mit Arbeitsbedingungen, die für die Vereinbarkeit relativ günstig sind, als auch Branchen mit eher ungünstigen Arbeitsbedingungen wie Hotellerie und Gastgewerbe oder Gesundheitswesen und soziale Tätigkeiten, wo atypische Arbeitszeiten sehr verbreitet sind.

Das Risiko einer erschwerten Vereinbarkeit ist dagegen bei den Frauen ohne Kinder zwei Mal höher als bei den Männern ohne Kinder, während die Mütter (zweifellos hauptsächlich wegen ihres Beschäftigungsgrades von selten mehr als 36 Stunden) weniger betroffen sind als die Väter. Die Ausbildung spielt ebenfalls eine grosse Rolle, auch wenn das 6,5-mal höhere Risiko der Personen ohne nachobligatorische Bildung im Vergleich zu Personen mit tertiärem Bildungsniveau wahrscheinlich durch den Einfluss, den dieser Faktor auf mehrere Elemente der erschwerten Vereinbarkeit hat, überbewertet wird¹⁴. Ein hohes Einkommen, die schweizerische Nationalität und ein Betriebsstandort in der lateinischen Schweiz bewirken ebenfalls ein geringeres Risiko für eine erschwerte Vereinbarkeit.

Siehe Carolillo Winkler Silvia: Analyse comparative de la division sexuelle du travail chez les couples migrants, suisses et mixtes. Lizentiatsarbeit, Universität Lausanne 2002.

Man spricht von zerstückelten Arbeitszeiten, wenn die Arbeitsstunden über den Tag verstreut sind, wie dies zum Beispiel bei der Büroreinigung, im Gastgewerbe oder im Verkauf häufig der Fall ist. Solche Arbeitszeiten sind für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehr ungünstig. Da hierzu keine genauen Daten vorliegen, konnten wir auf diesen Punkt in unseren Untersuchungen nicht näher eingehen.

Siehe Tremblay Diane-Gabrielle: «Articulation emploi-famille: quelles difficultés et quelles mesures offrir?» Vortrag an der Konferenz «Concilier travail – famille» vom 14.-16. März 2003 an der Universität Sherbrooke, Canada (http://www.fse.ulaval.ca/crievat/pdf/dgabri.pdf).

Siehe Pro Familia Schweiz: «Familien und Betriebe». Pressekonferenz vom 31.07.01 (http://www.familienplattform.ch/familienplattform/ pressekonferenz.htm).

Eine höhere Ausbildung ermöglicht in der Regel den Zugang zu den qualifiziertesten Berufen, in denen die Flexibilität der Arbeitszeiten und der Arbeitsorganisation gross ist. Sie führt auch zu hohen Einkommen und ermöglicht damit die Bezahlung externer Haushalthilfen, welche die Belastung durch die Hausarbeit verringern.

T15.2 Erschwerte Vereinbarkeit: Risikoschätzungen (logistische Regression)

	Risikoverhältnisse	Signifikanz
Frauen ohne Kinder (0-14 Jahre) zu:		
Mütter (jüngstes Kind: 0-14 Jahre)	1,8	* *
Väter (jüngstes Kind: 0-14 Jahre)	1,6	*
Männer ohne Kinder (0-14 Jahre)	2,0	* * *
Ländliche Wohnregion zu:		
Städtische Wohnregion	(1,0)	
Deutsche und rätoromanische Schweiz zu:		
Französische und italienische Schweiz	1,4	*
Einkommensschwache Haushalte zu:		
Haushalte mit mittlerem Einkommen	(1,0)	
Wohlhabende Haushalte	1,9	**
Obligatorische Schule zu:		
Sekundarstufe II	1,5	*
Tertiärstufe	6,5	* * *
Ausländerinnen und Ausländer zu:		
Schweizerinnen und Schweizer	1,8	* *
14- bis 24-Jährige zu:		
25- bis 39-Jährige	(1,2)	
40- bis 61/64-Jährige	(1,3)	
Mittlerer bis schlechter Gesundheitszustand zu:		
Guter und sehr guter Gesundheitszustand	(1,0)	
Grosse Unternehmen (50 und mehr Angestellte) zu:		
Klein- und Mittelbetriebe (< 50 Angestellte)	(1,2)	
Primärer und sekundärer Sektor zu:		
Tertiärer Sektor	(1,1)	

Die Risikoverhältnisse entsprechen den odds ratios (odds Referenzkategorie / odds Vergleichsgruppe).

Lesebeispiel: Unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren schätzt das Modell für Frauen ohne Kinder ein 2,0-mal grösseres Risiko (odds) als für Männer ohne Kinder.

Wegen des Problems der Multikollinearität und der knappen Stichprobengrösse (N=1468) mussten gewisse Kategorien zusammengefasst werden.

Die Referenzkategorien sind fett gedruckt.

Quelle: SHP 2000

15.4 Auswirkungen einer erschwerten Vereinbarkeit

Welche Auswirkungen kann eine objektiv erschwerte Vereinbarkeit auf verschiedene davon betroffene Aspekte des Lebens, auf das Auftauchen von Problemen bei der Arbeit oder auf die subjektive Wahrnehmung von Schwierigkeiten mit der Vereinbarkeit haben? Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, werden die Angaben der Personen mit einer erschwerten Vereinbarkeit mit denjenigen der nicht benachteiligten Personen verglichen, und zwar in Bezug auf vier Indikatoren der Zufriedenheit (Zufriedenheit mit dem Leben allgemein, mit den Arbeitsbedingungen, mit der Aufgabenteilung im Haushalt und mit der frei verfügbaren Zeit), sowie in Bezug auf Probleme oder Konflikte bei der Arbeit im zurückliegenden Jahr und auf die Wahrnehmung von grossen Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit.

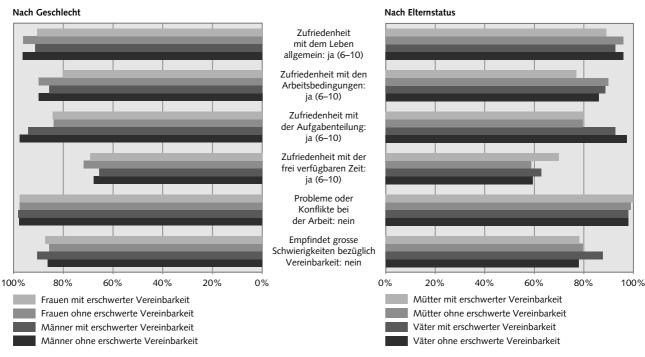
Eine erschwerte Vereinbarkeit ist – jedenfalls so, wie wir das hier verstehen – in der Regel mit einer geringeren Zufriedenheit in den vier untersuchten Bereichen verbunden. Die Abweichungen sind allerdings gering und oft nicht oder nur schwach signifikant. Bei der

Betrachtung der Gruppe der zufriedenen Personen (Werte zwischen 6 und 10 auf einer Skala von 0 bis 10) beobachtet man nur einen signifikanten Unterschied zwischen den Frauen mit erschwerter Vereinbarkeit und denjenigen ohne Vereinbarkeitsprobleme, und das lediglich in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein und mit den Arbeitsbedingungen. Abgesehen von methodischen Gründen und von den kleinen Gesamtzahlen¹⁵ können diese Ergebnisse auch durch andere Faktoren beeinflusst werden: Die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen z.B. ist wahrscheinlich eher von der konkreten Situation am Arbeitsplatz abhängig als von den Vereinbarungsschwierigkeiten der einzelnen Betroffenen.

Probleme und Konflikte bei der Arbeit werden sehr selten erwähnt, so dass ein eventueller Einfluss einer erschwerten Vereinbarkeit nicht untersucht werden kann. Bei der subjektiven Wahrnehmung grosser Vereinbarkeitsschwierigkeiten ergeben sich keine signifikanten Zusammenhänge mit der objektiven Realität. Somit kann nicht der Schluss gezogen werden, dass Personen mit einer objektiv feststellbaren erschwerten Vereinbarkeit diese Schwierigkeiten auch häufiger wahrnehmen.

Zufriedenheit und Schwierigkeiten nach Vereinbarkeitssituation

G 15.3



Quelle: SHP 2000 © Bundesamt für Statistik (BFS)

Wie im Kapitel 14 schon erwähnt wurde, bedeutet eine geringe Anzahl Beobachtungen, dass sich nur sehr starke Einflüsse als statistisch signifikant erweisen.

Eine Erklärung für dieses Ergebnis liegt möglicherweise darin, dass die Mehrheit der Personen, auch wenn sie eine objektiv feststellbare, erschwerte Vereinbarkeit aufweisen, Strategien entwickelt haben, um trotz allem eine Vereinbarkeit zu erreichen. Diese Strategien erweisen sich somit als genügend wirksam, um grosse Schwierigkeiten zu vermeiden. Die Diskrepanz wäre demnach hauptsächlich eine Folge der Formulierung der Frage, die nur auf grosse Schwierigkeiten abzielt, und weniger davon, dass es keine Beziehung zwischen der objektiven Situation und ihrer Wahrnehmung gibt. Bei den Ehepaaren könnte eine andere Erklärung im Einfluss der Situation des Partners liegen. Eine erschwerte persönliche Vereinbarkeit kann unter Umständen durch eine günstige Situation des Partners kompensiert werden. Die geringere Berufstätigkeit der Frauen wäre so gesehen eine Strategie der Paare, um im Haushalt grössere Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu vermeiden.

15.5 Schlussfolgerungen

Die Frage der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben ist komplex und lässt sich nur schwer in ihrem gesamten Umfang erfassen. Der Versuch, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in diesem Zusammenhang herauszuarbeiten, ist zudem etwas heikel, denn beide Gruppen sind wenig homogen. Die Situation ist schwieriger, und zwar für Frauen und Männer, die in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen leben, die nur über eine Grundausbildung verfügen, die eine ausländische Nationalität haben oder die in der Deutschschweiz wohnen. Das Bild bleibt, abgesehen vom parziellen und subjektiven Charakter der hier vorgestellten Untersuchungen, schliesslich unvollständig.

Einige Feststellungen bleiben aber auch auf dieser allgemeinen Ebene eindeutig. So hat die Benachteiligung der Frauen in Bezug auf die Flexibilität der Arbeitszeiten sicher schwer wiegende Folgen, besonders für diejenigen, die einen Grossteil der zeitlich gebundenen Aufgaben zu Hause übernehmen (Einkäufe machen vor Ladenschluss, Kinder in die Schule oder auf den Sportplatz bringen usw.). Sie sind dagegen weniger als die Männer von den Folgen atypischer Arbeitszeiten betroffen, und zwar abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen zu ihrem Schutz vor Nachtarbeit. Sie wenden auch weniger Zeit für institutionalisierte Freiwilligenarbeit auf, was in dieser Hinsicht den Bedarf an Vereinbarkeit verringert.

Der grösste Nachteil der Frauen liegt eindeutig in der ungleichen Verteilung der Hausarbeit. Die Teilzeitarbeit erscheint demnach nicht als Vorteil, sondern als Antwort der Frauen, um trotz allem eine Berufstätigkeit mit dieser häuslichen Belastung zu vereinbaren. Dies gilt vor allem, aber nicht nur, für die Mütter. Die Teilzeitarbeit bleibt nicht ohne Folgen für das Einkommen, die soziale Sicherheit, die Aufstiegschancen, die Befriedigung bei der Arbeit (interessant/langweilig) usw. Die Frauen bezahlen somit einen beträchtlichen Teil der «Kosten» der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Wenn Teilzeitarbeit dann noch zu zerstückelten Arbeitszeiten führt, leidet oft auch die Vereinbarkeit. Schliesslich trägt Teilzeitarbeit dazu bei, die traditionelle Rollenteilung zwischen (Ehe-)Paaren zu verstärken, indem das zeitliche Engagement der Männer im Beruf (die Väter arbeiten häufiger mehr als 36 Stunden pro Woche als Männer ohne Kinder und das Engagement der Frauen im Haushalt (sie haben ja Zeit) verstärkt wird.

Die Frage der Teilzeitarbeit führt zu einem anderen Problem bei der Messung der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern im Bereich der Vereinbarkeit. Individuen, die sich in diesem Bereich Schwierigkeiten gegenübersehen, bleiben nicht passiv. Sehr oft entwickeln sie verschiedene Strategien, um diese Schwierigkeiten zu verringern und zu einem Ausgleich zu gelangen. Ohne spezifische Erhebung ist es aber praktisch unmöglich, diese Strategien zu berücksichtigen. Die untersuchte Situation entspricht deshalb notwendigerweise dem Stand der Dinge nach dem Umsetzen dieser Strategien. Die zur Umsetzung der Strategien nötigen Ressourcen können ebenfalls nicht in die Untersuchung einbezogen werden. Hier tritt dieselbe Zweideutigkeit zutage wie bei der Messung der Auswirkungen von Behinderungen auf die Gesellschaft: Wer die Behinderung durch eine Brille kompensiert, sieht zwar objektiv immer noch schlecht, wird aber nicht mehr als sehbehindert betrachtet. Der Nachteil, eine Brille tragen zu müssen, bleibt allerdings noch. Dieses Paradox ist zweifellos einer der Gründe, weshalb man keinen Zusammenhang zwischen objektiv feststellbaren Voraussetzungen einer erschwerten Vereinbarkeit und der Wahrnehmung von Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit findet. Der Zusammenhang wäre sicher deutlicher, wenn man die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Vereinbarkeitsstrategien und deren Folgen mitberücksichtigen könnte.

Die Vereinbarkeitsstrategien laufen zumindest bei Ehepaaren sehr stark auf eine geschlechtsspezifische Rollenteilung hinaus. Solange sich deshalb das Gleichgewicht im häuslichen Bereich nicht verbessert, wird die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben für die Frauen und insbesondere für die Mütter immer eine schwierigere und komplexere Aufgabe bleiben als für die Männer und selbst für Väter.

16 Mehrfachbenachteiligung

Dr. Katja Branger, BFS1

Im vorliegenden analytischen Beitrag wird die Mehrfachbenachteiligung von Frauen und Männern vertieft untersucht. Einzelne Bevölkerungsgruppen sind – nicht nur materiell – schlechter gestellt als andere: Sie sind häufiger von Problemlagen betroffen oder kumulieren Defizite in verschiedenen Lebensbereichen, die sich auf die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden auswirken. Sind Frauen im Vergleich zu Männern von besonderen Problemlagen betroffen? Kristallisieren sich bei Frauen bzw. Männern spezifische Problemgruppen heraus?

Die Auswertungen erfolgen aufgrund bestimmter Problemmerkmale. Die Auswahl der Variablen stützt sich teilweise auf die Ergebnisse des ersten Teils ab, vor allem aber auf die vergleichbaren Analysen im Bericht Wohlstand und Wohlbefinden². Die Datenquelle ist die Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998. Bevorzugt werden diejenigen Indikatoren, die für die gesamte Bevölkerung relevant sind. Da die Indikatoren zu Beruf und Arbeit sich nur auf eine Teilgruppe – die Erwerbstätigen – beziehen, werden sie hier nicht berücksichtigt. Von diesem Bereich abgesehen, wurde versucht, alle zentralen Lebensbereiche durch einen bis zwei Indikatoren abzudecken. Es sind dies der Lebensstandard und die materiellen Ressourcen, die Gesundheit, die gesellschaftliche und politische Partizipation, bezahlte und unbezahlte Arbeit, die Freizeit, das Wohnen sowie die persönliche Sicherheit. Zudem haben wir Indikatoren ausgewählt, bei welchen Frauen nicht zum Vornherein hauptsächlich betroffen sind. Die zeitliche Belastung durch Haus- und Familienarbeit, die bekanntlich grösstenteils bei den Frauen sehr hoch ist, wird nicht als Einzelindikator betrachtet, sondern in die Gesamtbelastung durch

In einem ersten Schritt wird eine beschränkte Anzahl Problemmerkmale sowie Bereiche der Zufriedenheit definiert, um darauf basierend besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen identifizieren zu können. Der Hauptakzent liegt dabei auf der individuellen Kumulation von Problemlagen und Unzufriedenheit in mehreren Lebensbereichen.

In einem zweiten Schritt wird der Zusammenhang zwischen Problemkumulation und Unzufriedenheit untersucht, und zwar für Frauen und Männer sowie spezifische Bevölkerungsgruppen. Als zusätzliche Dimension wird die allgemeine Lebenszufriedenheit mit in die Analyse einbezogen.

Zur Definition von Problemlagen und Unzufriedenheit

Die Indikatoren zu den verschiedenen Lebensbereichen weisen auf gute oder schlechte Lebensbedingungen hin und ermöglichen somit die Identifikation von Problemlagen. Das Hauptaugenmerk liegt jeweils auf dem unteren Skalenbereich, also auf den schlechteren Bedingungen.

Dabei gilt es zu definieren, was unter Problemmerkmalen oder -lagen zu verstehen ist und wie diese ermittelt werden. Nach welchen Kriterien die Grenze zwischen guten und schlechten Lebenslagen zu setzen ist, ist nicht einfach zu entscheiden. Für jeden Indikator müssen entsprechende Schwellenwerte definiert werden, welche gute und schlechte Bedingungen voneinander abgrenzen. In den meisten Fällen haben wir uns nach rein empirischen Gesichtspunkten an der prozentualen Verteilung der Indikatoren in der Gesamtbevölkerung orientiert. Um die Deprivationsperspektive hervorzuhe-

Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit miteinbezogen, von welcher Frauen und Männer in einem ausgeglicheneren Masse betroffen sind. Die Indikatoren stellen somit nicht von Anfang an frauenspezifische Problemmerkmale dar. Die soziodemografischen Merkmale Alter, Bildung, Staatsangehörigkeit, Sprachregion, sozioprofessionelle Kategorie, Hauptaktivität und Familiensituation werden als Einflussfaktoren – als erklärende Variablen – in die Analyse einbezogen.

Originalsprache: deutsch

Branger, Katja; Gazareth, Pascale; Modetta, Caterina; Röthlisberger, Paul; Schmid, Beat; Schön-Bühlmann, Jacqueline; Tillmann, Robin: Wohlstand und Wohlbefinden. Lebensstandard und soziale Benachteiligung in der Schweiz. BFS, Neuchâtel 2002; Kapitel 11: Problemlagen, 72-93.

ben, wurde jeweils der untere Skalenbereich (unteres Quintil) als Problembereich gewählt. Bei den Zufriedenheitsfragen wurde, wie im deskriptiven Teil des Berichts, die untere «Hälfte» der Zehnerskala als Problembereich definiert (genauere Anmerkungen dazu siehe Kasten S. 176). Die so ermittelten Problemmerkmale sowie Unzufriedenheitsindikatoren und die entsprechenden Schwellenwerte werden in den Tabellen T16.1 und T16.2 ausgewiesen.

An dieser Stelle soll noch auf ein stichprobentechnisches Problem hingewiesen werden. Die Unterteilung in Bevölkerungsgruppen und deren Ausprägungen ergibt teilweise sehr kleine Gruppen, welche aufgrund ihrer geringen Vertretung in der Stichprobe kaum verlässlich interpretiert werden können. So scheinen beispielsweise die Gruppen der Arbeit suchenden Frauen und Männer mit besonders vielen Problemen und Unzufriedenheit in diversen Lebensbereichen konfrontiert zu sein; deren geringe Anzahl lässt jedoch keine eindeutigen Folgerungen zu.

T16.1 Problemlagen

Lebensbereich	Problemmerkmal	Schwellenwert	Betroffene in % der ent- sprechenden Bevölkerung ¹				
			Total	Frauen	Männer		
Materielle Ressourcen	Einkommens- schwäche	Als Betroffene gelten Personen, welche in einem Haushalt mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 70% des Medians leben, also weniger als Fr. 2450 pro Monat (im Jahr 1998 betrug der Median 3500 Franken pro Monat; d.h. 50% der Äquivalenzeinkommen liegen unter diesem Betrag, 50% darüber).	23,9	24,2	23,5		
	Mangelhafte Alterssicherung	Als Betroffene gelten Personen, welche mit grosser Wahrscheinlichkeit eine mangelhafte Alterssicherung haben, weil sie in einem Haushalt leben, der weder Einnahmen noch Ausgaben für bzw. von Pensionskassen und Versicherungen der 3. Säule aufweist. Somit ist anzunehmen, dass sie keine Pensionskasse oder 3. Säule haben.	11,7	13,8	9,4		
Lebens- standard	Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern	Als Betroffene gelten Personen, welche in einem Haushalt mit schlechter Ausstattung an dauerhaften Konsumgütern leben. Als solche werden die 20% Haushalte mit den tiefsten Indexwerten definiert (vgl. Berechnung des Ausstattungsindex im Bericht: Wohlstand und Wohlbefinden, Kapitel 1.4).	18,9	23,0	14,7		
	Finanziell bedingter Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlung oder Weiterbildung	Als Betroffene gelten Personen, welche angeben, aus finanziellen Gründen auf mindestens eines der drei aufgeführten Elemente verzichtet zu haben.	19,4	20,3	18,4		
Arbeit (Er- werbs- und/ oder Haus- und Familien- arbeit)	Hohe Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit	Als Betroffene werden die 20% der Bevölkerung mit der höchsten objektiven Gesamtbelastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit definiert. ²	20,0	20,1	19,9		
	In den letzten fünf Jahren von Erwerbs- losigkeit betroffen	Als Betroffene gelten Personen, welche angeben, in den letzten fünf Jahren mindestens einmal erwerbslos gewesen zu sein.	12,7	12,0	13,4		
Gesundheit	Gesundheitszustand mittelmässig bis sehr schlecht	Als Betroffene gelten Personen, welche ihren Gesundheitszustand als mittelmässig, schlecht oder sehr schlecht bezeichnen.	15,1	18,2	11,8		
Freizeit	Nicht aktives Frei- zeitverhalten	Eine konstruierte Variable drückt, alle Freizeitbereiche zusammengenommen, den Aktivitätsgrad jeder Person aus. Als Betroffene gelten die 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Aktivitätsgrad. ³	17,9	17,7	18,0		
	Zu wenig frei verfügbare Zeit	Als Betroffene gelten Personen, welche angeben, über zu wenig freie Zeit zu verfügen.	34,2	32,9	35,7		

¹ Es handelt sich hier um annähernde Grenzwerte des unteren Quintils: Je nach möglichen Ausprägungen der Indikatoren weichen die Prozentangaben mehr oder weniger von der 20%-Grenze ab.

² Spezifische Indikatoren zur Berufssituation sind nur sinnvoll, wenn die Situation der Erwerbstätigen separat ausgewertet wird. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird im Kapitel 15 behandelt.

³ Zur Unterteilung in die Kategorien "aktiv" oder "nicht aktiv": Die einzelnen Aktivitäten weisen sehr unterschiedliche Häufigkeiten auf - eine Vielzahl der Personen hört jeden Tag Musik oder liest, aber kaum jemand geht täglich in eine Theatervorstellung oder ins Kino. Daher wird für jede Freizeittätigkeit die meistgenannte Antwortkategorie mit den häufigeren Kategorien zur neuen Kategorie "aktiv" zusammengefasst (z.B. "mindestens 1-mal pro Woche" mit "täglich", wenn bei ersterer die Mehrheit der Nennungen sind). Analog werden die übrigen Antwortkategorien (in diesem Beispiel "mindestens 1-mal pro Monat", "weniger als 1-mal pro Monat", "nie") zur Kategorie "nicht aktiv" zusammengefasst. Die Anzahl aktiv ausgeübter Freizeitbeschäftigungen wird anschliessend zu einer neuen Variable summiert, welche den allgemeinen Aktivitätsgrad im Freizeitbereich ausdrückt.

T16.1 Problemlagen (Fortsetzung)

Lebensbereich	Problemmerkmal	Schwellenwert	Betroffene in % der ent- sprechenden Bevölkerung ¹				
			Total	Frauen	Männer		
Partizipation	Interesse an Politik schwach und seltene Teilnahme an eidg. Abstim- mungen	Als Betroffene gelten Personen, welche einerseits ein schwaches Interesse an Politik angeben und gleichzeitig selten oder nie an Abstimmungen teilnehmen.	24,0	27,4	20,3		
	Seltenes Ausgehen oder Freunde treffen	Als Betroffene gelten Personen, welche seltener als einmal wöchentlich mit Freunden zusammen sind und außerdem auch seltener als einmal wöchentlich ausgehen.	17,6	16,9	18,3		
Wohnen	Kleine Wohnfläche pro Person	Als Indikator dient die Anzahl Quadratmeter pro Person. Als Betroffene gelten Personen, welche in den 20% Haushalten mit den tiefsten Quotienten leben.	21,5	20,1	23,0		
	Umweltstörungen in der Wohn- umgebung	Als Betroffene gelten Personen, welche sich von mindestens einer der Umweltstörungen (Verkehrslärm, sonstiger Lärm, Luftverschmutzung) als ziemlich stark oder sehr stark betroffen fühlen.	27,0	29,4	24,3		
Persönliche Sicherheit	Unsicherheitsgefühl in der Wohnung und/oder Wohn- umgebung	Als Betroffene gelten Personen, welche sich nachts alleine in ihrer Wohnung und/oder Wohngegend ziemlich unsicher oder sehr unsicher fühlen.	19,8	32,4	6,4		

Einige der hier gewählten Indikatoren, wie Einkommensschwäche, mangelhafte Alterssicherung, Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern und kleine Wohnfläche pro Person, sind auf Haushaltsebene und nicht individueller Ebene definiert. Ein Grund liegt darin, dass in der EVE keine Daten zu oder von einzelnen Individuen oder Haushaltsmitgliedern zur Verfügung stehen. In bestimmten Fällen, wie bei der Einkommensschwäche, wären personenbezogene Daten verfügbar (z.B. das persönliche Einkommen), aber die Information über die Situation des Haushalts ist unseres Erachtens aussagekräftiger als die über ein einziges Haushaltsmitglied: Die finanzielle Situation, in der eine Person lebt, ist durch die über das Haushaltseinkommen gemessene Einkommensschwäche umfassender wiedergeben als nur durch die Berücksichtigung des persönlichen Einkommens, dies insbesondere in Mehrpersonenhaushalten. Der Nachteil dabei ist, dass in Paarhaushalten (mit oder ohne Kinder) die Situation für Männer und Frauen deshalb gleich ist. Die daraus entstehenden Verzerrungen der Gechlechterunterschiede fallen jedoch nicht stark ins Gewicht, weil insgesamt nur 4 von 14 Indikatoren der Problemlagen haushaltsbezogen sind.

Quelle: EVE 1998

T16.2 Unzufriedenheit

Lebensbereich	Unzufriedenheit	Schwellenwert	Betroffene in % der ent- sprechenden Bevölkerung				
			Total	Frauen	Männer		
Materielle Ressourcen und Lebensstandard	Nicht zufrieden mit der finanziellen Situation	Als Betroffene gelten Personen, deren Zufriedenheit mit der gegenwärtigen finanziellen Situation im unte- ren Skalenbereich liegt (Werte von 0 bis und mit 5).	17,4	16,4	18,5		
Arbeit (Erwerbs- und/oder Haus- und Familien- arbeit)	Hohe subjektive Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit	Die Belastungswerte durch Haus- und Familienarbeit und jene durch Ueberstunden werden rekodiert und summiert ¹ . Die 20% Personen mit dem höchsten Belastungsempfinden gelten als Betroffene.	17,3	17,6	17,1		
Gesundheit	Nicht zufrieden mit der Gesundheit	Die Zufriedenheit mit der Gesundheit liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	8,4	9,6	7,1		
Freizeit	Nicht zufrieden mit der Freizeit	Die Zufriedenheit mit der Freizeit liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	14,8	14,5	15,1		
Partizipation	Nicht zufrieden mit den sozialen Kontakten	Die Zufriedenheit mit den Kontakten zu Freunden, Bekannten usw. liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	8,0	8,0	7,9		
Wohnen	Nicht zufrieden mit der Wohnsituation	Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	6,4	6,3	6,5		
Haushalt und Familie ²	Nicht zufrieden mit dem Familienleben	Die Zufriedenheit mit dem Familienleben liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	5,5	5,1	6,0		
Persönliche Sicherheit	Nicht zufrieden mit Schutz vor Krimina- lität und körperlicher Gewalt	Die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt liegt im unteren Skalen- bereich (Werte von 0 bis und mit 5).	13,5	15,6	11,2		

¹ Es handelt sich dabei um approximative Angaben: Die Erwerbsbelastung bezieht sich nur auf die Überstunden, nicht auf die berufliche Belastung allgemein (d.h. auch innerhalb normaler Arbeitszeiten). Ausserdem wurde die Frage nach der Belastung durch Überstunden nur Angestellten, nicht jedoch Selbstständigerwerbenden gestellt.

Quelle: EVE 1998

16.1 Problemlagen

Welches sind unter den Frauen und Männern die Problemgruppen?

Im Folgenden gilt es, Mehrfachbenachteiligungen von Frauen und Männern zu erkennen und besonders betroffene Bevölkerungsgruppen zu identifizieren. Als erstes werden die Problemlagen untersucht. Steht eine Bevölkerungsgruppe in einem oder mehreren Lebensbereichen deutlich schlechter da als der Bevölkerungsdurchschnitt, kann von einer Problemlage gesprochen werden (genauere Anmerkungen zu den Kriterien siehe Kasten). Die Gruppe wird in diesem Falle als Problemgruppe bezeichnet.

Unterversorgung und Mehrfachbenachteiligung

Gemäss unserer Definition liegen Problemlagen vor, wenn einer oder mehrere der betrachteten Lebensbereiche in einer Bevölkerungsgruppe deutlich schlechter ausfallen als im Bevölkerungsdurchschnitt. Unzufriedenheit ist gegeben, wenn einer oder mehrere Lebensbereiche negativer bewertet werden als im Durchschnitt. Wenn der Anteil Betroffener einer Gruppe mehr als 30% vom Bevölkerungsdurchschnitt abweicht, wird in unserem Falle von einem *Defizit* oder einer *Unterversorgung* im untersuchten Lebensbereich gesprochen. Dieser Schwellenwert wurde nach rein empirischen Gesichtspunkten (Verteilung der Indikatoren in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen) festgelegt.

² Das weiter oben unter dem Lebensbereich "Arbeit" aufgeführte Merkmal "Hohe subjektive Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit" kann natürlich genauso gut diesem Bereich zugeteilt werden.

Für den Vergleich der Betroffenheit von Defiziten von Frauen und Männern wenden wir dasselbe Vorgehen an: Weicht der Anteil betroffene Frauen oder Männer mehr als 30% vom Anteil des anderen Geschlechts ab, betrachten wir den Unterschied als erwähnenswert und sprechen von einem deutlichen Geschlechterunterschied.

Die Kriterien für eine Mehrfachbenachteiligung auf individueller Ebene resultieren ebenfalls aus empirischen Überlegungen. Wir gehen von einer Mehrfachbenachteiligung aus, wenn mindestens fünf Defizite oder Unzufriedenheit in mindestens drei Bereichen vorliegen (von vierzehn bzw. acht insgesamt). Diese unterschiedlichen Schwellenwerte drängen sich aus folgenden Gründen auf: Als erstes wurde wiederum von der prozentualen Verteilung der Indikatoren ausgegangen. Es ist festzustellen, dass der Anteil Individuen mit mehreren Bereichen der Unzufriedenheit generell geringer ist. Dies hängt unter anderem mit den mehrmals erwähnten generell hohen Zufriedenheitsraten zusammen, aber auch damit, dass wir weniger Zufriedenheitsindikatoren als Indikatoren der Problemlagen berücksichtigt haben. Ein geringerer Grenzwert im Bereich der Zufriedenheit scheint uns deshalb sinnvoll.

Der Begriff Deprivation wird oft synonym zu Mehrfachbenachteiligung verwendet. Sind sowohl bei den Problemen wie bei der Zufriedenheit Mehrfachbenachteiligungen festzustellen, sprechen wir von doppelter Deprivation.

Die Betroffenheit der Frauen und Männer sowie ausgewählter Bevölkerungsgruppen von den oben beschriebenen Problemlagen wird in Tabelle T16.3 dargestellt. Dabei fällt auf, dass bei fünf von vierzehn Problemlagen Frauen deutlich stärker betroffen sind. Männer insgesamt sind hingegen von keiner der berücksichtigten Problemlagen signifikant häufiger betroffen als Frauen. Frauen weisen häufiger eine mangelhafte Absicherung des Rentenalters, eine Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern, einen eher schlechten Gesundheitszustand und ein schwaches Interesse für Politik sowie eine tiefe Beteiligung an Abstimmungen auf. Schliesslich bestätigt sich auch hier der schon bekannte Befund einer hohen Korrelation zwischen Geschlecht und Unsicherheitsgefühl: Fünfmal mehr Frauen als Männer haben ein Gefühl der Unsicherheit, wenn sie sich nachts alleine in ihrer Wohnung oder Wohnumgebung aufhalten. In allen untersuchten Bevölkerungsgruppen haben deutlich mehr Frauen dieses Unsicherheitsgefühl.

Im nächsten Schritt untersuchen wir, welche Bevölkerungsgruppen unter den Frauen und welche unter den Männern zu den besonders benachteiligten gehören. Es ist anzumerken, dass sich die Gruppen nicht gegenseitig ausschliessen: Eine Person kann mehreren der aufgeführten Gruppen angehören. Folgende Profile weisen deutlich mehr Defizite auf als die Gesamtbevölkerung und kristallisieren sich somit gemäss den oben erwähnten Kriterien als Problemgruppen heraus:

Alleinerziehende

Bekanntlich sind Alleinerziehende zum grössten Teil Mütter, nur einer von elf ist ein allein erziehender Vater, deshalb beziehen wir uns im Folgenden ausschliesslich auf die Frauen³. Wie schon im erwähnten Bericht mit dem Titel Wohlstand und Wohlbefinden eingehend beschrieben wird, ist diese Gruppe besonders stark von Problemlagen betroffen. 44% von ihnen sind einkommensschwach und über die Hälfte musste aus finanziellen Gründen entweder auf Ferien, eine Zahnbehandlung oder einen Weiterbildungskurs verzichten. Bei den Frauen insgesamt sind die entsprechenden Anteile 24% bzw. 20%. Rund ein Fünftel dieser Frauen haben eine mangelhafte Alterssicherung. Mit Ausnahme der Versorgung mit dauerhaften Gütern wie Geschirrspüler, Videorecorder, PC/Laptop, Stereoanlage und Auto sind allein erziehende Mütter in materieller Hinsicht in einer sehr prekären Lage. Die weiteren Lebensumstände entschärfen diese Situation keineswegs: ein knappes Drittel war in den letzten 5 Jahren mindestens einmal arbeitslos. Weil sie alleine mit einem oder mehreren Kindern zusammen leben. ist die Hälfte von ihnen einer hohen Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit ausgesetzt. Damit einher geht die von 54% der allein erziehenden Frauen geäusserte Meinung, sie hätten zu wenig frei verfügbare Zeit. Die politische und soziale Partizipation, gemessen am Interesse an Politik, der Teilnahme an Abstimmungen und dem regelmässigen Ausgehen oder Zusammen sein mit Freunden und Freundinnen, ist nur leicht schwächer als bei den Frauen insgesamt.

Bei einigen Problemmerkmalen unterscheiden sich allein erziehende Frauen nicht von den Frauen insgesamt. Nicht aktives Freizeitverhalten kommt trotz hoher Belastung durch Erwerbs- und Hausarbeit und wenig frei verfügbarer Zeit nicht häufiger vor als in

³ Die Anzahl allein erziehender M\u00e4nner ist zu klein, um statistisch gesicherte Aussagen machen zu k\u00f6nnen. Die Ergebnisse sind \u00e4hnlich wie bei allein erziehenden Frauen.

der Gesamtbevölkerung. Vermutlich ist es im Zusammenleben mit Kindern kaum möglich, sich in der Freizeit wenig aktiv zu verhalten.⁴ Ihren Gesundheitszustand bewerten sie nicht schlechter als die Frauen insgesamt. Die Wohnsituation in Bezug auf die Wohnfläche pro Person und die allfälligen Umweltstörungen in der Umgebung erweisen sich als gleichwertig wie die der Frauen insgesamt. Ferner weicht das Unsicherheitsgefühl in der Wohnung und Wohngegend auch nicht vom Durchschnitt ab.

Die Problemlagen von allein erziehenden Frauen stehen somit vorwiegend in Zusammenhang mit der finanziellen Situation und den zeitlichen Belastungen durch Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung.

 Frauen und Männer aus der italienischsprachigen Schweiz

Durch besonders viele Problemlagen sind auch diese beiden Gruppen betroffen. Einkommensschwäche, der finanziell bedingte Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlung oder Weiterbildung, Arbeitslosigkeit, nicht aktives Freizeitverhalten, ein mittelmässiger bis sehr schlechter Gesundheitszustand und geringes Interesse für Politik treffen für beide Geschlechter deutlich häufiger zu als für die entsprechende Gesamtpopulation der Frauen bzw. Männer. In der italienischsprachigen Schweiz lebende Frauen haben zudem auch deutlich häufiger eine prekäre Alterssicherung als die Schweizer Frauen im Allgemeinen. Dies dürfte auf die tiefere Erwerbsquote der Frauen in dieser Region der Schweiz zurück zu führen sein. Nur bei den Männern aus diesem Teil der Schweiz kommen noch folgende erschwerende Umstände hinzu: eine jeweils im Vergleich zu den Männern insgesamt leicht häufigere Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern, eine deutlich kleinere Wohnfläche pro Person und ein leicht häufigeres Unsicherheitsgefühl in Wohnung und Umgebung.

Männer ohne nachobligatorische Schulbildung

Die Situation der Männer ohne nachobligatorische Schulbildung ist sehr prekär sowohl in materieller Hinsicht als auch in weiteren Lebensbereichen. Niedriges Einkommen, mangelnde Absicherung im Alter, schlechte Ausstattung mit Konsumgütern, kleine Wohnfläche, nicht aktives Verhalten in der Freizeit,

Desinteresse für Politik, schlechter Gesundheitszustand und Unsicherheitsgefühle kommen häufiger vor als bei den Männern insgesamt. Es ist nicht erstaunlich, dass Männer mit einem vergleichsweise niedrigen Bildungsstand, insbesondere solche mit Familie, sich mit schwierigen Lebensbedingungen auf verschiedenen Ebenen auseinander setzen müssen. Dies zeigt einmal mehr, dass Bildung als Ressource Chancen und Möglichkeiten eröffnet, vor allem in Bezug auf die Erwerbstätigkeit, welche es erlauben, sich das Leben komfortabler einzurichten.

Frauen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss fallen nicht besonders auf, was mit ihrer traditionellen Rolle in Partnerschaft und Familie in Zusammenhang steht: Leben sie in einer Partnerschaft, so übernehmen sie einen Grossteil der Haus- und Familienarbeit. Die Erwerbstätigkeit und nötigen Ressourcen dazu werden somit weniger wichtig für die Existenzsicherung. Das Problem zeigt sich jedoch bei Frauen, welche alleine einen Haushalt führen, insbesondere bei allein erziehenden Frauen, sehr ausgeprägt.

• Frauen und Männer über 74 Jahre

Die älteren Menschen haben sich ebenfalls als besonders stark von Problemlagen betroffene Gruppe herausgestellt. Rund ein Drittel der über 74-jährigen Frauen und Männer sind einkommensschwach⁵, in der Gesamtbevölkerung sind dies knapp ein Viertel der Frauen und Männer. Weil das heutige System der sozialen Sicherheit jünger ist als sie, trifft die mangelnde Alterssicherung 38% der Männer und fast die Hälfte (48%) der Frauen in dieser Altersgruppe. Die diesbezüglichen Anteile Betroffener in der Gesamtbevölkerung sind 9% der Männer und 14% der Frauen. Die Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern ist bei über der Hälfte der älteren Männer (57%) und sogar bei drei Vierteln der älteren Frauen (76%) festzustellen (Männer und Frauen insgesamt: 15% bzw. 23%). Nachvollziehbar ist, dass sie, obwohl sie kaum unter zu wenig verfügbarer Zeit leiden, ihre Freizeitaktivitäten weniger häufig als die Gesamtbevölkerung und somit im höheren Alter weniger aktiv praktizieren: 44% der über 74-jährigen Männer und 38% der altersgleichen Frauen weisen ein nicht aktives Freizeitverhalten auf. Im Durchschnitt aller Männer bzw. Frauen sind die entsprechenden Anteile 18%. Der schlechtere Gesundheitszustand bei beiden Ge-

⁴ Als nicht aktiv gilt hier ein Freizeitverhalten, in dem die Mehrzahl der erfragten Aktivitäten weniger häufig ausgeübt wird als durchschnittlich in der Bevölkerung. Siehe auch Anmerkung in Tabelle 16.1.

Das Vermögen kann mangels geeigneter Daten hier nicht berücksichtigt werden.

T16.3 Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in %

	Einkom schwad		Mangelhafte Alters- sicherung		Mindestens 1-mal er- werbslos in letzten 5 Jahren		Hohe Belas- tung durch Erwerbs-, Haus- und Familien- arbeit		Unterversor- gung mit dauerhaften Konsum- gütern		Finanziell bedingter Verzicht auf Ferien, Zahn- behandlung oder Weiter- bildungskurs		Nicht aktives Freizeit- verhalten	
	М	F	М	F	М	F	М	F	М	F	М	F	М	F
Gesamtbevölkerung	23,5	24,2	9,4	13,8	13,4	12,0	19,9	20,1	14,7	23,0	18,4	20,3	18,0	17,7
Bildungsniveau														
Obligatorische Schule	38,3	34,3	14,5	17,4	14,4	10,7	9,2	13,7	20,1	32,1	23,2	20,4	29,2	26,4
Sekundarstufe II	22,5	20,7	9,2	13,1	14,4	12,4	20,2	21,2	14,8	20,5	19,5	20,6	17,1	15,3
Tertiärstufe	14,8	16,1	6,3	8,2	10,6	13,4	26,9	30,7	10,6	11,9	13,1	18,7	11,9	7,7
Berufshauptgruppen nach ISCO88														
Nicht berufstätig, keine Angabe	30,3	30,5	19,2	21,7	12,2	8,2	7,6	11,2	24,8	32,4	15,7	18,8	22,8	21,3
Führungskräfte	13,5	1,7	2,8	4,1	9,2	1,8	31,1	28,3	6,7	9,0	11,4	7,0	13,9	2,2
Akademische Berufe	9,6 14,9	9,1	5,3 3,8	11,5	16,5 11,8	16,1	27,0 28,6	29,8 30,1	10,4 4,2	14,3 12,8	15,0	19,7	7,9	4,4 6,4
Techniker und gleichrangige Berufe Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	21,6	17,1 10,7	5,6	4,8 3,3	18,8	11,4 16,5	15,5	18,3	4,2 8,0	7,3	20,8 12,5	16,8 17,8	9,4 15,4	13,0
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	23,9	26,0	4,0	9,9	25,2	18,2	18,0	29,6	11,3	21,2	33,6	30,2	18,0	23,9
Fachkräfte in der Landwirtschaft	50,3	48,3	17,6	11,6	2,9	4,5	39,0	50,8	29,0	33,5	15,2	9,3	27,6	35,3
Handwerks- und verwandte Berufe	28,3	18,8	4,5	7,7	10,1	23,4	23,4	22,8	10,6	20,0	24,3	36,0	19,9	27,3
Anlagen- und Maschinenbediener	21,5	36,0	1,2	8,1	15,4	36,1	22,1	32,0	8,9	13,8	20,5	55,0	30,7	25,1
Hilfsarbeitskräfte	33,0	32,0	15,9	6,8	19,3	17,4	18,4	29,5	26,9	16,7	18,1	23,7	32,3	23,2
Hauptaktivität														
Berufstätig: Solo-Selbständigerwerbend ¹	42,0	31,3	12,8	11,3	18,9	15,9	38,1	36,9	12,3	13,2	25,0	26,9	15,1	11,9
Berufstätig: übrige	17,5	14,2	2,5	4,1	14,6	17,5	27,3	28,6	8,8	14,1	20,4	22,4	15,2	13,9
Auf Arbeitssuche	63,1	55,0	37,2	17,1	100	100	0,0	12,9	37,8	15,8	55,8	39,5	13,5	17,3
In Ausbildung	30,7	31,6	10,2	16,7	4,9	5,6	4,4	3,9	6,9	14,1	15,4	17,4	2,4	1,0
Haus- und Familienarbeit	22,7	26,5	15,3	6,5	30,9	6,6	14,9	30,2	18,9	9,1	20,8	22,5	33,9	17,8
Rentenalter	29,5	30,2	29,6	34,2	0,0	1,4	1,1	2,4	39,4	53,2	7,8	12,6	37,3	28,7
Anderes	30,2	33,4	14,8	13,8	8,7	18,0	2,6	0,0	18,3	25,7	8,5	29,2	21,4	16,1
Alter														
15-24 Jahre	27,8	27,0	10,6	10,5	13,8	20,9	5,2	6,7	7,8	11,4	17,4	16,1	2,9	4,5
25-39 Jahre	22,1	22,3	5,6	5,9	20,4	16,5	31,0	35,7	11,1	13,0	23,2	27,1	12,2	15,2
40-54 Jahre	22,1	20,3	2,9	5,7	12,9	13,5	29,5	28,6	8,0	11,1	23,0	24,5	16,1	15,4
55-61/64 Jahre	17,8	20,2	6,2	8,8	11,7	9,6	11,7	11,1	14,3	18,6	11,3	13,5	30,1	20,1
62/65-74 Jahre	28,9	28,1	26,7	29,8	0,0	1,9	1,5	2,9	32,9	45,6	9,4	14,5	34,9	25,5
75 Jahre und älter	31,3	36,6	37,7	47,6	0,0	0,0	0,0	1,0	57,0	76,3	3,3	6,6	43,7	38,1
Familiensituation														
Alleinlebende	20,1	27,8	18,4	30,7	18,0	11,1	11,0	5,6	29,3	52,5	19,4	20,2	9,9	16,8
Partner/innen in 2-Personenhaushalt	18,2	16,9	13,3	13,3	10,0	11,7	10,3	9,1	18,8	22,3	12,5	15,6	23,0	18,5
Partner/innen (1-2 Kinder) Partner/innen (3 und mehr Kinder)	23,9	26,0 39,4	2,5 2,5	2,9 5,0	14,1 12,9	12,6	41,3 51,6	48,4 44,6	5,8	8,4 4,7	24,0 36,3	25,8	18,8	20,3 11,7
Alleinerziehende	51,5 37,9	39,4 44,3	7,6	19,4	7,6	3,2 29,2	14,4	49,5	7,7 0,0	14,3	27,7	25,2 55,0	19,7 9,7	16,9
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15-24j)	29,6	25,6	2,2	0,9	11,4	11,2	3,4	1,7	4,8	3,9	16,0	6,2	1,9	1,2
Andere Situation	21,4	21,1	11,1	12,6	18,9	12,6	9,8	15,7	14,1	15,8	13,5	19,0	28,7	26,8
Staatsangehörigkeit						, ,								
Schweizer/innen	21,2	23,7	9,5	14,6	11,2	9,9	19,5	18,5	14,3	23,2	15,7	19,5	17,7	17,5
Ausländer/innen	32,2	26,7	9,0	9,8	21,8	22,5	21,5	27,6	16,1	21,6	28,8	24,5	19,2	18,7
	J_,_	_5,,	-,0	2,0	2.,5	,	,5	_,,5	. 5, 1	,5		,5	.,,_	. 5,,
Sprachregion Deutsche und rätoromanische Schweiz	24.2	22,5	0.1	12.2	117	10.4	20.1	20.0	1E 2	24,6	1E 1	177	17.0	10 6
Französische Schweiz	21,2 27,8	22,5 27,6	8,1 14,3	13,3 14,0	11,7 18,3	10,4 15,4	20,1 18,4	20,9 17,9	15,2 11,6	24,6 18,8	15,1 27,6	17,7 26,3	17,9 15,2	18,6 13,5
Italienische Schweiz	39,4	32,7	8,5	19,9	18,0	18,5	23,4	18,3	19,2		31,3	29,0	31,2	27,6
TRANSPORTE SCHWEIZ	7,7	32,7	5,5	י,,	10,0	10,5	25,7	.0,5	17,2	י,,,	51,5	25,0	31,2	27,0

Lesebeispiel: 39,4% der Männer (M) und 32,7% der Frauen (F) aus der italienischsprachigen Schweiz leben in einkommensschwachen Haushalten. Vorsicht ist bei den Ergebnissen der kursiv gedruckten Gruppen sowie den weiblichen Führungskräften, den Männern über 74 Jahren, den allein erziehenden Männern, den hauptsächlich in Haushalt tätigen Männern und den bei den Eltern lebenden Töchtern zwischen 15 und 24 Jahren geboten. Diese Gruppen sind mit weniger als 100 Beobachtungen in der Stichprobe vertreten.

Grau unterlegt: Abweichung gegenüber dem entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung >=30%

Quelle: EVE 1998

¹ Inkl. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im eigenen Betrieb (ohne Mitarbeiter)

T16.3 Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in % (Fortsetzung)

Zu wer verfügt Zeit	_	Gesund zustand telmäss schlech sehr sc	d mit- sig, nt oder	Politik schwad seltene nahme eidg. A	nteresse an Politik schwach und seltene Teil- nahme an eidg. Abstim- nungen		Weniger als 1-mal pro Woche Aus- gehen oder mit Freunden zusammen sein		Wohn- pro	von Umwelt- störungen in der Wohn-		Unsich gefühl Wohnu und/od Umgeb	ung der	
Μ	F	М	F	М	F	Μ	F	М	F	М	F	М	F	
35,7	32,9	11,8	18,2	20,3	27,4	18,3	16,9	23,0	20,1	24,3	29,4	6,4	32,4	Gesamtbevölkerung
28,3 33,4 45,1	24,4 33,6 50,9	15,7 12,1 8,5	25,2 15,7 12,9	29,8 21,5 11,2	32,8 27,1 16,0	18,3 18,2 18,5	18,1 17,4 11,4	32,4 24,0 14,6	24,6 19,0 14,2	20,6 25,8 24,2	29,8 29,2 29,8	10,2 6,3 3,7	40,1 30,4 22,6	Bildungsniveau Obligatorische Schule Sekundarstufe II Tertiärstufe
19,1 45,0 50,3 45,4 27,3 43,8 47,4 40,8 36,1	21,0 58,3 57,2 43,9 44,2 37,1 51,2 34,3 43,3	19,1 6,3 5,8 9,5 5,9 7,1 14,4 11,1	23,2 5,9 11,8 14,9 11,9 14,0 10,6 21,7 13,2	18,8 11,9 10,8 20,7 21,5 32,9 15,2 25,1 27,5	21,4 23,3 13,1 27,3 38,7 41,2 16,5 44,0 15,9	18,1 25,5 16,5 18,6 14,5 21,4 19,1 15,6 25,2	17,5 8,5 14,4 12,3 15,2 18,6 26,2 27,1 10,8	17,2 17,1 21,2 19,0 29,3 28,7 24,3 32,5 28,7	18,8 15,8 17,0 17,5 15,4 28,7 22,3 14,1 17,1	22,6 25,7 27,5 23,0 26,1 29,1 30,1 20,4 29,3	29,6 21,5 41,0 31,2 26,3 28,4 23,2 16,9 16,0	9,5 3,3 1,8 5,6 3,9 9,3 2,8 4,6 6,5	39,6 20,2 22,8 23,6 23,9 30,4 40,4 23,0 7,3	Berufshauptgruppen nach ISCO88 Nicht berufstätig, keine Angabe Führungskräfte Akademische Berufe Techniker und gleichrangige Berufe Bürokräfte, kaufmännische Angestellte Dienstleistungs- und Verkaufsberufe Fachkräfte in der Landwirtschaft Handwerks- und verwandte Berufe Anlagen- und Maschinenbediener Hilfsarbeitskräfte
26,6	30,7	6,6	20,6	43,2	47,5	19,8	25,7	38,1	40,5	24,8	31,1	20,5	34,7	Hauptaktivität
39,0 46,1 17,9 31,9 11,7 6,7 12,3	48,3 47,6 20,6 33,9 33,3 11,6 13,6	10,7 8,6 6,3 9,0 15,4 21,1 32,6	9,5 13,6 23,2 15,6 16,5 25,3 49,5	21,8 22,5 39,0 18,2 20,5 10,1 19,3	29,5 37,7 47,0 14,1 27,0 15,4 14,0	9,8 19,9 9,5 3,2 16,6 26,6 15,3	16,8 15,4 17,6 5,8 21,6 18,3 8,9	24,7 25,9 15,0 36,6 11,0 6,4 19,0	27,9 18,7 47,4 32,4 31,8 3,8 25,8	30,8 24,6 31,4 16,5 31,6 22,7 28,2	31,4 29,0 32,6 24,7 29,4 30,2 36,1	0,0 5,0 7,6 3,7 23,6 10,5 16,0	30,1 24,7 43,0 27,0 33,3 42,5 42,3	Berufstätig: Solo-Selbständigerwerbend ¹ Berufstätig: übrige Auf Arbeitssuche In Ausbildung Haus- und Familienarbeit Rentenalter Anderes
26,6 50,8 42,6 27,8 6,4 7,6	30,3 47,6 41,9 21,9 14,2 3,6	5,0 9,1 12,9 12,9 17,1 32,2	15,3 11,0 17,4 30,5 24,6 27,5	24,3 27,6 17,6 14,3 9,8 10,7	32,4 39,5 24,9 17,1 16,6 11,7	2,9 15,2 22,9 24,6 26,3 27,5	5,8 17,2 19,0 22,5 16,9 22,4	36,6 27,8 28,4 5,9 5,9 7,7	33,2 31,3 22,3 2,1 4,1 3,0	15,7 28,1 25,8 23,2 23,1 21,3	23,6 31,5 27,0 33,7 29,0 33,9	4,9 6,1 5,3 5,5 7,9 17,8	29,3 27,9 27,6 35,7 39,6 51,6	Alter 15-24 Jahre 25-39 Jahre 40-54 Jahre 55-61/64 Jahre 62/65-74 Jahre 75 Jahre und älter
36,0 28,7 47,3 60,5 20,2 22,2 27,6	21,4 25,9 45,9 57,8 54,2 28,2 37,1	15,1 13,6 10,6 7,4 15,4 3,0 15,4	22,9 20,2 13,6 7,9 20,3 17,5 16,0	20,9 17,5 24,7 17,9 0,0 21,7 18,6	23,9 27,1 35,1 17,2 35,8 14,4 30,7	9,0 21,0 24,5 25,3 15,4 1,6 21,6	9,7 16,8 23,7 23,8 24,9 4,1 21,1	5,5 4,2 43,7 61,8 0,0 42,4 20,4	1,6 7,7 42,8 54,8 18,1 37,2 25,6	30,3 25,7 24,0 20,2 20,4 13,0 25,4	31,9 28,4 29,6 30,4 32,3 21,4 31,3	7,5 6,5 6,9 5,4 0,0 4,6 5,3	31,0 34,5 33,2 23,8 28,3 35,2 30,1	Familiensituation Alleinlebende Partner/innen in 2-Personenhaushalt Partner/innen (1-2 Kinder) Partner/innen (3 und mehr Kinder) Alleinerziehende Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15-24j) Andere Situation
33,2	32,0	11,2	17,8	14,6	22,7	17,4	17,6	20,5	17,1	24,3	29,3	4,8	31,1	Staatsangehörigkeit Schweizer/innen
32,9 45,7 35,2	37,3 31,6 37,7 27,1	14,2 10,7 14,7 15,9	20,5 17,6 18,7 25,1	18,0 25,5 32,8	50,9 25,4 31,2 39,6	21,7 18,5 17,0 20,1	13,8 19,2 11,2 12,2	32,8 21,2 25,6 39,4	35,1 18,6 25,4 14,6	24,6 24,2 25,4 22,1	30,3 29,4 29,0 32,6	6,0 6,7 10,7	32,9 30,3 35,5	Ausländer/innen Sprachregion Deutsche und rätoromanische Schweiz Französische Schweiz Italienische Schweiz

Der *Bildungsstand* könnte auch als Ressourcenindikator der Problemlagen in die Analyse einfliessen. In dem Fall müsste aber die Weiterbildung, zu der es in der EVE keine Angaben hat, ebenfalls berücksichtigt werden. Deshalb ziehen wir es vor, Bildung als soziodemografische Variable zu verwenden. Die persönliche Versicherungslage ist mit den EVE-Daten nicht eruierbar. Der Indikator *mangelhafte Alterssicherung* betrifft nur Personen, welche in einem im Hinblick auf das Alter mangelhaft versicherten Haushalt leben (vgl. Tabelle T16.1). Deshalb ist z.B. die Quote der mangelhaft versicherten Frauen mit Hauptaktivität Haus- und Familienarbeit sehr tief (6,5%): Die meisten von ihnen leben in einem Haushalt, in dem eine oder mehrere Personen über eine Versicherung im Alter verfügen, obwohl sie persönlich möglicherweise keine haben. Die Quote wäre um einiges höher, könnte die persönliche Versicherungslage von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Daher sind bei diesem Indikator die Anteile der betroffenen Frauen unterschätzt.

schlechtern ist auch nicht weiter erstaunlich: Die Betroffenheit liegt jeweils bei etwa 3 von 10 Personen (Frauen und Männer insgesamt: 18% bzw. 12%). Der Rückzug vom sozialen Leben ist eine weitere Problemlage, welche bei älteren Menschen häufiger vorkommt. Im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung hält sich der Unterschied jedoch in Grenzen. Deutlich stärker betroffen als Frauen und Männer im allgemeinen sind die über 74-Jährigen von Gefühlen der Unsicherheit, wenn sie sich nachts alleine in ihrer Wohnung oder Wohngegend aufhalten: 18% der älteren Männer (6% der Männer insgesamt) und 52% der älteren Frauen (32% der Frauen insgesamt) fühlen sich unsicher.

Bei dieser besonders betroffenen Bevölkerungsgruppe kristallisieren sich sowohl bei Frauen als auch bei Männern dieselben Problemlagen heraus. Die Betroffenenanteile variieren jedoch nach Geschlecht in vergleichbarem Masse wie bei den Frauen und Männern in der Gesamtbevölkerung.

• 25-39-jährige Frauen

Frauen im Alter zwischen 25 und 39 Jahren erweisen sich als Problemgruppe. Sie sind signifikant häufiger als die Frauen insgesamt von Erwerbslosigkeit, finanziell bedingtem Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlungen oder Weiterbildungskurse, hoher Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit, geringer Wohnfläche, Mangel an frei verfügbarer Zeit und politischer Partizipation betroffen. Männer dieser Altersgruppe weisen ähnliche Probleme auf, mit Ausnahme der Einschränkung durch die prekäre finanzielle Situation und der kleinen Wohnfläche.

Die zahlreichen Problemlagen der Frauen in diesem Alter sind hauptsächlich auf den Umstand zurück zu führen, dass sie in der Familiengründungsphase sind und Kinder haben. Zeitliche Belastungen und die nicht immer einfache Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen zu einer besonders schwierigen, in vielen Fällen aber vorübergehenden Situation.

• Partner mit 3 oder mehr Kindern

Gut die Hälfte der Partner in einer kinderreichen Familie sind von Einkommensschwäche (52%), hoher Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit (52%), mangelnder frei verfügbarer Zeit (61%), kleiner Wohnfläche pro Person (62%) und seltenem Ausgehen mit Freunden und Freundinnen (25%) betroffen. Auch Partnerinnen in Familienhaushalten mit

mindestens drei Kindern weisen diese Problemmerkmale häufiger auf als Frauen im Gesamtdurchschnitt,
jedoch nicht im selben Ausmass wie die Partner. Über
ein Drittel (36%) dieser Väter hat aus finanziellen
Gründen auf Ferien, Zahnbehandlungen oder Weiterbildung verzichtet (Männer insgesamt: 18%). Die
Mütter in derselben Familiensituation unterscheiden
sich diesbezüglich nicht von den Frauen insgesamt.

Ausländer

Finanzielle Schwierigkeiten wie Einkommensschwäche und der Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlungen und Weiterbildungskurse treffen Ausländer signifikant häufiger als Männer insgesamt. Zudem tragen Problemlagen wie Erwerbslosigkeit, geringe politische Partizipation⁶, kleine Wohnfläche und Unsicherheitsgefühl in der Wohnung und Umgebung dazu bei, dass ausländische Männer zu den besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen gezählt werden müssen. Im Gegensatz dazu sind ausländische Frauen in geringerem Masse von finanziell bedingten Problemlagen betroffen. Möglicherweise ist dieser Geschlechterunterschied auf die zahlreichen allein lebenden Ausländer zurück zu führen.

• Weitere Gruppen

Erschwerte Bedingungen prägen das Leben weiterer Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Hilfsarbeitskräfte, Fachkräfte in der Landwirtschaft und Personen auf Arbeitssuche. Weil es sich dabei in unserer Stichprobe um zahlenmässig kleine Gruppen handelt, und deshalb statistisch gesicherte Aussagen nicht möglich sind, beschreiben wir ihre Situation und Problemlagen nicht eingehender.

Die Ergebnisse zeigen grundsätzlich ein ähnliches Bild wie schon die Analysen im Bericht Wohlstand und Wohlbefinden: Die Problemgruppen konnten darin schon eruiert werden, bei der Differenzierung nach Geschlecht haben sich jedoch einige nicht unwesentliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern herausgestellt. Beispielsweise haben sich Frauen in der Familiengründungsphase im Alter zwischen 25 und 39 Jahren sowie Väter von drei oder mehr Kindern, Ausländer und Männer ohne nachobligatorische Schulbildung als besonders von Problemlagen betroffen erwiesen.

Der deutlich höhere Anteil bei den ausländischen Staatsangehörigen ist massgebend dadurch beeinflusst, dass sie keine Wahlberechtigung haben und somit die in der Definition dieser Problemlage mitenthaltene seltene Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen gar nicht zutreffen kann.

Welche Problemgruppen trifft die Kumulation von schwierigen Lebensbedingungen am härtesten?

Bisher hat sich die Analyse auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen erstreckt. Es wurde untersucht, welche Gruppen besonders häufig Probleme antreffen. Auf individueller Ebene kann nun die Kumulation von Deprivationslagen mittels einer Variable festgehalten werden, welche für jede Person die Anzahl Probleme angibt, mit der sie konfrontiert ist.

Die Berechnung der Problemkumulationen bestätigt die bisherigen Resultate (vgl. Tabelle T16.4). Die meisten der oben genannten Gruppen sind zu einem hohen Anteil von mindestens fünf Problemen betroffen und weisen sich somit als Problemgruppen aus, das heisst der Anteil der fünf oder mehr Probleme Kumulierenden weicht jeweils um mehr als 30% von jenem der Frauen bzw. Männer ab. Ausnahmen bilden die über 74-Jährigen und die 25-39-jährigen Frauen, die keine signifikant häufigere Problemkumulation aufweisen im Vergleich zu den Frauen bzw. Männern insgesamt. Als neue Gruppen, die sich bisher noch nicht als besonders betroffen herausgestellt haben, kommen Partner und Partnerinnen mit 1-2 Kindern, Frauen ohne nachobligatorische Bildung und Männer aus der französischsprachigen Schweiz hinzu. Sie weisen deutlich höhere Anteile Mehrfachbenachteiligter (Kumulation von mindestens fünf Problemlagen) auf als Männer und Frauen in der Gesamtbevölkerung.

An erster Stelle sind hier Frauen auf Arbeitssuche zu erwähnen: 53% kumulieren fünf oder gar mehr Problemlagen. Darauf folgen die Alleinerziehenden mit 46%. Bei den weiblichen Hilfsarbeitskräften, den Frauen in Dienstleistungs- und Verkaufsberufen, Paaren mit Kindern (Partnerinnen 1-2 Kinder und Partner 3+) und ausländischen Frauen sind es immer noch mehr als ein Drittel. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung sind 22% der Frauen und 15% der Männer, also deutlich weniger, von fünf oder mehr Problemen betroffen.

Die Anteile Frauen und Männer in der Gesamtbevölkerung, welche in keinem der untersuchten Lebensbereiche Defizite aufweisen, betragen 7% bzw. 11%. Bei den erwähnten Problemgruppen sind diese Anteile jeweils geringer, oft machen sie nur noch einige Fälle in der Stichprobe aus.

Wie verhalten sich die verschiedenen Einflussfaktoren zusammen in Bezug auf das Risiko der Problemkumulation?

Die bisherigen Analysen haben dem Umstand kaum Rechnung getragen, dass sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen mehr oder weniger stark überschneiden. Deshalb soll im nächsten Schritt das Zusammenspiel der verschiedenen Einflussfaktoren stärker in den Vordergrund gerückt werden. Mit Hilfe eines logistischen Regressionsmodells wird das Risiko untersucht, von mindestens fünf Problemlagen betroffen zu sein. Tabelle T16.5 bestätigt die bereits deskriptiv gewonnenen Erkenntnisse im Wesentlichen, wobei die Ergebnisse nicht immer signifikant nachzuweisen sind.

Auch unter Berücksichtigung der anderen Einflussfaktoren im Modell ist die Zugehörigkeit zu den genannten Problemgruppen weitgehend mit zum Teil stark erhöhten Risiken von Mehrfachbenachteiligungen verbunden. Zur Quantifizierung des Deprivationsrisikos einer bestimmten Gruppe kann das Verhältnis zwischen dem Anteil Betroffener (Kumulation von mindestens fünf Problemlagen) und Nicht-Betroffener gebildet und dem entsprechenden Verhältnis einer Vergleichsgruppe gegenübergestellt werden.

Zusammenfassend die wichtigsten signifikanten Ergebnisse: Bei allein erziehenden Frauen ist - bei sonst gleichen Merkmalen - das Risiko, mindestens fünf Problemlagen zu kumulieren, 6,1-mal höher als bei Partnerinnen in 2-Personenhaushalten. Bei Familien mit Kindern zeigt sich bei beiden Geschlechtern ein erhöhtes Risiko: sowohl bei Müttern als auch bei Vätern 2,7-mal höher im Vergleich zur Referenzgruppe der 2-Personenhaushalte. Frauen und Männer ohne nachobligatorische Schulbildung haben ein 2,3-mal bzw. 3,2-mal grösseres Deprivationsrisiko als Frauen und Männer mit hohem Bildungsniveau. Die meisten Berufsgruppen tragen ein signifikant höheres Risiko als die Gruppe der Führungskräfte, akademischen Berufe und Technikerinnen und Techniker. Ausländische Staatsangehörige, unabhängig vom Geschlecht, erfahren ein 1,8-mal höheres Risiko als Schweizerinnen und Schweizer. Bei Männern aus der italienischen Schweiz ist die Wahrscheinlichkeit, in eine Situation der mehrfachen Benachteiligung zu gelangen, 2,6-mal und bei denjenigen aus der französischen Schweiz 1,7-mal grösser als bei Männern der deutschen Schweiz.

T16.4 Kumulation von Problemlagen, Anteil Betroffene in %

	Anzahl I	Problemla	agen									
	0		1		2		3		4		5+	
-	F	М	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
Gesamtbevölkerung	7,2	11,4	16,2	21,4	20,0	21,2	17,8	19,4	14,8	13,1	22,4	15,1
Bildungsniveau Obligatorische Schule Sekundarstufe II Tertiärstufe	5,5 7,9 (8,3)	(7,6) 12,0 12,9	11,1 17,6 22,1	21,8 18,7 26,3	19,2 19,7 23,6	20,3 20,8 22,6	15,8 18,9 17,0	19,5 19,9 16,1	15,3 14,8 14,0	9,9 14,7 12,3	29,4 20,2 15,8	24,6 14,8 8,9
Berufshauptgruppen nach ISCO88 Nicht erwerbstätig, keine Angabe Führungskräfte Akademische Berufe Techniker und gleichrangige Berufe Bürokräfte, kaufmännische Angestellte Dienstleistungs- und Verkaufsberufe Fachkräfte in der Landwirtschaft Handwerks- und verwandte Berufe	7,2 (7,0) 8,5 (7,3) (5,9)	13,0 (17,0) 11,6 9,7 (13,3) (9,6)	19,3 16,4 20,6	20,7 (21,3) 24,2 26,1 25,2 (20,5)		23,9 19,4 (23,5) (12,5)		21,4 17,5 (18,2) (20,6)		14,5 (12,9) (14,7) (23,0)	30,3	15,2 (12,0) (9,0) (9,0) (11,1) (29,0) (29,0) 18,1
Anlagen- und Maschinenbediener Hilfsarbeitskräfte		(10,6)	(9,9)	(17,4) (18,7)	(17,6)	(18,6)		(25,1)	(21,9)	(19,9)		(15,4) (28,5)
Hauptaktivität Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter ¹ Berufstätig: übrige Auf Arbeitssuche In Ausbildung Haus- und Familienarbeit Rentenalter Anderes	5,7 (14,5) 8,8 7,2	10,1 (18,0) 13,8 (21,0)	17,3 (17,6) 14,8 17,8	22,1	21,7	21,9 (22,9) 18,9	(20,9) 17,3 (15,0) 12,3 20,8 (16,4)	19,9 (19,0) 18,4	15,8	13,2	(27,4) 19,6 53,4 (10,2) 24,0 24,2 (27,7)	15,5 (37,8) (7,8) 12,5
Alter 15-24 Jahre 25-39 Jahre 40-54 Jahre 55-61/64 Jahre 62/65-74 Jahre 75 Jahre und älter	(7,9) 5,4 8,9 (8,5) (8,7)	17,9 7,5 8,8 16,2 17,2	18,4 12,9 14,6 24,1 19,0 (14,2)	27,4 19,2 21,1 23,4 20,4 (17,8)	24,8 18,9 21,8 21,0 18,8 (12,4)	22,8 19,4 22,2 25,0 19,6 (16,8)	18,4	21,7 18,9 20,6 (17,4) 19,4 (15,5)		(8,2) 15,2 13,6 (10,8) (12,9) (17,9)	27,3 21,9 15,7 22,3	(10,1) 18,8 16,9 (10,6) (11,4) (15,5)
Familiensituation Alleinlebende Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder) Partner/Partnerinnen	5,5 9,8 (5,4)	8,9 14,4 5,9	16,6 20,9 8,5	25,5 23,8 16,4	18,9 22,6 19,5	20,5 25,1 19,3		21,4 17,6 17,6		14,5 9,8 14,7	21,2 16,5 33,2	11,5 10,8 22,9
(3 und mehr Kinder) Alleinerziehende Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig) Andere Situation	(12,9)		(12,6) (23,6) (17,7)	30,7	(14,7)	(24,7)	(12,3)(11,6)	(18,8)	(21,2) (19,7) (13,0) (13,1)		25,4 45,5 23,9	33,7
Staatsangehörigkeit Schweizer/innen Ausländer/innen	8,2	13,1	17,2 (11,2)	23,4 14,0	20,8 16,2	21,7 19,5	17,7 18,1	19,4 19,2	14,5 16,6	12,4 15,8	20,0 34,4	11,7 27,8
Sprachregion Deutsche und rätoromanische Schweiz Französische Schweiz Italienische Schweiz	7,8 (5,5) (6,5)	12,9 7,7 (4,2)	16,8 14,9 13,4	22,3 20,8 (11,0)	19,3 22,5 16,9	22,6 16,1 22,0	17,6 17,5 21,8	19,9 18,4 16,5	14,1 16,7 (16,0)	12,5 16,2 (9,6)	22,0 22,1 30,8	12,2 21,7 31,4

^{100% =} Total der Frauen (F) bzw. Männer (M) der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (horizontale Prozentanteile)

Resultate, die auf 10 bis 29 Interviews basieren, sind in Klammern dargestellt; solche, die auf unter 10 Interviews basieren, sind nicht ausgewiesen.

Quelle: EVE 1998

¹ Inkl. Arbeitnehmer/innen im eigenen Betrieb (ohne Mitarbeiter)

T16.5 Kumulation von mindestens 5 Problemlagen: Risikoschätzungen (getrennte logistische Regressionen für Frauen und Männer)

		Risiko				
	•	Frauen		Männer		
Tertiärstufe						
Obligatorische Schule		2,3	* * *	3,2	* * *	
Sekundarstufe II		1,4	ns	1,5	*	
Führungskräfte, akadem. Berufe, Techniker						
Bürokräfte, kaufmännische Angestell	te	1,0	ns	1,2	ns	
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe		2,2	* * *	3,3	* * *	
Übrige Berufe Level 2 (mittleres Anfo	rderungsniveau)	2,3	* *	1,8	* *	
Hilfsarbeitskräfte		2,2	* *	2,5	*	
Nicht erwerbstätig, fehlende Angabe		1,8	* * *	1,8	* *	
Personen mit anderer Hauptaktivität						
Personen in Ausbildung		0,9	ns	0,6	ns	
40- bis 61/64-Jährige						
15- bis 24-Jährige		1,5	ns	1,7	ns	
25- bis 39-Jährige		1,5	* *	1,2	ns	
62/65-Jährige und älter		1,7	**	1,1	ns	
Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten						
Alleinlebende		1,3	ns	1,1	ns	
Partner/Partnerinnen mit Kind(ern)		2,7	* * *	2,7	* * *	
Alleinerziehende		6,1	* * *	(2,4)	ns	
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15	5 – 24-jährig)	0,2	* * *	0,3	* *	
Andere Situation	, -	1,5	*	1,0	ns	
Schweizerinnen und Schweizer						
Ausländerinnen und Ausländer		1,8	* * *	1,8	* * *	
Deutsche und rätoromanische Schweiz						
Französische Schweiz		0,9	ns	1,7	* * *	
Italienische Schweiz		1,4	ns	2,6	* * *	

Das Risiko entspricht den odds ratios.

Lesebeispiel: Unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren schätzt das Modell für Frauen ohne nachobligatorische Ausbildung ein 2,3-mal grösseres Risiko von Problemkumulation (odds) als für Frauen mit tertiärer Ausbildung.

Wegen des Problems der Multikollinearität und der knappen Stichprobengrösse (Frauen N=2360, Männer N=2009) mussten gewisse Berufsgruppen und Hauptaktivitäten zusammengefasst werden. Werte mit Fallzahlen N<30 werden in Klammern gesetzt.

Die Referenzkategorien sind fett gedruckt.

Quelle: EVE 1998

16.2 Unzufriedenheit

Kristallisieren sich dieselben Problemgruppen heraus wie für die Problemlagen?

In diesem Kapitel wird die Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen gemessen. In der Schweiz ist sie global betrachtet sehr hoch. Analog zum vorangehenden Abschnitt konzentrieren wir uns auf die Erkennung von Problemen, und zwar von Unzufriedenheit. Eine solche liegt dann vor, wenn einer oder mehrere der betrachteten Lebensbereiche deutlich negativer bewertet werden als im Bevölkerungsdurchschnitt.

Zufriedenheitsskala 0 - 10

Die hier verwendeten Indikatoren basieren auf einer Serie von Fragen zur Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen im Rahmen des telefonischen Zusatzinterviews zu den Lebensbedingungen in der Einkommens- und Verbrauchserhebung. Dabei kam eine von 0 bis 10 reichende Skala zur Anwendung, die lediglich in ihren Extrempunkten sprachlich verankert wurde (0 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»). Mit Werten dazwischen konnten die Befragten ihre Zufriedenheitsangabe abstufen.

Bei der Interpretation der Messresultate unterstellen wir gleich grosse Abstände zwischen den elf Skalenpunkten (Intervall-Skalenniveau). Die Mitte liegt demnach bei 5. Werte darüber deuten auf Zufriedenheit, Werte darunter auf Unzufriedenheit. Eine gewisse Skepsis gegenüber dieser Auslegung ist insofern nicht ganz unberechtigt, als gemäss unseren Beobachtungen die meisten Befragten ihren Zufriedenheitsgrad durch mehr oder weniger grosse Abstände zum rechten Pol (Skalenwert 10) zum Ausdruck brachten. Ob sie sich gleichzeitig die exakte Distanz zum linken Pol (Skalenwert 0) vor Augen halten konnten, darf bezweifelt werden, umso mehr, als die telefonische Interviewsituation hohe Ansprüche an das Vorstellungsvermögen stellt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Symmetrieannahme (Mitte exakt bei 5) zu einer gewissen Unterschätzung des Anteils Unzufriedener führen dürfte. Wir behalten sie jedoch bei, weil jede andere Auslegung auf mindestens ebenso hinterfragbaren Annahmen beruhen würde.

Zunächst stellen wir fest, dass in der Gesamtbevölkerung nur bei zwei der acht Zufriedenheitsbereiche geringfügige Unterschiede zwischen Frauen und Männer

bestehen. Eine von zehn Frauen ist mit ihrer Gesundheit nicht zufrieden, während der Anteil bei den Männern 7% ausmacht. Die Unzufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt ist bei Frauen ebenfalls etwas verbreiteter als bei Männern: 16% bzw. 11%. Die übrigen Zufriedenheitsbereiche weisen keine signifikanten Geschlechterunterschiede auf.

Betrachtet man Untergruppen von Frauen und Männern, kommen jedoch weitere Unterschiede zum Vorschein. Tabelle T16.6 zeigt im Überblick, inwieweit verschiedene Bevölkerungsgruppen in Bezug auf die ausgewählten Zufriedenheitsbereiche Defizite aufweisen. Wie im vorangehenden Kapitel sprechen wir von einem Defizit, wenn der Anteil Betroffener mehr als 30% vom «Gesamtdurchschnitt» (Anteil Betroffener in der Gesamtbevölkerung) abweicht. Generell ist festzuhalten, dass die Zufriedenheit mit den verschiedenen Lebensbereichen hoch ist und die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen eher klein sind. Das Bild der Unzufriedenheit erweist sich als sehr ähnlich wie das der Problemlagen: Die meisten Gruppen, welche von Problemen besonders betroffen sind, stellen sich auch bei der Betrachtung der Zufriedenheit als Problemgruppen heraus. Sie sind jedoch nicht in jedem Fall deckungsgleich. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf Bevölkerungsgruppen mit auffälligen Mehrfachbenachteiligungen auf der Ebene der Zufriedenheit.

• Allein erziehende Frauen

Die allein erziehenden Frauen treten wiederum ganz klar als stark betroffene Gruppe hervor. Über alle hier berücksichtigten Indikatoren hinweg fühlen sich deutlich höhere Anteile unter ihnen unzufrieden im Vergleich zu den Frauen insgesamt: 32% fühlen sich durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit überlastet (Frauen insgesamt: 18%), 43% sind nicht zufrieden mit ihrer finanziellen Situation (16%), 31% mit ihrer Freizeit (15%), 20% mit dem Familienleben (5%), 15% mit den sozialen Kontakten (8%), 14% mit ihrer Gesundheit (10%), 13% mit ihrer Wohnsituation (6%) und 23% mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt (16%). Die negative Beurteilung der Situation scheint akuter zu sein als die Problemlagen oder widerspiegelt diese zumindest.

• Ausländische Staatsangehörige

Personen ausländischer Staatsangehörigkeit sind vermehrt unzufrieden mit ihrer gegenwärtigen finanziellen Situation, mit der Freizeit sowie den sozialen Kontakten, mit dem Familienleben und mit der Wohnsituation. Ausländerinnen fühlen sich zudem häufiger überbelastet durch die zahlreichen in die Erwerbsarbeit sowie Haus- und Familienarbeit investierten Stunden. Weniger Ausländer im Vergleich zu Männern in der Gesamtbevölkerung sind mit ihrer Gesundheit und mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt zufrieden.

• Selbständig erwerbstätige Frauen

Obwohl es sich dabei zahlenmässig um eine relativ kleine Gruppe in der Stichprobe handelt, ist folgendes Bild bei selbständig erwerbstätigen Frauen festzustellen: häufigere Unzufriedenheit mit der Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit, mit der Freizeit, der finanziellen Situation und dem Schutz vor körperlicher Gewalt und kriminellen Handlungen als bei den Frauen insgesamt. Diese Tendenz ist in den Bereichen soziale Kontakte, Familienleben und Wohnen ebenfalls erkennbar; die Fallzahlen sind jedoch zu gering, um überhaupt statistisch gesicherte Ergebnisse nachweisen zu können.

• Partner mit 3 oder mehr Kindern

Wie sich bei den Problemlagen schon gezeigt hat, sind Väter in kinderreichen Familien von diversen schwierigen Lebenslagen betroffen. Die Übereinstimmung zwischen diesen Problemlagen und der Zufriedenheit ist vollständig: Sie bezeichnen sich signifikant häufiger unzufrieden mit der finanziellen Situation, der Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit, der Freizeit, den sozialen Kontakten und der Wohnsituation. Mütter in derselben Familiensituation fallen abgesehen von der hohen zeitlichen Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit und dem Mangel an frei verfügbarer Zeit nicht durch überdurchschnittlich häufige Unzufriedenheit auf.

Alleinlebende

Allein lebende Männer zählen auf der Ebene der Beurteilung von verschiedenen Lebensbereichen ebenfalls zu den besonders unzufriedenen Gruppen. Eine breitere Unzufriedenheit als bei den Männern allgemein ist wiederum im finanziellen Bereich, in der Wohnsituation sowie bei der Belastung durch Hausarbeit und Erwerbstätigkeit anzutreffen. Hinzu kommt bei

einem Fünftel von ihnen die Unzufriedenheit mit dem Familienleben (Männer insgesamt: 6%). Man könnte sich unter dieser Gruppe Alleinlebender ältere Männer im Rentenalter vorstellen, die z.B. verwitwet sind. Diese Annahme wird jedoch durch die Ergebnisse der Gruppe der Rentner sowie der beiden Altersgruppen der 65-74-Jährigen und über 74-Jährigen nicht bestätigt, denn diese fallen nicht durch eine besonders starke Unzufriedenheit auf. Zudem lässt die stärkere Belastung durch Erwerbs- und Hausarbeit vermuten, dass die Männer in dieser Gruppe erwerbstätig sind. Es sind also vorwiegend allein stehende Männer im erwerbsfähigen Alter, die mit ihrer Lebensform nicht zufrieden sind.

• 25-39- und 40-54-Jährige

In den mittleren Altersgruppen, insbesondere bei Frauen, ist auch eine häufigere Betroffenheit durch Unzufriedenheit ersichtlich. Da viele erwerbstätig und zudem in der Familienphase sind, ist die grosse Doppelbelastung (respektive Dreifachbelastung) durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit eine häufige, subjektiv wahrgenommene Schwierigkeit sowohl von Frauen als auch von Männern dieser Altersgruppen. Damit verbunden tritt bei beiden die Unzufriedenheit mit der Freizeit in Erscheinung sowie – mit Ausnahme der 25-39-jährigen Männer – die Unzufriedenheit mit den sozialen Kontakten. Die jüngere der beiden Gruppen ist häufiger auch mit der Wohnsituation unzufrieden.

Beschäftigte in Dienstleistungs- und Verkaufsberufen

Insbesondere Männer dieser Berufsgruppen sind unzufrieden. Die zeitliche Belastung, welche sich in einer Überlastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit und einer Unzufriedenheit mit der Freizeit niederschlägt, damit verbunden die Unzufriedenheit mit den sozialen Kontakten und schliesslich die seltenere Zufriedenheit mit dem Schutz vor Gewalthandlungen und Kriminalität sind die hervorstechenden negativen Beurteilungen. Bei den Frauen sind es wie bei den Männern der Schutz vor Kriminalität und die sozialen Kontakte, als drittes Element jedoch die finanzielle Situation, welche hingegen bei Männern nicht für verbreitete Unzufriedenheit sorgt.

Als Anlagen- und Maschinenbediener beschäftigte Männer

Die Freizeit, die sozialen Kontakte, die Wohnsituation und der Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt stellen Bereiche der Unzufriedenheit von männli-

T16.6 Unzufriedenheit von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in %

	Hohe subj Belastung Erwerbs-, Familiena	durch Haus- und	Nicht zufrieden mit finanzieller Situation		Nicht zufrieden mit Freizeit		Nicht zufrieden mit Gesundheit	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Gesamtbevölkerung	17,1	17,6	18,5	16,4	15,1	14,5	7,1	9,6
Bildungsniveau								
Obligatorische Schule	9,0	11,0	27,6	19,2	13,5	13,7	8,7	12,6
Sekundarstufe II Tertiärstufe	16,4 24,1	17,8 33,1	19,3 10,5	15,6 12,9	13,9 18,6	13,2 22,6	8,1 3,9	8,4 8,0
	24,1	33,1	10,5	12,9	10,0	22,0	3,3	6,0
Berufshauptgruppen nach ISCO88	0.2	0.0	10.1	16.4	0.4	0.0	11 1	12.6
Nicht berufstätig, keine Angabe Führungskräfte	9,3 26,5	9,8 31,5	19,1 11,0	16,4 4,1	8,4 22,2	9,9 23,5	11,1 3,7	12,6 6,1
Akademische Berufe	31,4	31,0	15,3	14,3	16,2	23,3	1,9	4,8
Techniker und gleichrangige Berufe	23,0	29,0	15,9	14,2	19,2	17,7	7,4	5,8
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	11,1	21,9	13,2	13,0	8,1	16,0	4,5	9,0
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	22,6	20,1	22,1	23,9	26,1	17,3	6,2	7,5
Fachkräfte in der Landwirtschaft	16,4	21,4	17,6	5,4	26,9	27,0	5,6	2,3
Handwerks- und verwandte Berufe	11,5	15,5	24,1	23,6	16,7	21,6	7,1	4,7
Anlagen- und Maschinenbediener	20,3	25,8	22,2	36,9	21,5	24,3	8,8	0,0
Hilfsarbeitskräfte	4,2	18,9	21,8	15,7	7,3	15,8	2,6	11,9
Hauptaktivität								
Berufstätig: Solo-Selbständigerwebend ²	12,6	23,0	26,7	26,5	19,3	24,5	8,7	3,4
Berufstätig: übrige	23,6	30,1	17,6	16,2	19,3	19,8	5,3	6,9
Auf Arbeitssuche	10,4	10,5	62,2	51,3	19,6	10,9	6,2	14,4
In Ausbildung	6,1	5,6	22,2	21,5	8,9	19,2	4,1	6,5
Haus- und Familienarbeit	9,0	15,4	38,5	14,5	13,7	14,8	9,9	8,6
Rentenalter	2,8	5,4	9,1	11,8	2,4	3,9	9,6	13,5
Anderes	12,1	6,2	17,0	23,0	6,6	17,4	27,4	33,6
Alter	0.5					40.0		
15-24 Jahre	9,5	9,1	23,2	19,4	8,4	13,0	1,8	6,7
25-39 Jahre	25,4	25,8	22,6	19,8	20,6	21,2	5,3	5,7
40-54 Jahre 55-61/64 Jahre	22,7	27,4	18,8	17,1	20,5 13,1	18,9	9,2	10,3 15,2
62/65-74 Jahre	10,2 3,2	9,9 4,2	13,5 7,9	11,0 13,1	2,6	11,4 3,9	10,1 7,4	12,6
75 Jahre und älter	1,8	9,2	12,3	8,1	2,0	3,8	15,8	16,3
Familiensituation	1,2	- ,-	-,-	-1.	_,-	-,-	-,-	-1-
Alleinlebende	23,0	15,2	25,1	20,9	14,8	7,8	8,6	12,1
Partner/innen in 2-Personenhaushalt	12,8	15,5	11,5	11,9	12,1	10,3	6,9	10,2
Partner/innen (1-2 Kinder)	17,8	23,4	20,1	15,8	19,8	23,3	7,5	6,2
Partner/innen (3 und mehr Kinder)	29,0	28,9	24,1	13,1	29,8	20,7	6,4	6,5
Alleinerziehende	53,9	32,2	20,2	42,5	15,4	31,3	9,6	13,5
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15-24j)	6,7	5,5	22,6	14,7	5,3	12,0	0,8	7,2
Andere Situation	22,3	13,6	20,3	15,9	14,6	16,6	11,0	11,1
Staatsangehörigkeit								
Schweizer/innen	16,4	16,3	15,1	14,7	12,8	13,2	6,2	9,3
Ausländer/innen	19,7	24,0	31,2	24,9	23,6	20,8	10,4	11,1
Sprachregion								
Deutsche und rätoromanische Schweiz	15,6	16,4	16,3	14,9	12,8	12,3	6,3	10,1
Französische Schweiz	24,1	22,5	26,4	19,7	22,6	19,7	8,8	7,3
Italienische Schweiz	10,0	7,8	19,9	21,8	19,4	20,8	11,1	14,2

Lesebeispiel: 11,1% der Männer und 14,2% der Frauen aus der italienischsprachigen Schweiz sind mit ihrer Gesundheit nicht zufrieden. Vorsicht ist bei den Ergebnissen der kursiv gedruckten Gruppen sowie den weiblichen Führungskräften, den Männern über 74 Jahren, den allein erziehenden Männern, den hauptsächlich in Haushalt tätigen Männern und den bei den Eltern lebenden Töchtern zwischen 15 und 24 Jahren geboten. Diese Gruppen sind mit weniger als 100 Beobachtungen in der Stichprobe vertreten.

Grau unterlegt: Abweichung gegenüber dem entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung >=30%

¹ Die Frage nach der subjektiven Belastung durch Ueberstunden wurde nur Angestellten (inkl. Arbeitnehmer/innen im eigenen Betrieb) gestellt. Der Belastungsindikator ist deshalb in Bezug auf die Gruppe der Selbständigerwerbenden nur bedingt aussagekräftig.

² Inkl. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im eigenen Betrieb (ohne Mitarbeiter)

T16.6 Unzufriedenheit von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in %

Nicht zufrieden mit Schutz vor Krimina- lität und körperlicher Gewalt			Nicht zufrieden mit Familienleben		Nicht zufrieden mit sozialen Kontakten		ieden mit ation	
Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
11,2	15,6	6,0	5,1	7,9	8,0	6,5	6,3	Gesamtbevölkerung
14,3 12,1 7,4	18,2 15,4 10,5	7,8 6,3 4,1	6,1 4,5 5,6	8,7 6,9 9,3	8,1 7,1 12,3	8,5 6,8 4,4	5,4 6,7 6,1	Bildungsniveau Obligatorische Schule Sekundarstufe II Tertiärstufe
11,3 12,5 6,6 9,4 9,7 14,6 15,5 13,6 14,9	15,1 11,5 14,9 12,6 13,2 21,6 27,4 13,1 13,4 20,8	7,5 4,6 7,5 5,7 4,5 8,8 2,4 4,3 4,0 0,0	5,5 6,4 5,4 4,7 4,5 5,7 0,0 3,0 2,6 5,0	6,1 12,1 8,2 7,8 6,0 13,9 15,9 7,1 10,7 2,3	6,4 6,9 11,8 6,7 6,9 13,8 13,8 10,4 17,0	4,1 7,2 8,0 5,5 9,2 6,6 7,0 7,1 13,4 5,3	5,8 2,2 4,8 8,9 5,5 5,8 0,0 1,9 13,4 12,7	Berufshauptgruppen nach ISCO88 Nicht berufstätig, keine Angabe Führungskräfte Akademische Berufe Techniker und gleichrangige Berufe Bürokräfte, kaufmännische Angestellte Dienstleistungs- und Verkaufsberufe Fachkräfte in der Landwirtschaft Handwerks- und verwandte Berufe Anlagen- und Maschinenbediener Hilfsarbeitskräfte
9,4 11,5 7,6 8,9 27,4 11,4 8,0	20,4 15,0 15,2 10,9 16,2 16,1 22,2	6,4 6,0 6,1 4,5 5,5 6,1 8,8	8,0 5,3 6,8 6,8 2,9 6,0 5,1	10,6 10,1 7,1 1,8 5,3 2,6 7,3	16,3 10,4 14,6 8,3 6,8 3,7 12,2	5,8 7,5 7,4 7,2 3,3 1,3	9,8 6,9 18,3 4,8 5,9 4,4 7,2	Hauptaktivität Berufstätig: Solo-Selbständigerwebend² Berufstätig: übrige Auf Arbeitssuche In Ausbildung Haus- und Familienarbeit Rentenalter Anderes
9,1 11,1 12,6 11,0 11,4 11,2	13,6 16,0 16,6 13,8 14,0 22,2	7,3 6,4 5,0 5,2 6,1 6,2	5,9 4,2 5,6 3,4 6,5 4,3	4,4 9,9 12,3 4,7 2,2 3,8	4,9 11,3 10,9 6,0 3,0 5,7	7,9 9,6 5,6 4,8 1,7 0,0	7,5 8,2 6,5 2,1 4,6 3,9	Alter 15-24 Jahre 25-39 Jahre 40-54 Jahre 55-61/64 Jahre 62/65-74 Jahre 75 Jahre und älter
10,7 10,4 13,0 12,3 4,8 8,9 12,4	15,8 13,5 16,7 13,7 23,3 10,4 22,5	20,2 2,4 2,5 0,0 20,3 7,6 5,7	11,6 2,8 1,4 1,5 19,6 5,0 3,2	6,5 5,0 11,9 17,4 15,4 3,2 8,8	6,9 6,5 11,7 9,1 14,6 2,7 8,3	11,3 3,6 7,5 9,1 0,0 5,4 5,8	6,2 5,6 6,9 6,0 12,6 4,1 6,9	Familiensituation Alleinlebende Partner/innen in 2-Personenhaushalt Partner/innen (1-2 Kinder) Partner/innen (3 und mehr Kinder) Alleinerziehende Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15-24j) Andere Situation
10,3 14,7	15,2 17,6	4,7 11,0	4,7 7,0	6,8 12,3	6,8 14,3	5,3 11,0	5,6 9,8	Staatsangehörigkeit Schweizer/innen Ausländer/innen
11,1 12,0 9,3	16,8 12,3 15,7	5,6 7,7 4,1	4,9 5,6 5,5	7,3 8,9 13,2	7,6 9,4 8,1	6,6 6,3 4,6	6,6 6,2 1,8	Sprachregion Deutsche und rätoromanische Schweiz Französische Schweiz Italienische Schweiz

Quelle: EVE 1998

chen Anlagen- und Maschinenbediener dar. Tendenziell ist die Situation bei den Frauen dieser Berufsgruppe ähnlich, zahlenmässig ist sie aber zu klein um statistisch gesicherte Ergebnisse zu wiedergeben.

• Weitere Gruppen

Weitere Gruppen wie die Männer ohne nachobligatorische Bildung, die männlichen Führungskräfte, Frauen mit Tertiärbildung oder in akademischen Berufen, berufstätige Frauen in einem Anstellungsverhältnis, Partnerinnen mit einem bis zwei Kindern, Männer aus der französischsprachigen und Frauen aus der italienischsprachigen Schweiz sind ebenfalls von Unzufriedenheit in mehreren Bereichen betroffen, jedoch in geringerem Masse als die oben beschriebenen Bevölkerungsgruppen. Dafür ausschlaggebend sind häufig zwei der sehr oft gekoppelt auftretenden Indikatoren: die hohe Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit und die Unzufriedenheit mit der Freizeit.

Ist die Kumulation von Unzufriedenheit bei Frauen und Männern in gleichem Masse feststellbar?

Die Frage kann mit ja beantwortet werden. Der weiteren Frage, inwieweit die betrachteten Bereiche der Unzufriedenheit auch bei einzelnen Individuen bzw. bei bestimmten Bevölkerungsgruppen mehrfach vorkommen, wenden wir uns im Folgenden zu (vgl. Tabelle T16.7). Ziemlich genau die Hälfte der Frauen und Männer bewerten keinen der betrachteten Lebensbereiche negativ. In drei oder mehr Bereichen sind bei beiden Geschlechtern lediglich 11% unzufrieden. Es erstaunt kaum, dass die mehrfach Unzufriedenen gehäuft jenen Gruppen angehören, die sich bereits in den obigen Ausführungen als Problemgruppen herauskristallisiert haben. Annähernd jede dritte Alleinerziehende ist in drei oder mehr Bereichen unzufrieden, und lediglich etwa jede fünfte ist überhaupt nicht unzufrieden. Die zweitstärkste Kumulation ist bei Ausländern zu beobachten. 21% sind in mindestens drei und weitere 17% in zwei Bereichen unzufrieden. Auf der andern Seite weisen mit 43% mehr als doppelt so viele Ausländer wie Alleinerziehende keine negative Beurteilung auf. Auch Ausländerinnen (18%), Männer aus der französischen Schweiz (17%), allein lebende sowie 25-39-jährige Männer, Partnerinnen mit 1-2 Kindern, 40-54-jährige Frauen, berufstätige Frauen und Frauen in Dienstleistungs- und Verkaufsberufen (jeweils rund 15%) weisen signifikant öfter als Frauen bzw. Männer insgesamt mehrfache Unzufriedenheit auf. Im Vergleich zu den Alleinerziehenden hält sich diese allerdings in Grenzen. Andere oben erwähnte Problemgruppen, welche mehrere negative Beurteilungen abgeben, erwähnen wir wegen der statistischen Unzuverlässigkeit aufgrund geringer Fallzahlen nicht; die entsprechenden Anteile sind in der Tabelle in Klammern dargestellt.

Wird unter Berücksichtigung des Zusammenspiels der verschiedenen Einflussfaktoren das Bild der betroffenen Gruppen bestätigt?

Wie bereits im Abschnitt zu den Problemlagen soll abschliessend das Zusammenspiel der verschiedenen Einflussfaktoren stärker in den Vordergrund gerückt werden. Mit Hilfe eines logistischen Regressionsmodells wird die Wahrscheinlichkeit untersucht, dass Unzufriedenheit in mindestens drei Bereichen auftritt. Tabelle T16.8 bestätigt einige der bereits deskriptiv gewonnenen Erkenntnisse, andere erweisen sich hingegen im Zusammenspiel der Einflussfaktoren als nicht signifikant. Auch unter Berücksichtigung der anderen Einflussfaktoren im Modell ist die Zugehörigkeit zu einigen der genannten Problemgruppen mit stark erhöhtem Risiko⁷ von Unzufriedenheit verbunden. So berechnet das Modell (unter Berücksichtigung der anderen Prädiktoren) beispielsweise für Alleinerziehende ein 4,4-mal höheres Kumulationsrisiko als für Frauen in 2-Personenhaushalten. Partner mit Kind(ern) weisen ein 2-mal höheres Risiko auf als kinderlose Paare, allein lebende Männer und Frauen ein 2,6-mal bzw. 1,8-mal höheres. Für Töchter zwischen 15 und 24 Jahren, welche noch bei den Eltern leben, ist das Risiko der Mehrfachbenachteiligung deutlich geringer als für Paare ohne Kinder, und somit am geringsten im Vergleich der verschiedenen Familiensituationen. Das Kumulationsrisiko der ausländischen Männer ist 2,1-mal grösser als jenes von Schweizern, das von ausländischen Frauen 1,6-mal grösser als jenes von Schweizerinnen. Auch Männer ohne nachobligatorische Bildung, solche mit Bildungsniveau Sekundarstufe II und Männer aus der französischsprachigen Schweiz weisen ein erhöhtes Risiko auf verglichen mit der jeweiligen Referenzgruppe (Männer mit Tertiärbildung bzw. aus der deutschen Schweiz). Bei männlichen Bürokräften, kaufmännischen Angestellten sowie Hilfsarbeitskräften ist das Risiko einer Kumulation signifikant geringer als bei höher eingestuften Führungskräften sowie akademischen und technischen Berufen. Die übrigen weiter oben genannten Risikofaktoren sind deutlich weniger ausgeprägt bzw. können, insbesondere bei Frauen, nicht statistisch signifikant nachge-

Das Risiko von Unzufriedenheit wird auf dieselbe Art berechnet wie die Problemlagen (vgl. Hinweise weiter oben).

T16.7 Mehrfache Unzufriedenheit, Anteil Betroffene in %

	Anzahl L	Jnzufrieder	nheiten					
	0		1		2		3+	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamtbevölkerung	50,4	53,3	24,9	23,9	13,8	11,5	10,9	11,3
Bildungsniveau Obligatorische Schule Sekundarstufe II Tertiärstufe	50,7 51,8 42,9	55,7 54,2 50,0	24,6 25,0 25,1	18,0 22,2 31,1	14,1 12,8 17,8	12,0 11,7 10,9	10,7 10,4 14,2	14,3 11,9 8,0
Berufshauptgruppen nach ISCO88 Nicht erwerbstätig, keine Angabe Führungskräfte Akademische Berufe Techniker und gleichrangige Berufe Bürokräfte, kaufmännische Angestellte Dienstleistungs- und Verkaufsberufe Fachkräfte in der Landwirtschaft Handwerks- und verwandte Berufe Anlagen- und Maschinenbediener Hilfsarbeitskräfte	56,5 (40,9) 37,8 48,0 47,1 43,5 (49,5) (60,2)	59,9 45,7 45,0 48,3 59,6 49,3 53,5 52,2 53,7 68,4	22,0 (35,4) 30,4 27,2 30,7 24,9 (33,2) (26,5)	21,2 31,1 33,3 27,1 (23,4) (18,0) (21,4) 23,1 (10,6)	12,4 19,2 11,9 13,2 16,4 (18,6)	8,8 (12,3) 9,2 14,8 (12,8) (15,7) 13,8 (16,0)	9,2 (12,5) 12,9 9,1 15,2 (13,2)	10,1 (10,9) 12,5 (9,7) (17,1) (20,5) (11,0) (19,6)
Hauptaktivität Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter ¹ Berufstätig: übrige Auf Arbeitssuche In Ausbildung Haus- und Familienarbeit Rentenalter Anderes	41,9 42,6 (33,5) 56,3 52,1 62,0 (42,2)	44,7 49,4 60,4 (38,1) 72,1 59,1	(16,4) 29,1 (26,5) (16,8) 25,7 21,1 (23,9)	33,9 23,6 (37,8) 26,5	(22,8) 13,8 (17,9) 13,6 11,0 (16,4)	(10,7) 13,5 (34,5) (6,1) (2,8)	(18,9) 14,5 (20,4) (8,9) 8,6 (5,8)	(10,7) 13,5 (6,9) (5,5) (11,8)
Alter 15-24 Jahre 25-39 Jahre 40-54 Jahre 55-61/64 Jahre 62/65-74 Jahre 75 Jahre und älter	57,9 41,6 42,4 58,2 62,3 61,3	60,7 45,0 46,2 57,8 73,7 67,6	18,5 28,5 26,7 26,8 21,6 (19,7)	21,7 25,1 26,4 23,3 18,3 (23,3)	14,8 16,4 15,6 (6,7) 11,2 (10,3)	(8,3) 14,6 14,6 (11,6)	(8,8) 13,5 15,3 (8,3) (4,9)	(9,2) 15,2 12,8 (7,3) (5,6)
Familiensituation Alleinlebende Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder) Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder) Alleinerziehende Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig) Andere Situation	51,0 55,2 47,5 44,0 (19,8) 62,7 44,9	41,2 61,5 49,4 41,4 64,3 51,5	24,6 25,6 23,2 27,7 36,1 (17,1) 26,9	27,7 22,7 24,4 21,7 (22,3) (22,3)	13,0 11,8 14,9 (16,6) (13,1) (15,9) (17,9)	15,6 9,9 12,2 (17,8)	11,5 7,4 14,5 (11,7) 30,9 (10,3)	15,5 5,8 14,0 (19,1) (15,7)
Staatsangehörigkeit Schweizer/innen Ausländer/innen	52,8 38,8	56,2 42,5	25,1 23,9	24,8 20,3	12,6 19,8	10,2 16,6	9,6 17,5	8,8 20,7
Sprachregion Deutsche und rätoromanische Schweiz Französische Schweiz Italienische Schweiz	51,3 48,4 47,6	55,6 44,9 54,4	25,4 22,9 27,6	24,0 24,3 19,0	12,9 16,1 (14,9)	10,7 13,7 (14,9)	10,4 12,6 (9,9)	9,6 17,1 (11,7)

 $^{100\% =} Total\ der\ Frauen\ bzw.\ M\"{a}nner\ der\ jeweiligen\ Bev\"{o}lkerungsgruppe\ (horizontale\ Prozentanteile)}$

Resultate, die auf 10 bis 29 Interviews basieren, sind in Klammern dargestellt; solche, die auf unter 10 Interviews basieren, sind nicht ausgewiesen.

Quelle: EVE 1998

¹ Inkl. Arbeitnehmer/innen im eigenen Betrieb (ohne Mitarbeiter)

T16.8 Mehrfache Unzufriedenheit (mindestens in 3 Bereichen): Risikoschätzungen (getrennte logistische Regressionen für Frauen und Männer)

		Risiko			
		Frauen		Männer	
Tertiärstufe					
0	bligatorische Schule	1,0	ns	2,2	* *
	ekundarstufe II	0,9	ns	1,6	*
Führungskrä	ifte, akadem. Berufe, Techniker				
Bi	irokräfte, kaufmännische Angestellte	0,8	ns	0,3	*
D	ienstleistungs- und Verkaufsberufe	1,4	ns	1,2	ns
Ü	brige Berufe Level 2 (mittleres Anforderungsniveau)	1,2	ns	1,1	ns
Н	ilfsarbeitskräfte	1,1	ns	0,2	*
N	icht erwerbstätig, fehlende Angabe	1,1	ns	1,1	ns
Personen mi	it anderer Hauptaktivität				
Pe	ersonen in Ausbildung	1,3	ns	0,4	*
40- bis 61/6	54-Jährige				
15	5- bis 24-Jährige	1,2	ns	1,2	ns
25	5- bis 39-Jährige	1,0	ns	1,3	ns
62	2/65-Jährige und älter	0,5	* *	0,5	*
Partner/Part	nerinnen in 2-Personenhaushalten				
Al	lleinlebende	1,8	* *	2,7	***
Pá	artner/Partnerinnen mit Kind(ern)	1,6	*	2,2	***
Al	lleinerziehende	4,7	* * *	(2,7)	ns
Ве	ei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	0,3	*	1,3	ns
	ndere Situation	1,2	ns	2,6	***
Schweizerin	nen und Schweizer				
A	usländerinnen und Ausländer	1,7	* *	2,1	* * *
Deutsche ur	nd rätoromanische Schweiz				
Fr	anzösische Schweiz	1,2	ns	1,8	* * *
Ita	alienische Schweiz	0,9	ns	0,9	ns

Das Risiko entspricht den odds ratios.

Lesebeispiel: Unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren schätzt das Modell für allein erziehende Frauen ein 4,7-mal grösseres Risiko von mehrfacher Unzufriedenheit (odds) als für Frauen in 2-Personenhaushalten.

Wegen des Problems der Multikollinearität und der knappen Stichprobengrösse (Frauen N=2360, Männer N=2009) mussten gewisse Berufsgruppen und Hauptaktivitäten zusammengefasst werden. Werte mit Fallzahlen N<30 werden in Klammern gesetzt.

Die Referenzkategorien sind fett gedruckt.

Quelle: EVE 1998

wiesen werden, was auch mit der kleinen Stichprobengrösse zusammenhängt.

Über die diversen Analyseschritte hinweg ergeben sich im Wesentlichen die gleichen Problemgruppen, welche massiv von Problemlagen und Unzufriedenheit sowie deren Kumulation betroffen sind: allein erziehende Frauen, Ausländer und Ausländerinnen, Männer ohne nachobligatorische Bildung und solche aus der französischen Schweiz. Weitere in den vorangehenden Abschnitten hervorgehobene Gruppen sind ebenfalls relativ stark betroffen, allerdings nicht im selben Ausmass wie die

eben genannten. Beispielsweise sind Paare mit Kindern ebenfalls mehrfach benachteiligt, Partnerinnen in solchen Haushalten weisen jedoch keine Kumulation von Unzufriedenheit auf, was bedeutet, dass sie trotz gewissen Problemlagen recht zufrieden mit den verschiedenen Bereichen ihres Lebens sind. Allein lebende Männer sind hingegen immer wieder als stark betroffene Gruppe bezüglich der Unzufriedenheit aufgetreten, auf der Ebene der Lebensbedingungen fallen sie jedoch nicht auf. Obwohl sie also von Problemlagen eher verschont bleiben, sind sie sehr unzufrieden, bis hin zu einem erhöhten Risiko von Unzufriedenheit in mehreren Lebensbereichen.

16.3 Zusammenhang zwischen Problemlagen und Unzufriedenheit

Besteht ein Zusammenhang zwischen Problemlagen und Unzufriedenheit? Wenn ja, wie wirkt er sich auf Frauen und Männer aus?

Bei diesen abschliessenden Analysen gehen wir von der These aus, dass Überschneidungen von Problemlagen und Unzufriedenheit auf einen besonders stark ausgeprägten Deprivationsgrad hinweisen. Die Erforschung der Lebensqualität in wohlhabenden Industrienationen hat übereinstimmend ergeben, dass der Zusammenhang zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden global gesehen verhältnismässig schwach ist.8 Daraus den Schluss zu ziehen, diese beiden Dimensionen existierten weitgehend unabhängig voneinander, wäre aber voreilig. Vielmehr kommt die subjektive Wahrnehmung über vielfältige Vergleichsprozesse und unterschiedliche Anspruchsniveaus zustande, was die Analyse der Zusammenhänge zwischen den Problemlagen und der Unzufriedenheit zu einer komplexen Angelegenheit werden lässt. Je nach Lebenssituation, sozialer Stellung oder Werteorientierung können die Erwartungen an ein «gutes Leben» weit auseinander gehen. Dies trifft speziell auf hoch entwickelte, durchorganisierte Wohlstandsgesellschaften zu, in denen die Deckung der physischen Grundbedürfnisse gewissermassen den Normalfall darstellt. Dass die Komponenten eines schwierigen Lebens - die Problemlagen und die Unzufriedenheit - nicht unbedingt parallel verlaufen hat sich ansatzweise in den oben beschriebenen Ergebnissen zu den allein lebenden Männern sowie den Partnerinnen in Paarhaushalten mit Kindern gezeigt: Erstere sind nicht benachteiligt, fühlen sich aber über mehrere Lebensbereiche hinweg deutlich unzufriedener als der Durchschnitt; demgegenüber haben Mütter in Familienhaushalten mit der Kumulation von Problemlagen zu kämpfen, welche sich aber nicht in mehrfacher Unzufriedenheit niederschlägt. Eine starke Betroffenheit von Problemlagen muss daher nicht zwingend mit einer erhöhten Unzufriedenheit einhergehen und umgekehrt. Wir gehen jedoch davon aus, dass in den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten der Wohlstandsgesellschaft häufiger ein unmittelbarerer Zusammenhang zwischen Lebensbedingungen und Wohlbefinden besteht

als in materiell besser gestellten Milieus. Es ist demnach zu erwarten, dass ein hoher Anteil jener, die schlecht dastehen, dies auch so empfinden.⁹

Zunächst fassen wir die Ergebnisse der beiden vorangehenden Kapitel mittels einer grafischen Gesamtdarstellung zusammen. Darauf aufbauend definieren wir vier Deprivationslagen und zeigen, wie diese auf die Bevölkerung verteilt sind. Als zusätzliche Dimension wird abschliessend die allgemeine Lebenszufriedenheit mit in die Analysen einbezogen.

Überblick

Die Betroffenheit mehrerer Bevölkerungsgruppen von Kumulationen wurde bisher für Probleme und Unzufriedenheit in den verschiedenen Lebensbereichen getrennt dargestellt. Um einen Überblick über das Zusammenspiel beider Dimensionen zu gewinnen, werden nun diese Resultate einander gegenübergestellt: Welche Gruppen kumulieren sowohl Problemlagen als auch Unzufriedenheit? In welchem Umfang sind sie betroffen?

Die besonders benachteiligten Gruppen sind nachfolgend grafisch in einem Koordinatensystem dargestellt (G16.1). Die horizontale Achse illustriert die Betroffenheit von Problemkumulationen, die vertikale Achse die mehrfache Unzufriedenheit.

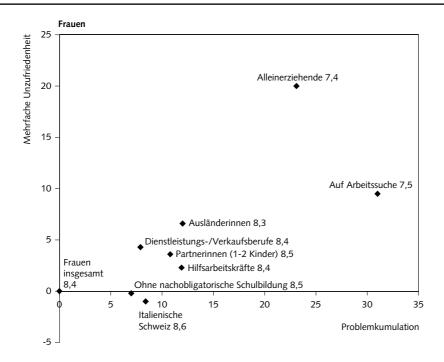
Die Anteile Betroffener in der Gesamtbevölkerung bilden den Nullpunkt. Zur Erinnerung: In der Gesamtbevölkerung kumulieren 15% der Männer und 22% der Frauen mindestens 5 Problemlagen und jeweils 11% beider Geschlechter Unzufriedenheit in mindestens 3 Lebensbereichen. Mit anderen Worten sind gemäss unserer Definition die eben erwähnten Anteile der Frauen und Männer von Mehrfachbenachteiligung betroffen.

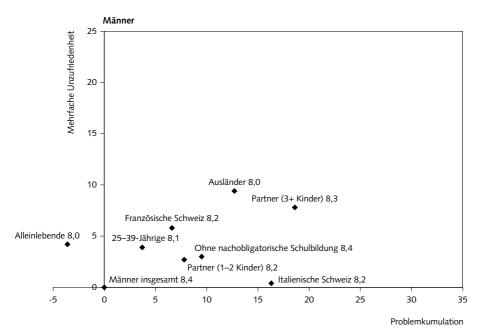
Die in den vorangehenden Abschnitten errechneten Resultate für die benachteiligten Gruppen werden im Koordinatensystem eingetragen. Dabei werden die Referenzwerte aus der Differenz der Betroffenheitsanteile der untersuchten Gruppen zum Anteil der Gesamtbevölkerung errechnet¹⁰.

⁸ Vgl. etwa Veenhoven Ruut: «Quality-of-life in individualistic society. A comparison of 43 nations in the early 1990's»; in: Social Indicators Research, vol. 48, 1999, 157-186.

Glatzer und Zapf (1984) verwenden für diese Wohlfahrtskonstellation den Begriff «Deprivation». Ansonsten ist das viel zitierte Modell von Glatzer und Zapf nicht auf unsere Fragestellung übertragbar, weil wir den Fokus auf den unteren Skalenbereich, die prekären Lebensbedingungen, legen. Vgl. Glatzer, Wolfgang; Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt a.M., Campus Verlag, 1984.

In Prozentpunkten: Auf der horizontalen Achse wird z.B. in jeder Gruppe von Frauen vom Anteil von Problemkumulation Betroffene 22,4% subtrahiert, da der Anteil betroffene Frauen in der Gesamtbevölkerung (also 22,4%) den Nullpunkt bildet.





Die Zahl neben der Gruppenbezeichnung entspricht der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit (Skala 0–10)

Quelle: EVE 1998 © Bundesamt für Statistik (BFS)

Es fällt auf, dass die meisten, aber nicht alle Problemgruppen sowohl Problemlagen wie auch Unzufriedenheit kumulieren. Mit Ausnahme der allein lebenden Männer stehen alle aufgeführten Gruppen bedeutend schlechter da in Bezug auf Problemlagen als dies bei Frauen bzw. Männer insgesamt der Fall ist. Jedoch empfinden nicht ganz alle Gruppen dies auch so. Weibliche Hilfsarbeitskräfte und Männer aus der italienischen Schweiz scheinen beispielsweise in ähnlichem Ausmass Unzufriedenheit zu kumulieren wie die Gesamtbevölkerung, obwohl sie zu einem hohen Anteil von Problemkumulationen betroffen sind. Bei allein lebenden Männern weicht der Anteil mehrfach Unzufriedener signifikant von jenem der Männer insgesamt ab. In Bezug auf die Problemkumulation sind sie hingegen weniger häufig betroffen als der Durchschnitt aller Männer.

Bei den restlichen Gruppen scheinen Problemkumulationen effektiv mit Unzufriedenheit einher zu gehen. Die im Bericht bereits öfters festgestellte prekäre Lage der allein erziehenden Frauen kommt in der Grafik besonders stark zum Ausdruck. Sie stehen auf beiden Ebenen bedeutend schlechter da als die übrigen Problemgruppen. Nur die Arbeit suchenden Frauen stehen in Bezug auf Problemkumulation noch schlechter da. Die Unzufriedenheit ist bei ihnen hingegen nicht so ausgeprägt wie bei den Alleinerziehenden.

Allgemein sind bei der Unzufriedenheit geringere Unterschiede zwischen den Gruppen zu bemerken als bei den Problemlagen: Die Gruppen liegen auf der vertikalen Achse (Unzufriedenheit) näher beisammen. Zudem liegen die Problemgruppen der Männer hinsichtlich beider Ebenen näher beisammen als die Gruppen der Frauen, bei denen sich wie erwähnt die Alleinerziehenden und die Arbeit Suchenden durch ihre sehr prekäre Lage weit von den anderen Problemgruppen absetzen.

Auf die Frage, inwiefern sich die Kumulationen in der allgemeinen Lebenszufriedenheit widerspiegeln, wird in einem späteren Abschnitt näher eingegangen. Zur Illustration wird der Mittelwert der Lebenszufriedenheiten (Skala von 0 bis 10) bereits in die Grafik mit einbezogen. Es fällt auf, dass dieser bei den allein erziehenden (7,4) und den Arbeit suchenden Frauen (7,5) niedriger ist als bei allen anderen Gruppen, wobei die Lebenszufrieden-

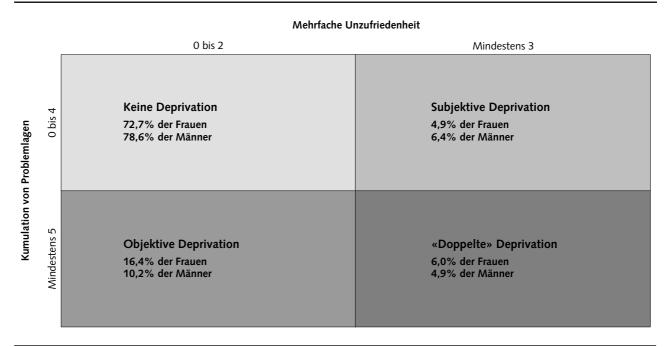
heit allgemein eher hoch ist. Die Vermutung liegt nahe, dass hier ein Zusammenhang mit der benachteiligten Lage dieser Bevölkerungsgruppe besteht. Bei den übrigen Gruppen variiert der Mittelwert nur geringfügig zwischen 8,0 und 8,6.

Deprivationslagen

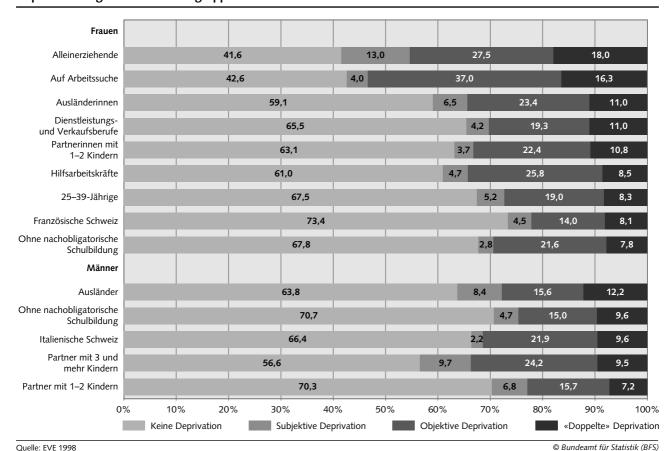
Die Kumulation von Problemlagen und die mehrfache Unzufriedenheit lassen sich weiter zusammenfassen zu vier Deprivationslagen, die in der folgenden Vierfeldertafel schematisch dargestellt sind (G16.2). Den höchsten Deprivationsgrad weisen Individuen auf, welche gleichzeitig Problemlagen und Unzufriedenheit kumulieren, also von wenigstens fünf Problemen betroffen sind und Unzufriedenheit in mindestens drei Lebensbereichen aufweisen. Als wenig oder überhaupt nicht benachteiligt gelten Personen, die auf beiden Ebenen keine Defizite kumulieren. Zwischen diesen beiden Extremlagen sind jene Individuen einzuordnen, die entweder nur von Problemkumulation oder mehrfacher Unzufriedenheit betroffen sind.

Die Frauen in der Gesamtbevölkerung (ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren) teilen sich folgendermassen auf die vier Deprivationslagen auf: 27% weisen Mehrfachbenachteiligungen auf, egal ob bei den Problemlagen oder der Unzufriedenheit. Rund 6% sind

Deprivationslagen G 16.2



Quelle: EVE 1998 © Bundesamt für Statistik (BFS)



sowohl durch Unzufriedenheit als auch durch Problemlagen stark beeinträchtigt. Die Männer in der Gesamtbevölkerung sind etwas weniger betroffen: Mehrfachbenachteiligungen erfahren 22% insgesamt, von doppelter Deprivation sind 5% betroffen.

In welchem Ausmass sind die Problemgruppen betroffen? Dargestellt und kommentiert werden nur Problemgruppen, welche signifikant häufiger von doppelter Deprivation betroffen sind als die entsprechende Gesamtpopulation der Frauen oder Männer (G16.3). Mit Deprivation in ihrer stärksten Form sind knapp ein Fünftel (18%) der Alleinerziehenden und 16% der Arbeit suchenden Frauen konfrontiert. Ausländische Staatsangehörige haben auch zu einem relativ hohen Anteil mit einer doppelten Deprivation zu kämpfen: Bei den Frauen sind es 11% und bei den Männern 12%. Mehrfach benachteiligt im Hinblick auf Problemlagen und Unzufriedenheit sind auch 11% der Frauen in Dienstleistungsund Verkaufsberufen. Bei Frauen mit Kindern bewegt sich dieser Anteil um 11%. Die entsprechenden Werte

der übrigen in G16.3 verzeichneten Problemgruppen liegen etwas tiefer, aber immer noch signifikant über dem Gesamtdurchschnitt (Anteile zwischen 7 und 10%).¹¹

Umgekehrt sind nur vier von zehn allein erziehenden bzw. Arbeit suchenden Frauen nicht von Mehrfachbenachteiligungen betroffen. Unter den Frauen insgesamt sind es rund sieben von zehn. Bei den Männern sind etwas mehr als die Hälfte der Partner mit mindestens drei Kindern (57%) nicht von Mehrfachbenachteiligung betroffen, im Vergleich zu gut drei Vierteln der Männer insgesamt.

Die bisherigen Ausführungen haben Aufschluss gegeben über den Deprivationsgrad verschiedener sozialer Gruppen. Doch welches sind die Auswirkungen auf die Zusammensetzung der von doppelter Deprivation Betroffenen? Grafik 16.4 zeigt für die am stärksten durch

Eine gewisse Vorsicht ist insofern geboten, als die ermittelten Prozentwerte teilweise auf kleinen Fallzahlen in der Stichprobe basieren. Dies ist auch der Grund, weshalb hier nicht mehr alle erwähnten Problemgruppen ausgewiesen werden.

doppelte Deprivation auffallende Gruppen, wie viele Individuen davon betroffen sind und welchen Anteil sie am Total der doppelt Deprivierten ausmachen.

Zwar sind Alleinerziehende deutlich überrepräsentiert, doch auf Grund ihres kleinen Bevölkerungsanteils machen sie einen kleineren Prozentsatz der doppelt deprivierten Frauen aus (10%). Familienfrauen sind zu 11% vom Phänomen betroffen, machen aber 39% der doppelt Deprivierten aus. Mit 31% und 52% sind auch die Anteile der ausländischen Frauen bzw. Männer an den doppelt Deprivierten bemerkenswert hoch, denn die Anteile der Ausländerinnen und Ausländer am Total der Frauen und Männer in der Schweiz sind nur 17% bzw. 21%. Überrepräsentiert sind mit 57% auch die Frauen insgesamt, obwohl der Betroffenenanteil nur bei etwas über 6% liegt.

Zum Schluss gehen wir der Frage nach, wie die verschiedenen Deprivationslagen zusammenhängen und in welchem Bezug zur allgemeinen Lebenszufriedenheit sie stehen.

Wie wir weiter oben festgestellt haben (vgl. Tabelle T16.4), weisen 22% der Frauen mindestens fünf Problemlagen auf. Innerhalb dieser Gruppe weist rund ein Viertel eine mehrfache Unzufriedenheit auf, was einer im Vergleich zur den restlichen Frauen über viermal grösseren Wahrscheinlichkeit entspricht. Wenn wir umgekehrt von den 11% Frauen mit mehrfacher Unzufriedenheit ausgehen, ist davon mehr als die Hälfte von Problemkumulation betroffen. Dies entspricht im Vergleich zu den übrigen Frauen einer etwa dreimal grösseren Wahrscheinlichkeit. Bei den Männern sind ebenfalls höhere Wahrscheinlichkeiten festzustellen, und zwar ungefähr in vergleichbarer Grössenordnung.

Zwischen der Einschätzung verschiedener Lebensbereiche und den Lebensbedingungen existiert demzufolge eine enge Korrelation. Doch inwieweit hat dies Auswirkungen auf die allgemeine Lebenszufriedenheit?¹²

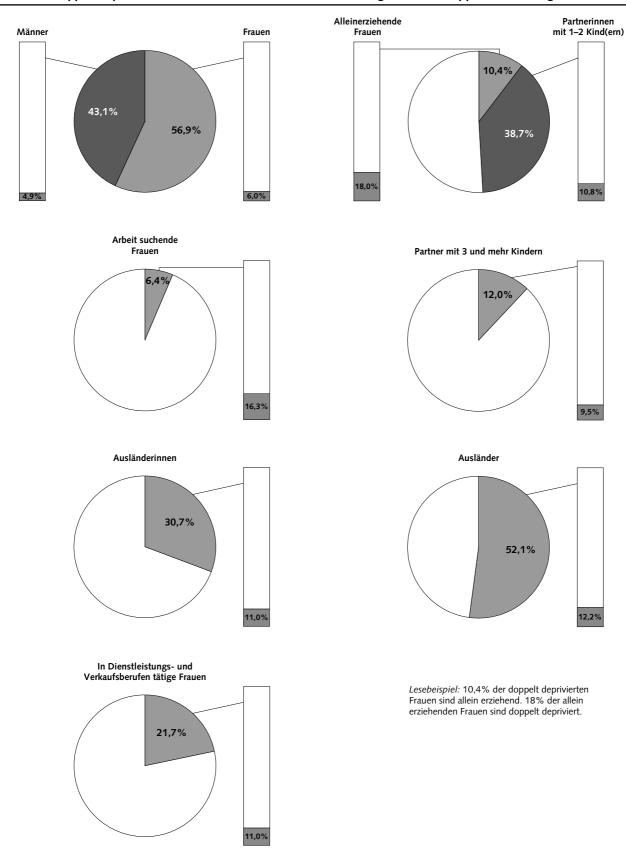
Einerseits macht Grafik G16.5 deutlich, dass die beiden Komponenten keineswegs immer in dieselbe Richtung weisen. Leben Frauen und Männer unter schlech-

ten Bedingungen (vgl. Quadrat links unten), sind sie nur leicht häufiger unzufrieden mit ihrem Leben als Frauen und Männer ohne Mehrfachbenachteiligungen (Quadrat links oben). Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit variiert nur geringfügig. Diese scheinbare Inkonsistenz dürfte mit der weitverbreiteten Tendenz zusammenhängen, sich den gegebenen Lebensumständen bis zu einem gewissen Grad anzupassen.

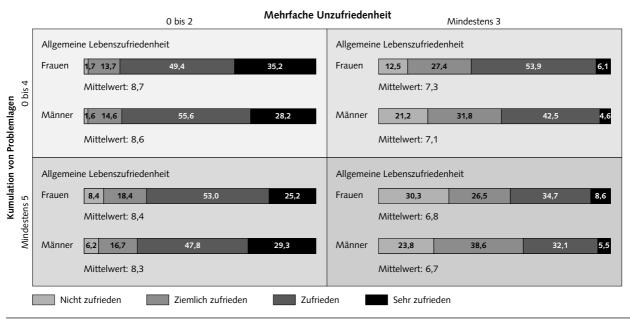
Andererseits spiegelt sich die Korrelation zwischen Problemlagen und Unzufriedenheit deutlich im Grad der Lebenszufriedenheit wider. Je nach Deprivationslage schwankt der Anteil der unzufriedenen Frauen zwischen 1,7% (Gruppe ohne Mehrfachbenachteiligung) und 30% (doppelt Deprivierte), der Anteil Hochzufriedener zwischen 35% und 8,6%. Bei Männern schwanken die Anteile etwas weniger stark: 1,6% der nicht mehrfach Benachteiligten und 24% der doppelt Deprivierten sind unzufrieden, sehr zufrieden sind 28% bzw. 5,5%. Einen entscheidenden Einfluss scheint die Bewertung der einzelnen Lebensbereiche auszuüben. Wer mit mehreren Aspekten des Lebens unzufrieden ist, gehört auch bezogen auf das Leben im Allgemeinen tendenziell der Gruppe der Unzufriedenen an. Wie der Vergleich zwischen den oberen und unteren Quadraten zeigt, haben Benachteiligungen in den Lebensbedingungen bei gleicher Zufriedenheit nur vergleichsweise kleine Beeinträchtigungen der Lebenszufriedenheit zur Folge. Schlechte Lebensbedingungen scheinen sich also nicht direkt, sondern eher über die Negativbewertung einzelner Lebensbereiche auf das generelle Wohlbefinden auszuwirken, sowohl bei Frauen als auch bei Männern.

Die Frage lautet: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig – alles in allem gesehen – mit Ihrem Leben? Bitte sagen Sie es mit einem Wert zwischen 0 und 10. 0 bedeutet, dass Sie «überhaupt nicht zufrieden» mit Ihrem Leben sind, 10 bedeutet, dass sie «sehr zufrieden» sind. Mit Werten dazwischen können Sie Ihre Antwort abstufen. Die Etikette «nicht zufrieden» entspricht einem Wert zwischen 0 und 5. Wie auch aus anderen in- und ausländischen Umfragen bekannt ist, haben Befragte die Tendenz, sich im oberen Bereich solcher Zufriedenheitsskalen einzuordnen. Die untersten Skalenpunkte werden äusserst selten gewählt. Deshalb haben wir die Werte im oberen Skalenbereich wie folgt zusammengefasst: 6-7 = «ziemlich zufrieden», 8-9 = «zufrieden», 10 = «sehr zufrieden».

Anteil ausgewählter Gruppen am Total der doppelt deprivierten Frauen bzw. Männer (Kuchendiagramme) G 16.4 und Anteil doppelt deprivierter Frauen bzw. Männer innerhalb der ausgewählten Gruppen (Säulendiagramme)



Quelle: EVE 1998 © Bundesamt für Statistik (BFS)



Quelle: EVE 1998 © Bundesamt für Statistik (BFS)

16.4 Schlussfolgerungen

Die Ungleichheitsstrukturen wurden durch die Entwicklungen der Wohlfahrtsgesellschaft auf ein vergleichsweise höheres Niveau angehoben, jedoch nicht aufgehoben. Ulrich Beck veranschaulicht das Phänomen durch die Metapher vom «Fahrstuhleffekt», welche die kollektive Zunahme an Ressourcen und Sicherheit bei gleichzeitigem Fortbestehen sozialer Ungleichheit beschreibt.¹³

Im vorliegenden Beitrag haben wir Lebensbedingungen, deren subjektive Bewertung sowie das Zusammenspiel der beiden aus der Perspektive der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern und von Untergruppen eingehender untersucht. Die zentralen Fragestellungen waren: Wie kumulieren sie sich zu Problemlagen? Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders von Mehrfachbenachteiligung betroffen? Und wie eng sind die beiden Dimensionen miteinander verbunden?

Wie zu erwarten war sind bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker von Problemmerkmalen betroffen als andere. In einigen Gruppen treten schlechtere Lebensbedingungen zudem gehäuft auf, was mitunter zu einer Problemlage führt, aus der es nicht einfach ist, zu entfliehen. Die verschiedenen Analyseschritte führten zu weitgehend übereinstimmenden Ergebnissen: Personen aus

besonders betroffenen Gruppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weisen auch häufiger eine Problemkumulation auf. Zudem traten einige Problemgruppen konsistent durch alle Analysen hindurch immer wieder auf

Materielle Deprivation wie Einkommensschwäche spielt zweifellos eine bedeutende Rolle für die Lebensbedingungen und Lebensqualität der Menschen. Andere Bereiche des Lebens haben sich jedoch auch als wichtige Faktoren für ein gutes, angenehmes oder eben ein schwieriges, problematisches Leben erwiesen. Das «Zeitbudget»im Sinne von relativ frei und flexibel verfügbarer Zeit ist z.B. sehr wichtig. Der Mangel an frei verfügbarer Zeit, unterdurchschnittlich aktive Freizeitgestaltung, seltene soziale Kontakte und die hohe Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit sind in unseren Analysen häufig wiederkehrende Probleme. Die Benachteiligung setzt sich daher aus mehreren Einflussfaktoren zusammen, tangiert verschiedene Lebensbereiche und ist auch über die Zufriedenheit fassbar. Es hat sich gezeigt, dass schlechtere Lebensbedingungen oft mit einem beeinträchtigten Wohlbefinden einhergehen. Damit lassen sich die Anteile doppelt deprivierter Personen erklären. Interessante Beispiele von nicht miteinander einhergehenden Problemlagen und Unzufriedenheit konnten auch herauskristallisiert werden: allein lebende Männer, Männer aus der italienischen Schweiz und weibliche Hilfsarbeitskräfte.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M., Suhrkamp Verlag, 1986, 122.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es sich bei dieser Untersuchung um eine Querschnittsanalyse handelt, die eine Momentaufnahme wiedergibt und nichts aussagt über die Entwicklung der Lebensbedingungen der befragten Personen vor und nach der Erhebung. Somit können die Bewegungen in und aus schwierigen Situationen wie Deprivation und (Mehrfach-)Benachteiligung nicht beschrieben werden.

Ausgehend von den einzelnen Problemmerkmalen und von der Unzufriedenheit in bestimmten Lebensbereichen wurden die Analysen Schritt für Schritt verdichtet bis hin zu einer Einteilung der Bevölkerung in ein vierstufiges Deprivationsmass¹⁴. Über 70% der Frauen und Männer weisen keine Deprivationslage im Sinne einer Problemkumulation oder mehrfacher Unzufriedenheit auf. Ein Anteil von 16% Frauen und 10% Männer lebt in einer einzig auf der Ebene der Problemlagen mehrfach benachteiligten Situation. Eine mehrfache Unzufriedenheit, welche sich nicht in einer Häufung von Defiziten niederschlägt, ist seltener und tritt bei Männern (6,4%) leicht häufiger auf als bei Frauen (4,9%). Von «doppelter» Deprivation sind in der Schweiz 6,0% Frauen und 4,9% der Männer betroffen, was anteilmässig einer kleinen, jedoch besonders problematischen Gruppe entspricht. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine vielseitige Realität, der man im Grunde genommen mit einem Kennwert nicht gerecht werden kann. Das Schwergewicht bei den Ergebnissen einer solch verdichteten Analyse sollte vielmehr auf die Unterschiede bzw. die Verhältnisse zwischen den verschiedenen betroffenen Gruppen gelegt werden. Die Problemgruppe mit den am stärksten ausgeprägten Defiziten sind eindeutig die Alleinerziehenden, bei denen es sich fast ausschliesslich um Frauen handelt. In etwas geringerem Ausmass, aber auch immer wieder durch deutliche und mehrfache Benachteiligung in Erscheinung getreten sind Väter und Mütter in Familienhaushalten mit Kindern. Wie sich aber sowohl bei den Problemmerkmalen als auch bei den Kumulationen gezeigt hat, sind bei dieser Gruppe vor allem schlechtere Lebensbedingungen ausschlaggebend. Auf der Seite der Zufriedenheit mit den Lebensbereichen weisen sie keine auffallende Defizitsituation auf. Durch eine schwierige und problematische Lebenssituation aufgefallen sind zudem Frauen auf Arbeitssuche, Männer ohne nachobligatorische Schulbildung, solche aus der italienischen Schweiz und ausländische Staatsangehörige beider Geschlechter. Bei den Berufsgruppen zeigt sich ein vielschichtiges Bild, das aber aufgrund der kleinen Stichprobe nicht immer dargestellt und kommentiert werden konnte. Tendenziell sind in niedrigeren Berufsgruppen (z.B. Hilfsarbeitskräfte) hauptsächlich materielle Problemlagen relevant, in höheren Berufsgruppen (z.B. Führungskräfte und akademische Berufe) sind es hingegen vorwiegend Schwierigkeiten der zeitlichen Überlastung.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit geht mit den Deprivationslagen einher: «Doppelt» Deprivierte sind deutlich unzufriedener als Personen, die nicht von einer Kumulation von Problemlagen betroffen sind. Das subjektive Wohlbefinden hat auf die Lebenszufriedenheit jedoch einen weit grösseren Einfluss als die Lebensbedingungen, was darauf hinweist, dass schlechtere Lebensbedingungen sich nicht zwingend in einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Leben niederschlagen.

Wichtig erschien uns, in diesem Kapitel die Mehrfachbenachteiligung von Bevölkerungsgruppen nach Geschlechtern getrennt anzugehen, um das Augenmerk auf besonders betroffene Frauen- bzw. Männergruppen zu legen und Unterschiede zu erfassen. Unabhängig von ihrem jeweiligen Anteil in der Gesamtbevölkerung sind die oben genannten Gruppen als mehr oder weniger grosse Risikogruppen zu betrachten, deren Lebensqualität bedeutend beeinträchtigt ist. Genannt seien als Beispiel die Bedrohung von Lebensbedingungen und die Marginalisierung sozial Benachteiligter wie allein erziehende Frauen. In anderen, ähnlich angelegten Studien¹⁵ kristallisieren sich in etwa dieselben Bevölkerungsgruppen als Problemgruppen heraus. Diesen Teilen der Bevölkerung gilt es daher besondere gesellschaftspolitische Beachtung zu schenken.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass sich die Analysen auf die in Privathaushalten lebende Bevölkerung beziehen. Mit anderen Worten heisst dies, dass bestimmte Gruppen, welche ebenfalls von verschiedenen Formen der Deprivation betroffen sein könnten oder sind, nicht in der diesem Bericht zugrunde liegenden Untersuchungspopulation enthalten sind (z.B. Kollektivhaushalte und obdachlose Menschen).

¹⁵ Z.B. in der nationalen Armutsstudie von Leu, Robert et al.: Lebensqualität und Armut in der Schweiz. Bern, Paul Haupt Verlag, 1997 sowie im Bericht zu den Working Poor in der Schweiz von Streuli, Elisa und Bauer, Tobias: Working Poor in der Schweiz. Neuchâtel, BFS, 2002.

17 Armut und Gender

Monica Budowski, Schweizer Haushalt-Panel, Universität Neuenburg und Robin Tillmann, Schweizer Haushalt-Panel, Universität Neuenburg und BFS¹

Einleitung

Aus makroökonomischer Sicht ist das Bruttoinlandprodukt pro Kopf in der Schweiz eines der höchsten weltweit. Auch auf mikroökonomischer Ebene zeigt sich ein im Durchschnitt hoher Lebensstandard und materielles Wohlergehen von Personen und Haushalten. In Kontrast zu diesem allgemeinen Reichtum stehen die zum Beispiel mit dem Gini-Koeffizienten gemessenen, im Vergleich zu den übrigen Industrieländern weit überdurchschnittlichen Einkommensunterschiede (Osberg und Xu, 1997). Damit bleibt die Armut auch in der Schweiz ein grosses Problem (Fluder et al., 1999), auch wenn die Betroffenen hier weniger benachteiligt sind als in anderen Ländern (Osberg und Xu, 1997; Smeeding und Rainwater, 2001)

Das Konzept der «Feminisierung der Armut», das aus den Vereinigten Staaten stammt, wird in zahlreichen Arbeiten über Entwicklungsländer verwendet; es ist hingegen in Industrieländern umstritten geblieben. Dies bedeutet, dass die universelle Gültigkeit der Feminisierung der Armut in Frage gestellt wird. Trotz unterschiedlicher Methodologien weisen jüngere internationale Arbeiten tatsächlich darauf hin - wenn auch mit Nuancen -, dass Frauen in der Europäischen Union oder stärker noch in den OECD-Ländern, häufiger von Armut betroffen sind als Männer. Die Ergebnisse zeichnen jedoch ein uneinheitliches Bild. So kommen gewisse Arbeiten zum Schluss, dass Frauen (fast) immer ein höheres (finanzielles) Armutsrisiko als der Bevölkerungsdurchschnitt oder die Männer aufweisen (Casper et al., 1994; Mejer und Siermann, 2000; OECD, 2001); während andere nahe legen, dass dies nur auf eine Mehrheit der Länder zutrifft (Pressman, 1998).

Im vorliegenden Kapitel nutzen wir das – sicher noch beschränkte – Informationsmaterial einer Panel-Erhebung zur Analyse der Armutsdynamik zwischen der Welle 1 (1999) und der Welle 2 (2000) des Schweizer Haushaltspanels. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die genderspezifischen Unterschiede der Armut gerichtet. Das Kapitel ist im Wesentlichen in vier Hauptteile gegliedert. Nach einer kurzen Übersicht des Zusammenhangs zwischen Gender und Armut fassen wir die verschiedenen möglichen Ansätze zur Messung der Armut kurz zusammen. Anschliessend folgen die operative Definition und die Beschreibung der verwendeten Längsschnitt-Indikatoren. Den Abschluss bildet die geschlechtsspezifische dynamische Analyse der Armut im Berichtszeitraum.

Gender und Armut²

Die Lebensläufe der Frauen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt: Insbesondere sind die Beteiligung am Erwerbsleben und das Bildungsniveau gestiegen³, womit sich die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen tendenziell vergrösserte. Gemäss Sozialbericht 2000 haben die geschlechtsspezifischen Benachteiligungen insgesamt in der Schweiz abgenommen (Suter und Pahud, 2000). Trotzdem sind Frauen im Allgemeinen nach wie vor häufiger Armut und materieller Deprivation ausgesetzt (Gordon und Spicker, 1999). Die strukturellen Gründe für die Armut der Frauen stehen in Zusammenhang mit der traditionellen Arbeitsteilung, die den Frauen in erster Line die Einbindung in den häuslichen Bereich vorsieht und erst in zweiter, ihre Beteiligung im bezahlten Arbeitsmarkt (und somit am System der sozialen Sicherung)4. Faktoren aus drei Bereichen, nämlich

Originalsprache: französisch

Wir sprechen in diesem Kapitel von Gender und nicht von Geschlecht, um den gesellschaftlich bedingten Aspekt der Rollen und der Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau zu betonen.

³ Der höhere Bildungsstand der Frauen widerspiegelt sich im Arbeitsmarkt jedoch nur bedingt, Frauen bleiben in Kaderpositionen untervertreten.

^{4 «}Traditionell» bedeutet hier, dass die gewohnheitsmässig überlieferten Verhaltensweisen bestehen bleiben, selbst wenn sich die Situation ändert. So hat der breitere Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt keine wesentliche Neuaufteilung der Hausarbeit gebracht. Zum Beispiel kann nur ein Viertel der Frauen mit einer Vollzeitstelle auf die gleichwertige Unterstützung ihres Partners zählen (Bühlmann und Schmid, 1999).

Haushalt, Erwerbsarbeit und soziale Sicherheit, setzen Frauen einem grösseren Armutsrisiko aus.

Ein Vergleich zwischen Haushalten ergibt, dass solche mit weiblichem Vorstand im Allgemeinen ein unterdurchschnittliches (äquivalentes) Einkommen aufweisen (Rake und Daly, 2002). Bei den Forschungsarbeiten mit Daten auf Haushaltsebene wird von einer gleichmässigen Aufteilung des Einkommens zwischen den Familienmitgliedern ausgegangen. Spätestens seit den Arbeiten von Pahl (1989) ist jedoch bekannt, dass bezüglich der Aufteilung der Ressourcen innerhalb der Haushalte beträchtliche Unterschiede bestehen. Auf Grund der ungleichen Verteilung der Ressourcen innerhalb eines Haushaltes ist es deshalb möglich, dass Frauen in einem Haushalt, der nicht als arm gilt, Armut erleben. Die Wahrscheinlichkeit, kein persönliches Einkommen zu haben (und damit von jemandem abhängig zu sein), ist bei den Frauen grösser als bei den Männern (Rake und Daly, 2002).

Schliesslich verzichten in Situationen von Armut die Eltern zu Gunsten der Kinder; insbesondere Frauen nehmen ein «selbstloseres» Konsumverhalten an und wenden einen grossen Teil ihrer Ausgaben namentlich für die Ernährung und die Ausbildung der Kinder auf (Adelman et al., 2000).

Die wirtschaftliche und technologische Entwicklung sowie die relative Demokratisierung des Bildungswesens haben den breiten Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt wesentlich erleichtert. Trotzdem besteht darin weiterhin eine horizontale und eine vertikale Segregation, mit allen damit verbundenen Nachteilen bezüglich Lohn, Beförderungen und zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit an vielen mit Frauen besetzten Stellen. Konkret konzentriert sich die weibliche Arbeitskraft in einer eher beschränkten Anzahl von Berufen und betrifft vielfach wenig qualifizierte Stellen (Ballmer-Cao, 2000). Zudem hat sich in den letzten Jahren die Erwerbsarbeit der Frauen insbesondere in atypischen Arbeitsformen entwickelt; diese zeichnen sich durch eine wesentlich ungünstigere Deckung mit Sozialversicherungen der Angestellten aus. Teilzeitarbeit, die im Wesentlichen von Frauen ausgeübt wird, ist besonders betroffen von verschiedenen Formen von Benachteiligungen. So sind in gewissen Gesamtarbeitsverträgen Angestellte mit einem Beschäftigungsgrad von unter 50% ausgeschlossen. Zudem sind Teilzeitstellen (trotz gewisser neuer Massnahmen) in Bezug auf die Sozialversicherungen (Deckung der zweiten Säule) benachteiligt. Schliesslich ist der Stundenlohn einer Teilzeitstelle tiefer als für die entsprechende Vollzeitstelle (Flückiger, 1999).

Die meisten Massnahmen des Sozialversicherungssystems in der Schweiz können als staatliche Massnahmen

der Armutsbekämpfung verstanden werden. All diese Elemente sind jedoch als Ersatz (oder Ergänzung) zu einem Erwerbseinkommen gedacht. Ist kein solches Einkommen vorhanden, besteht die Gefahr, dass die Betroffenen in die Armut abgleiten. Obwohl sich die Lage der Frauen in diesem System tendenziell verbessert, richten sich die Sozialversicherungen in erster Linie weiterhin an Personen, die eine bezahlte Arbeit verrichten. Nicht berücksichtigt werden dagegen unbezahlte Arbeiten (mit Ausnahme der Erziehungsgutschriften) wie Haushaltsarbeiten, Erziehung und Betreuung von Kindern sowie Pflege von Erwachsenen. Im Rahmen der Familie übernehmen die Frauen noch immer den Hauptteil dieser Arbeiten. Dieses System führt jedoch zu gewissen Benachteiligungen bestimmter Personen auf Grund ihres Geschlechts, ihres Zivilstands oder ihrer Rolle innerhalb des Paares oder der Familie. Die Benachteiligung der Frauen ist zu einem grossen Teil durch die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau bedingt (Sommer und Schütz, 1998).

Diese Faktoren (ungleiche Ressourcenverteilung innerhalb der Haushalte, benachteiligte Frauenarbeit, Nichtberücksichtigung der unbezahlten Arbeit durch die Sozialversicherungen usw.) tragen alle grundsätzlich dazu bei, dass die Frauen ein höheres strukturelles Armutsrisiko aufweisen. Trotzdem gehen die Einschätzungen zur Armut der Frauen in der Schweiz beträchtlich auseinander. So wurde in der ersten gesamtschweizerischen, 1992 durchgeführten Studie zur Armut der Anteil der als arm zu betrachtenden Personen an der gesamten Wohnbevölkerung je nach verwendeter Einkommensschwelle mit 5,6% bis 10,3% beziffert (Leu et al., 1997). Dies bedeutet, dass zum Zeitpunkt dieser Erhebung zwischen 400'000 und 700'000 Personen in der Schweiz in Armut lebten. Gemäss dieser Studie stellten die Frauen jedoch keine Gruppe mit generell erhöhtem Armutsrisiko dar. Bezüglich Armutsanteil bestand zwischen Männern und Frauen kein signifikanter Unterschied, mit Ausnahme der (sich überschneidenden) Gruppen der geschiedenen Frauen und der Alleinerziehenden. In der Folge wurden vertiefte Untersuchungen auf der Grundlage derselben Daten durchgeführt, die ebenfalls nicht auf generell grössere Schwierigkeiten für die Kategorie der Frauen als solche hinwiesen. Die Analyse von «kumulierten Problemlagen» geht auf Genderunterschiede nicht ein (Niklowitz und Suter, 2002), während die Studie zur Wirksamkeit und zu den Umverteilungseffekten der Sozialversicherung aufzeigt, dass Letztere hauptsächlich den allein Erziehenden (Müttern) zugute kommen (Suter und Mathey, 2000). In anderen Studien, die ebenfalls auf für die gesamte Wohnbevölkerung der Schweiz repräsentativen Erhebungen basierten, konnten die Schätzungen zum Ausmass der Armut in der Schweiz mittels verschiedener Modelle aktualisiert und die Risikogruppen bestimmt werden. Insbesondere in Bezug auf die Frauen sind die Ergebnisse nicht eindeutig. Gemäss Branger et al. (2002) liegt der Anteil der Frauen, die in einkommensschwachen Haushalten leben, nur ganz leicht über dem Anteil der Männer; in anderen Studien dagegen wurden hinsichtlich des Armutrisikos signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen festgestellt (Budowski et al., 2002).⁵

Bei den erwähnten Arbeiten handelt es sich hauptsächlich um Querschnittstudien. In zahlreichen jüngeren Arbeiten wurde hingegen, gestützt auf die Analyse von Daten aus Panels, die Bedeutung der Dynamik dieses Phänomens aufgezeigt (zum Beispiel Whelan et al., 2000). Tatsächlich sind auch die zurückhaltendsten Autoren der Ansicht, dass es von einem Jahr zum anderen einen nicht zu unterschätzenden Wechsel der Fälle gibt, die nicht mehr oder neu zu den Armen zu zählen sind. Deshalb besteht heute Einigkeit darüber, dass sich die Armut nur mit Längsschnittstudien untersuchen lässt. Während nämlich Querschnittstudien nahelegen, dass es sich bei den Armen um eine stabile, homogene Gruppe handelt, zeigen Längsschnittstudien, dass zwar gewisse Personen lange Phasen der Armut erleben, dass es aber unter der in Armut lebenden Bevölkerung auch eine hohe Fluktuation gibt. In jüngster Zeit wurden in der Schweiz dynamische Studien durchgeführt. Diese beziehen sich allerdings nur auf bestimmte Bevölkerungsgruppen: entweder auf die Erwerbstätigen (Streuli und Bauer, 2001; Müller, 2002) oder die alleinerziehenden Mütter (Budowski und Suter, 2002). Trotz unterschiedlicher Methoden decken sich die Ergebnisse der Studien in mindestens zwei Punkten: Einerseits wird gezeigt, dass sich auch bei den Betroffenen in der Schweiz Zeitabschnitte mit und ohne Armut häufig abwechseln. Andererseits wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikationen und der Beschäftigung für einen Ausstieg aus der Armut betont, wenn dies allein auch nicht immer genügt, wie dies das Phänomen der «Working Poor» - zu denen besonders viele Frauen gehören - beweist.

Konzepte und Definitionen zur Armut

Grundsätzlich hängt die Definition des Armutsbegriffs davon ab, wie die menschlichen Bedürfnisse umschrieben werden. Darunter sind nicht nur rein biologische Grundbedürfnisse zu verstehen. Ausserdem sind solche Bedürfnisse historisch und sozial definiert. Demnach können (müssen) die menschlichen Bedürfnisse sowohl biologische Kriterien (zum Beispiel Ernährung und Wohnung) als auch gesellschaftliche Kriterien (gesellschaftliche Partizipation, Freizeit oder Kultur) umfassen. Allerdings sind bei der Definition des Armutsbegriffs nicht zwingend alle Bedürfnisse zu berücksichtigen. Werden nämlich auf dieser Stufe fast sämtliche Dimensionen der Not und der gesellschaftlichen Benachteiligung einbezogen, wie zum Beispiel bei der Definition des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP)6, führt dies zu einer (relativen) Vermischung zwischen dem Zustand der Armut einerseits und dessen Ursachen und Auswirkungen andererseits. Deshalb ist eine Unterteilung der menschlichen Bedürfnisse in zwei Kategorien sinnvoll: (1) die Bedürfnisse, deren Befriedigung in erster Linie vom wirtschaftlichen Umfeld abhängt und (2) die Bedürfnisse, deren Befriedigung in erster Linie von nicht wirtschaftlichen

Wir führen in der Folge eine frühere Arbeit weiter (Budowski et al., 2002) und untersuchen die genderspezifische Armut; genauer die Armut in Abhängigkeit des Geschlechts der Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beisteuert. Dieser Ansatz ermöglicht Rückschlüsse auf gewisse Zusammenhänge zwischen Gender und Armut, hat aber auch seine Grenzen. Einerseits bilden Haushalte, in denen Frauen den Hauptteil zum Einkommen beisteuern, nicht unbedingt eine homogene Gruppe (dazu können einkommensschwache, geschiedene oder getrennt lebende Frauen gehören, aber zum Beispiel auch ledige Frauen, die eine Berufskarriere verfolgen). Nicht berücksichtigt wird damit tendenziell auch die ungleiche Verteilung der Ressourcen innerhalb der Haushalte, die über der Armutsgrenze leben, d.h. die Realität von Personen, die nicht den Hauptteil zum Einkommen beitragen und in nicht armen Haushalten, aber trotzdem in Armut leben. Somit beleuchtet dieser Ansatz lediglich eine Facette der genderspezifischen Armut.

Diese Abweichungen sind mindestens teilweise methodisch bedingt, da die zweitgenannte Studie die Benachteiligungen der Haushalte gemäss Geschlecht des Hauptverdieners behandelt.

Diese Definition lautet wie folgt: «Armut hat verschiedene Gesichter und bedeutet mehr als ein niedriges Einkommen. Damit verbunden sind ein unzureichender Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Wissen und zu Kommunikationsmitteln, die fehlende Möglichkeit zur Ausübung der menschlichen und politischen Rechte sowie ein Mangel an Würde, Vertrauen und Selbstachtung.» (UNDP, 1997, eigene Übersetzung)

Bedingungen abhängt. Nun kann aber argumentiert werden, dass eine Definition von Armut das Phänomen genügend präzis umschreiben und Zustand, Ursache und Wirkung von Armut nicht vermischen sollte. Dies hätte zur Folge, dass die Definition in Bezug zu denjenigen Bedürfnissen gesetzt werden müsste, deren Befriedigung von strukturell vorgegebenen, ökonomischen Bedingungen abhängen.

Tatsächlich gibt es in der Literatur verschiedenste Ansätze zur Definition und Messung der Armut.⁷ So identifiziert Spicker (Gordon und Spicker, 1999, S. 150 ff.) elf Kategorien von Definitionen zum Armutsbegriff, die sich wiederum in mehrere Untergruppen gliedern lassen. Boltvinik (1999) wiederum präsentiert rund zwanzig verschiedene methodologische Ansätze zur Definition der Armut und fasst diese in einigen Hauptkategorien zusammen: nicht normative Methoden, direkte und mehrdimensionale Methoden, indirekte und eindimensionale Methoden und schliesslich eine Gruppe von Methoden, in der gewisse Elemente der erwähnten Ansätze kombiniert werden. Eine eingehendere Betrachtung dieser Ansätze würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, weshalb wir lediglich auf gewisse Gegensätze in der Armutsdefinition eingehen und den hier verwendeten Ansatz einordnen werden.

Der erste Gegensatz betrifft objektive und subjektive Definitionen. Bei den objektiven Definitionen werden zur Bewertung der Armut im Wesentlichen eine oder mehrere objektive Informationen wie Einkommen, verfügbare Güter und Freizeitaktivitäten der betroffenen Bevölkerung erhoben. Bei den subjektiven Definitionen zur Armut hingegen handelt es sich um Selbsteinschätzungen der Befragten. Die von uns im vorliegenden Kapitel verwendete Definition ist objektiv. Somit wird nicht berücksichtigt, wie die Befragten ihre eigene Lage beurteilen, oder ob eine Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Einkommen und dem ihres Erachtens notwendigen Mindesteinkommen besteht.

Ein zweiter Gegensatz besteht in absoluten und relativen Definitionen zur Armut. Absolute Definitionen sehen Armut als eine Situation, in welcher der Lebensstandard der Betroffenen unter einer Grenze liegt, die traditionell anhand eines Warenkorbs mit Grundprodukten festgelegt wird, der unabhängig vom Umfeld überall gleich bleibt. Bei relativen Definitionen hingegen wird die Armutsgrenze als eine je nach Gesellschaft und betrachtetem Zeitraum zu bestimmende Grösse betrachtet. Dieser Unterschied ist in Wirklichkeit vielleicht gar keiner. Die Konsensmeinung tendiert zunehmend zur Einschätzung, dass die Definition der Grundbedürfnisse Traditionen entspricht, also doch von der Lebensweise einer Gesellschaft und des beobachteten Zeitraums abhängt. Somit scheint sich dieser Gegensatz auf die Frage zu beschränken, welcher Grad von Relativität zugelassen werden soll. Der in der vorliegenden Arbeit verwendete Ansatz ist klar relativ.

Der dritte Gegensatz betrifft direkte oder indirekte Ansätze von Armut. Die direkten Definitionen nehmen die Einschätzung von Armut auf Grund der Beobachtung (bezüglich Lebensstandard oder Konsum) der realen Situation der Betroffenen vor, während die indirekten Definitionen die Ressourcen (im wesentlichen Einkommen) für die Schätzung der Armut verwenden. Dieser Gegensatz wird nach wie vor sehr kontrovers diskutiert. Ringen führte diese Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Ansätzen ein. Gleichzeitig wies er einerseits darauf hin, dass in Armutsstudien (zu) häufig eine direkte Definition und eine indirekte Messung des definierten Begriffs kombiniert wurden, dass jedoch die zur Definition und Messung der Armut verwendeten Methoden übereinstimmen sollten, wobei er dem direkten Ansatz den Vorzug gibt. In einem gewissen Widerspruch dazu äussert Ringen die Meinung, dass zur Messung der Armut sowohl Informationen zu den Ressourcen als auch zur Lebensweise verwendet werden können (Gordon und Spicker, 1999, S. 39-42). Wie dem auch sei, bei der nachfolgend verwendeten Methode – die nicht zwischen direktem und indirektem Ansatz unterscheidet - gilt wie in den Arbeiten von Townsend (1979) als arm, wer sowohl über wenig Ressourcen verfügt als auch ungünstige Lebensbedingungen hinnehmen muss. Für die Industrieländer gilt dieser Ansatz im Allgemeinen als wissenschaftlich (Gordon und Spicker, 1999, S. 116).8

Die meisten Ansätze zur Armut beruhen auf einem dichotomen Konzept, d.h. auf der Ansicht, dass sich eine klare Trennlinie zwischen arm und nicht-arm ziehen lässt. Eine solche Trennlinie entspricht jedoch nicht der Realität. Unabhängig von der verwendeten Definition hat jede Teilung etwas Willkürliches an sich, weil sie der Tatsache nicht Rechnung trägt, dass es sich um einen fliessenden Übergang handelt. Trotzdem bleibt das Bestreben um eine Vorstellung zur Grössenordnung der betroffenen Bevölkerung. Um gleichzeitig sowohl die willkürliche Komponente zu beschränken als auch die Möglichkeit zur Bezifferung des Armutphänomens zu erhalten, werden in gewissen Ansätzen Abstufungen von der Armut zur Nicht-Armut berücksichtigt.

Auf Grund von Messfehlern in Umfragedaten scheint eine Beurteilung, die sich entweder ausschliesslich auf die finanzielle Armut oder nur auf die Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen bezieht als riskant (Lollivier und Verger, 1997).

Beim letzten Gegensatz schliesslich, der zum Teil in der vorangehenden Unterscheidung enthalten ist, stehen sich die eindimensionale und die mehrdimensionale Betrachtungsweise gegenüber. Wie andernorts gezeigt wurde (Budowski und Tillmann, 2002), bezieht sich eine Mehrheit der Armutsstudien bei der Definition des Armutsbegriffs auf das Kriterium, ob die Betroffenen von der in einer bestimmten Gesellschaft üblichen (akzeptablen) Lebensweise ausgeschlossen sind. Diese Position bedingt eine mehrdimensionale Definition von Armut. Trotzdem wird aber in den meisten Arbeiten eine eindimensionale Messung des Phänomens vorgenommen (am häufigsten durch Einkommensmessungen). Zur Verringerung dieses häufig anzutreffenden Bruchs zwischen Definition und Messung wird im vorliegenden Kapitel ein mehrdimensionaler Ansatz gewählt.

Somit ist der hier zur Definition der Armut verwendete Ansatz objektiv, relativ, gemischt (direkt und indirekt) und daher auch mehrdimensional. Der Ansatz gehört zur Kategorie der Definitionen einer «konsistenten Armut». Mit diesem Begriff wird die Situation von Personen bezeichnet, die gleichzeitig ein unter einem bestimmten Bruchteil des Durchschnittseinkommens liegendes Einkommen aufweisen und Benachteiligungen in Bezug auf die Lebensbedingungen (als wesentlich eingeschätzte Güter und Aktivitäten) in Kauf nehmen müssen. In diesem Rahmen sähe eine Definition der Armut wie folgt aus: Personen leben in einer Armutssituation, wenn ihr Einkommen unzureichend ist und ihnen zusätzlich die in ihrer Gesellschaft im Allgemeinen übliche Lebensweise verwehrt ist.⁹

Nach diesen Präzisierungen zum Konzept und den verwendeten Definitionen kommen wir kurz auf die verschiedenen Interpretationsarten der Armut zu sprechen (für einen kurzen Überblick: Layte und Whelan, 2002). In den vergangenen Jahren spielten bei der Interpretation der Armut zwei Perspektiven eine Rolle: die Mehrfachbenachteiligung und die Individualisierung. Beide können als scheinbares Gegenstück zur Tradition der Analyse sozialer Klassen und/oder Schichten betrachtet werden. In der Tradition der Analyse sozialer Klassen und/oder Schichten wird in etwa davon ausgegangen, dass die soziale Stellung einer Person die aussagekräftigsten Anhaltspunkte zu Lebensbedingungen, Aktivitäten und Ansehen einer Person liefert (im Wissen, dass andere Faktoren den Einfluss dieser Punkte komplizieren

können). Unter diesem Blickwinkel steht die Armut in Verbindung mit der Position im gesellschaftlichen Gefüge. Bei der Analyse der Mehrfachbenachteiligungen wird eine andere Richtung eingeschlagen. Dieser Analyseansatz definiert innerhalb der Gesellschaft eine Kluft zwischen einer grossen integrierten Mehrheit und einer ausgeschlossenen Minderheit. Damit wird ein einfaches, dichotomes Bild der Gesellschaftsstruktur gezeichnet (Eingeschlossene, Ausgeschlossene). 10 Die so definierte Minderheit setzt sich aus Gruppen zusammen, bei denen sich Benachteiligungen kumulieren und von Generation zu Generation weitergegeben werden. In diesem Modell wird Armut deshalb als ein langfristiges Phänomen angesehen. Demgegenüber wird bei der Hypothese der Individualisierung der Armut - die zum Teil als Reaktion auf den erstgenannten Ansatz entstand - davon ausgegangen, dass es sich bei der Armut um ein oft vorübergehendes Phänomen handelt, das mit bestimmten Ereignissen und Lebensabschnitten zusammenhängt. Deshalb weist dieses Modell auch relativ wenige Gemeinsamkeiten mit den traditionell bekannten gesellschaftlichen Gräben auf. Wir nehmen nachfolgend eine erste (auf Grund des geringen zeitlichen Abstands der verwendeten Daten stark beschränkte) Evaluation dieser verschiedenen Interpretationsmodelle vor. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt aufgeschlüsselt nach Geschlecht der Person, die den grössten Teil zum Haushaltseinkommen beisteuert. Dieser Ansatz ist sinnvoll, weil die Armut auf der Stufe der Haushalte gemessen werden kann und deshalb die Merkmale der Person, die am meisten zum Einkommen beiträgt, zum Verständnis des Phänomens (der Armut) entscheidend sein dürften. Insbesondere Frauen, die in ihrem Haushalt am meisten verdienen, sind grundsätzlich häufig von den erwähnten strukturellen Benachteiligungen betroffen. Zur besseren Verständlichkeit werden wir in der Folge von Haushalten mit männlichem bzw. weiblichem Hauptbeitrag sprechen (anstelle von Haushalten, bei denen ein Mann bzw. eine Frau den grössten Teil zum Einkommen beisteuert).

Messgrössen, Indikatoren und Hypothesen

Wir betrachten Haushalte und Personen als arm, die unter zwei Formen der Benachteiligung leiden, nämlich sowohl unter finanzieller Armut als auch unter ungünstigen Lebensbedingungen. Zur Bestimmung der gemäss diesem Ansatz armen Bevölkerung sind mehrere Schritte notwendig.

Die an dieser Stelle verwendete Definition von Armut entspricht somit nicht den üblicherweise in der Schweiz verwendeten Schwellenwerten für die finanzielle Armut (zumindest was die Statistik zur Sozialen Sicherheit betrifft), d.h. die Grenze, unter der ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen besteht bzw. die von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verwendete Schwelle.

¹⁰ Zumindest in «(grob) vereinfachten» Versionen.

Zuerst wird eine finanzielle Armutsgrenze als Teil des Durchschnitts- oder Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung definiert. Dieser erste Schritt basiert auf der Bestimmung des gesamten Nettojahreseinkommens eines Haushalts. Dieses umfasst das Einkommen aus bezahlter Arbeit, Transferzahlungen öffentlicher oder privater Einrichtungen, Zahlungen von Privatpersonen sowie andere regelmässige Einkommensquellen; abgezogen werden Sozialbeiträge, nicht aber Steuern; und berücksichtigt wird die Anzahl Konsumeinheiten. 11 Um der Haushaltsgrösse Rechnung zu tragen, wird bei der Bestimmung des Lebensstandards eines Haushalts das Gesamteinkommen durch die anhand einer Äquivalenzskala bestimmte «Äquivalenzgrösse» des Haushalts dividiert. Dazu verwenden wir die Konsumeinheiten gemäss aktuellen internationalen Studien (revidierte OECD-Skala), d.h. 1 für den ersten Erwachsenen, 0,5 für die übrigen Erwachsenen und 0,3 für die Kinder (höchstens 15-Jährige). Tabelle T17.1 zeigt für die Jahre 1999 und 2000 den Anteil der Personen in Haushalten mit männlichem bzw. weiblichem Hauptbeitrag, die als «finanziell» arm definiert werden, gemäss verschiedenen Grenzwerten (50% oder 60% des Durchschnitts- oder Medianeinkommens). 12

Bekanntlich ist der Anteil der in Armut lebenden Personen stark von der verwendeten Methode abhängig. Die Analyse ergibt, dass der Anteil finanziell Armer – je nach verwendeter Definition – zwischen 6% und 22% liegt. Im Allgemeinen schwankten die verschiedenen Anteile zwischen 1999 und 2000 nur wenig. Zudem ist erkennbar, dass Haushalte mit weiblichem Hauptbeitrag immer ein höheres finanzielles Armutsrisiko aufweisen.

Gemäss aktueller Eurostat-Definition (Statistisches Amt der Europäischen Union) verwenden wir als Grenzwert 60% des Medianeinkommens. Insgesamt lebten demnach 1999 und 2000 rund 15% der Bevölkerung in finanzieller Armut.

Methodologische Einschränkungen

Das Schweizer Haushaltspanel liefert eine ganze Reihe von Daten zum Thema Armut, unter anderem Indikatoren zur finanziellen Armut, zu den Lebensbedingungen oder zur subjektiven Armut. Das Panel stellt somit für Armutsstudien eine wertvolle Datenbank dar. Trotzdem muss auf gewisse nicht zu vernachlässigende Einschränkungen hingewiesen werden. Zu erwähnen sind nament-lich drei: Die erste Einschränkung ergibt sich aus der Art der Panel-Umfrage; weil diese in Privathaushalten durchgeführt wird, sind in grosser Armut lebende Personen (Obdachlose, institutionelle Unterkunft) definitionsgemäss nicht erfasst. Die zweite Einschränkung ist eine Folge des Vorgehens bei der Datenerhebung. Gewisse Informationen über die Einkommen der Haushalte, allfällige finanzielle Probleme, verfügbare Güter oder Aktivitäten der Haushaltsmitglieder werden bei einer einzigen «Referenz»-Person in Erfahrung gebracht. Deshalb muss davon ausgegangen werden, dass die Antworten dieser Person die Situation des gesamten Haushalts korrekt wiedergeben und nicht durch ihre eigenen Merkmale verzerrt werden. Die dritte Einschränkung ergibt sich aus den Folgen der Vorangehenden. Im Panel bleibt der Haushalt

T17.1 Anteil in finanzieller Armut lebender Personen gemäss verschiedenen Grenzwerten

Definition	1999			2000		
	Total	Männlicher Hauptbeitrag	Weiblicher Hauptbeitrag	Total	Männlicher Hauptbeitrag	Weiblicher Hauptbeitrag
50% des Durchschnittseinkommens	12,9	10,4	20,5	12,8	10,5	20,3
60% des Durchschnittseinkommens	22,1	19,5	30,0	22,3	20,6	27,8
50% des Medianeinkommens	7,1	5,4	12,4	6,4	4,9	11,0
60% des Medianeinkommens	14,7	12,1	22,9	15,0	12,9	21,8

 $Schweizer\ Haushaltspanel,\ L\"{a}ngsschnitt-Stichprobe,\ individuelle\ Querschnittgewichtung$

Beim hier verwendeten Einkommen wurden fehlende Werte nicht ersetzt und Unterschätzungen nicht korrigiert.

Die in den Tabellen erwähnten Ziffern betreffen die Längsschnitt-Stichprobe des Panels (d.h. Haushalte/Personen, die bei der 1. und 2. Welle befragt wurden). Deshalb decken sich die Werte nicht unbedingt mit den Zahlen aus Analysen zu den Querschnitt-Stichproben (1. oder 2. Welle).

wie in den meisten Erhebungen in gewissen Beziehungen eine Black Box. Dies bedeutet, dass der Haushalt als homogene Einheit betrachtet und die interne Ressourcenverteilung nicht berücksichtigt wird. Somit wird eine gleichmässige Aufteilung der Ressourcen an die einzelnen Haushaltsmitglieder vorausgesetzt, d.h. alle Mitglieder eines in Armut lebenden Haushalts gelten als arm. Forschungsarbeiten, welche über diese Sichtweise des Haushalts als Black Box hinausgehen, zeigen jedoch, dass die Ressourcen innerhalb der Haushalte nicht gleichmässig verteilt sind.

Der zweite Schritt besteht darin, eine direkte Methode zur Evaluation der Armut zu bestimmen. Traditionellerweise gibt es dazu zwei Möglichkeiten: einerseits anhand der Konsumausgaben, andererseits mit einem Benachteiligungs-Index, der sich auf eine Reihe von Elementen stützt, von denen angenommen wird, dass sie die in einer bestimmten Gesellschaft übliche Lebensweise repräsentieren. Im Allgemeinen gilt die zweitgenannte Methode als geeigneter, d.h. die direkte Evaluation des unfreiwilligen Verzichts auf bestimmte von einer Gesellschaft als notwendig erachtete Güter, Leistungen und Aktivitäten (Gordon und Spicker, 1999). Wir verwenden deshalb eine solche Methode, die wir in der Folge als Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen bezeichnen.

Die im Panel enthaltenen Fragen bilden die Grundlage einer Liste von 13 Elementen, welche den hier untersuchten Lebensbedingungen zuzurechnen sind. Konkret betreffen bestimmte Elemente verschiedene Güter, die dem Haushalt zur Verfügung stehen, insbesondere: Farbfernseher, Privatauto, Wohnung mit Garten oder Terrasse, Geschirrspüler, eigene Waschmaschine, Computer und Zweitwohnung. Andere Elemente decken bestimmte Aktivitäten oder Möglichkeiten des Haushalts ab: Zahnarztbesuch bei Bedarf, mindestens eine Woche Ferien pro Jahr mit auswärtiger Unterkunft, mindestens 100 Franken Sparen pro Monat, mindestens ein Mal pro Monat Freunde zum Essen einladen, mindestens ein Mal pro Monat im Restaurant essen, Sparen für dritte Säule. Mit unserem Ansatz sollen die Haushalte und Personen identifiziert werden, deren Lebensbedingungen unter einem in ihrer Gesellschaft üblichen Minimum liegen. Es geht also darum, die Elemente zu definieren, die als Zeichen einer Benachteiligung stehen, und dann die Haushalte zu bestimmen, die aus finanziellen Gründen darauf verzichten müssen. Zur Bestimmung der relevanten Elemente werden in der Regel zwei Auswahlmethoden verwendet. Die erste Möglichkeit besteht darin, zur Evaluation der

Benachteiligung nur diejenigen Elemente heranzuziehen, zu denen die Mehrheit der Bevölkerung Zugang hat. Diese Vorgehensweise berücksichtigt also einen objektiven Standard (siehe Townsend, 1979), der durch eine «Häufigkeitskontrolle» definiert wird, da ein wenig häufig vorkommendes Element kaum zum üblichen Lebensstil der Bevölkerung gehören kann. Die zweite Möglichkeit besteht darin, lediglich Entbehrungen zu berücksichtigen, die von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung als Benachteiligung empfunden werden (siehe Mack und Lansley, 1985). In diesem Fall handelt es sich um einen gesellschaftlichen Standard, der auf einer «Konsenskontrolle» beruht, da ein weit verbreitetes Element möglicherweise einfach nicht wahrgenommen oder allgemein nicht als Teil eines gesellschaftlich zu garantierenden Minimums akzeptiert wird. Der Panel-Fragebogen veranlasst uns, die erstgenannte Methode («Häufigkeitskontrolle») zu verwenden. Praktisch bedeutet dies, dass Güter oder Aktivitäten, zu denen mindestens 50% der Bevölkerung Zugang haben, einer «demokratischen» Mehrheit und somit den für unsere Untersuchung üblichen Lebensbedingungen entsprechen. Der Armutsindikator bezogen auf die Lebensbedingungen basiert somit auf einer Auswahl jener Elemente der ursprünglich 13 Punkte umfassenden Liste, zu denen mindestens 50% der Bevölkerung Zugang haben. Somit wird zur Erstellung dieses Indikators lediglich der Besitz einer Zweitwohnung ausgeschlossen. Dieser Indikator hat eine dichotome Form: Diejenigen Haushalte, die aus finanziellen Gründen auf mindestens zwei Elemente verzichten müssen, gelten als arm in Bezug auf die Lebensbedingungen; alle, die auf höchstens ein Element verzichten müssen, gelten nicht als arm. 13 Tabelle T17.2 zeigt den Anteil der Personen, die in Haushalten mit männlichem bzw. weiblichem Hauptbeitrag leben und die in Bezug auf die Lebensbedingungen 1999 und 2000 zur armen Bevölkerung gehörten.

Insgesamt mussten aus finanziellen Gründen rund 70% der Personen (1999: 70,7%; 2000: 69,2%) auf keines der Elemente zur Bestimmung der Lebensbedingungen verzichten. Dieser Anteil ist systematisch tiefer bei Personen, die in Haushalten mit weiblichem Hauptbeitrag leben. Die restliche Bevölkerung muss auf mindestens eines der genannten Objekte verzichten.

Wie jede Grenze hat auch jene in Form von zwei Benachteiligungen etwas Willkürliches. Für diese Auswahl sprechen verschiedene und insbesondere folgende Argumente: (1) bei den Haushalten, die unter Benachteiligungen leiden, beträgt das gewichtete Mittel der fehlenden Elemente etwas mehr als zwei (womit die Schwelle dem Begriff der üblichen Lebensweise entspricht) und (2) technisch gesehen reduzieren sich mit der Verwendung eines höheren Schwellenwerts (drei Elemente) die Beobachtungen, was eine Analyse praktisch verunmöglicht.

T17.2 Anteil Personen, die aus finanziellen Gründen auf bestimmte Elemente verzichten mussten (in %)

Fehlende	1999			2000	2000			
Elemente	Total	Männlicher Hauptbeitrag	Weiblicher Hauptbeitrag	Total	Männlicher Hauptbeitrag	Weiblicher Hauptbeitrag		
0	70,7	73,8	60,4	69,2	72,4	58,3		
1	14,7	14,3	16,0	14,0	13,5	15,7		
2	6,5	5,5	9,7	7,4	6,5	10,7		
3	3,4	2,6	5,8	4,1	3,6	5,8		
4	2,2	1,9	3,3	2,3	1,7	4,2		
5	1,3	1,1	1,8	1,4	1,1	2,4		
6	0,6	0,4	1,5	0,7	0,6	1,2		
7+	0,7	0,4	1,5	0,9	0,6	1,9		
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		

Schweizer Haushaltspanel, Längsschnitt-Stichprobe, individuelle Querschnittgewichtung

Unter Anwendung der von uns gewählten Definition der Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen (zwei oder mehr Entbehrungen aus finanziellen Gründen) waren insgesamt 14,7% (1999) und 16,8% (2000) der Bevölkerung von Armut betroffen. Wie bereits bei der finanziellen Armut ist auch in diesem Fall das Risiko einer Benachteiligung für Personen höher, welche in Haushalten mit weiblichem Hauptbeitrag leben (rund 24% 1999 und 26% 2000).

Schliesslich werden in einem dritten Schritt die beiden berücksichtigten Dimensionen - finanzielle Armut und Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen – kombiniert, womit sich die entsprechenden Subpopulationen definieren lassen. Damit kann die Bevölkerung in vier Gruppen eingeteilt werden. Die erste Gruppe umfasst Haushalte, auf die beide Armutskriterien zutreffen, d.h. die sowohl von finanzieller (unter der 60% Schwelle des Medianeinkommens) als auch von Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen betroffen sind (finanziell bedingter Verzicht auf mindestens zwei Elemente). Diese Gruppe bildet die arme Bevölkerung im engeren Sinne gemäss der oben ausgeführten Definition der «konsistenten Armut». Die zweite Gruppe besteht aus den Haushalten, welche nur in finanzieller Hinsicht arm sind. Diese Haushalte würden als arm betrachtet, wenn ausschliesslich die indirekte Messung der Armut auf Grund der finanziellen Mittel herangezogen würde. Umgekehrt leiden die Personen der Haushalte, die zur dritten Gruppe gehören, ausschliesslich unter Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen. Es handelt sich somit um Haushalte, die als arm gelten würden, wenn die Armut nur direkt gemessen würde. Diese beiden letztgenannten Gruppen gelten somit gemäss der von uns im vorliegenden Abschnitt verwendeten Definition nicht als arm.

Die letzte Gruppe schliesslich bilden die Haushalte, bei denen keine Anzeichen von Armut vorhanden sind. In Tabelle T17.3 sind für 1999 und 2000 die Anteile dieser Gruppen aufgeführt, aufgeschlüsselt nach Haushalten mit männlichem bzw. weiblichem Hauptbeitrag.

Diese Analyse zeigt, dass rund drei Viertel der Bevölkerung von keiner Form der Armut betroffen sind. Der Anteil der Personen, welche in Haushalten mit weiblichem Hauptbeitrag leben und in dieser privilegierten Situation sind, ist deutlich tiefer als der Durchschnitt (etwas über 60% für 1999 und 2000). Der Anteil der in konsistenter Armut lebenden Personen hat sich während der (kurzen) Beobachtungsperiode leicht von 5,9% auf 6,6% erhöht. Personen, die in einem Haushalt mit weiblichem Hauptbeitrag leben, haben ein doppelt so hohes Risiko (sowohl 1999 als auch 2000), zur Gruppe der in konsistenter Armut lebenden Bevölkerung zu gehören. Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass nur die von «konsistenter Armut» betroffenen Personen in den nachfolgenden Ausführungen von uns als «arm» definiert werden. Zudem werden nur Personen berücksichtigt, welche den Hauptteil zum Einkommen eines Haushalts beitragen, nicht aber die übrigen Mitglieder des Haushalts.14

Nach der Durchführung dieser vorbereitenden Schritte kommen wir zum Hauptziel unserer Arbeit: zur Armutsdynamik. Auf der Grundlage des Schweizer Haushaltspanels lassen sich Längsschnitt-Indikatoren zur Armut aufstellen. Allgemein können diese Indikatoren in drei Kategorien eingeteilt werden: Indikatoren zur

Damit beziehen sich die Armut erklärenden Faktoren im Wesentlichen auf die Merkmale der Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beisteuert.

T17.3 Anteile der vier definierten Gruppen

Bevölkerungsgruppen	1999			2000			
	Total	Männlicher Hauptbeitrag	Weiblicher Hauptbeitrag	Total	Männlicher Hauptbeitrag	Weiblicher Hauptbeitrag	
Konsistente Armut	5,9	4,7	9,7	6,6	5,1	11,4	
Finanzielle «Armut» «Armut» in Bezug auf die	9,7	7,9	15,1	10,8	9,4	15,2	
Lebensbedingungen	8,8	7,3	13,2	8,4	7,8	10,4	
Keine Armut	75,6	80,0	62,0	74,2	77,7	63,0	
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Schweizer Haushaltspanel, Längsschnitt-Stichprobe, individuelle Querschnittgewichtung

Inzidenz der Armut, Indikatoren zur Persistenz der Armut und schliesslich Indikatoren zur Fluktuation (Ein-/Austritte) der Armut (Zoyem, 2002).

Der hier verwendete Indikator zur Inzidenz der Armut ist definiert durch das Risiko einer Person, mindestens ein Mal im Beobachtungszeitraum in Armut zu leben. Dieses Risiko wird anhand des Anteils von Personen geschätzt, welche zwischen 1999 und 2000 mindestens ein Mal in Armut lebten. Die Persistenz der Armut lässt sich anhand der Anzahl in dieser Situation verbrachten Jahre bestimmen. Normalerweise wird von persistenter Armut gesprochen, wenn jemand während einer bestimmten Anzahl Jahre im Beobachtungszeitraum in Armut lebte. Auf Grund des kurzen Beobachtungszeitraums des Panels wird der Persistenz-Indikator für die Armut definiert als Risiko einer Person, während des ganzen Beobachtungszeitraums in Armut gelebt zu haben. Dieses Risiko wird somit anhand des Anteils von Personen ermittelt, die 1999 und 2000 arm waren. Diese beiden Ansätze zur Entwicklung der Armut werden kombiniert mittels einer Längsschnitt-Klassifikation der Personen in drei Kategorien: (1) dauerhaft Arme (arm 1999 und 2000), (2) gelegentlich Arme (arm 1999 oder 2000) und (3) Nicht-Arme während des Beobachtungszeitraums. Schliesslich lässt sich anhand der Ein- und Austritte das Ausmass der Armut auch im Längsschnitt betrachten. Die Austritte ergeben sich aus dem Anteil der Personen, die 1999 in Armut lebten, 2000 aber nicht mehr. Umgekehrt entsprechen die Eintritte dem Anteil der Personen, die 2000 arm waren, 1999 aber noch nicht.

Vor der Präsentation der wichtigsten Ergebnisse der Analyse müssen wir nochmals auf die verschiedenen möglichen Interpretationen des Phänomens Armut eingehen. Genauer auf die Art, diese mit den im Panel gesammelten Daten zu prüfen. Zur Beurteilung der Armutsdynamik können verschiedene Elemente herangezogen werden. Im Allgemeinen werden in der Literatur mehrere Kategorien von Erklärungsfaktoren (auf Mikroebene) definiert: (1) allgemeine Faktoren zur Einteilung von Personen wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Zivilstand, Haushaltstyp usw.; (2) Faktoren, welche den Lebensweg einer Person berücksichtigen, insbesondere Vorkommen und Dauer allfälliger früherer Armutsphasen, und (3) Faktoren im Zusammenhang mit beruflichen oder familiären Ereignissen. Insgesamt verwenden wir relativ ähnliche Kategorien von Faktoren, allerdings werden diese in Abhängigkeit der zuvor ausgeführten Interpretationsarten gewählt, d.h. soziale Stratifikation, Mehrfachbenachteiligung und Individualisierung.

Aus dem Blickwinkel der sozialen Stratifikation reicht die Feststellung aus, dass Armut (und auch die Armutsdynamik) in erster Linie mit der sozialen Stellung einer Person zusammenhängt. Dies bedeutet, dass das Armutsrisiko umso grösser sein sollte, je tiefer die Position einer Person ist und/oder je weiter diese vom Arbeitsmarkt entfernt ist, der als hierarchisch strukturiertes Zentrum für die Zuteilung von Ressourcen betrachtet wird. Dies sollte sowohl auf Männer als auch auf Frauen zutreffen. Auf Grund der geringeren Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt ist jedoch zu erwarten, dass der Einfluss der sozialen Stellung auf die Armut bei den Männern stärker ist als bei den Frauen. Mit anderen Worten, es ist davon auszugehen, dass das Modell der sozialen Stratifikation eher auf die Situation der Männer als der Frauen zutrifft. In diesem Kontext definieren wir zwei Variablen für die Analyse. Es ist vorweg darauf hinzuweisen, dass die meisten Indikatoren zur gesellschaftlichen Stellung vor allem auf dem ausgeübten Beruf basieren. Deshalb lassen sich mit diesen Indikatoren eigentlich nur Personen einteilen, welche berufstätig sind (Erwerbs-

tätige). Zur Berücksichtigung der Gesamtbevölkerung stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. 15 Wir verfahren wie folgt: Die Erwerbstätigen werden gemäss Klassenschema nach Goldthorpe eingeteilt, Nichterwerbspersonen gemäss ihrer tatsächlichen aktuellen Situation. Insgesamt ist der Indikator zur sozialen Stellung eine Mischung aus einem Indikator zur sozialen Stellung im engeren Sinne und einem Indikator zum Erwerbsstatus, mit dem Ziel, sämtliche Personen, und nicht nur die Erwerbstätigen, einer sozialen Schicht zuzuordnen. In einem ersten Schritt werden die Einzelpersonen somit in folgende Kategorien eingeteilt: oberes Kader, unteres Kader, Angestellte, Selbständigerwerbende mit Angestellten, Selbständigerwerbende ohne Angestellte, Vorarbeiter, qualifizierte Arbeiter, teilweise und nicht qualifizierte Arbeiter, Landwirtschaftsarbeiter, Landwirte, Erwerbslose, in Ausbildung, Hausfrauen/-männer, Rentner/innen. Auf Grund des eingeschränkten Personenkreises (durch die Fokussierung zuerst auf konsistent arme Personen und anschliessend auf die Hauptverdiener) verwenden wir empirisch eine sehr aggregierte Version des Indikators zur sozialen Stellung. Somit wird das Schema nach Goldthorpe durch eine Neucodierung auf einen dichotomen Indikator reduziert: nicht manuell Tätige und Selbständigerwerbende einerseits und manuell Tätige andererseits. Analog werden Nichterwerbstätige in zwei Kategorien eingeteilt: Arbeitslose, Personen in Ausbildung und Hausfrauen/-männer einerseits und Rentner/innen andererseits. Diese beiden letztgenannten Kategorien beziehen sich auf eine spezifische Entfernung vom Arbeitsmarkt als Zentrum, die für die erste Gruppe grundsätzlich vorübergehend und für die zweite definitiv ist. Die zweite verwendete Analyse-Variable betrifft den Bildungsstand einer Person (ein Faktor, der in gewisser Hinsicht als eine Zwischenvariable zwischen sozialer Herkunft und erreichter sozialer Stellung betrachtet werden kann). Weil auch in diesem Fall der Personenkreis zuvor stark eingeschränkt wurde, wird wiederum ein dichotomer Indikator verwendet: obligatorische Schulbildung einerseits und anderer Bildungsstand andererseits.

Die Interpretation gemäss dem Prinzip der Mehrfachbenachteiligung basiert auf dem Kriterium einer gesellschaftlichen Randständigkeit im Sinne einer zeitlichen Abfolge von Benachteiligungen, die in Armut münden. Schematisch bestünde damit eine Kausalfolge zwischen Herkunftsfamilie und Armut, mit den Stationen Ausbildung, Arbeitsstelle und Arbeitslosigkeit. Anhand der verfügbaren Daten lässt sich ein solcher Verlauf nicht genau nachbilden. Hingegen lassen sich Informationen bestimmen, die in gewisser Weise bestimmte Punkte des gesamten Verlaufs abbilden. Da wir in unsere Analyse wiederum die gesamte Bevölkerung einbeziehen möchten (und nicht nur die Erwerbstätigen), wählen wir eine restriktive Definition der Mehrfachbenachteiligung. Wir haben einen Index berechnet, der auf einer Reihe von Variablen aus drei Blöcken basiert: (1) soziale Herkunft (finanzielle Probleme in der Herkunftsfamilie, Bildungsstand der Eltern, soziale Stellung der Eltern¹⁶), (2) Bildungsstand und (3) Erwerbsstatus. Je nach Punktzahl, die den verschiedenen Variablen zugeteilt wurden, schwankt der Index zwischen einem Maximum von 13 (am wenigsten Benachteiligungen) und einem Minimum von 2 Punkten (am meisten Benachteiligungen). Nachdem verschiedene Schwellenwerte getestet wurden, haben wir im Hinblick auf eine Dichotomisierung der Bevölkerung in Eingeschlossene und Ausgeschlossene die Grenze bei 8 Punkten gezogen, woraus ein vereinfachtes Modell der Gesellschaftsstruktur auf Grund der Interpretation nach Mehrfachbenachteiligungen entsteht. Für diesen Ansatz gilt wiederum, dass einerseits die Armut von längerer Dauer beobachtbar wird, und dass eine Subpopulation mit einer erhöhten Armutsrate identifizierbar sein sollte. Es ist damit zu rechnen, dass bei einer Betrachtung der Mehrfachbenachteiligungen die Frauen stärker betroffen sind als die Männer. Tatsächlich ist bekannt, dass die Stellung der Mütter einen Einfluss auf die Stellung ihrer Töchter hat (Jobin, 1995), dass dieser Einfluss jedoch im Durchschnitt geringer ist als derjenige der Väter. Zudem sind die Frauen bei den beiden anderen berücksichtigten Dimensionen (Bildungsstand und Erwerbsstatus) im Allgemeinen ebenfalls häufiger benachteiligt als Männer.

Bei der These der Individualisierung wird davon ausgegangen, dass die Verhaltensweisen einer Person immer weniger von den traditionellen Normen und Werten, von Kollektividentitäten oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Kategorie geprägt werden. Demnach erfährt das mit den beruflichen Veränderungen zusammenhängende Armutsrisiko in gewisser Weise eine Demokratisierung, da ehemals geschützte Gruppen wie zum Beispiel Führungskräfte ebenfalls betroffen sind. Innerhalb dieses Interpretationsrahmens lassen sich min-

Nichterwerbspersonen können so eventuell nach ihrem letzten ausgeübten Beruf, dem Beruf ihres Ehepartners oder ihrer aktuellen Situation eingeteilt werden.

Wie zuvor werden die Variablen zum Bildungsstand und zur sozialen Stellung dichotomisiert. In beiden Fällen wurde die höchste Position der beiden Elternteile herangezogen. Diese Wahl entspricht einem der möglichen Modelle, die in Korupp et al. (2002) beschrieben werden.

destens drei Hypothesen aufstellen: (1) die ungleichen Armutsrisiken der verschiedenen sozialen Schichten und der verschiedenen Bildungsstände werden mit der Zeit abnehmen, (2) das Armutsrisiko ist von Faktoren abhängig, welche in erster Linie vom Lebensverlauf und nicht von der sozialen Stellung abhängen und (3) die Armutsphasen sind relativ kurz. Die Daten des Panels liefern lediglich Anhaltspunkte für die beiden letztgenannten Hypothesen. Die Faktoren zum Lebensverlauf müssen in Form bestimmter Ereignisse formuliert werden. Wir unterscheiden dabei zwischen beruflichen Ereignissen und familiären Ereignissen. Die beruflichen Ereignisse lassen sich mit der Variable Erwerbsstatus definieren (Zugang zu Arbeit; Stellenverlust: arbeitslos oder nicht erwerbstätig). Die familiären Ereignisse können mittels Variablen zum Haushaltstyp und zum Zivilstand erfasst werden. Wir stellen die Hypothese auf, dass der Einfluss dieser Ereignisse bei den Frauen grösser ist als bei den Männern. Grössere Auswirkungen haben für Frauen insbesondere eine Scheidung (in materieller Hinsicht), zudem sind Unterbrechungen der Berufslaufbahn häufiger.

Ergebnisse und Diskussion

Bevor wir auf die Ergebnisse der Analyse eingehen, möchten wir zur leichteren Verständlichkeit noch eine Bemerkung anfügen. In den Sozialwissenschaften ist jede These mit einem bestimmten Beobachtungsumfeld verknüpft. Dies bedeutet, dass eine Behauptung nie universell, sondern nur «lokal» richtig sein kann. Deshalb müsste bei der Präsentation und Diskussion der Ergebnisse zumindest immer im Auge behalten werden, dass die Analyse an einem bestimmten Ort (Schweizer Gesellschaft) und zu einem bestimmten Zeitpunkt (Ende der 90er-Jahre) stattfand. Aus Formgründen verzichten wir im Folgenden auf diesen Hinweis, der aber trotzdem nicht ausser Acht gelassen werden darf. Zudem sind die vorgestellten Ergebnisse angesichts der Datengrundlage mit kurzem Beobachtungszeitraum und beschränkter Stichprobengrösse immer als eine «erste Analyse» oder eine «erste Annäherung» zu betrachten.

Die Ergebnisse der Längsschnitt-Analyse werden in zwei Hauptschritten präsentiert. In einem ersten Schritt befassen wir uns mit der Inzidenz und der Persistenz der Armut im Beobachtungszeitraum. Dabei legen wir Wert auf die Kombination der beiden Ansätze in Form einer Längsschnitt-Klassifikation der Personen. In einem zweiten Schritt werden wir das Ausmass der Fluktuation in Bezug auf die Armut beleuchten. Die Analysen konzentrieren sich absichtlich auf die (provisorische) Evaluation

der verschiedenen zuvor erklärten Interpretationsansätze und nicht auf sämtliche üblicherweise in Armutsstudien verwendeten Variablen.

Die Inzidenz der Armut ergibt sich aus dem Anteil der Personen, die mindestens ein Mal zwischen 1999 und 2000 in Armut lebten. Der Anteil dieser Personengruppe an der Gesamtbevölkerung beläuft sich auf rund 10%. Demnach lebte im Beobachtungszeitraum jede zehnte Person zeitweise in (konsistenter) Armut. Wir verzichten auf eine weitergehende Analyse dieses Phänomens, da unseres Erachtens keines der drei Interpretationsmodelle (soziale Schichten, Mehrfachbenachteiligung und Individualisierung) eine Hypothese zum Ausmass der Armut an sich ermöglicht.

Die Persistenz der Armut ergibt sich aus dem Anteil der Personen, die sowohl 1999 als auch 2000 in Armut lebten. Dies war bei 3,4% der Gesamtbevölkerung der Fall. Die Interpretation auf der Grundlage der sozialen Stratifikation liefert im Prinzip keine Hypothese zur Dauer der Armutssituation. Dies im Gegensatz zu den beiden anderen in diesem Kapitel berücksichtigten Interpretationsmöglichkeiten. So muss gemäss dem Modell der Mehrfachbenachteiligung (gesellschaftlicher Ausschluss) der Zustand der Armut längerfristig anhalten. Demgegenüber wird beim Modell der Individualisierung von relativ kurzen Armutsepisoden ausgegangen. Ein Vergleich zwischen der Inzidenz der Armut (d.h. sämtliche im Beobachtungszeitraum von Armut betroffenen Personen) und der Persistenz der Armut (d.h. alle im gesamten Beobachtungszeitraum armen Personen) zeigt jedoch, dass die konstant Armen eine Minderheit der Armen darstellen (rund ein Drittel). In diesem ersten Analysestadium scheint deshalb das Modell der Individualisierung dem Phänomen besser Rechnung zu tragen als das Modell der Mehrfachbenachteiligung.

Nun ist ein nächster Schritt zur Beschreibung und zum besseren Verständnis der Armutsdynamik möglich. Auf dieser Grundlage können nämlich die Betroffenen gemäss dem Geschlecht der Person, die den Hauptteil zum Einkommen des Haushaltes beiträgt, in drei Kategorien eingeteilt werden: (1) dauerhaft Arme (arm 1999 und 2000), (2) gelegentlich Arme (arm 1999 oder 2000) und (3) Nicht-Arme während des gesamten Beobachtungszeitraums. Im Folgenden beschränkt sich die Analyse auf die Personen, die den Hauptteil zum Haushaltseinkommen beisteuern. Deshalb müsste korrekterweise immer von Frauen oder Männern, welche den Hauptteil zum Einkommen ihres Haushalts beisteuern, gesprochen werden. Der Einfachheit halber sprechen wir jedoch einfach von Männern und Frauen. Tabelle T17.4 zeigt die An-

teile der verschiedenen Gruppen gemäss der verwendeten Längsschnitt-Klassifikation.

Bis hierhin ist festzustellen, dass die Frauen immer (d.h. sowohl bei der Gruppe der dauerhaft Armen als auch bei derjenigen der gelegentlich Armen) rund doppelt so häufig von Armut betroffen sind wie die Männer. In einem nächsten Schritt wird das Risiko (die Wahrscheinlichkeit) evaluiert, der Gruppe der dauerhaft Armen anzugehören. Dazu müssen wir nochmals auf die Hypothesen der verschiedenen Interpretationsmodelle zurückkommen. Aus dem Blickwinkel der sozialen Schichten muss das Risiko linear zunehmen, je weiter unten sich jemand in der Gesellschaftshierarchie befindet. Diese Position wird mit einem Indikator zur sozialen Stellung gemessen (zumindest für die homogenen und damit klar in der Hierarchie einstufbaren Kategorien). Dieselbe Logik kommt beim Bildungsstand zur Anwendung, d.h. das Risiko, der Gruppe der dauerhaft Armen anzugehören, muss umso höher sein, je niedriger der Bildungsstand der betroffenen Person ist. Demgegenüber wird beim Modell der Mehrfachbenachteiligung davon ausgegangen, dass das Risiko das Ergebnis einer Summe von Benachteiligungen ist. Die von einer solchen Mehrfachbenachteiligung betroffene Subpopulation müsste somit ein besonders hohes Risiko haben, zur Gruppe der dauerhaft Armen zu gehören. Schliesslich kommt das Modell der Individualisierung im Wesentlichen zum Schluss, dass das Armutsrisiko von Faktoren des Lebensverlaufs abhängig ist. Konkret bedeutet dies, dass der Lebensverlauf in kritische Ereignisse umgesetzt werden muss. Im Sinne einer ersten Annäherung verwenden wir ein berufliches Ereignis (Ende der Erwerbstätigkeit: erwerbslos oder nicht erwerbstätig) und zwei familiäre Ereignisse (Ende einer Paarbeziehung: Trennung, Scheidung oder Verwitwung; Notwendigkeit, Kinder alleine aufzuziehen: Einelternfamilie). Gemäss diesem Modell müssen die erwähnten Ereignisse das Risiko, zur Kategorie der dauerhaft Armen zu gehören, signifikant erhöhen.¹⁷

Das Risiko, zur Gruppe der dauerhaft Armen zu gehören (und die Eignung der drei Interpretationsmodelle zur Armut im Sinne einer ersten Analyse) wird mit einem logistischen Regressionsmodell geprüft. Die Tabellen T17.5 bis T17.7 fassen die Ergebnisse der Analysen zusammen.

Insgesamt beschreibt erwartungsgemäss das Modell der sozialen Schichten die Lage der Männer besser als diejenige der Frauen (Nagelkerke R²=0,19 für Männer). 18 Im Rahmen dieses Modells erweist sich der Einfluss des Bildungsstands als einfacher interpretierbar als der Einfluss des Indikators zur sozialen Stellung. So ist das Risiko, zur Gruppe der dauerhaft Armen zu gehören, für Männer, die lediglich die obligatorische Schule besuchten, höher als für Frauen mit dieser Voraussetzung (Exp(B) von 8,39 gegenüber 2,03). Der Indikator zur sozialen Stellung ergibt ein weniger gespaltenes Bild, basiert aber manchmal auf einer sehr geringen Zahl von Fällen und/oder ist nicht signifikant. Als erste Annäherung lässt sich jedoch feststellen, dass die zunehmende Entfernung von der Referenzkategorie (nicht manuell Tätige und Selbständige) im Allgemeinen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, dauerhaft in Armut zu leben. Die Ergebnisse fallen jedoch je nach Geschlecht unterschiedlich aus: Die von uns als provisorisch bezeichnete Entfernung vom Arbeitsmarkt scheint bei den Männern einen stärkeren Einfluss zu haben, während eine definitive Entfernung (Pension) bei den Frauen stärker ins Gewicht fällt. Verantwortlich für dieses (widersprüchliche) Ergebnis ist vermutlich der gemischte Charakter des hier verwendeten Indikators zur sozialen Stellung, eine Kombination aus gesellschaftlichen und beruflichen (hierarchisierten) Kategorien und einem weniger klaren

T17.4 Anteile in Armut lebender Personen nach Geschlecht, Längsschnitt-Klassifikation (in %)

Bevölkerungsgruppen	Total	Männer	Frauen	
Dauerhaft Arme	3,8	2,7	6,3	
Gelegentlich Arme	7,1	5,3	10,7	
Nicht-Arme	89,1	92,0	83,0	
Total	100,0	100,0	100,0	

 $Schweizer\ Haushaltspanel,\ L\"{a}ngsschnitt-Stichprobe,\ individuelle\ L\"{a}ngsschnittgewichtung$

Es handelt sich dabei nicht um Ereignisse, deren Zeitpunkt genau bestimmbar ist. De facto leiten wir diese von Variablen zur Person ab (Beispiel: Lautet die Variable Zivilstand «geschieden», muss irgendwann eine Scheidung stattgefunden haben).

Der Nagelkerke R² schwankt zwischen 0 und 1 und zeigt den Anteil der «Varianz» der abhängigen Variablen, die vom Regressionsmodell erklärt wird

T17.5 Zugehörigkeit zur Gruppe der dauerhaft Armen nach sozialer Schicht: Odds ratio nach Geschlecht

	Männer		Frauen	
	Sig.	Exp(B)	Sig.	Exp(B)
Soziale Stellung:	* * *		* * *	
Nicht manuell Tätige und Selbständige				
Manuell Tätige	n.s.	.93	n.s.	2.18
Erwerbslose, in Ausbildung, Hausfrauen/-männ	er***	(20.20)	* * *	9.62
Rentner/innen	*	2.08	**	3.34
Bildungsstand:	* * *		*	
Obligatorische Schulbildung	* * *	8.39	*	2.03
Anderer Bildungsstand				
Nagelkerke R ²		.19		.11
n (nicht gewichtet)		1'744		943

Bemerkungen: Für die Analyse berücksichtigte Gruppen: dauerhaft Arme/gelegentlich Arme und Nicht-Arme. Referenzkategorie kursiv. Ergebnisse, die auf weniger als 30 Fällen beruhen, sind in Klammern gesetzt. Das in der Tabelle aufgeführte Modell berücksichtigt keine Kontrollvariable. Das Modell wurde jedoch durchgerechnet, indem die folgenden Variablen kontrolliert wurden: Alter in zwei Kategorien (25-65 Jahre für die Männer und 25-62 Jahre für die Frauen gegenüber den übrigen Altersklassen) und Nationalität (Schweiz bzw. Ausland). Bei den Männern spielt das Alter keine Rolle, während die Nationalität einen Einfluss hat (bei Einschluss der Nationalität steigt der Wert für Nagelkerke R² von 0,19 auf 0,21). Bei den Frauen spielen weder Alter noch Nationalität eine Rolle.

Schweizer Haushaltspanel, Längsschnitt-Stichprobe, individuelle Längsschnittgewichtung

T17.6 Zugehörigkeit zur Gruppe der dauerhaft Armen nach Mehrfachbenachteiligungen:
Odds ratio nach Geschlecht

Mehrfachbenachteiligungen	Männer	Männer		Frauen	
	Sig.	Exp(B)	Sig.	Exp(B)	
Dichotomes Modell der Gesellschaftsstruktur: Eingeschlossene	* * *		* * *		
Ausgeschlossene	* * *	6.62	* * *	2.87	
Nagelkerke R ² n (nicht gewichtet)		.10 1'745		0.04 939	

Bemerkungen: Für die Analyse berücksichtigte Gruppen: dauerhaft Arme/gelegentlich Arme und Nicht-Arme. Referenzkategorie kursiv. Ergebnisse, die auf weniger als 30 Fällen beruhen, sind in Klammern gesetzt. Das in der Tabelle aufgeführte Modell berücksichtigt keine Kontrollvariable. Das Modell wurde jedoch durchgerechnet, indem die folgenden Variablen kontrolliert wurden: Alter in zwei Kategorien (25-65 Jahre für die Männer und 25-62 Jahre für die Frauen gegenüber den übrigen Altersklassen) und Nationalität (Schweiz bzw. Ausland). Bei den Männern spielt das Alter keine Rolle, während die Nationalität einen Einfluss hat (bei Einschluss der Nationalität steigt der Wert für Nagelkerke R² von 0,10 auf 0,14). Bei den Frauen spielen weder Alter noch Nationalität eine Rolle.

Schweizer Haushaltspanel, Längsschnitt-Stichprobe, individuelle Längsschnittgewichtung

Indikator zum Erwerbsstatus (erwerbslos, in Ausbildung, Haushalt bzw. Pension).

Was das Modell der Mehrfachbenachteiligung angeht, ist festzustellen, dass entgegen der zuvor formulierten Hypothese bei den (ausgeschlossenen) Männern die Wahrscheinlichkeit grösser ist, dass sie dauerhaft in Armut leben.

Schliesslich zeigt die untenstehende Tabelle die Ergebnisse zu den Variablen für das Modell der Individualisierung. Insgesamt widerspiegelt dieses Modell wie erwartet die Situation der Frauen besser als diejenige der Männer. Daraus geht hervor, dass der Erwerbsstatus

(bzw. der Rückzug vom Arbeitsmarkt) die Wahrscheinlichkeit erhöht, der Gruppe der dauerhaft Armen anzugehören (in ähnlichem Ausmass für Männer und Frauen). Der Haushaltstyp hat ebenfalls einen Einfluss auf diese Wahrscheinlichkeit; so bei Frauen, die einer Einelternfamilie vorstehen (und, in beschränkterem Ausmass, bei allein stehenden Personen).

Damit kommen wir zur zweiten und letzten Phase der Analyse, der Betrachtung der Fluktuation. Zuerst kommen wir auf die Zweiteilung der Bevölkerung in konsistent Arme (finanzielle Armut und ungünstige Lebensbedingungen) und den Rest der Bevölkerung (die nun

T17.7 Zugehörigkeit zur Gruppe der dauerhaft Armen nach Individualisierung: Odds ratio nach Geschlecht

Individualisierung	Männer		Frauen	Frauen		
	Sig.	Exp(B)	Sig.	Exp(B)		
Erwerbsstatus:	* * *		* * *			
Erwerbstätig						
Erwerbslos, nicht erwerbstätig	* * *	5.00	* * *	5.52		
Zivilstand:	n.s.		n.s.			
Verheiratet						
Ledig	n.s.	.25	n.s.	.19		
Verwitwet	n.s.	2.76	n.s.	.19		
Getrennt, geschieden	n.s.	1.85	n.s.	.24		
Haushaltstypen:	n.s.		* *			
Paar ohne Kinder						
Paar mit abhängigen Kindern	n.s.	2.04	n.s.	1.82		
Allein stehend	n.s.	.29	*	6.30		
Allein erziehend	n.s.	(.62)	* *	20.19		
Andere	n.s.	(.01)	*	(8.56)		
Nagelkerke R ²		.08		.12		
n (nicht gewichtet)		1'749		943		

Bemerkungen: Für die Analyse berücksichtigte Gruppen: dauerhaft Arme/gelegentlich Arme und Nicht-Arme. Referenzkategorie kursiv. Ergebnisse, die auf weniger als 30 Fällen beruhen, sind in Klammern gesetzt. Das in der Tabelle aufgeführte Modell berücksichtigt keine Kontrollvariable. Das Modell wurde jedoch durchgerechnet, indem die folgenden Variablen kontrolliert wurden: Alter in zwei Kategorien (25-65 Jahre für die Männer und 25-62 Jahre für die Frauen gegenüber den übrigen Altersklassen) und Nationalität (Schweiz bzw. Ausland). Bei den Männern spielt das Alter keine Rolle, während die Nationalität einen Einfluss hat (bei Einschluss der Nationalität steigt der Wert für Nagelkerke R² von 0,08 auf 0,15). Bei den Frauen spielen weder Alter noch Nationalität eine Rolle.

Schweizer Haushaltspanel, Längsschnitt-Stichprobe, individuelle Längsschnittgewichtung

gesamthaft als nicht arm gilt) zurück. Unter diesen Voraussetzungen belaufen sich die Eintritte und Austritte insgesamt auf rund 7% der betrachteten Bevölkerung (zur Erinnerung: Personen, welche den Hauptteil zum Haushaltseinkommen beisteuern). Dabei fällt auf, dass Personen, die 1999 nicht arm waren, auch im Folgejahr nur selten in Armut lebten (4,4%); hingegen war ein bedeutender Teil der 1999 zur Gruppe der konsistent Armen gehörenden Personen ein Jahr später nicht mehr arm (44%). Die Wahrscheinlichkeit, den Ausstieg aus der Armut zu schaffen, scheint somit ziemlich hoch. Etwas differenzierter fällt diese Feststellung aus, wenn die vier in Tabelle T17.3 definierten Kategorien herangezogen werden (konsistente Armut, finanzielle Armut, Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen und keine Armut), welche der Abstufung der Situationen eher gerecht werden. Diesbezüglich zeigt Tabelle T17.8 die Fluktuation für 1999 und 2000 aufgeschlüsselt nach Geschlecht. Hierbei müssen wir uns auf eine kurze beschreibende Analyse beschränken. Die durchgeführten Analysen haben ergeben, dass sich die Spezifikationen der drei erwähnten Interpretationsmodelle zu diesem Punkt mit den verfügbaren Daten nicht prüfen lassen (insbesondere auf Grund der kleinen Bestände).

Tabelle T17.8 enthält verschiedene Informationen. Wir konzentrieren uns jedoch in Einklang mit der in diesem Kapitel verwendeten Definition von Armut auf die konsistente Armut. Die Analyse ergibt einerseits, dass die Wahrscheinlichkeit, in der privilegierten Lage der Nicht-Armut zu bleiben, für die Männer grösser ist als für die Frauen (rund 91% bzw. 82%). Die Gefahr, vom Zustand der Nicht-Armut in die Kategorie der konsistenten Armut zu geraten, ist gering, für Frauen allerdings etwas grösser als für Männer. Umgekehrt ist festzustellen, dass das Risiko, konsistent arm zu bleiben, für Frauen höher ist als für Männer (rund 61% bzw. 51%). Zudem wechseln Personen, die den Ausstieg aus der konsistenten Armut schaffen, häufiger in die Kategorien finanzielle Armut oder Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen als in die Gruppe der Nicht-Armen. Schliesslich ist der Übergang von konsistenter Armut zu Nicht-Armut bei den Frauen seltener als bei den Männern.

Das Ziel dieses Kapitels besteht darin, mehr über das Phänomen Armut zu erfahren, insbesondere zur genderspezifischen Dynamik. Die durchgeführten Analysen wurden im Wesentlichen mit Blick auf das Geschlecht der Person durchgeführt, die den Hauptteil zum Einkommen ihres Haushalts beisteuert. Somit wurde definitions-

T17.8 Fluktuation der Armut, nach Geschlecht, 1999 und 2000, % horizontal

Bevölkerungsgruppen		Keine Armut	Finanzielle Armut	Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen	Konsistente Armut
Keine Armut	M	90,9	4,8	3,5	0,9
	F	81,8	12,4	4,2	1,5
Finanzielle Armut	M	36,9	50,0	3,8	9,4
	F	33,1	50,4	4,3	12,2
Armut in Bezug auf die Lebensbedingungen	M	37,9	3,6	42,1	16,4
	F	33,1	4,8	34,7	27,4
Konsistente Armut	M	11,7	17,0	20,2	51,1
	F	8,9	13,3	16,7	61,1

M=Männer, F=Frauen

N = 2677

Interpretationsbeispiel: 90,9% der nicht in Armut lebenden Männer bleiben im Folgejahr in dieser Kategorie, 4,8% sind in finanzieller Hinsicht arm geworden, 3,5% in Bezug auf die Lebensbedingungen, und 0,9% sind von konsistenter Armut betroffen.

Schweizer Haushaltspanel, Längsschnitt-Stichprobe, individuelle Längsschnittgewichtung

gemäss nur eine Seite der genderspezifischen Armut beleuchtet (davon ausgeschlossen die Armut von Frauen, welche in nicht armen Haushalten leben, wenn sie nicht den Hauptteil zum Haushaltseinkommen beisteuern). 19 Nach dieser Einschränkung kann der Schluss gezogen werden, dass unabhängig von der Wahl der Definition oder des Blickwinkels (finanzielle Armut, ungünstige Lebensbedingungen, konsistente Armut, dauerhafte oder gelegentliche Armut, Fluktuation) die hier betrachteten Frauen in jedem Fall häufiger von Armut betroffen sind als die Männer. Andererseits wurde in der vorliegenden Arbeit im Sinne einer ersten Annäherung eine Evaluation der Interpretationsmodelle durchgeführt (soziale Schicht, Mehrfachbenachteiligung und Individualisierung), allerdings nur für die genderspezifische Wahrscheinlichkeit, der Gruppe der dauerhaft Armen anzugehören. Keines dieser Modelle kann für sich in Anspruch nehmen, sämtlichen Beobachtungen gerecht zu werden. Mindestens zwei Dinge sind festzustellen: Entweder haben wir die Ansätze (gezwungenermassen) zu stark vereinfacht, wodurch diese dem Phänomen nicht mehr gerecht wurden, oder aber das Phänomen lässt sich unabhängig von den verwendeten Indikatoren zur Definition der verschiedenen Thesen nicht mit einem einzigen Ansatz erklären. Auf jeden Fall scheint die Entfernung vom Arbeitsmarkt in jedem Fall zu den Faktoren zu gehören, welche das

Risiko erhöhen, in (konsistenter) Armut zu leben.²⁰ Darüber hinaus scheint das Modell der sozialen Schichten besser auf die Situation der Männer zugeschnitten, während das Modell der Individualisierung eher der Situation der Frauen gerecht werden dürfte. Unsere Analysen zur Erklärung der Ursachen lassen erste Überlegungen zu möglichen Massnahmen zur Bekämpfung von Armut zu. Diese dürften für Männer und Frauen auf zwei Ebenen angesetzt sein: zum einen auf der Ebene des Arbeitsmarktes selbst, zum anderen im Hinblick auf die gesellschaftliche Bewertung der sozialen und kulturellen Organisation der Arbeit. Konkret würden diese Massnahmen die Integration von Männern und Frauen in den Arbeitsmarkt, eine Verminderung von geschlechtersegregierten Arbeitsplätzen mit ihren genderspezifischen Benachteiligungen und ein Erwerbseinkommen, das eine Teilnahme an den in der Gesellschaft mehrheitlich geteilten Gütern und Aktivitäten erlaubt, zum Ziel haben. Auf der zweiten Ebene könnten Massnahmen erwähnt werden, die sich mit der Bewertung der sozialen und kulturellen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, dem Aufbrechen der Selbstverständlichkeit der privaten und gesellschaftlich «traditionellen» Arbeitsteilung befassen, und die sich um die Neutralisierung der Konsequenzen solcher Selbstverständlichkeiten in der Gesetzgebung bemühen (Baumann, Bauer et al. 1998). Schliesslich könnte gefolgert

Von der Analyse ebenfalls ausgeschlossen ist die eventuelle Armut von Männern, die nicht den Hauptteil zum Haushaltseinkommen beisteuern. Die Analyse könnte mit der Beobachtung der Armutsrisiken in Funktion der Merkmale aller Personen des Haushalts erweitert werden (z.B. indem eine Haushaltstypologie in Funktion der Beschäftigungsmerkmale der verschiedenen Personen des Haushalts erstellt wird).

Allgemein ist davon auszugehen, dass indirekte Einkommensquellen (Ressourcenverteilung innerhalb des Haushalts, Leistungen der Sozialversicherungen) ein persönliches, direktes, durch Beteiligung am Arbeitsmarkt erworbenes Einkommen nicht ersetzen können.

werden, dass, infolge der stärkeren Betroffenheit der Frauen von kritischen Ereignissen im Lebensverlauf, gezielte Massnahmen als Reaktion zur Überbrückung solchermassen ausgelöster Armutsperioden einfacher sein dürften, als wenn die Armut Ursache einer hierarchischen Position im Arbeitsmarkt ist.

Bibliografie

- Adelman, Laura, Sue Middleton, and Karl Ashworth (2000): *Intra-Household Distribution of Poverty and Social Exclusion*, Poverty and Social Exclusion Survey Working Paper 23.
- Ballmer-Cao, Thanh-Huyen (2000): Sozialer Wandel und Geschlecht. Zur Gleichstellungsfrage in der Schweiz. Bern: Haupt.
- Baumann, B., T. Bauer, et al. (1998): Gesamtarbeitsverträge zur Frauensache machen. In *Grenzverschiebungen. Zum Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Schweiz*, E. Nadai and T.-H. Ballmer-Cao, Chur, Zürich, Rüegger: 49-72.
- Boltvinik, Julio (1999): *Poverty Measurement Methods An Overview* (SEPED Series on Poverty Reduction) UNDP/Poverty [www.undp.org/poverty/publications/pov red/].
- Branger, Katja, Pascale Gazareth, Caterina Modetta, Paul Röthlisberger, Beat Schmid, Jacqueline Schön-Bühlmann und Robin Tillmann (2002): Wohlstand und Wohlbefinden. Lebensstandard und soziale Benachteiligung in der Schweiz. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Budowski, Monica and Christian Suter (2002): Living Arrangement and the Dynamics of Poverty: Lone Parenting in the Life Courses of Mothers. *Revue suisse de sociologie* 28 (2): 319-338.
- Budowski, Monica et Robin Tillmann (2002): Pauvreté et exclusion: définition et usage des concepts, éléments de reformulation et premiers résultats pour la Suisse. In Observation du changement social et monitoring politique, Neuchâtel: Office fédéral de la statistique.
- Budowski, Monica, Robin Tillmann, and Max Bergman (2002): Poverty, Stratification and Gender in Switzerland. *Revue suisse de sociologie* 28 (2): 297-317.

- Bühlmann, Jacqueline und Beat Schmid (1999): *Unbezahlt aber trotzdem Arbeit*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Casper, Lynne M., Sara S. McLanahan, and Irwin Garfinkel (1994): The Gender-Poverty Gap: what we can learn from other countries. *American Sociological Review* 59: 594-605.
- Flückiger, Yves (1999): Les conséquences des mutations de l'emploi pour le financement des assurances sociales. In *Le travail, nouvelle question sociale*, edited by M.-H. Soulet. Fribourg: Editions Universitaires Fribourg Suisse.
- Fluder, Robert, Marion Nolde, Tom Priester und Antonin Wagner (Hrsg.) (1999): Armut verstehen Armut bekämpfen. Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Gordon, David, and Paul Spicker, eds (1999): *The International Glossary on Poverty*. New York, London: Zed Books.
- Jobin, Claire (1995): Entre les activités professionnelle et domestique: la discrimination sexuelle. Lausanne: Editions d'en Bas.
- Korupp, Sylvia, Harry B. G. Ganzeboom, and Tanja Van der Lippe (2002): Do Mothers Matter? A Comparison of Models of the Influence of Mothers' and Fathers' Educational and Occupational Status on Children's Educational Attainment. *Quality & Quantity* (36): 17-42.
- Layte, Richard and Christopher T. Whelan (2002): Cumulative Disadvantage or Individualisation? A comparative analysis of poverty risk and incidence. European Societies 4 (2): 209-233.
- Leu, Robert E., Stefan Burri und Tom Priester (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz. Bern: Haupt.
- Lollivier, Stéfan et Daniel Verger (1997): Pauvreté d'existence, monétaire ou subjective sont distinctes. *Economie et statistique* (308-309-310): 113-142.
- Mack, J. and S. Lansley (1985): *Poor Britain*. Londres: Allen et Unwin.
- Mejer, Lene und Clemens Siermann (2000): Einkommensarmut in der Europäischen Union: bei Kindern, nach Geschlecht und Umfang der Armutslücken, Statistik kurzgefasst, Thema 3 – 12/2000: Eurostat.

- Müller, Georg P (2002): Explaining Poverty: On the Structural Constraints of Income Mobility. *Social Indicators Research* 59 (3): 301-319.
- Niklowitz, Matthias und Christian Suter (2002): Wenn viele Probleme zusammenkommen. Zusatzauswertungen zur nationalen Armutsstudie, info:social Nr. 7. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- OCDE (2001): Quand l'argent fait défaut: la dynamique de la pauvreté dans les pays de l'OCDE. Perspectives de l'emploi de l'OCDE.
- Osberg, Lars and Kuan Xu (1997): International Comparisons of Poverty Intensity: Index Decomposition and Bootstrap Inference. Luxembourg Income Study Working Paper, 165.
- Pahl, Jan (1989): *Money and Marriage*. Basingstoke: Macmillan.
- Pressman, Steven (1998): The Gender Poverty Gap in Developed Countries. Causes and Cures. *The Social Science Journal* 35 (2): 275-286.
- PNUD (1997): *Informe sobre el desarrollo humano*. Edited by Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo. Madrid: Mundi-Prensa.
- Rake, Katherine and Mary Daly (2002): Household and Individual Income in France, Germany, Italy, The Netherlands, Sweden, The USA and the UK, Luxembourg Income Study Working Paper 332.
- Smeeding, Timothy M. and Lee Rainwater (2001): Nations: Real Incomes at the Top, the Bottom, and the Middle. Luxembourg Income Study Working Paper, 266.
- Sommer, Jürg H. et Stefan Schütz (1998): Changements des modes de vie et avenir de la sécurité sociale. Résultats du Programme national de recherche 29. Lausanne: Réalités sociales.
- Streuli, Elisa und Tobias Bauer (2001): Working Poor in der Schweiz. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlage, info:social Nr. 5. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Suter, Christian und Marie-Claire Mathey (2000): Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen. Ihre Bedeutung für die Armutsbekämpfung: Zusatzauswertungen zur nationalen Armutsstudie, info: social Nr. 3. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

- Suter, Christian (Hrsg.) (2000): *Sozialbericht 2000*. Zürich: Seismo.
- Townsend, Peter (1979): *Poverty in the United Kingdom*. London: Penguin.
- Whelan, Christopher T., Richard Layte, Bertrand Maître, and Brian Nolan (2000): Poverty Dynamics. An analysis of the 1994 and 1995 waves of the European Community Household Panel Survey. *European Societies* 2 (4): 505-531.
- Zoyem, Jean-Paul (2002): La dynamique des bas revenus: une analyse des entrées-sorties de pauvreté. Document de travail. Paris: Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques.

Anhang: Datenquellen

Es werden hier nur ausführliche Beschreibungen derjenigen Erhebungen angefügt, welche sich speziell für Analysen der «Lebensqualität und sozialen Ungleichheit» im Zusammenhang mit der Geschlechterperspektive anbieten, und welche wir für vertiefte Querschnitt- und Längsschnittanalysen im zweiten Teil der Publikation verwendet haben (SHP und EVE). Für andere, ebenfalls wichtige Datenquellen verweisen wir auf die in den entsprechenden Kapiteln angeführten Internet-Seiten des BFS.¹

Schweizer Haushalt-Panel (SHP)

Die Konzeption des SHP stützt sich ab auf den internationalen Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung und auf die Erfahrungen aus den verschiedenen europäischen und nordamerikanischen Panelerhebungen.

Die Architektur der Erhebung «Leben in der Schweiz» muss dem Kernziel der Erhebung Genüge leisten, welches darin besteht, die vielfältigen Facetten des gesellschaftlichen Wandels in der Schweiz zu messen, der in den kommenden 10-15 Jahren erwartet wird.

Die Konzeption des SHP basiert daher einerseits auf den theoretischen Arbeiten über die Struktur und Entwicklung moderner Gesellschaften und andererseits auf neueren Erkenntnissen über die schweizerische Gesellschaft und ihre Funktionsweise.

In den modernen Gesellschaften finden zurzeit tief greifende strukturelle Veränderungen statt, die auf die wirtschaftliche Globalisierung, die ungleiche Entwicklung der Weltregionen und den demografischen Wandel auf globaler Ebene zurückzuführen sind. Neben den neuen Möglichkeiten, welche diese Entwicklung für die Haushalte und die dazugehörigen Menschen eröffnet, stellen diese Veränderungen die hergebrachten und für die Zukunft erwarteten Lebensbedingungen und Lebensweisen

in Frage. Die Anpassung der Individuen und Haushalte an die neuen Gegebenheiten geschieht nur zum Teil auf Grund eigener Präferenzen und Fähigkeiten; sie ist weitgehend abhängig von den sozialen Strukturen und den im näheren sozialen Umfeld und in der Gesellschaft generell vorhandenen Normen und Werthaltungen.

Die individuellen Verhaltensweisen sind somit das Ergebnis einer dynamischen Beziehung zwischen strukturellen und kulturellen Faktoren. Deren Bedeutung zeigt sich an den kollektiven Wahrnehmungen und Lebensweisen, welche ihrerseits einen Einfluss haben auf die Präferenzen und die Verhaltensneigungen der Individuen. Infolgedessen unterscheidet die Architektur des Panels einerseits eine strukturelle, eine kulturelle und eine verhaltensbezogene Dimension und andererseits die makro- und die mikrosoziale Ebene.

Inhalt

Die Erhebung «Leben in der Schweiz» ist eine so genannte «Omnibusumfrage», d.h. die Haushalts- und Personenfragebogen decken ein grosses Spektrum von Lebensbereichen und Themenstellungen ab. Sie sind überdies so konzipiert, dass sowohl «objektive» Daten (Ressourcen, soziale Stellung, Partizipation usw.) als auch «subjektive» Angaben (Zufriedenheit, Werthaltungen, Einschätzungen usw.) erfasst werden können. Das Ganze stellt eine Operationalisierung verschiedener Elemente der mikrosozialen Ebene der Panelarchitektur dar (Lebensbedingungen, wichtige Ereignisse im Leben, Einstellungen und Werthaltungen, Lebensstil/Lebensweise).

Der Haushaltsfragebogen deckt folgende Bereiche ab: die Wohnsituation, den «Lebensstandard», die wirtschaftliche Situation des Haushalts, Haushalt und Familie.

Der Personenfragebogen (der – von Verweigerungen abgesehen – von jeder Person ab 14 Jahren im Haushalt beantwortet werden sollte) enthält folgende Module: Haushalt und Familie; Gesundheit; Opfer von Gewalt; Soziale Herkunft; Ausbildung; Erwerbstätigkeit; Einkommen; soziale Einbindung; Politik und Werthaltungen; Freizeit und Medien. Ab der zweiten Welle enthielt der

Wie die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), die Lohnstrukturerhebung (LSE), die Wahlstatistiken, die Statistik der Lernenden, Lehrenden und Abschlüsse, das Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS) und PISA, die Erhebungen F+E, die Schweizerische Gesundheitsbefragung (SGB), Sozialversicherungsstatistik, Pensionskassenstatistik, Unfallstatistik, die Opferhilfestatistik, die Polizeiliche Kriminalstatistik, die Strafurteilsstatistik, BEVNAT, ESPOP und die Eidgenössischen Volkszählungen

Fragebogen zwei weitere Module, nämlich «Wichtige Ereignisse im Leben» sowie «Beschäftigungskalender» (die sich auf die letzten zwölf Monate vor der Befragung beziehen).

Methode

Haushaltspanels gelten als Instrumente zur differenzierten Erfassung sozialer Dynamiken. Diese allgemeine Beschreibung lässt sich noch etwas präzisieren. Die Dynamiken (oder sozialen Veränderungen) auf der übergeordneten, makrosozialen Ebene sind nicht direkt Teil des Beobachtungsfeldes eines Haushaltspanels. Dieses sucht vielmehr zu erfassen, wie sich übergeordnete gesellschaftliche Veränderungen auf die Lebensbedingungen der Individuen und Haushalte auswirken, auf welche Art und Weise diese Veränderungen die Individuen und Haushalte betreffen und soziale Veränderungen auf der persönlichen (Mikro-)Ebene zur Folge haben. Das Hauptziel der Haushaltspanels besteht auf dieser Stufe darin, die Prozesse, die Ursachen und die Wirkungen laufender gesellschaftlicher Entwicklungen zu verstehen. Gewiss, soziale Veränderungen lassen sich nicht allein durch Haushaltspanels messen. Die Wiederholung einer Querschnitterhebung gestattet es u.a. auch, Nettoveränderungen zwischen zwei Zeitpunkten zu berechnen (z.B. eine Abnahme der Zahl der Sozialhilfebezüger oder eine Zunahme der Zahl der Erwerbslosen), doch lassen sich auf diese Weise keine Bruttoveränderungen ermitteln (z.B. die Zahl der Arbeitslosen, die ein Jahr später immer noch erwerbslos waren). Haushaltspaneldaten liefern einzigartige Informationen, weil sie nicht nur die Berechnung von Bruttoveränderungen ermöglichen, sondern auch zum Verständnis der beobachteten Veränderungen beitragen; das können die Umstände (familiäre Ereignisse, Änderungen des Erwerbsstatus, gesundheitsrelevante Vorfälle) des Erreichens oder Verlassens eines bestimmten Zustandes sein (z.B. Haushalte oder Einzelpersonen unter der Armutsgrenze). Mit anderen Worten, die Betrachtung derselben Menschen im Zeitverlauf ermöglicht nicht nur Analysen von Bestandesentwicklungen, sondern auch von Input- und Output-Strömen zwischen verschiedenen Zuständen.

Die Referenzbevölkerung der Erhebung «Leben in der Schweiz» ist die Bevölkerung, welche ihren ständigen Wohnsitz in der Schweiz hat. Die ausgewählte Stichprobe muss demnach für die ganze Schweiz repräsentativ und regional ausgewogen sein; sie umfasst Haushalte

verschiedener Nationalitäten, insofern als deren Mitglieder das ganze Jahr hindurch in der Schweiz ansässig sind. Saisonniers, Grenzgänger und ausländische Touristen gehören nicht zur ständigen Wohnbevölkerung und werden daher in der Stichprobe grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Anhand des Telefonregisters wurde eine nach Grossregionen einfach geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Die auf diese Weise ausgewählten Haushalte stellen eine repräsentative Stichprobe der verschiedenen sozialen Gruppen und Regionen der Schweiz dar. Bei der Befragung der Personen wurden allerdings nur die drei Amtssprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch) verwendet, was gewisse Verzerrungen im Hinblick auf die Vertretung erst kürzlich eingewanderter Personengruppen zur Folge haben kann.

Im allgemeinen Sprachgebrauch kann der Begriff Haushalt neben den Privathaushalten, die aus einer oder mehreren Personen bestehen können, auch die Kollektivhaushalte (z.B. Heime, Gefängnisse) sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (POoE; z.B. karitative Institutionen, politische Parteien, Gewerkschaften, konfessionelle Organisationen usw.) beinhalten. Die Erhebung «Leben in der Schweiz» bezieht sich ausschliesslich auf Privathaushalte; Kollektivhaushalte und POoE werden nicht berücksichtigt.

Die erste Befragungswelle wurde im Zeitraum September 1999 – Februar 2000 durchgeführt. Von den 14'174 ausgewählten und mit einem Einladungsschreiben zur Teilnahme ermunterten Haushalten kam in 12'084 Fällen ein telefonischer Kontakt zu Stande (85%). Schliesslich konnten 61% der Haushalte als Nettostichprobe zur Teilnahme an der Befragung gewonnen werden. Um zuverlässige Hochrechnungen für die gesamte Wohnbevölkerung der Schweiz anstellen und bei der zweiten Erhebungswelle noch über ein Panel von rund 4000 Haushalten und 6600 Personen verfügen zu können, mussten für die erste Befragungswelle mindestens 5000 Haushalte gewonnen werden. Dieses Ziel wurde erreicht, lagen doch auf Grund der ersten Welle gültige Daten für 5074 Haushalte und 7799 Einzelpersonen vor. Die Feldbefragung der Welle 2 dauerte von September 2000 bis Februar 2001. Sie ergab gültige Daten für 4532 Haushalte und 7073 Personen. 6335 davon sind Mitglieder der Ausgangsstichprobe (Personen, die in Welle 1 und 2 befragt wurden).

Weitere Details: www.swisspanel.ch

Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE)

Im Jahr 1998 führte das Bundesamt für Statistik (BFS) eine gesamtschweizerische Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE 98) durch. Insgesamt nahmen 9295 Haushalte an der Erhebung teil, was 12 monatlichen Stichproben mit durchschnittlich 775 Haushalten entspricht. Sie wurden zufällig aus dem Telefonverzeichnis ausgewählt und mit einem computergestützten telefonischen Befragungssystem (CATI, Computer Aided Telephone Interviewing) betreut. Die an der Erhebung teilnehmenden Haushalte bilden einen repräsentativen Querschnitt der Privathaushalte in der Schweiz. Die umfangreiche Stichprobe gewährleistet somit ein realistisches Abbild der Bevölkerungsgruppen und Regionen unseres Landes und vermittelt repräsentative Informationen über Einkommen und Konsum.

Die Rekrutierung der zu befragenden Haushalte begann am 1. Dezember 1997 und die letzten Schluss- und Zusatzinterviews wurden am 7. April 1999 durchgeführt. Die befragten Haushalte notierten während einem Monat zwischen Januar und Dezember 1998 ihre täglichen und periodischen Ausgaben sowie ihre Einnahmen. Neben diesen Hauptmodulen zu Einkommen und Verbrauch wurden vorher und nachher in telefonischen CATI-Interviews ergänzende Informationen zu Struktur und Grösse des Haushalts respektive zu den Haushaltmitgliedern erhoben, zu ihren Einkaufsgewohnheiten, ihrer Wohnsituation, ihren Lebensbedingungen, ihrem Reiseverhalten und ihrer Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern.

Erhebungsablauf in drei Etappen und Zusatzmodule

- 1. Im Rahmen eines Rekrutierungsinterviews wurden allgemeine Informationen erhoben bezüglich:
 - Haushaltsstruktur (Grösse);
 - Referenzperson (Geschlecht, Name und Alter, Nationalität, Zivilstand, Berufs- und Ausbildungssituation). Die Referenzperson ist dasjenige Haushaltsmitglied, das am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt und den Haushalt einer bestimmten sozioökonomischen Kategorie zuordnet;
 - Wohnsituation und Wohnverhältnis;
 - allen Haushaltsmitgliedern (zusätzliche Informationen).

- Anschliessend wurde dem Haushalt ein Tagebuch und ein Haushaltsbuch sowie ein persönliches Haushaltsbüchlein pro Mitglied zugestellt, um während eines Monats Buch zu führen über:
 - · die täglichen Ausgaben;
 - · die periodischen Ausgaben und die Einnahmen;
 - den Medienkonsum.
- 3. Im Rahmen eines Schlussinterviews wurden zusätzliche Fragen gestellt bezüglich:
 - Haushalt (Organisation, Aufteilung der Arbeiten im Haushalt usw.);
 - Wohnung und Umgebung (Ausstattung, Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Sicherheit usw.);
 - · Einkaufsgewohnheiten;
 - Haushaltseinkommen;
 - Bestand an dauerhaften Konsumgütern im Haushalt.

Mit einem zufällig ausgewählten Haushaltsmitglied, das älter als 14 Jahre und zuvor als Zielperson bestimmt worden war, wurde ein abschliessendes Zusatzinterview geführt. In je der Hälfte der Stichprobe wurden Fragen zu folgenden Bereichen gestellt:

- Lebensbedingungen;
- Reiseverhalten.

Das Zusatzmodul Lebensbedingungen enthält Daten zu Themen wie formale Bildung und berufliche Qualifikationen, berufliche Aktivität und Arbeitsbedingungen, unbezahlte Arbeit, Wohnsituation, persönliche Sicherheit, Freizeit, Gesundheit, soziale Sicherheit, soziale Integration sowie Teilnahme am kulturellen und politischen Leben. Durch die Möglichkeit der Verknüpfung des Moduls mit den Grunddaten der EVE98 werden die Analysemöglichkeiten in Bezug auf die Lebensbedingungen verschiedener sozialer Gruppen stark erweitert.

Durch ein spezielles Gewichtungsverfahren konnten mögliche Verzerrungen ausgeglichen werden, so dass die Ergebnisse der EVE 98 auf einer Haushaltsstruktur beruhen, welche die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz realistisch repräsentiert.

Die auf der EVE basierenden Indikatoren und Analysen in diesem Bericht sind vorwiegend den Informationen aus dem Zusatzmodul Lebensbedingungen entnommen. Deshalb basieren die meisten der verwendeten Indikatoren auf der entsprechenden Teilstichprobe, welche

ANHANG: DATENQUELLEN

4369 befragte Personen umfasst. Den Analysen zu Einkommen und Ausgaben liegt hingegen in der Regel die ganze Stichprobe der 9295 Haushalte zugrunde.

Das Zusatzmodul zu den Lebensbedingungen ist im Jahr 2002 zum zweiten Mal realisiert worden.²

Weitere Informationen zur EVE:

www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber20/erc/erc_d01.htm

Dieser Text stellt einen Auszug dar aus: Katja Branger et al.: Wohlstand und Wohlbefinden. Lebensstandard und soziale Benachteiligung in der Schweiz. BFS, Neuchâtel 2002, Seite 103f.